

Ausschussvorlage KPA/19/40

Eingegangene Stellungnahmen

zu der mündlichen Anhörung des Kulturpolitischen Ausschusses

zu dem

**Gesetzentwurf
der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein
Gesetz zur Änderung des Hessischen Schulgesetzes
– Drucks. [19/3846](#) –**

11. Lern F.U.C.H.S. Rhein-Main e. V.

S. 46



lernF.U.CH.S. Rhein-Main e.V. • Küferweg 74 • 55128 Mainz

Hessischer Landtag
 Kulturpolitischer Ausschuss
 Postfach 3240
 65022 Wiesbaden

Mündliche Anhörung durch den Kulturpolitischen Ausschuss zum Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Änderung des Hess. Schulgesetzes – Drucks. 19/3846 – Unsere Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Quanz,
 sehr geehrte Frau Geschäftsführerin Öftring,
 sehr geehrte Damen und Herren,,

17.01.2017

wir danken Ihnen sehr für die Möglichkeit, im Rahmen des Anhörungsverfahrens zur vorgesehenen Änderung des Hessischen Schulgesetzes eine Stellungnahme abgeben zu können.

Wir folgen auch gerne Ihrer Einladung zur Teilnahme an der Anhörung und melden hierzu Unterzeichner und eine weitere Person an, die wir Ihnen schnellstmöglich bekanntgeben werden.

Wir sind selbstverständlich mit der Weitergabe unserer Stellungnahme an die interessierte Öffentlichkeit und mit deren Publikation sowie evtl. Redebeiträge im Rahmen der Anhörung auf der Homepage des Hess. Landtags einverstanden.

Die in der nachfolgenden Zusammenfassung und ausführlicher in den Anlagen beigefügte Stellungnahme ist das Resultat eines Kooperations- und Abstimmungsprozesses unseres Vereins mit weiteren kompetenten Institutionen, die insbesondere für die Verbesserung der Bedingungen Lernbeeinträchtigter in Schule und Gesellschaft eintreten.

Namentlich sind hier zu nennen:

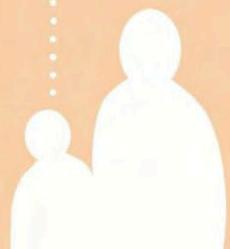
- Frau Prof. Dr. Anne Eckerle (Schulpädagogik), Institut für Leistungsentwicklung (IGL), Frankfurt/M.;
- Frau Marlies Lipka, Geschäftsführerin des bundesweit agierenden Fachverbandes Integrative Lerntherapie e.V. (FIL);
- Frau Karin Detzer-Schuh, 2. Vorsitzende des wie unser Verein in den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Hessen wirkenden Vereins JUVEMUS, Vereinigung zur Förderung von Kindern und Erwachsenen mit Teilleistungsschwächen e.V..

Geschäftsstelle: Küferweg 74, 55128 Mainz
Kontakt: Michael Ziese (Vors.)
Tel. (mobil): 0171 33 97 615

Vorstand: M. Ziese, A. Drews, B.A. (Early Learning) Dr. phil. K. Post
E-Mail: info@lernfuchs-rheinmain.de
Internet: www.lernfuchs-rheinmain.de

Als freier Träger der Jugendhilfe im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, LV Rheinland-Pfalz | Saarland e.V. sind wir wegen Förderung der Jugendhilfe, der Erziehung sowie der Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe gem. § 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 und 7 der Abgabenordnung durch Freistellungsbescheid des Finanzamtes Mainz-Mitte, St.Nr. 26/ 675/ 13585 vom 24. September 2014 als steuerbegünstigten Zwecken dienend anerkannt.

Spenden sind herzlich willkommen auf unserem Vereinskonto bei der Mainzer Volksbank:
 IBAN: DE85 5519 0000 0849 2000 19 BIC: MVBMD55



Vorweg möchten wir betonen, dass wir die Vorschläge der Fraktionen an vielen Stellen im progressiven Sinn gut finden, was in der beigefügten Synopse im Einzelnen nicht weiter vermerkt wurde.

Allen Stellungnahmen gemeinsam ist darüber hinaus jedoch die klare Forderung, im hessischen Schulsystem die individuelle Förderung noch weiter zu verbessern und nicht nur -wie explizit im § 3 Abs. 6 letzter Satz des Geszentwurfs vermerkt- auf hochbegabte Schülerinnen und Schüler zu beschränken.

Um die Bedeutung dieses Themas und die Ernsthaftigkeit, mit der sich die hessische Landesregierung der Förderung von wie auch immer lernbeeinträchtigten Schülerinnen und Schülern widmen möchte, gebührend zu unterstreichen, sind wir der Auffassung, dass vor dem Hintergrund der notwendigen Implementierung eines modernen inklusiven Schulsystems der im gültigen HSchulG verankerte **§ 3 Abs 7** separat beibehalten werden, aber erweitert werden sollte. Um keine der eine Lernförderung bedürftige Gruppe auszuschließen, halten wir eine Formulierung, wie sie sich vorbildlich z.B. im [Hamburgischen Schulgesetz](#) im § 51 Abs. 1 Satz 3 4. Anstrich nachlesen lässt, für zwingend. Dort geht es um „besondere Maßnahmen zur Förderung spezifischer Schülergruppen, insbesondere von Schülerinnen und Schülern mit Lernschwierigkeiten, von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Begabungen, von behinderten oder von Behinderung bedrohten Schülerinnen und Schülern und von zwei- oder mehrsprachig aufwachsenden Schülerinnen und Schülern“. Wenn dabei als „besondere Maßnahmen“ für alle diese spezifischen Schülergruppen z. B. auch ergänzende Bildungsangebote subsummiert werden und dies im HSchulG mit einer angemessenen Formulierung berücksichtigt wird, wäre dies u. E. ein großer Fortschritt.

Weiterhin sollte **§ 15b HSchulG** auch dahingehend präzisiert werden, dass nicht nur Personaldienstleister i.e.S. (wie etwa lehrbefähigte Personen, die dem Ausbildungsniveau von staatlichen Lehrkräften entsprechen und die in Zeitarbeitsfirmen beschäftigt werden) für die Schule genutzt werden können. Vielmehr sollten genau diejenigen Fachleute vertraglich als kompetente Partner in den schulischen Alltag eingebunden werden können, die sich auf die besondere inklusive Förderung von Schülerinnen und Schülern z. B. im Zusammenhang mit Lernstörungen spezialisiert haben, wie z. B. Integrative Lerntherapeuten, Schulpsychologen, Ergotherapeuten, etc.. Diese sind üblicherweise Praxisinhaber, die im Geszentwurf nicht über die Struktur von Personaldienstleistern erfasst sind.

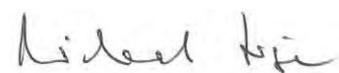
Schließlich legen wir Wert auf eine verbindlichere Ausgestaltung des **§ 72 Abs. 3 Nr. 1 HSchulG** hinsichtlich der Beratung von Schülern und Schülerinnen. Angesichts der Tatsache im hessischen Schulalltag, dass Beratung kaum stattfindet, sollte bestimmt werden, was angemessener Umfang der Beratung durch Schulleitung und Lehrkräfte ist. Im Rahmen der individuellen Förderung kann das sicher nicht mit Elternabenden abgegolten werden. Unsere Forderung hierzu ist, dass ein solches Gespräch zwischen Klassenleitung und Eltern mindestens **zweimal** im Schuljahr stattfinden muss, also in der Mitte des ersten und des zweiten Schulhalbjahrs und nachvollziehbar in Form eines Förder- und Entwicklungsplans dokumentiert wird.- Die defizit-orientierte Betonung der Notwendigkeit bei Störungen sollte gestrichen werden.

Nähere Erläuterungen finden Sie in den beigefügten Anlagen.

Weitere Anmerkungen zu einzelnen Paragraphen des HSchulG finden sich in der Synopse an den §§ 2, 4, 6, 7,24, 27, 28, 35, 36, 62, 63, 93, 99, 104, 106 und 156. Darüber hinaus bitte wir auch um Berücksichtigung der Kommentare zu den markierten Stellen der §§ 29, 30, 56, 63, 90, 93, 98, 99, 104, 105, 107, 110 und 112.

Mit freundlichen Grüßen

lernF.U.CH.S. Rhein-Main e.V.



Michael Ziese

| | | |
|---|---|--|
| <p>Hessisches Schulgesetz in der Fassung vom 14. Juni 2005 (GVBl. I S. 441), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 2015 (GVBl. S. 118)</p> | <p>Gesetzentwurf der Fraktionen CDU und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN für ein Gesetz zu Änderung des Hessischen Schulgesetzes Stand 04.10.2016</p> | <p>Bemerkungen zum Gesetzentwurf der Fraktionen CDU und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN</p> |
| <p>ERSTER TEIL Recht auf schulische Bildung und Auftrag der Schule</p> | | |
| <p>§ 1 Recht auf schulische Bildung</p> <p>(1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Bildung. Dieses Recht wird durch ein Schulwesen gewährleistet, das nach Maßgabe dieses Gesetzes einzurichten und zu unterhalten ist. Aus diesem Recht auf schulische Bildung ergeben sich einzelne Ansprüche, wenn sie nach Voraussetzungen und Inhalt in diesem Gesetz oder aufgrund dieses Gesetzes bestimmt sind.</p> <p>(2) Für die Aufnahme in eine Schule dürfen weder Geschlecht, Behinderung, Herkunftsland oder Religionsbekenntnis noch die wirtschaftliche oder gesellschaftliche Stellung der Eltern bestimmend sein.</p> | | |
| <p>§ 2 Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule</p> <p>(1) Schulen im Sinne dieses Gesetzes sind für die Dauer bestimmte Bildungseinrichtungen, in denen unabhängig vom Wechsel der Lehrerinnen und Lehrer und der Schülerinnen und Schüler allgemeinbildender oder berufsqualifizierender Unterricht planmäßig in mehreren Gegenstandsbereichen einer Mehrzahl von Schülerinnen und</p> | | |

Schülern erteilt wird und Erziehungsziele verfolgt werden. Sie erfüllen in ihren verschiedenen Schulstufen und Schulformen den ihnen in Art. 56 der Verfassung des Landes Hessen erteilten gemeinsamen Bildungsauftrag, der auf christlicher und humanistischer Tradition beruht. Sie tragen dazu bei, dass die Schülerinnen und Schüler ihre Persönlichkeit in der Gemeinschaft entfalten können.

(2) Die Schulen sollen die Schülerinnen und Schüler befähigen, in Anerkennung der Wertordnung des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Hessen

1. die Grundrechte für sich und andere wirksam werden zu lassen, eigene Rechte zu wahren und die Rechte anderer auch gegen sich selbst gelten zu lassen,
2. staatsbürgerliche Verantwortung zu übernehmen und sowohl durch individuelles Handeln als auch durch die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen mit anderen zur demokratischen Gestaltung des Staates und einer gerechten und freien Gesellschaft beizutragen,
3. die christlichen und humanistischen Traditionen zu erfahren, nach ethischen Grundsätzen zu handeln und religiöse und kulturelle Werte zu achten,
4. die Beziehungen zu anderen Menschen nach den Grundsätzen der Achtung und Toleranz, der Gerechtigkeit und der Solidarität zu gestalten,



| | | |
|--|--|--|
| <p>5. die Gleichberechtigung von Mann und Frau auch über die Anerkennung der Leistungen der Frauen in Geschichte, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft zu erfahren,</p> <p>6. andere Kulturen in ihren Leistungen kennen zu lernen und zu verstehen,</p> <p>7. Menschen anderer Herkunft, Religion und Weltanschauung vorurteilsfrei zu begegnen und somit zum friedlichen Zusammenleben verschiedener Kulturen beizutragen sowie für die Gleichheit und das Lebensrecht aller Menschen einzutreten,</p> <p>8. die Auswirkungen des eigenen und gesellschaftlichen Handelns auf die natürlichen Lebensgrundlagen zu erkennen und die Notwendigkeit einzusehen, diese Lebensgrundlagen für die folgenden Generationen zu erhalten, um der gemeinsamen Verantwortung dafür gerecht werden zu können,</p> <p>9. ihr zukünftiges privates und öffentliches Leben sowie durch Maßnahmen der Berufsorientierung ihr berufliches Leben auszufüllen, bei fortschreitender Veränderung wachsende Anforderungen zu bewältigen und die Freizeit sinnvoll zu nutzen.</p> <p>(3) Die Schule soll den Schülerinnen und Schülern die dem Bildungs- und Erziehungsauftrag entsprechenden Kenntnisse, Fähigkeiten und Werthaltungen vermitteln. Die Schülerinnen und Schüler sollen insbesondere lernen,</p> | | |
|--|--|--|

| | | |
|---|--|---|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. sowohl den Willen, für sich und andere zu lernen und Leistungen zu erbringen, als auch die Fähigkeit zur Zusammenarbeit und zum sozialen Handeln zu entwickeln, 2. eine gleichberechtigte Beziehung zwischen den Geschlechtern zu entwickeln, 3. Konflikte vernünftig und friedlich zu lösen, aber auch Konflikte zu ertragen, 4. sich Informationen zu verschaffen, sich ihrer kritisch zu bedienen, um sich eine eigenständige Meinung zu bilden und sich mit den Auffassungen Anderer unvoreingenommen auseinander setzen zu können, 5. ihre Wahrnehmungs-, Empfindungs- und Ausdrucksfähigkeiten zu entfalten und 6. Kreativität und Eigeninitiative zu entwickeln. <p>(4) Die Schulen sollen die Schülerinnen und Schüler darauf vorbereiten, ihre Aufgaben als Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union wahrzunehmen.</p> | |  |
| <p style="text-align: center;">§ 3 Grundsätze für die Verwirklichung</p> <p>(1) Die Schule achtet die Freiheit der Religion, der Weltanschauung, des Glaubens und des Gewissens sowie das verfassungsmäßige Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder und nimmt Rücksicht auf die Empfindungen und Überzeugungen Andersdenkender.</p> | | |

| | | |
|--|--|--|
| <p>(2) Um dem Grundsatz der Gleichberechtigung von Frauen und Männern Rechnung zu tragen, ist darauf hinzuwirken, dass Ausschüsse, Beiräte, Kommissionen, sonstige Gremien und Kollegialorgane, die aufgrund dieses Gesetzes zu bilden sind, paritätisch besetzt werden. Das Nähere wird in den jeweiligen Verfahrensordnungen geregelt.</p> <p>(3) Die Schule darf keine Schülerin und keinen Schüler wegen des Geschlechts, der Abstammung, der Rasse, der Sprache, der Heimat und Herkunft, einer Behinderung, des Glaubens und der religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligen oder bevorzugen.</p> <p>(4) Die Schule soll Voraussetzungen zur Förderung der Gleichberechtigung von Jungen und Mädchen schaffen. Schülerinnen und Schüler werden grundsätzlich gemeinsam unterrichtet. Sofern es pädagogisch sinnvoll ist, können sie zeitweise auch getrennt unterrichtet werden.</p> <p>(5) In Verwirklichung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags entwickeln die Schulen ihr eigenes pädagogisches Konzept und planen und gestalten den Unterricht und seine Organisation selbstständig. Die einzelne Schule legt die besonderen Ziele und Schwerpunkte ihrer Arbeit in einem Schulprogramm fest. Sie ist für die Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags verantwortlich.</p> <p>(6) Die Schule ist so zu gestalten, dass die gemeinsame Erziehung und das gemeinsame Lernen aller Schülerinnen und Schüler in einem möglichst hohen Maße verwirklicht wird und jede</p> | <p>(6) Die Schule ist so zu gestalten, dass die gemeinsame Erziehung und das gemeinsame Lernen aller Schülerinnen und Schüler in einem möglichst hohen Maße verwirklicht wird und jede</p> | |
|--|--|--|

| | | |
|--|--|--|
| <p>Schülerin und jeder Schüler unter Berücksichtigung der individuellen Ausgangslage in der körperlichen, sozialen und emotionalen sowie kognitiven Entwicklung angemessen gefördert wird. Es ist Aufgabe der Schule, drohendem Leistungsversagen und anderen Beeinträchtigungen des Lernens, der Sprache sowie der körperlichen, sozialen und emotionalen Entwicklung mit vorbeugenden Maßnahmen entgegenzuwirken.</p> <p>(7) Hochbegabte Schülerinnen und Schüler sollen durch Beratung und ergänzende Bildungsangebote in ihrer Entwicklung gefördert werden.</p> <p>(8) Die Gliederung des Schulwesens wird durch die Besonderheiten der Altersstufen, die Vielfalt der Anlagen und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler und die Mannigfaltigkeit der Lebens- und Berufsaufgaben bestimmt. Die Schulstufen und Schulformen wirken zusammen, um den Übergang zwischen diesen zu erleichtern.</p> <p>(9) Die Schule ist zur Wohlfahrt der Schülerinnen und Schüler und zum Schutz ihrer seelischen und körperlichen Unversehrtheit, geistigen Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit verpflichtet. Darauf ist bei der Gestaltung des Schul- und Unterrichtswesens Rücksicht zu nehmen. Rauchen ist im Schulgebäude und auf dem Schulgelände nicht</p> | <p>Schülerin und jeder Schüler unter Berücksichtigung der individuellen Ausgangslage in der körperlichen, sozialen und emotionalen sowie kognitiven Entwicklung angemessen gefördert wird. Es ist Aufgabe der Schule, drohendem Leistungsversagen und anderen Beeinträchtigungen des Lernens, der Sprache sowie der körperlichen, sozialen und emotionalen Entwicklung mit vorbeugenden Maßnahmen entgegenzuwirken.</p> <p>Hochbegabte Schülerinnen und Schüler sollen durch Beratung und ergänzende Bildungsangebote in ihrer Entwicklung gefördert werden.</p> <p>(7) Das zwischen den Lehrkräften und den Schülerinnen und Schülern bestehende Obhutsverhältnis verpflichtet Lehrkräfte zu einem verantwortungsvollen und vertrauensvollen Umgang mit Nähe und Distanz; sexuelle Kontakte zwischen Lehrkräften und Schülerinnen oder Schülern sind mit dem Bildungs- und Erziehungsauftrag unvereinbar und daher unzulässig. Diese Grundsätze binden auch das übrige an der Schule tätige Personal. Satz 1 und 2 gelten auch für Schulen in freier Trägerschaft</p> | <div data-bbox="1429 379 1491 437" data-label="Image"> </div> <p>Die Ergänzung des Abs. 6 entspricht dem Regelungsgehalt des bisherigen Abs. 7.</p> <p>Mit dem neu gefassten Abs. 7 wird auf einen Beschluss des OLG Koblenz reagiert, durch den ein Lehrer vom Vorwurf des sex. Missbrauchs von Schutzbefohlenen freigesprochen wurde (Beschluss vom 29.9.2011, Az. 1 Ss 213/11). Das nach §174 des StGB geforderte Obhutsverhältnis zwischen dem Lehrer und der betroffenen Schülerin hatte nach Auffassung des Gerichts nicht vorgelegen, da er weder Fach- noch Klassenlehrer war. Aufgrund der nicht hinreichend klaren Rechtslage wurde zwischenzeitlich der § 174 StGB erweitert (49. Gesetz zur Änderung des StGB vom 21.01.2015, BGBl. I S. 10). In Ergänzung hierzu und zur Klärung der Rechtslage wird mit dem neuen Absatz das Obhutsverhältnis (...) definiert und ausdrücklich das Verbot sexueller Kontakte mit einbezogen. Zur Klarstellung werden die Grundsätze auf das übrige an der Schule tätige Personal ausgeweitet. Aufgrund der Regelung des §179 Abs. 1 ist es zudem erforderlich, die Geltung des Abs. 7 auch für Schulen in freier Trägerschaft gesondert für anwendbar zu erklären.</p> |
|--|--|--|

| | | |
|--|--|--|
| <p>gestattet. Die Anforderungen und die Belastungen der Schülerinnen und Schüler durch Unterricht, Hausaufgaben und sonstige Schulveranstaltungen müssen altersgemäß und zumutbar sein und ihnen ausreichend Zeit für eigene Aktivitäten lassen.</p> <p>(10) Die Schule arbeitet mit den Jugendämtern zusammen. Sie soll das zuständige Jugendamt unterrichten, wenn Anhaltspunkte für eine Gefährdung oder Beeinträchtigung des Wohls einer Schülerin oder eines Schülers bekannt werden. Dies gilt auch für Schulen in freier Trägerschaft.</p> <p>(11) Der Unterricht ist unentgeltlich (Unterrichtsgeldfreiheit). Den Schülerinnen und Schülern werden die an der besuchten Schule eingeführten Lernmittel unentgeltlich zum Gebrauch überlassen (Lernmittelfreiheit).</p> <p>(12) Die Schule muss in ihren Unterrichtsformen und Methoden dem Ziel gerecht werden, Schülerinnen und Schüler zur Selbsttätigkeit zu erzie-</p> | <p>(10) Die Schule arbeitet mit den Einrichtungen der Jugendhilfe und den Jugendämtern zusammen und bezieht diese im erforderlichen Umfang in Problemlösungsprozesse hinsichtlich in ihrem Wohl gefährdeter Schülerinnen und Schüler ein. Werden Lehrkräfte gewichtige Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Wohls einer Schülerin oder eines Schülers bekannt, so sollen sie mit ihr oder ihm nach Lösungen suchen und, soweit erforderlich, auf die Inanspruchnahme von Hilfen hinwirken. Die Eltern sind einzubeziehen, soweit dadurch der wirksame Schutz der Schülerin oder des Schülers nicht in Frage gestellt wird. Satz 1 bis 3 gelten auch für Schulen in freier Trägerschaft.</p> |  <p>Die Modifizierung des bisherigen Abs. 10 schreibt dessen seitherige Regelung fort. Darüber hinaus folgt sie der bundesrechtlichen Regelung des § 4 des Art. 1 KKG (Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz) des BKiSchG (Gesetzes zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern u. Jugendlichen vom 22.12.2011 (BGBl I S. 29). Entsprechend der Gesetzgebungskompetenz des Landes werden die entsprechenden Regelungen für Lehrkräfte in Landesrecht überführt. Mit dem neuen Abs. 10 wird damit auch rechtlich klargestellt, dass Lehrkräfte, die Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Wohls einer Schülerin oder eines Schülers haben, zur Einschätzung der Kindeswohlgefährdung ggü. Dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe Anspruch auf Beratung durch eine insoweit erfahrene Fachkraft haben (§ 4 Abs. 2 KKG). Auf Grund der Regelung des §179 Abs. 1 ist zudem erforderlich, die Geltung des Abs. 10 auch für Schulen in freier Trägerschaft gesondert für Anwendbar zu erklären.</p> |
|--|--|--|

| | | |
|--|---|---|
| <p>hen. Zur Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule wirken die Beteiligten, insbesondere Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler, zusammen. Alle Beteiligten müssen schulische Angebote und das Schulleben so gestalten können, dass die Schule in die Lage versetzt wird, ihrem Auftrag je nach örtlichen Gegebenheiten gerecht zu werden.</p> <p>(13) Die Schule trägt in Zusammenarbeit mit den anderen Stellen zur Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf Berufswahl und Berufsausübung sowie auf die Arbeit in der Familie und in anderen sozialen Zusammenhängen bei.</p> <p>(14) Schülerinnen und Schüler, deren Sprache nicht Deutsch ist, sollen unabhängig von der eigenen Pflicht, sich um den Erwerb hinreichender Sprachkenntnisse zu bemühen, durch besondere Angebote so gefördert werden, dass sie ihrer Eignung entsprechend zusammen mit Schülerinnen und Schülern deutscher Sprache unterrichtet und zu den gleichen Abschlüssen geführt werden können.</p> <p>(15) Auf die Einheit des deutschen Schulwesens ist Bedacht zu nehmen.</p> | <p>(15) Werbung ist in der Schule unzulässig. Ausnahmen für Sponsoring kann das Kultusministerium im Rahmen geltender Vorschriften dann zulassen, wenn eine Beeinflussung sowie der Anschein einer Einflussnahme auf Schule und Unterricht ausgeschlossen ist und das Sponsoring nicht im Widerspruch zu den Bildungs- und Erziehungszielen nach diesem Gesetz steht. Das Kultusministerium kann die Ermächtigung zur Zulassung von Ausnahmen auf nachgeordnete Behörden übertragen.</p> <p>(16) Auf die Einheit des deutschen Schulwesens ist Bedacht zu nehmen.</p> | <p>Aufgrund der Neutralitätspflicht der Schule ist Werbung in Schule und Unterricht nicht zulässig. Bislang findet sich eine entsprechende Regelung lediglich im untergesetzlichen Normkontext in § 10 Abs. 2 der „DO für Lehrkräfte, SchulleiterInnen und sozialpädagogische MitarbeiterInnen“. Hier wurden auch ergänzende Regelung für die Zulässigkeit des Sponsorings getroffen. Hinzu tritt der ebenfalls untergesetzliche gemeinsame Runderlass „Grundsätze für Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen zur Finanzierung öfftl. Aufgaben“ vom 8.12.2015 (StAnz 2016, S. 86ff)</p> <p>Folgeänderung</p> |
|--|---|---|

| ZWEITER TEIL Unterrichtsinhalte und Stundentafeln | | |
|--|---|--|
| <p style="text-align: center;">§ 4 Kerncurricula und Bildungsstandards</p> <p>(1) Verbindliche Grundlage für den Unterricht sind Pläne (Kerncurricula), die übergangs- und abschlussbezogene Bildungsstandards nach Abs. 2 mit fachspezifischen Inhaltsfeldern (Kern von Lernbereichen) verknüpfen und lernzeitbezogene Kompetenzerwartungen einschließlich der zugrundeliegenden Wissensstände enthalten.</p> <p>(2) Bildungsstandards enthalten wesentliche Ziele der pädagogischen Arbeit, ausgedrückt als Lernergebnisse der Schülerinnen und Schüler für die einzelnen Fächer in Form konkreter Beschreibungen des Könnensstandes und des Ausprägungsgrades zu einem bestimmten Zeitpunkt. Bildungsstandards bilden zugleich eine Grundlage für die Entwicklung von Maßnahmen interner und externer Evaluation.</p> <p>(3) Die Entwürfe der Kerncurricula sind dem Landesschulbeirat (§ 99a) zur Kenntnis zu geben. Auf Verlangen eines Mitglieds sind sie im Landesschulbeirat zu erörtern. Das Kultusministerium kann für die Erörterung eine Frist setzen.</p> <p>(4) Schulen können mit weiteren inhaltlichen Konkretisierungen aus den Kerncurricula einschließlich der zugrundeliegenden Wissensstände ein Schulcurriculum entwickeln, in dem der Aufbau überfachlicher Kompetenzen beschrieben wird und profilbezogene Ergänzungen aufgenommen werden. Das Schulcurriculum soll Orientierung für kompetenzorientiertes Unterricht-</p> | <p style="text-align: center;">§ 4 Kerncurricula, Lehrpläne und Bildungsstandards</p> | |

| | | |
|---|---|---|
| <p>ten der einzelnen Lehrkräfte in bestimmten Fächern, Jahrgangsstufen und Lerngruppen geben. Dabei sind als zentrale Aspekte pädagogischen Handelns Individualisierung und Differenzierung, Diagnose und Förderung, Beurteilung und Bewertung sowie die Konstruktion kompetenzorientierter Aufgaben zu berücksichtigen. Die Möglichkeit der Schulen, ihr eigenes pädagogisches Konzept sowie die besonderen Ziele und Schwerpunkte ihrer Arbeit zu entwickeln, ist dabei zu beachten.</p> <p>(5) Kerncurricula sind in allgemein zugänglicher Form zu veröffentlichen. Sie werden durch Rechtsverordnung für verbindlich erklärt; dabei wird auf die Form der Veröffentlichung und ihre Zugangsmöglichkeit hingewiesen. Mit Bedacht auf die Einheit des deutschen Schulwesens (§ 3 Abs. 15) können nationale Bildungsstandards, die von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland beschlossen worden sind, unmittelbar für verbindlich erklärt werden.</p> | <p>(5) Kerncurricula sind in allgemein zugänglicher Form zu veröffentlichen. Sie werden durch Rechtsverordnung für verbindlich erklärt; dabei wird auf die Form der Veröffentlichung und ihre Zugangsmöglichkeit hingewiesen. Mit Bedacht auf die Einheit des deutschen Schulwesens (§ 3 Abs. 15) können nationale Bildungsstandards, die von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland beschlossen worden sind, unmittelbar für verbindlich erklärt werden.</p> <p>(6) Sind für Unterrichtsfächer, Lernbereiche oder Aufgabengebiete Kerncurricula nicht bestimmt, wird der Unterricht auf der Grundlage von Lehrplänen erteilt. Abs. 3 und 5 gelten entsprechend.</p> <p>(7) Rahmenlehrpläne für den berufsbezogenen Unterricht in der Berufsschule in nach dem Berufsbildungsgesetz vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474), und der Handwerksordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. September 1998 (BGBl. I S. 3975, 2006 I S. 2095), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474), an-</p> | <p>Redaktionelle Anpassung des Querverweises ohne Änderung der Rechtslage</p> <p>Nachdem bereits in der Schulgesetznovelle vom 29.11.2004 (GVBl. I S. 330) mit dem damaligen § 4 („Standards“) der erste Schritt in Richtung auf die Neuausrichtung der Grundlagen für den Unterricht gegangen wurde u. mit der Schulgesetznovelle vom 10.06.2011 (GVBl. I. S. 267) die Kerncurricula und Bildungsstandards verbindlich eingeführt wurden, bedarf es nun nicht mehr einer eigenständigen Rechtsgrundlage für die Lehrpläne, die derzeit noch mit dem § 4a Teil des Schulgesetzes ist. Daher ist § 4a aufzuheben.</p> <p>Allerdings besteht noch Regelungsbedarf hinsichtlich Unterrichtsfächern, Lernbereichen und Aufgabengebiete, für die noch keine Kerncurricula bestimmt sind. Hierfür wird mit dem neuen Abs. 6 eine gesonderte Rechtsgrundlage ge-</p> |
|---|---|---|

| | | |
|--|--|--|
| | <p>erkannten Ausbildungsberufen, die von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland beschlossen und im Bundesanzeiger veröffentlicht worden sind, können als Lehrpläne im Sinne des Abs. 6 Satz 1 unmittelbar für verbindlich erklärt werden.</p> | <p>schaffen, die dem Regelungsgehalt des bisherigen § 4a Abs. 1 folgt und zudem auf die dann einzuhaltenden Verfahrensschritte verweist. Regelungsbedarf besteht weiterhin für die Einführung der Rahmenlehrpläne für den berufsbezogenen Unterricht in der Berufsschule. Hier übernimmt der neue abs. 7 die Regelung des bisherigen § 4a Abs. 4, so dass das vereinfachte Verfahren für die Verbindlicherklärung der Lehrpläne beibehalten werden kann.</p> |
| <p>§ 4a Lehrpläne</p> <p>(1) Sind für Unterrichtsfächer, Lernbereiche oder Aufgabengebiete Kerncurricula nicht bestimmt, wird der Unterricht auf der Grundlage von Lehrplänen erteilt. Die Lehrpläne müssen gewährleisten, dass daneben geltende nationale Bildungsstandards, die von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland beschlossen worden sind, erfüllt werden können. Sie müssen sich nach den Anforderungen und Bildungszielen der einzelnen Bildungsgänge richten, die allgemeinen und fachlichen Ziele der einzelnen Fächer, Lernbereiche und Aufgabengebiete sowie didaktische Grundsätze, die sich an den Qualifikationszielen des jeweiligen Fachs, Lernbereichs oder Aufgabengebiets zu orientieren haben, enthalten und Möglichkeiten des fächerverbindenden und fachübergreifenden Lernens aufzeigen. Verbindliche und fakultative Unterrichtsinhalte sind in einem sinnvollen Verhältnis so zueinander zu bestimmen, dass die Lehrerin oder der Lehrer in die Lage versetzt wird, die vorgegebenen Ziele in eigener pädagogischer Verantwortung zu erreichen und Interessen der Schülerinnen und Schüler einzube-</p> | <p>§ 4a Lehrpläne (aufgehoben)</p> | <p>Nachdem es aufgrund der Regelung in § 4 keiner eigenständigen Rechtsgrundlage für die Lehrpläne mehr bedarf, ist § 4 aufzuheben. Im Übrigen wird auf die Begründung zu § 4 hingewiesen.</p> |

| | | |
|--|---|--|
| <p>ziehen. Der Grundsatz der Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen und Schulformen ist zu berücksichtigen.</p> <p>(2) Die Entwürfe der Lehrpläne werden dem Landesschulbeirat (§ 99a) zur Kenntnis gegeben. Auf Verlangen eines Mitglieds werden sie im Landesschulbeirat erörtert. Das Kultusministerium kann für die Beratung eine Frist setzen.</p> <p>(3) Lehrpläne sind in allgemein zugänglicher Form zu veröffentlichen. Sie werden durch Rechtsverordnung zur Erprobung freigegeben oder für verbindlich erklärt; dabei wird auf die Form der Veröffentlichung und ihre Zugangsmöglichkeit hingewiesen.</p> <p>(4) Rahmenlehrpläne für den berufsbezogenen Unterricht in der Berufsschule in nach dem Berufsbildungsgesetz vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160), und der Handwerksordnung in der Fassung vom 24. September 1998 (BGBl. I S. 3075, 2006 I S. 2095), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Juli 2009 (BGBl. I S. 2091), anerkannten Ausbildungsberufen, die von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland beschlossen und im Bundesanzeiger veröffentlicht worden sind, können als Lehrpläne im Sinne des Abs. 1 unmittelbar für verbindlich erklärt werden.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 5</p> <p style="text-align: center;">Gegenstandsbereiche des Unterrichts</p> <p>(1) Gegenstandsbereiche des Pflichtunterrichts sind nach näherer Bestimmung durch die Stundentafeln folgende Unterrichtsfächer:</p> | <p style="text-align: center;">§ 5</p> <p style="text-align: center;">Gegenstandsbereiche des Unterrichts</p> | |

| | | |
|--|---|---|
| <p>1. in der Grundstufe (Primarstufe)</p> <p>a) Deutsch, b) Mathematik, c) Musik, d) Kunst, Werken/Textiles Gestalten, e) Sachunterricht, f) Religion, g) Sport, h) eine erste Fremdsprache;</p> <p>2. in der Mittelstufe (Sekundarstufe I)</p> <p>a) Deutsch, b) eine erste Fremdsprache, eine zweite Fremdsprache im gymnasialen Bildungsgang, c) Mathematik, d) Musik, e) Kunst, f) Geschichte, g) Erdkunde, h) Politik und Wirtschaft, i) Arbeitslehre, j) Physik, k) Chemie, l) Biologie, m) Religion, n) Sport;</p> <p>3. in der Oberstufe (Sekundarstufe II) in den studienqualifizierenden Bildungsgängen</p> <p>a) sprachlich-literarisch-künstlerisches Aufgabenfeld, b) gesellschaftswissenschaftliches Aufgabenfeld,</p> | <p>3. in der Oberstufe (Sekundarstufe II) in den studienqualifizierenden Bildungsgängen mit Ausnahme der Fachoberschule</p> | <p>Die bisherigen Regelungen in Abs. 1 Nr. 3 u. 4 differenzieren in den Bildungsgängen der Oberstufe (Sek II) zwischen studienqualifizierenden und berufsqualifizierenden Bildungsgängen. Nicht berücksichtigt werden dabei bislang die Fachoberschulen, die ebenfalls zu den studienqualifizierenden Bildungsgängen gehören. Zur</p> |
|--|---|---|

| | | |
|--|--|---|
| <p>c) mathematisch-naturwissenschaftlich-technisches Aufgabenfeld, d) Sport;</p> <p>4. in der Oberstufe (Sekundarstufe II) in den berufsqualifizierenden Bildungsgängen</p> <p>a) allgemeiner Lernbereich, b) beruflicher Lernbereich.</p> <p>(2) Ab der Mittelstufe (Sekundarstufe I) der allgemein bildenden Schulen sind die Berufsorientierung sowie die Hinführung zur Arbeitswelt und das grundlegende Verständnis wirtschaftlicher Abläufe durch Pflichtunterricht, den berufsfeldbezogenen Unterricht in der Mittelstufenschule, Betriebspraktika und besondere Unterrichtsprojekte zu fördern.</p> <p>(3) Gegenstandsbereiche des Wahlpflichtunterrichts im Bildungsgang der Realschule sind eine zweite Fremdsprache sowie Unterrichtsangebote, die sich auf die Inhalte der Fächer des Pflichtunterrichts beziehen. Gegenstandsbereiche des Wahlunterrichts in der Mittelstufe (Sekundarstufe I) im gymnasialen Bildungsgang sind eine dritte Fremdsprache sowie Unterrichtsangebote, die sich auf die Inhalte der Fächer des Pflichtunterrichts beziehen.</p> <p>(4) Weitere Gegenstandsbereiche können durch Rechtsverordnung näher bestimmt werden, wenn dies zur Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schulen erforderlich ist.</p> | <p>4. in der Oberstufe (Sekundarstufe II) in den berufsqualifizierenden Bildungsgängen mit Ausnahme der Fachoberschule</p> <p>a) allgemeiner Lernbereich, b) beruflicher Lernbereich.</p> <p>(2) Ab der Mittelstufe (Sekundarstufe I) der allgemein bildenden Schulen bereitet die Schule im Rahmen der Berufs- und Studienorientierung fächerübergreifend auf die Berufswahl und künftige Berufsausbildung der Schülerinnen und Schüler vor. Die Vermittlung der entsprechenden fachlichen und überfachlichen Kompetenzen ist Teil des Unterrichts in allen Unterrichtsfächern. Näheres wird durch Rechtsverordnung geändert.</p> | <p>Klärung der bestehenden Rechtslage werden daher entsprechende klarstellende Formulierungen in den Nr. 3 u. 4 eingefügt.</p> <p>Mit der Neufassung des Abs. 2 wird auf die stärkere Ausrichtung des schulischen Auftrags auf das zukünftige berufliche Leben der SchülerInnen reagiert. Herausgestellt wird dabei dass die Vermittlung der notwendigen Kompetenzen für die Berufs- und Studienorientierung Teil des Unterrichts in allen Unterrichtsfächern ist. Zudem wird entsprechend der Wertigkeit dieser Ausrichtung des schulischen Auftrags die Rechtsgrundlage für eine Rechtsverordnung geschaffen.</p> |
| <p align="center">§ 6</p> <p align="center">Unterrichtsfächer, Lernbereiche und Aufgabengebiete</p> | <p align="center">§ 6</p> <p align="center">Unterrichtsfächer, Lernbereiche und Aufgabengebiete</p> | |

(1) In den Unterrichtsfächern sind die für jedes Fach geltenden besonderen Methoden und das Fach kennzeichnenden Ziele und Fertigkeiten im Unterricht zu berücksichtigen. In fächerverbindenden oder fachübergreifenden Unterrichtsformen werden an Themen, die verschiedene Fächer berühren, die besonderen Methoden der beteiligten Fächer, ihre jeweiligen Ziele und Fertigkeiten im Unterricht entsprechend dem thematischen Zusammenhang erschlossen.

(2) Die Verordnung über die Stundentafeln kann für bestimmte Schulformen und Jahrgangsstufen die Möglichkeit vorsehen, dass nach Entscheidung der Gesamtkonferenz der Schule die Unterrichtsfächer Geschichte, Erdkunde sowie Politik und Wirtschaft als Lernbereich Gesellschaftslehre, die Unterrichtsfächer Musik und Kunst, Werken/Textiles Gestalten sowie Darstellendes Spiel als Lernbereich ästhetische Bildung und die Unterrichtsfächer Physik, Chemie und Biologie als Lernbereich Naturwissenschaften zusammengefasst werden.

(3) Lernbereiche können fachübergreifend von mehreren Lehrerinnen oder Lehrern in enger Zusammenarbeit didaktisch abgestimmt oder von einer Lehrerin oder einem Lehrer unterrichtet werden, um übergreifende Erkenntnisse auch in der Schule zur Geltung zu bringen und die Schülerinnen und Schüler zu befähigen, ein Problem vom unterschiedlichen Ansatz verschiedener Fächer her zu beurteilen. Dabei ist darauf zu achten, dass der Anteil der jeweiligen Fächer angemessen berücksichtigt wird. Wird der Lernbereich zusammengefasst unterrichtet, so wird für ihn eine zusammengefasste Bewertung erteilt; diese ist in den Versetzungs- und Abschlussregelungen der

| | | |
|--|--|---|
| <p>Bewertung in den Fächern Deutsch, Mathematik und erste Fremdsprache gleichgestellt. Die Gesamtkonferenz entscheidet auf der Grundlage einer curricular und pädagogisch begründeten, die Möglichkeiten der Schule berücksichtigenden Konzeption der Fachkonferenz, ob der Lernbereich fachübergreifend unterrichtet wird.</p> <p>(4) Besondere Bildungs- und Erziehungsaufgaben der Schulen werden in Aufgabengebieten erfasst. Diese sind insbesondere ökologische Bildung und Umwelterziehung, informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung, Erziehung zur Gleichberechtigung, Sexualerziehung, kulturelle Praxis, Friedenserziehung, Rechtserziehung, Gesundheitserziehung und Verkehrserziehung. Aufgabengebiete werden fachübergreifend unterrichtet. Sie können in Form themenbezogener Projekte unter Berücksichtigung der fachbezogenen Lernziele und Methoden auch jahrgangs- und schulformübergreifend unterrichtet werden. Sie können in Kerncurricula nach § 4 Abs. 1 oder eigenen Lehrplänen nach § 4a Abs. 1 näher bestimmt werden. Über die inhaltliche und unterrichtsorganisatorische Umsetzung entscheidet die Gesamtkonferenz auf der Grundlage einer Konzeption der jeweils zuständigen Konferenz der Lehrkräfte.</p> | <p>(4) Besondere Bildungs- und Erziehungsaufgaben der Schulen werden in Aufgabengebieten erfasst. Diese sind insbesondere ökologische Bildung und Umwelterziehung Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung, informations- und kommunikationstechnische Grundbildung, Medienbildung und Medienerziehung, Erziehung zur Gleichberechtigung, Sexualerziehung, kulturelle Praxis, Friedenserziehung, Menschenrechtsbildung und Rechtserziehung, Gesundheitserziehung und Verkehrserziehung. Aufgabengebiete werden fachübergreifend unterrichtet. Sie können in Form themenbezogener Projekte unter Berücksichtigung der fachbezogenen Lernziele und Methoden auch jahrgangs- und schulformübergreifend unterrichtet werden. Sie können in Kerncurricula nach § 4 Abs. 1 oder eigenen Lehrplänen nach § 4a Abs. 1 § 4 Abs. 6 näher bestimmt werden. Über die inhaltliche und unterrichtsorganisatorische Umsetzung entscheidet die Gesamtkonferenz auf der Grundlage einer Konzeption der jeweils zuständigen Konferenz der Lehrkräfte.</p> | <p>Als Präzisierung des schulischen Auftrags betreffend die besonderen Bildungs- und Erziehungsaufgaben wird der Umwelterziehung künftig um den Aspekt der Nachhaltigkeit ergänzt. Darüber hinaus wird aufgrund des hohen gesellschaftlichen Stellenwerts die Aufgabe der Medienbildung eingefügt.</p> <p>Neu hinzu tritt der Bereich der Menschenrechtsbildung. Das Schulgesetz kommt insoweit einer völkerrechtlichen Verpflichtung nach, wonach die Bildung des Kindes (auch) darauf gerichtet sein muss, „Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten und den in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsätzen zu vermitteln“ (Art. 29 Buchst. B des „Übereinkommens über die Rechte des Kindes – VN-Kinderrechtskonvention). Da damit der Achtung vor den Menschenrechten als Bildungsziel durch die Vereinten Nationen vorgeben ist, wird sie nun als Bildungsauftrag gesondert im Schulgesetz festgeschrieben.</p> <p>Redaktionelle Anpassung ohne Änderung der Rechtslage</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 7 Sexualerziehung</p> <p>(1) Durch die Sexualerziehung, die als Teil der Gesamterziehung zu den Aufgaben der Schule gehört, sollen die Schülerinnen und Schüler sich</p> | <p style="text-align: center;">§ 7 Sexualerziehung</p> <p>(1) Durch die Sexualerziehung, die als Teil der Gesamterziehung zu den Aufgaben der Schule gehört, sollen die Schülerinnen und Schüler sich</p> | <p>Die Änderung in Satz 2 vollzieht die jüngere Rechtsprechung des BVerfG zum Thema Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaften nach</p> |

| | | |
|--|---|--|
| <p>altersgemäß mit den biologischen, ethischen, religiösen, kulturellen und sozialen Tatsachen und Bezügen der Geschlechtlichkeit des Menschen vertraut machen. Die Sexualerziehung soll das Bewusstsein für eine persönliche Intimsphäre und für ein gewaltfreies, respektvolles Verhalten in gegenwärtigen und zukünftigen persönlichen und partnerschaftlichen Beziehungen entwickeln und fördern sowie die grundlegende Bedeutung von Ehe und Familie vermitteln. Bei der Sexualerziehung ist Zurückhaltung zu wahren sowie Offenheit und Toleranz gegenüber den verschiedenen Wertvorstellungen in diesem Bereich zu beachten; jede einseitige Beeinflussung ist zu vermeiden.</p> <p>(2) Die Eltern sind über Ziel, Inhalt und Formen der Sexualerziehung rechtzeitig zu unterrichten.</p> | <p>altersgemäß mit den biologischen, ethischen, religiösen, kulturellen und sozialen Tatsachen und Bezügen der Geschlechtlichkeit des Menschen vertraut machen. Die Sexualerziehung soll das Bewusstsein für eine persönliche Intimsphäre und für ein gewaltfreies, respektvolles Verhalten in gegenwärtigen und zukünftigen persönlichen und partnerschaftlichen Beziehungen entwickeln und fördern sowie die grundlegende Bedeutung von Ehe, und Familie und eingetragener Lebenspartnerschaft vermitteln. Bei der Sexualerziehung ist Zurückhaltung zu wahren sowie Offenheit und Toleranz gegenüber den verschiedenen Wertvorstellungen und sexuellen Orientierungen zu beachten; in diesem Bereich zu beachten; jede einseitige Beeinflussung ist zu vermeiden.</p> <p>(</p> | <p>(vgl. Beschlüsse vom 7.6.2009, BVerfGE 124, 199 ff, vom 21.7.2010, BVerfGE 126, 400 u. a.) Die Ergänzung von Satz 3 trägt dem Umstand Rechnung, dass eine ablehnende Haltung gegenüber anderen Menschen, der erzieherisch entgegengewirkt werden muss, nicht nur auf deren geschlechtsbezogene Wertvorstellung bezogen werden kann, sondern auch auf deren sexuelle Orientierung.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 8 Religionsunterricht und Ethikunterricht</p> <p>(1) Religion ist ordentliches Unterrichtsfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechts wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Kirchen oder Religionsgemeinschaften erteilt. Die Kirchen oder Religionsgemeinschaften können sich durch Beauftragte vergewissern, dass der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ihres Bekenntnisses erteilt wird.</p> <p>(2) Keine Lehrerin und kein Lehrer kann verpflichtet oder, die Befähigung vorausgesetzt, gehindert werden, Religionsunterricht zu erteilen.</p> <p>(3) Eine Abmeldung vom Religionsunterricht ist möglich. Hierüber entscheiden die Eltern, nach</p> | | |

| | | |
|---|---|--|
| <p>Vollendung des 14. Lebensjahres die Schülerinnen und Schüler.</p> <p>(4) Die Schülerinnen und Schüler, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen, sind verpflichtet, an einem Ethikunterricht teilzunehmen, in dem ihnen das Verständnis für Wertvorstellungen und ethische Grundsätze und der Zugang zu ethischen, philosophischen und religionskundlichen Fragen vermittelt wird. Schülerinnen und Schüler verschiedener Schulen, Schulformen und Schulstufen können dabei zu einer pädagogisch vertretbaren Lerngruppe zusammengefasst werden.</p> <p>(5) Die Einführung und Ausgestaltung des Ethikunterrichts wird durch Rechtsverordnung näher geregelt.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 8a Förderung der Schülerinnen und Schüler anderer Sprache</p> <p>(1) Maßnahmen der Förderung von Schülerinnen und Schülern, deren Sprache nicht Deutsch ist (§ 3 Abs. 14), sind besondere Unterrichtsangebote zum Erwerb der deutschen Sprache oder zur Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse, die in der Regel auf selbst erworbenen Grundkenntnissen aufbauen und die Schülerinnen und Schüler so fördern sollen, dass sie sich so bald wie möglich am Unterricht in der Regelklasse beteiligen können.</p> <p>(2) Die Ausgestaltung des Unterrichts und der Fördermaßnahmen nach Art, Umfang und Verpflichtung zur Teilnahme für Schülerinnen und Schüler anderer Sprache erfolgt durch Rechtsverordnung.</p> | <p style="text-align: center;">§ 8a Förderung der Schülerinnen und Schüler anderer Sprache</p> <p>(2) Die Ausgestaltung des Unterrichts und der Fördermaßnahmen nach Art, Umfang, Förderort und Verpflichtung zur Teilnahme für Schülerinnen und Schüler anderer Sprache erfolgt durch Rechtsverordnung.</p> | <p>Die Aufnahme des Terminus „Förderort“ dient zum einen der Klarstellung, dass die Schülerinnen nichtdeutscher Herkunftssprache einer bestimmten Schule zugewiesen werden können. Zum anderen wird damit auch die Beförderungspflicht für den Träger der Schülerbeförderung nach § 161 Abs. 5 Nr. 2 Satz 1 festgeschrieben.</p> |

| | | |
|--|--|--|
| <p style="text-align: center;">§ 9 Stundentafeln</p> <p>(1) Die Zahl der Unterrichtsstunden, die auf die Unterrichtsfächer, Lernbereiche und Aufgabengebiete entfallen, wird in Stundentafeln festgelegt. Die Festlegung richtet sich nach dem Bildungsauftrag des einzelnen Bildungsganges und berücksichtigt den Grundsatz der Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen und Schulformen. Bei der Festlegung des Stundenrahmens ist davon auszugehen, dass der Unterricht an Vollzeitschulen in der Regel an fünf Wochentagen in der Woche stattfindet.</p> <p>(2) Die Stundentafel soll Entscheidungsmöglichkeiten für individuelle Bildungsschwerpunkte eröffnen. Daher ist in der Stundentafel zu unterscheiden,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. welche Fächer, Lernbereiche oder Aufgabengebiete zum Pflichtunterricht gehören, in dem alle Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden und zu dessen Teilnahme sie verpflichtet sind, 2. welche Fächer und Aufgabengebiete im Wahlpflichtbereich angeboten werden, in denen die Schülerinnen und Schüler nach ihrer Wahl unterrichtet werden und zu deren Teilnahme sie verpflichtet sind, 3. welche Fächer und Aufgabengebiete Wahlangebote sind, in denen die Schülerinnen und Schüler nach ihrer Wahl unterrichtet werden. | | |
|--|--|--|

| | | |
|---|--|--|
| <p>Die Entscheidung über die Teilnahme an den in Satz 2 Nr. 2 und 3 genannten Fächern treffen die Eltern, bei volljährigen Schülerinnen und Schülern diese selbst.</p> <p>(3) Ergänzend können freiwillige Unterrichtsveranstaltungen zur Vertiefung und Erweiterung des Bildungsauftrags der Schule eingerichtet oder betreuende Maßnahmen durchgeführt werden, sofern die erforderlichen Voraussetzungen gegeben sind.</p> <p>(4) Die Schulkonferenz kann beschließen, dass der Unterricht an Vollzeitschulen abweichend von Abs. 1 Satz 3 an sechs Wochentagen stattfindet. Der Beschluss bedarf der Zustimmung des Schulträgers.</p> <p>(5) Die Stundentafeln werden nach Maßgabe des Abs. 1 bis 3 durch Rechtsverordnungen erlassen; dabei ist der Rahmen näher zu bestimmen, in dem die Schulleiterin oder der Schulleiter von der Stundentafel abweichen darf.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 10 Zulassung von Schulbüchern und digitalen Lehrwerken</p> <p>(1) Schulbücher sind Druckwerke, die dazu bestimmt sind, von Schülerinnen und Schülern im Unterricht für einen längeren Zeitraum benutzt zu werden. Digitale Lehrwerke stehen den Schulbüchern gleich, sofern sie ebenfalls für einen längeren Zeitraum benutzt werden.</p> <p>(2) Schulbücher und digitale Lehrwerke dürfen an einer Schule nur eingeführt werden, wenn sie zuvor zugelassen worden sind. Über die Zulassung entscheidet das Kultusministerium, sofern des-</p> | | |

| | | |
|--|--|--|
| <p>sen Befugnis nicht allgemein für bestimmte Verwendungszwecke, Fachbereiche oder Schulformen oder im Einzelfall den Schulaufsichtsbehörden oder den Schulleiterinnen und Schulleitern übertragen worden ist. Schulbücher und digitale Lehrwerke sind zuzulassen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none">1. sie allgemeinen Verfassungsgrundsätzen und Rechtsvorschriften nicht widersprechen,2. sie mit den Kerncurricula, Bildungsstandards und Lehrplänen vereinbar sind und nach Umfang und Inhalt ein für das Unterrichtsfach und die Schulform vertretbares Maß nicht überschreiten,3. sie nach methodischen und didaktischen Grundsätzen den pädagogischen Anforderungen genügen, keine schwerwiegenden Fehler in der Sachdarstellung aufweisen und insbesondere nicht ein geschlechts-, behinderten-, religions- oder rassendiskriminierendes Verständnis fördern und4. die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bei Beachtung einer wirtschaftlichen Haushaltsführung die Einführung rechtfertigen. <p>(3) Die Schulbücher und digitalen Lehrwerke für den Religionsunterricht bedürfen der Zustimmung der Kirche oder Religionsgemeinschaft hinsichtlich der Übereinstimmung mit deren Grundsätzen.</p> | | |
|--|--|--|

| | | |
|---|---|--|
| <p>(4) Über die Einführung eines zugelassenen Schulbuches oder digitalen Lehrwerkes im Rahmen der technischen Voraussetzungen an einer Schule entscheidet die Fachkonferenz im Rahmen der der Schule zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und der Beschlüsse der Gesamtkonferenz zu deren Verteilung. In Parallelklassen oder -kursen einer Schule sind in der Regel die gleichen Schulbücher und digitalen Lehrwerke zu verwenden. Schulen, die einen Schulverbund bilden, sollen sich bei der Einführung der Schulbücher und digitalen Lehrwerke untereinander abstimmen.</p> <p>(5) Das Verfahren zur Zulassung der Schulbücher und digitalen Lehrwerke wird durch Rechtsverordnung näher geregelt.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">DRITTER TEIL</p> <p style="text-align: center;">Schul Aufbau</p> <p style="text-align: center;">Erster Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Gliederung und Organisation der Schule</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 11</p> <p style="text-align: center;">Äußere Organisation nach Schulstufen und Schulformen</p> <p>(1) Das Schulwesen gliedert sich nach Jahrgangsstufen, Schulstufen und Schulformen.</p> <p>(2) Die Jahrgangsstufen 1 bis 4 bilden die Grundstufe (Primarstufe), die Jahrgangsstufen 5 bis 9 oder 10 die Mittelstufe (Sekundarstufe I) und die anschließenden drei Jahrgangsstufen des gymnasialen Bildungsganges sowie die beruflichen</p> | <p style="text-align: center;">§ 11</p> <p style="text-align: center;">Äußere Organisation nach Schulstufen und Schulformen</p> | |

| | | |
|---|--|---|
| <p>Schulen die Oberstufe (Sekundarstufe II). Schulen für Erwachsene haben die Aufgabe, den Erwerb von Abschlüssen der allgemein bildenden Schulen der Sekundarstufen nachträglich zu ermöglichen.</p> <p>(3) Schulformen sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. als allgemein bildende Schulen <ol style="list-style-type: none"> a) die Grundschule, b) die Hauptschule, c) die Realschule, d) das Gymnasium, e) die schulformübergreifende (integrierte) Gesamtschule, f) die schulformbezogene (kooperative) Gesamtschule, g) die Mittelstufenschule, h) die Förderschule, 2. als berufliche Schulen <ol style="list-style-type: none"> a) die Berufsschule, b) die Berufsfachschule, c) die Fachoberschule, d) das berufliche Gymnasium, e) die Fachschule, 3. als Schulen für Erwachsene <ol style="list-style-type: none"> a) die Abendhauptschule, b) die Abendrealschule, c) das Abendgymnasium, d) das Kolleg. | <p>(3) Schulformen sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 3. als Schulen für Erwachsene <ol style="list-style-type: none"> e) die Abendhauptschule, f) die Abendrealschule, g) das Abendgymnasium, h) das Kolleg. <p>Schulen nach Satz 1 Nr. 1 können auch als Schulen für Kranke eingerichtet werden. Zur Erfüllung</p> | <p>Unabhängig von der Benennung der Förderschwerpunkte in § 50 Abs. 1 wird in Satz 2 eine eigene Rechtsgrundlage für Schulen für Kranke</p> |
|---|--|---|

| | | |
|--|--|---|
| <p>(4) Grundschulen können mit Hauptschulen, verbundenen Haupt- und Realschulen, Mittelstufenschulen sowie Gesamtschulen und Hauptschulen mit Realschulen verbunden werden.</p> <p>(5) Abendhauptschulen, Abendrealschulen und Abendgymnasien können miteinander und mit beruflichen Schulen verbunden werden; ihre Verbindung mit einem Hessenkolleg setzt eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen ihrem kommunalen Träger und dem Land als Träger des Hessenkollegs voraus.</p> <p>(6) Schulformbezogene (kooperative) Gesamtschulen umfassen einen Hauptschul-, einen Realschul- und einen gymnasialen Zweig bis zur Jahrgangsstufe 9 oder 10.</p> <p>(7) Die Förderstufe kann schulformübergreifende Organisationsform der Jahrgangsstufen 5 und 6 der verbundenen Haupt- und Realschule (§ 23b Abs. 1) und der schulformbezogenen (kooperativen) Gesamtschule (§ 26 Abs. 2) oder organisatorischer Bestandteil der Grundschule (§ 17) sein.</p> <p>(8) Schulen können mehrere Standorte haben, wenn diese Organisationsform eine sinnvolle Unterrichts- und Erziehungsarbeit sichert und fördert (Verbundschulen).</p> | <p>der Berufsschulpflicht bei Anspruch auf sonderpädagogische Förderung nach § 64 können neben den allgemeinen beruflichen Schulen nach Satz 1 Nr. 2 auf Förderberufsschulen eingerichtet werden.</p> <p>(8) Eigenständige Schulen können zu einer Schule zusammengelegt werden, die die bestehenden Standorte beibehält, wenn diese Organisationsform eine sinnvolle Unterrichts- und Erziehungsarbeit sichert und fördert (Verbundschulen)</p> | <p>geschaffen, um klarzustellen, dass kranke SchülerInnen unabhängig von ihrer Erkrankung weiterhin entsprechend der bisherigen Zielsetzung („einer der allgemeinen Schule entsprechenden Zielsetzung“ oder „einer von der allgemeinen Schule abweichenden Zielsetzung“ nach § 50 Abs. 1) unterrichtet werden.</p> <p>Mit dem neuen Satz 3 wird eine klarstellende Rechtsgrundlage für Förderberufsschulen geschaffen, die bereits in der Regelung des § 64 Abs. 1 vorausgesetzt werden. Eine Änderung der bestehenden Rechtslage ist damit nicht verbunden.</p>  <p>Die Neufassung der Definition von Verbundschulen dient der Klarstellung, dass es sich dabei um ursprünglich eigenständige Schulen handelt, die zusammengelegt wurden. Damit wird eine Abgrenzung zu Schulen vorgenommen, die entweder bereits mit Außenstellen gegründet werden oder für die neue Außenstellen eingerichtet werden.</p> |
|--|--|---|

| | | |
|---|--|--|
| <p>(9) Zur Erleichterung des nach § 3 Abs. 8 Satz 2 gebotenen Zusammenwirkens sollen Schulen innerhalb einer Schulstufe und zwischen aufeinander folgenden Schulstufen zusammenarbeiten und sich insbesondere in curricularen, organisatorischen und personellen Fragen abstimmen.</p> | <p>(9) Zur Erleichterung des nach § 3 Abs. 8 Satz 2 gebotenen Zusammenwirkens sollen Schulen innerhalb einer Schulstufe und zwischen aufeinander folgenden Schulstufen zusammenarbeiten und sich insbesondere in curricularen, organisatorischen und personellen Fragen abstimmen.</p> <p>Schulen gleicher Schulstufe können gemeinsam ein Schulcurriculum (§ 4 Abs. 4 Satz 1) entwickeln.</p> | <p>Nach § 4 Abs. 4 können Schulen aus den Kerncurricula ein eigenes Schulcurriculum entwickeln. Insbesondere im Grundschulbereich bereitet dies in der Praxis große Mühe. Daher wird den Schulen mit der Neuregelung die Möglichkeit eingeräumt, unter Beibehaltung ihrer Eigenständigkeit innerhalb einer Schulstufe gemeinsam ein einheitliches Schulcurriculum zu entwickeln.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 12</p> <p>Innere Organisation nach Bildungsgängen</p> <p>(1) Das Schulwesen wird inhaltlich durch Bildungsgänge gegliedert. Auf dem für alle Schüler gemeinsamen Bildungsgang in der Grundschule bauen die Bildungsgänge der Sekundarstufe auf.</p> <p>(2) Die Bildungsgänge der Sekundarstufe werden inhaltlich durch die Gegenstandsbereiche des Unterrichts nach § 5 und die Abschlüsse nach § 13 als Bildungsziel unter Berücksichtigung der durch das jeweilige Bildungsziel und die Bildungsstandards vorgegebenen Anforderungen bestimmt. Die Bildungsgänge haben ihre Grundlage in für alle Schülerinnen und Schüler gemeinsamen Lernzielen und werden mit deren Vorrücken in höhere Jahrgangsstufen nach inhaltlichen Schwerpunkten, der Art der Erschließung und der Erweiterung und Vertiefung der Gegenstandsbereiche ausdifferenziert. Die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen muss gewahrt bleiben.</p> <p>(3) Die Bildungsgänge werden je nach Unterrichtsorganisation der Schule als Schulform oder schulformübergreifend angeboten. Bei schulformübergreifender Unterrichtsorganisation ist</p> | | |

| | | |
|---|--|--|
| <p>die Gleichwertigkeit des Angebots durch ein dem Bildungsziel angemessenes Verhältnis von gemeinsamem Kernunterricht und Unterricht in differenzierenden Kursen und durch innere Differenzierung im Kernunterricht zu gewährleisten.</p> <p>(4) Den individuellen Bildungsweg bestimmen die Eltern oder die volljährigen Schülerinnen und Schüler in den Grenzen der Eignung durch die Wahl einer Schulform, die einem Bildungsgang entspricht, oder durch die Erstentscheidung bei der Einstufung in leistungsdifferenzierte Kurse bei schulformübergreifenden Schulen.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 13 Abschlüsse</p> <p>(1) Die Abschlüsse der Sekundarstufen sind den Bildungsgängen zugeordnet. Die in den Bildungsgängen erworbenen Abschlüsse, Berechtigungen und Zeugnisse können bei Gleichwertigkeit einander gleichgestellt werden.</p> <p>(2) Die Abschlüsse der Mittelstufe (Sekundarstufe I) können nachträglich an beruflichen Schulen erworben werden. Die Abschlüsse der allgemein bildenden Schulen der Mittelstufe und der Oberstufe (Sekundarstufe I und II) können nachträglich an den Schulen für Erwachsene erworben werden.</p> <p>(3) Der Abschluss der Jahrgangsstufe 9 in Form des einfachen und des qualifizierenden Hauptschulabschlusses berechtigt zum Übergang in berufsqualifizierende Bildungsgänge der Oberstufe (Sekundarstufe II). Den besonderen Anforderungen berufsqualifizierender Bildungsgänge entsprechend kann der Zugang von weiteren Voraussetzungen abhängig gemacht werden.</p> | <p style="text-align: center;">§ 13 Abschlüsse</p> | |

| | | |
|--|---|--|
| <p>(4) Der mittlere Abschluss in Form des einfachen und des qualifizierenden Realschulabschlusses nach Jahrgangsstufe 10 berechtigt zum Übergang in die berufs- und studienqualifizierenden Bildungsgänge der Oberstufe (Sekundarstufe II). Den besonderen Anforderungen der jeweiligen Bildungsgänge der Sekundarstufe II entsprechend kann der Zugang von weiteren Voraussetzungen abhängig gemacht werden. Der mittlere Abschluss in Form des qualifizierenden Realschulabschlusses berechtigt zum Übergang in die gymnasiale Oberstufe und das berufliche Gymnasium.</p> <p>(5) In der Oberstufe (Sekundarstufe II) berechtigt der Abschluss der gymnasialen Oberstufe, des beruflichen Gymnasiums und der zweijährigen Sonderlehrgänge zum Erwerb der allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung für Aussiedler zur Aufnahme eines Studiums an Hochschulen. Der Abschluss der Fachoberschule berechtigt zur Aufnahme eines Studiums an Fachhochschulen. Dasselbe gilt für den Abschluss der zweijährigen höheren Berufsfachschule, der mindestens zweijährigen Fachschule und der Berufsschule mit zusätzlichem Unterricht und einer Prüfung; weitere Voraussetzungen können festgelegt werden.</p> <p>(6) Zusammen mit einem der Abschlüsse nach Abs. 2 bis 5 kann ein ausländischer oder ein internationaler Abschluss insbesondere durch die Bildung von Schwerpunkten innerhalb eines Bildungsgangs und den erweiterten Einsatz einer Fremdsprache als Unterrichtssprache nach durch Rechtsverordnung dafür näher bestimmten curricularen und unterrichtsorganisatorischen Voraussetzungen erworben werden.</p> | <p>(4) Der mittlere Abschluss in Form des einfachen und des qualifizierenden Realschulabschlusses nach Jahrgangsstufe 10 berechtigt zum Übergang in die berufs- und studienqualifizierenden Bildungsgänge der Oberstufe (Sekundarstufe II). Den besonderen Anforderungen der jeweiligen Bildungsgänge der Sekundarstufe II entsprechend kann der Zugang von weiteren Voraussetzungen abhängig gemacht werden. Der mittlere Abschluss in Form des qualifizierenden Realschulabschlusses berechtigt zum Übergang in die Fachoberschule, die gymnasiale Oberstufe und das berufliche Gymnasium.</p> <p>(5) Der Abschluss der Fachoberschule berechtigt zur Aufnahme eines Studiums an einer Hochschule für angewandte Wissenschaften oder in einem gestuften Studiengang an einer Universität.</p>  | <p>Mit der Einfügung der Fachoberschule in Abs. 4 Satz 3 wird eine Regelungslücke dahingehend geschlossen, dass SchülerInnen mit dem mittleren Abschluss in Form des qualifizierenden Realschulabschlusses auch die Berechtigung zum Übergang in die Fachoberschule erwerben.</p> <p>Mit den Ergänzungen in Abs. 5 und 7 wird klargestellt, dass der Abschluss der Fachoberschule nicht nur zur Aufnahme eines Studiums an einer Hochschule für angewandte Wissenschaften (früher Fachhochschule) berechtigt, sondern auch in einem gestuften Studiengang an einer Universität. Das Gesetz folgt damit der Regelung des § 54 Abs. 2 Satz 2 des Hessischen Hochschulgesetzes und den dort festgelegten Hochschulzugsregelungen.</p> |
|--|---|--|

| | | |
|--|---|--|
| <p>(7) Die Abschlüsse werden durch Rechtsverordnung näher geregelt; insbesondere ist festzulegen,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. welche zusätzlichen Voraussetzungen über den Hauptschulabschluss oder den mittleren Abschluss hinaus für den Zugang zu bestimmten berufs- und studienqualifizierenden Bildungsgängen der Oberstufe (Sekundarstufe II) erfüllt werden müssen (Abs. 3 und 4), 2. welche Anforderungen ein qualifizierender Realschulabschluss erfüllen muss (Abs. 4), 3. welche Abschlüsse oder Zusatzqualifikationen, die an beruflichen Schulen (Sekundarstufe II) erworben werden, dem Hauptschulabschluss (Abs. 3) oder dem mittleren Abschluss (Abs. 4) gleichgestellt werden oder zur Aufnahme eines Studiums an Fachhochschulen (Abs. 5) berechtigen, 4. welche Zeugnisse am Ende welcher Jahrgangsstufe des Gymnasiums dem Hauptschulabschluss (Abs. 3) oder dem mittleren Abschluss (Abs. 4) gleichgestellt werden können und welche Anforderungen diese dafür erfüllen müssen. <p>Dabei kann für Schülerinnen und Schüler, deren Sprache nicht Deutsch ist, bestimmt werden, dass Kenntnisse in dieser Sprache als Kenntnisse in einer Fremdsprache gewertet werden.</p> |  | <p>3. welche Abschlüsse oder Zusatzqualifikationen, die an beruflichen Schulen (Sekundarstufe II) erworben werden, dem Hauptschulabschluss (Abs. 3) oder dem mittleren Abschluss (Abs. 4) gleichgestellt werden oder zur Aufnahme eines Studiums an Fachhochschulen einer Hochschule für angewandte Wissenschaften oder in einem gestuften Studiengang an einer Universität (Abs. 5) berechtigen,</p> <p>Siehe Erklärung zu Abs. 5</p> |
| <p>§ 14 Schulversuche und Versuchsschulen</p> | | |

(1) Durch Schulversuche in bestehenden Schulen soll die Weiterentwicklung des Schulwesens gefördert werden. Im Rahmen eines Schulversuchs werden Abweichungen von den geltenden Regelungen zu Unterrichtsorganisation, Didaktik oder Methodik innerhalb des Schulaufbaus erprobt. Schulversuche sind zu befristen.

(2) Versuchsschulen dienen der Weiterentwicklung des Schulwesens durch Erprobung von Veränderungen und Ergänzungen in Didaktik, Methodik und Aufbau einer Schule. In Versuchsschulen können auch verschiedene Schulen zusammengefasst werden. Die Umwandlung verschiedener Schulen in Versuchsschulen oder die Neueinrichtung solcher Schulen ist nur zulässig, wenn

1. die Versuchsschule nach Anlage, Inhalt und organisatorischer Gestaltung wesentliche Einsichten für die Weiterentwicklung erwarten lässt,
2. nach dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis davon ausgegangen werden kann, dass die Versuchsschule geeignet erscheint, allen Schülerinnen und Schülern ihrer Eignung angemessene Bildungsmöglichkeiten zu eröffnen, und eine ausreichende Differenzierung des Unterrichts gewährleistet,
3. den die Versuchsschulen besuchenden Schülerinnen und Schülern keine erkennbaren Nachteile erwachsen, sie insbesondere gleiche oder gleichwertige Abschlüsse und Berechtigungen erwer-

| | | |
|---|--|--|
| <p>ben können wie an anderen vergleichbaren Schulen und der Übergang in andere Schulen gewährleistet ist,</p> <p>4. die Entscheidungsbefugnis der Eltern über die Wahl des Bildungsgangs nach dem Besuch der Grundschule außerhalb der Versuchsschule im Rahmen des geltenden Rechts gewährleistet ist.</p> <p>(3) Die Schulkonferenz stellt den Antrag auf Durchführung eines Schulversuchs und die Umwandlung einer Schule in eine Versuchsschule. Über die Umwandlung einer Schule in eine Versuchsschule oder über deren Neuerrichtung beschließt der Schulträger. Der Antrag auf Durchführung eines Schulversuchs und die Beschlüsse des Schulträgers nach Satz 2 bedürfen der Zustimmung des Kultusministeriums. Die Befugnis des Kultusministeriums, zur Weiterentwicklung des Schulwesens Schulversuche ohne Antrag der Schulkonferenz einzurichten, bleibt unberührt; entsprechendes gilt auch für die Einrichtung von Versuchsschulen durch den Schulträger.</p> <p>(4) Die von der Durchführung eines Schulversuchs oder der Errichtung einer Versuchsschule betroffenen Eltern und Schülerinnen und Schüler haben keinen Anspruch darauf, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. an der Schule die vor dem Schulversuch bestehenden Organisationsformen fortgeführt werden, 2. den Schülerinnen und Schülern der Besuch einer wegen der Errichtung einer Versuchsschule aufzuhebenden Schule weiterhin ermöglicht wird. | | |
|---|--|--|

| | | |
|---|---|--|
| <p>(5) Eine Versuchsschule ist aufzuheben oder in eine der in § 11 Abs. 3 aufgeführten Regelformen zu überführen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die in Abs. 2 genannten Voraussetzungen nicht mehr vorliegen oder 2. der Versuch als abgeschlossen angesehen werden kann. <p>(6) Schulversuche und Versuchsschulen sind wissenschaftlich zu begleiten und zu evaluieren. Die Form der wissenschaftlichen Begleitung regelt das Kultusministerium.</p> | | |
| <p>§ 15 Betreuungsangebote und ganztägige Angebote der Schulen</p> <p>(1) Formen der Betreuung und der ganztägigen Angebote sind</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Betreuungsangebote der Schulträger, 2. Schulen mit Ganztagsangeboten, 3. Ganztagschulen. <p>(2) Betreuungsangebote nach Abs. 1 Nr. 1, die über den zeitlichen Rahmen der Stundentafel hinausgehen, führen zu einer für die Eltern zeitlich verlässlichen und mit den Aufgaben der Schule abgestimmten Betreuung. Die Schulträger können sie an den Grundschulen sowie den eigenständigen Förderschulen einrichten. Eine enge Zusammenarbeit mit Kinderhorten und freien Initiativen zur ganztägigen Betreuung von Kindern ist dabei anzustreben. Die Teilnahme an diesen Angeboten ist freiwillig.</p> | <p>§ 15 Betreuungsangebote und ganztägige Angebote der Schulen § 15 Betreuungsangebote, Ganztagsangebote und Ganztagschulen</p> <p>(2) Betreuungsangebote nach Abs. 1 Nr. 1, die über den zeitlichen Rahmen der Stundentafel hinausgehen und sich auch auf die Ferien erstrecken können, führen zu einer für die Eltern zeitlich verlässlichen und mit den Aufgaben der Schule abgestimmten Betreuung. Die Schulträger können sie an den Grundschulen sowie den eigenständigen Förderschulen einrichten. Eine enge Zusammenarbeit mit Kinderhorten und freien Initiativen zur ganztägigen Betreuung von</p> | <p>Der verstärkte Ausbau der Ganztagsangebote macht eine Angleichung und zugleich Präzisierung der Überschrift des § 15 erforderlich.</p> <p>Im Rahmen der Ausweitung des Betreuungsangebots und der Ganztagsangebote der Schulen wird durch die fakultative Einbeziehung der Ferien eine Regelungslücke geschlossen, da die Vorschrift es den Schulträgern bislang nicht ausdrücklich gestattet hatte, ein schulisches Betreuungsangebot auch in den Ferien aufrecht zu erhalten.</p> |

| | | |
|--|---|--|
| <p>(3) Die Schule mit Ganztagsangeboten nach Abs. 1 Nr. 2 führt Ganztagsangebote in Zusammenarbeit mit freien Trägern, den Eltern oder qualifizierten Personen durch, die die kulturelle, soziale, sportliche, praktische, sprachliche und kognitive Entwicklung der Schülerinnen und Schüler fördern. Die Teilnahme an diesen Ganztagsangeboten ist freiwillig.</p> | <p>Kindern ist dabei anzustreben. Die Teilnahme an diesen Angeboten ist freiwillig.</p> <p>(3) Schulen mit Ganztagsangeboten und Ganztagschulen nach Abs. 1 Nr. 2 und 3 verbinden den Unterricht sowie weitere Bildungs- und Betreuungsangebote auf der Grundlage einer pädagogischen und organisatorischen Konzeption miteinander.</p> <p>(4) Die Schule mit Ganztagsangeboten nach Abs. 1 Nr. 2 führt Ganztagsangebote in Zusammenarbeit mit freien Trägern, den Eltern oder qualifizierten Personen durch, die die kulturelle, soziale, sportliche, praktische, sprachliche und kognitive Entwicklung der Schülerinnen und Schüler fördern. Durch Einbeziehung des Schulträgers und der öffentlichen Träger der Jugendhilfe kann das Bildungs- und Betreuungsangebot weiter ausgedehnt werden (Pakt für den Nachmittag) und sich auch auf die Ferien erstrecken. Die Teilnahme an diesen Ganztagsangeboten ist freiwillig.</p> | <p>Während § 15 Abs. 2 die Betreuungsangebote nach Abs. 1 Nr. 1 näher definiert, die in alleiniger Verantwortung der Schulträger liegen, ist es den Ganztagsangeboten und den Ganztagschulen nach Abs. 1 Nr. 2 und 3 gemeinsam, dass sie als schulische Angebote von den Trägern der inneren und der äußeren Schulverwaltung, also vom Land und dem jeweiligen Schulträger gemeinsam veranstaltet werden. Da diese beiden Formen ganztägiger Angebote mehr miteinander verbunden, als mit den Betreuungsangeboten, ist es notwendig, ihre Gemeinsamkeit in einem neuen, übergreifenden Absatz herauszustellen und auf den Begriff zu bringen. Sie liegt darin, dass Unterricht und außerunterrichtliche Bildungs- und Betreuungsangebote durch eine Konzeption verbunden werden, die sie sowohl in pädagogischer als auch in organisatorischer Hinsicht miteinander verzahnt. Außerunterrichtliche Angebote sind schulische Angebote, die allerdings, wie sich aus Abs. 3 Satz 1 und 2 ergibt, von der Schule unter Heranziehung Dritter durchgeführt werden können und im Sinne des § 16 auch sollen.</p> <p>Der „Pakt für den Nachmittag“ (PdN) verwirklicht eine bedarfsgerechte Bildungs- und Betreuungsgarantie für Grundschulkinder. Er leistet einen Beitrag sowohl zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Eltern als auch zur besseren Förderung der SchülerInnen. Gerade Kinder aus bildungsfernen Haushalten sind auf diese Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Bildungschancen besonders angewiesen. Vorhandene Träger bewährter Betreuungsangebote vor Ort werden in die Durchführung einbezogen. Der letzte Halbsatz stellt klar, dass Schulen mit Ganztagsangeboten im Rahmen des PdN auch in den</p> |
|--|---|--|

| | | |
|--|--|---|
| <p>(4) Die Ganztagschule nach Abs. 1 Nr. 3 erweitert über die Angebote der Schulen mit Ganztagsangeboten hinaus den der Schule zur Verfügung stehenden zeitlichen Rahmen, um die pädagogischen und in Förderschulen auch sonderpädagogischen Belange ganzheitlich berücksichtigen zu können. Die Teilnahme an diesen Angeboten ist teilweise oder vollständig verpflichtend; die Entscheidung darüber trifft die Schulkonferenz.</p> | <p>(5) Die Ganztagschule nach Abs. 1 Nr. 3 erweitert über die Angebote der Schulen mit Ganztagsangeboten um eine rhythmisierte Organisation des Tagesablaufs, bei der Unterricht und Ganztagsangebote auf den Vormittag und den Nachmittag verteilt werden können, um die pädagogischen und sonderpädagogischen Belange ganzheitlich berücksichtigen zu können. Ganztagschulen können in teilgebundener und in gebundener Form organisiert werden; die Entscheidung darüber trifft die Schulkonferenz. In der teilgebundenen Form ist die Teilnahme an diesen Angeboten für die Schülerinnen und Schüler einzelner Klassen oder Jahrgangsstufen verpflichtend. In der gebundenen Form ist die Teilnahme für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend.</p> | <p>Ferien ein Bildungs- und Betreuungsangebot bereit stellen können. Da die SchülerInnen allerdings nach § 69 Abs. 2 Satz 2 einen Anspruch auf unterrichtsfreie Zeit in den Ferien haben und keinen Pflichtstoff versäumen dürfen, wenn ihre Eltern sich gegen eine Teilnahme an den freiwilligen Ganztagsangeboten entscheiden, dürfen diese Bildungs- und Betreuungsangebote nicht auf die Vermittlung neuer curricularer Unterrichtsinhalte gerichtet sein.</p> <p>Weiterhin steht die Ganztagschule als weitergehendes ganztägiges Angebot neben der Schule mit Ganztagsangeboten, erweitert also nicht nur deren Angebote, sondern geht über sie hinaus; die Neufassung von Satz 1 ist rein redaktioneller Natur. Die Ganztagschule unterscheidet sich von der Schule mit Ganztagsangeboten darin, dass der Unterricht über den Tag verteilt und rhythmisiert werden kann und dass die Teilnahme an außerunterrichtlichen Angeboten für ihre SchülerInnen verbindlich ist. Je nachdem, ob die Ganztagschule in teilgebundener oder in gebundener Form organisiert ist – wie sie in Satz 2 bis 4 näher beschrieben sind –, gilt das nur für einen Teil der Schülerschaft, der nach Lerngruppen abgegrenzt werden kann, oder für ihre Gesamtheit. Die Zuständigkeit der Schulkonferenz für die Entscheidung zwischen diesen Alternativen knüpft an Abs. 4 Satz 3 (bisher Abs. 4 Satz 2) an und erstreckt seine Regelung auf die Ganztagschule. Aufgrund ihres Pflichtcharakters können die außerunterrichtlichen Angebote im Wechsel mit Unterrichtsblöcken und damit im pädagogisch sinnvollen Rhythmus von Anspannung und Entspannung, spielerischen und anstrengenden Lernphasen organisiert werden. Abweichend von § 17 Abs. 4 Satz 1 kann sich der Unterricht</p> |
|--|--|---|

| | | |
|--|---|--|
| <p>(5) Zu Schulen mit Ganztagsangeboten und Ganztagschulen können Grundschulen, Schulen der Mittelstufe (Sekundarstufe I) und Förderschulen, insbesondere mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung, entwickelt werden. Über die Einrichtung einer Ganztagschule entscheidet der Schulträger im Rahmen des Förderplanes des Landes nach § 146 mit der Maßgabe, dass die Ganztagschule keine Grundlage im Schulentwicklungsplan (§ 145) haben muss.</p> | <p>(6) Zu Schulen mit Ganztagsangeboten und Ganztagschulen können auf Antrag der Schulkonferenz Grundschulen, Schulen der Mittelstufe (Sekundarstufe I) und Förderschulen, insbesondere mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung, entwickelt werden. Der Antrag auf Einrichtung einer Ganztagschule nach Abs. 1 Nr. 3 bedarf der Zustimmung der Gesamtkonferenz. Über die Einrichtung einer Ganztagschule entscheidet der Schulträger im Rahmen des Förderplanes des Landes nach § 146 mit der Maßgabe, dass die Ganztagschule keine Grundlage im Schulentwicklungsplan (§ 145) haben muss.</p> | <p>an Grundschulen, die als Ganztagschule organisiert sind, in den Nachmittag hinein erstrecken.</p> <p>Im Zuge der Stärkung der demokratischen Verfasstheit der Schule wird die Einrichtung einer Schule als Ganztagschule oder als Schule mit Ganztagsangeboten künftig von einem Antrag der Schulkonferenz abhängig gemacht, während die Schulkonferenz bislang nach Abs. 4 Satz 2 und § 129 Nr. 2 Variante 2 nur über die Verpflichtung zur Teilnahme an Ganztagsangeboten und über den Umfang dieser Verpflichtung zu entscheiden hatte. Da die Umwandlung einer Schule zur Ganztagschule die Tagesabläufe der Lehrkräfte grundlegend umgestaltet, hängt sie auch von der Zustimmung der Gesamtkonferenz ab. Für die Einrichtung von Ganztagsangeboten ist eine solche Zustimmung der Gesamtkonferenz nicht erforderlich.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 15a Sicherstellung verlässlicher Schulzeiten</p> <p>(1) Die Schulen treffen in eigener Zuständigkeit Maßnahmen zur Gewährleistung einer verlässlichen Schulzeit von mindestens fünf Zeitstunden am Vormittag. Auf Beschluss der Schulkonferenz kann im Schulprogramm hiervon ab Jahrgangsstufe 8 abgewichen werden. Zur Sicherstellung der verlässlichen Schulzeit können auch Kräfte, die nicht der Schule angehören, im Rahmen der dafür zugewiesenen Haushaltsmittel beschäftigt werden. Über deren Eignung und Auswahl entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter im Rahmen der Rechtsverordnung nach Abs. 3; Anbieter von Personaldienstleistungen können berücksichtigt werden, sofern sie den Einsatz entsprechend qualifizierten Personals gewährleisten.</p> | <p style="text-align: center;">§ 15a Sicherstellung verlässlicher Schulzeiten</p> | |

| | | |
|---|--|--|
| <p>(2) Abs. 1 gilt entsprechend für Grundschulen, soweit sich nicht aus § 17 Abs. 4 Satz 2 eine abweichende Schulzeit ergibt.</p> <p>(3) Das Nähere über den Einsatz der externen Kräfte wird durch Rechtsverordnung geregelt, insbesondere zu</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Bestimmung der Eignung, 2. der Festlegung von Vergütungsgrundsätzen, 3. der Heranziehung von externen Anbietern von Personaldienstleistungen, 4. den Befugnissen der externen Kräfte. | <p>(2) Abs. 1 gilt entsprechend für Grundschulen, soweit sich nicht aus § 17 Abs. 4 Satz 2 und 4 eine abweichende Schulzeit ergibt.</p> | <p>Redaktionelle Anpassung an die Änderung des § 17 Abs. 4. Insoweit wird auf die Begründung zu diesem Paragrafen verwiesen.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 15b Personaldienstleistungen</p> <p>(1) Kann eine vollständige Unterrichtsversorgung oder die Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags aufgrund besonderer Umstände der Schule nicht gewährleistet werden, können Verträge mit Anbietern von Personaldienstleistungen geschlossen werden, sofern diese den Einsatz qualifizierten Personals gewährleisten.</p> <p>(2) Das Nähere über den Einsatz der externen Kräfte nach Abs. 1 regelt eine Rechtsverordnung, die insbesondere Bestimmungen enthält über</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Voraussetzungen für den Einsatz externer Kräfte, 2. die an die Anbieter von Personaldienstleistungen zu stellenden Anforderungen, | |  |

| | | |
|---|--|--|
| <p>3. Inhalt und Abschluss der Arbeitnehmerüberlassungsverträge,</p> <p>4. die allgemeinen Anforderungen an die fachliche und persönliche Eignung der externen Kräfte und das Verfahren zu deren Feststellung,</p> <p>5. die besonderen Anforderungen an die fachliche und persönliche Eignung der externen Kräfte für den Einsatz in den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern, im Sportunterricht und im Religionsunterricht,</p> <p>6. die Rechte und Pflichten der externen Kräfte und ihre Eingliederung in den Schulbetrieb.</p> <p>(3) § 62 des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes vom 29. November 2004 (GVBl. I S. 330), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 2009 (GVBl. I S. 666), in der jeweils geltenden Fassung bleibt unberührt.</p> |  | |
| | <p style="text-align: center;">§ 15 c Schulische Förderangebote in den Ferien</p> <p>Förderangebote in den Ferien können als schulische Veranstaltungen durchgeführt werden. Über eine Durchführung als schulische Veranstaltung entscheidet bei Angeboten, an denen die Schülerinnen und Schüler nur einer Schule teilnehmen, die Schulleiterin oder der Schulleiter. Im Übrigen entscheidet die Schulaufsichtsbehörde.</p> | <p>In den vergangenen Jahren haben sich die Förderangebote für SchülerInnen in den Ferien bewährt. Insbesondere das erfolgreiche Projekt der Ostercamps soll es versetzungsgefährdeten SchülerInnen an Haupt-, Reals- und Gesamtschulen ermöglichen, das Klassenziel zu erreichen. 2015 etwa haben über 80% der Camp-TeilnehmerInnen das Klassenziel noch erreicht. Aus diesem Grund soll mit der vorgesehenen Neuregelung für diese Förderangebote eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, um sie von einem reinen Projektstatus in einen gesetzlichen Regelfall zu überführen.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 16 Öffnung der Schule</p> | | |

| | | |
|--|---|--|
| <p>(1) Die Öffnung der Schule gegenüber ihrem Umfeld ist zu fördern.</p> <p>(2) Diese Öffnung kann durch die Zusammenarbeit der Schulen mit außerschulischen Einrichtungen und Institutionen geschehen, insbesondere mit Sport- und anderen Vereinen, Kunst- und Musikschulen, kommunalen und kirchlichen Einrichtungen sowie mit Einrichtungen der Weiterbildung. Berufliche Schulen sollen mit Trägern der beruflichen Weiterbildung in der Region zusammenarbeiten.</p> <p>(3) Geeignete Formen der Zusammenarbeit nach Abs. 2 können in die Angebote nach § 9 Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 3 einbezogen werden. Die Schulen können mit der jeweiligen Einrichtung Verträge über Art, Umfang und Inhalt dieser Zusammenarbeit schließen. Finanzielle Verpflichtungen für das Land und den Schulträger können die Schulen eingehen, soweit ihnen für diesen Zweck Mittel zur Verfügung stehen.</p> <p>(4) Die Mitarbeit von Eltern und anderen geeigneten Personen im Unterricht und an Angeboten der Schule ist möglich. Die Grundsätze der Mitwirkung beschließt die Schulkonferenz auf der Grundlage einer Konzeption der Konferenzen der Lehrkräfte. Das Nähere regelt das Kultusministerium durch Richtlinien.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">Zweiter Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Grundstufe (Primarstufe)</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 17 Grundschule</p> | <p style="text-align: center;">§ 17 Grundschule</p> | |

| | | |
|---|---|--|
| <p>(1) In der Grundschule werden Schülerinnen und Schüler der ersten bis vierten Jahrgangsstufe unterrichtet.</p> <p>(2) Die Grundschule vermittelt ihren Schülerinnen und Schülern grundlegende Kenntnisse und Fertigkeiten und entwickelt die verschiedenen Fähigkeiten in einem gemeinsamen Bildungsgang. Sie bereitet die Schülerinnen und Schüler auf die Fortsetzung ihres Bildungsweges in weiterführenden Bildungsgängen vor.</p> <p>(3) Die Jahrgangsstufen 1 und 2 bilden eine pädagogische Einheit; die Schülerinnen und Schüler rücken ohne Versetzung in die Jahrgangsstufe 2 vor. Die Nichtversetzung in die Jahrgangsstufe 2 ist ausnahmsweise dann zulässig, wenn andernfalls die Schülerin oder der Schüler in der Entwicklung erheblich beeinträchtigt würde. Darüber entscheidet die Klassenkonferenz nach Anhörung der Eltern. In der Jahrgangsstufe 1 werden keine Ziffernnoten erteilt; die Eltern erhalten Informationen zur Entwicklung ihres Kindes durch schriftliche Aussagen über den Leistungsstand.</p> <p>(4) Die Grundschule soll verlässliche Schulzeiten mit einer möglichst gleichmäßigen Verteilung der Unterrichtsstunden auf die Schulvormittage vorsehen. Die tägliche Schulzeit soll für die Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 1 und 2 vier Zeitstunden und für die Jahrgangsstufen 3 und 4 fünf Zeitstunden dauern. Die Schule legt die nähere Ausgestaltung des Zeitrahmens in eigener Verantwortung fest.</p> | <p>(4) Die Grundschule soll verlässliche Schulzeiten mit einer möglichst gleichmäßigen Verteilung der Unterrichtsstunden auf die Schulvormittage vorsehen. Die tägliche Schulzeit soll für die Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 1 und 2 vier Zeitstunden und für die Jahrgangsstufen 3 und 4 fünf Zeitstunden dauern. Die Schule legt die nähere Ausgestaltung des Zeitrahmens in eigener Verantwortung fest. § 15 Abs. 5 Satz 1 bleibt unberührt.</p> | <p>Der neue Satz 4 in Abs. 4 dient der Klarstellung insofern, als teilweise ein Widerspruch gesehen wurde zwischen der Regelung zu festen Schulzeiten in Grundschulen einerseits und der Möglichkeit der Einrichtung von Ganztagschulen andererseits. Die Regelung zu festen Schulzeiten ist damit nicht als Spezialregelung zu verstehen, die die Einrichtung von Ganztagschulen im Grundschulbereich verhindert.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 18 Vorklassen und Eingangsstufen</p> | | |

| | | |
|--|--|--|
| <p>(1) In Vorklassen und Eingangsstufen wird in besonderem Maße dem unterschiedlichen körperlichen, geistigen und seelischen Entwicklungsstand der Kinder Rechnung getragen. Durch die Verbindung von sozialpädagogischen und unterrichtlichen Lern- und Arbeitsformen wird der Übergang in die Grundschule erleichtert.</p> <p>(2) In Vorklassen können Kinder aufgenommen werden, die bei Beginn der Schulpflicht körperlich, geistig oder seelisch noch nicht so weit entwickelt sind, um am Unterricht mit Erfolg teilnehmen zu können, und deshalb nach § 58 Abs. 3 zurückgestellt worden sind. Vorklassen sind Bestandteil der Grundschulen oder der Förderschulen. Der Schulträger entscheidet im Schulentwicklungsplan (§ 145) dem voraussichtlichen öffentlichen Bedürfnis entsprechend, in welcher Zahl Vorklassen eingerichtet und unterhalten werden. Die Schulaufsichtsbehörde entscheidet jährlich im Benehmen mit dem Schulträger nach der Zahl und den regionalen Schwerpunkten der Rückstellungen sowie nach den personellen Möglichkeiten, an welcher Grundschule oder Förderschule der Unterricht der Vorklasse angeboten wird. Der Unterricht darf nur aufgenommen werden, wenn die Zahl der Schülerinnen und Schüler den für die Bildung einer Klasse festgelegten Mindestwert (§ 144a Abs. 4) erreicht.</p> <p>(3) In Eingangsstufen können Kinder, die bis zum 30. Juni das fünfte Lebensjahr vollenden, aufgenommen und innerhalb von zwei Schuljahren kontinuierlich an die unterrichtlichen Lern- und Arbeitsformen der Grundschule herangeführt werden. Sozialpädagogische Methoden und Me-</p> | | |
|--|--|--|

| | | |
|--|--|--|
| thoden des Unterrichts sind miteinander zu verbinden. Die Eingangsstufe ist Bestandteil der Grundschule; sie ersetzt die Jahrgangsstufe 1. | | |
| § 19 (aufgehoben) | | |
| § 20 Nähere Ausgestaltung der Grundstufe (Primarstufe) Die Grundstufe kann durch Rechtsverordnung näher ausgestaltet werden. Darin können Grundschulen ermächtigt werden, die Jahrgangsstufen 1 und 2 curricular und unterrichtsorganisatorisch in dem durch Kerncurriculum und Stundentafel gesetzten Rahmen zu einer pädagogischen Einheit zu entwickeln, die die Schülerinnen und Schüler nach ihrem jeweiligen Leistungs- und Entwicklungsstand auch in einem Schuljahr oder in drei Schuljahren durchlaufen können; für diese Schulen entfällt die Möglichkeit der Zurückstellung nach § 58 Abs. 3. Für Schülerinnen und Schüler, die die pädagogische Einheit drei Schuljahre besuchen, wird das dritte Jahr nicht auf die Dauer der Schulpflicht angerechnet. | | |
| Dritter Abschnitt Bildungsgänge der Mittelstufe (Sekundarstufe I) | | |
| § 21 (aufgehoben) | | |
| § 22 Förderstufe (1) Die Förderstufe ist als Bildungsangebot für die Jahrgangsstufen 5 und 6 ein Bindeglied zwischen | | |

der Grundschule und der Jahrgangsstufe 7 der weiterführenden Schulen. Mit ihrem differenzierenden Unterrichtsangebot erfüllt die Förderstufe die inhaltlichen Anforderungen der Bildungsgänge der Mittelstufe (Sekundarstufe I) in den Jahrgangsstufen 5 und 6. Sie dient der Orientierung und Überprüfung der Wahlentscheidung und hat die Aufgabe, die Schülerinnen und Schüler auf den Übergang in die Hauptschule, die Realschule, das Gymnasium oder die Gesamtschule vorzubereiten. Der Übergang unmittelbar in die Jahrgangsstufe 7 des gymnasialen Bildungsganges setzt voraus, dass dafür in der Förderstufe die curricularen und unterrichtsorganisatorischen Voraussetzungen gegeben sind.

(2) Die Förderstufe ist eine pädagogische Einheit. Die Nichtversetzung in die Jahrgangsstufe 6 ist nur zulässig, wenn andernfalls die Schülerin oder der Schüler in der Entwicklung so beeinträchtigt würde, dass mit einem dauernden Versagen zu rechnen wäre.

(3) Der Unterricht in der Förderstufe wird in gemeinsamen Kerngruppen im Klassenverband und in den Fächern Mathematik und erste Fremdsprache in nach Leistung, Begabung und Neigung differenzierten Kursgruppen erteilt.

(4) Im Kernunterricht sollen durch Formen der inneren Differenzierung die individuellen Fähigkeiten und Begabungen der Schülerinnen und Schüler gefördert und durch das gemeinsame Lernen soziale Lernprozesse entwickelt werden.

(5) Der Kursunterricht wird differenziert auf zwei oder, wenn auf den unmittelbaren Übergang in die Jahrgangsstufe 7 des gymnasialen Bildungs-

| | | |
|---|--|--|
| <p>gangs vorbereitet wird, auf drei Anspruchsebenen erteilt. Die erste Einstufung in eine Kursgruppe erfolgt nach einer Beobachtungsphase von einem Schuljahr. Umstufungen sollen je Fach nicht häufiger als einmal im Schuljahr durchgeführt werden. Wenn die Eltern der vorgesehenen Ersteinstufung widersprechen, ist zunächst ihr Wunsch zu berücksichtigen; die Schule entscheidet nach einer weiteren Beobachtung von einem halben Schuljahr endgültig.</p> <p>(6) Die Schulkonferenz beschließt auf der Grundlage einer curricular und pädagogisch begründeten, die Möglichkeiten der Schule berücksichtigenden Konzeption der Förderstufenkonferenz, ob auf den Übergang in die Jahrgangsstufe 7 des gymnasialen Bildungsgangs vorbereitet wird. Die Gesamtkonferenz kann nach Maßgabe des Satz 1 beschließen, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die erste Einstufung in Kurse bereits zum Beginn des zweiten Halbjahres der Jahrgangsstufe 5 erfolgt, 2. das Fach Deutsch in die Kursdifferenzierung einbezogen wird. | | |
| <p style="text-align: center;">§ 23 Hauptschule</p> <p>(1) Die Hauptschule vermittelt ihren Schülerinnen und Schülern eine allgemeine Bildung und ermöglicht ihnen entsprechend ihren Leistungen und Neigungen eine Schwerpunktbildung, die sie befähigt, nach Maßgabe der Abschlüsse ihren Bildungsweg vor allem in berufs-, aber auch in studienqualifizierenden Bildungsgängen fortzusetzen. In Zusammenarbeit mit der Berufsschule und den Ausbildungsbetrieben kann eine</p> | <p style="text-align: center;">§ 23 Hauptschule</p> | |

| | | |
|---|--|--|
| <p>Schwerpunktsetzung in Lerngruppen mit erhöhtem Praxisbezug als Fördermaßnahme erfolgen.</p> <p>(2) Die Hauptschule beginnt in der Regel mit der Jahrgangsstufe 5 und endet mit der Jahrgangsstufe 9 oder 10. An der Hauptschule kann auf Beschluss der Gesamtkonferenz ein zehntes Schuljahr eingerichtet werden. Der Beschluss bedarf der Zustimmung des Schulträgers und der Schulaufsichtsbehörde. Sie darf nur erteilt werden, wenn auf Dauer zu erwarten ist, dass für dieses Angebot die Mindestgruppengröße erreicht wird. Der Besuch des zehnten Schuljahres ist freiwillig; § 59 Abs. 3 bleibt unberührt.</p> <p>(3) Die Hauptschule führt nach dem erfolgreichen Besuch der Jahrgangsstufe 9 zum Hauptschulabschluss (§ 13 Abs. 3). Sie kann nach dem erfolgreichen Besuch der Jahrgangsstufe 10 zum mittleren Abschluss (§ 13 Abs. 4) führen.</p> <p>(4) Nach dem erfolgreichen Besuch der Jahrgangsstufe 9 der Hauptschule ist bei Eignung der Übergang in die Realschule zulässig. Die Jahrgangsstufen 9 und 10 sind so zu gestalten, dass der Übergang erleichtert wird. Abs. 2 Satz 2 bis 5 und Abs. 3 Satz 2 bleiben unberührt.</p> <p>(5) Der Hauptschulabschluss in Form des einfachen und des qualifizierenden Hauptschulabschlusses wird mit der erfolgreichen Teilnahme an einer Prüfung mit landesweit einheitlichen Anforderungen erworben.</p> | <p>(6) Bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehende eigenständige Hauptschulen werden durch Beschluss des Schulträgers auf Grundlage einer planerischen Vorbereitung im Schulentwicklungsplan in eine andere Schulform überführt, neue nicht mehr errichtet.</p> | <p>Der neue § 23 Abs. 6 greift die bestehende Tendenz der Schulträger auf, eigenständige Hauptschulen entweder aufzuheben oder in Schulen anderer Schulformen umzuwandeln. Er stellt klar, dass die Überführung in eine andere Schulform bereits nach geltender Rechtslage (§ 146) nur durch Organisationsbeschluss des jeweiligen</p> |
|---|--|--|

| | | |
|--|--|---|
| | | Schulträgers und auf der Grundlage dafür tragender Feststellungen und Prognosen im Schulentwicklungsplan erfolgen kann. Neue eigenständige Hauptschulen sollen ab Inkrafttreten des Gesetzes nicht mehr errichtet werden. |
| <p style="text-align: center;">§ 23a Realschule</p> <p>(1) Die Realschule vermittelt ihren Schülerinnen und Schülern eine allgemeine Bildung und ermöglicht ihnen entsprechend ihren Leistungen und Neigungen eine Schwerpunktbildung, die sie befähigt, nach Maßgabe der Abschlüsse ihren Bildungsweg in berufs- und studienqualifizierenden Bildungsgängen fortzusetzen.</p> <p>(2) Die Realschule beginnt in der Regel mit der Jahrgangsstufe 5 und endet mit der Jahrgangsstufe 10.</p> <p>(3) Die Realschule führt nach dem erfolgreichen Besuch der Jahrgangsstufe 10 zum mittleren Abschluss (§ 13 Abs. 4). Das Zeugnis am Ende der Jahrgangsstufe 9 kann dem Hauptschulabschluss (§ 13 Abs. 3) gleichgestellt werden, wenn der für diesen Abschluss erforderliche Leistungsstand erreicht worden ist.</p> <p>(4) Der Realschulabschluss in Form des einfachen und des qualifizierenden Realschulabschlusses wird mit der erfolgreichen Teilnahme an einer Prüfung mit landesweit einheitlichen Anforderungen erworben.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 23b Verbundene Haupt- und Realschule</p> <p>(1) Haupt- und Realschulen, die miteinander verbunden sind, können in den Jahrgangsstufen 5</p> | <p style="text-align: center;">§ 23b Verbundene Haupt- und Realschule</p> <p>(1) In der verbundenen Haupt- und Realschule werden die Bildungsgänge der Hauptschule und der Realschule pädagogisch und organisatorisch</p> | Da keine eigenständigen Hauptschulen mehr errichtet werden (§ 23 Abs. 6 n. F) wird sich der Verbund zwischen Haupt- und Realschule als Regelfall etablieren. Vor diesem Hintergrund wird |

| | | |
|--|--|--|
| <p>und 6 mit einer Förderstufe beginnen. Die Entscheidung über ihre Einrichtung oder ihre Ersetzung durch die schulformbezogene Organisation trifft die Schulkonferenz mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln ihrer Mitglieder im Einvernehmen mit dem Schulträger. Auf der Grundlage eines solchen Beschlusses kann dem Schulträger gegenüber kein räumlicher Mehrbedarf geltend gemacht werden. Der Beschluss bedarf der Genehmigung durch die Schulaufsichtsbehörde.</p> <p>(2) In der verbundenen Haupt- und Realschule kann der Unterricht teilweise, zur Erprobung eines pädagogischen Konzepts in einzelnen Schulen mit Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde auch insgesamt, die erste Fremdsprache und das Fach Deutsch ab der Jahrgangsstufe 7 und das Fach Mathematik ab der Jahrgangsstufe 8 ausgenommen, schulzweigübergreifend erteilt werden. Die Entscheidung darüber trifft die Gesamtkonferenz auf der Grundlage einer curricular und pädagogisch begründeten, die Möglichkeiten der Schule berücksichtigenden Konzeption der Fachkonferenz. Darüber hinaus können die Schülerinnen und Schüler teilweise am Unterricht des anderen Zweiges teilnehmen; dabei setzt die Teilnahme am Unterricht eines Bildungsganges mit höheren Anforderungen Eignung voraus.</p> <p>(3) Ist nur einer der Zweige einer verbundenen Haupt- und Realschule einzügig und unterschreitet die Zahl der Schülerinnen und Schüler einer Klasse dieses Zweiges den für die Bildung einer Klasse festgelegten Mindestwert, sind diese</p> | <p>verbunden als aufeinander bezogene Schulzweige geführt. Verbundene Haupt- und Realschulen können in den Jahrgangsstufen 5 und 6 mit einer Förderstufe beginnen. Die Entscheidung über ihre Einrichtung oder ihre Ersetzung durch die schulformbezogene Organisation trifft die Schulkonferenz mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln ihrer Mitglieder im Einvernehmen mit dem Schulträger. Auf der Grundlage eines solchen Beschlusses kann dem Schulträger gegenüber kein räumlicher Mehrbedarf geltend gemacht werden. Der Beschluss bedarf der Genehmigung durch die Schulaufsichtsbehörde.</p> | <p>der Auftrag der verbundenen Haupt- und Realschule neu beschrieben. Der neu eingefügte Satz 1 stellt zu diesem Zweck klar, dass sie zwar aus schulformbezogenen Zweigen besteht, aber eine organisatorische und pädagogische Einheit bildet.</p> |
|--|--|--|

| | | |
|--|--|--|
| <p>Schülerinnen und Schüler schulzweigübergreifend, die erste Fremdsprache und das Fach Deutsch ab der Jahrgangsstufe 7 und das Fach Mathematik ab der Jahrgangsstufe 8 ausgenommen, mit abschlussbezogener Differenzierung zu unterrichten.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 23c Mittelstufenschule</p> <p>(1) In der Mittelstufenschule werden die Bildungsgänge der Hauptschule und der Realschule ausgebildet und die Abschlüsse nach § 13 Abs. 3 und 4 erworben. In Kooperation mit beruflichen Schulen, mit anerkannten Ausbildungsbetrieben oder beiden sollen darüber hinaus berufsbildende Kompetenzen vermittelt werden.</p> <p>(2) Mittelstufenschulen haben Formen ganztägiger Angebote nach § 15 Abs. 1.</p> <p>(3) In den Jahrgangsstufen 5 und 6 der Mittelstufenschule können die Bildungsgänge der Hauptschule und der Realschule schulformübergreifend unterrichtet werden, in Ausnahmefällen auch in der Jahrgangsstufe 7. Unabhängig von der Organisationsform der Jahrgangsstufen wird der Unterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik sowie der ersten Fremdsprache ab der Jahrgangsstufe 6 fachleistungsdifferenziert auf zwei Anspruchsebenen erteilt. Die Jahrgangsstufen 8 und 9 des Hauptschulzweiges werden in Kooperation mit beruflichen Schulen als praxisorientierter Bildungsgang organisiert; in den Jahrgangsstufen 8 bis 10 des Realschulzweigs wird im Rahmen des Wahlpflichtunterrichts zusätzlich berufsbezogener Unterricht als Schwerpunktfächer in den Berufsfeldern der kooperierenden Berufsschule angeboten. Das Nähere regelt eine Rechtsverordnung.</p> | | |

| | | |
|---|---|--|
| <p>(4) Für die Entscheidung über den weiteren Bildungsweg am Ende der Jahrgangsstufe 7 gilt § 77 Abs. 3 Satz 1 bis 5 entsprechend. Der Übergang in den Bildungsgang der Realschule setzt voraus, dass ihn die Klassenkonferenz der abgehenden Jahrgangsstufe 7 befürwortet.</p> <p>(5) Die Gesamtkonferenz kann beschließen, dass die erste Einstufung in Kurse nach Abs. 3 Satz 2 bereits zum Beginn des zweiten Halbjahres der Jahrgangsstufe 5 oder in begründeten Einzelfällen und im Fall ein- oder zweizügiger Jahrgangsstufen erst nach der Jahrgangsstufe 6 oder 7 erfolgt.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 24 Gymnasium</p> <p>(1) Das Gymnasium vermittelt seinen Schülerinnen und Schülern eine allgemeine Bildung und ermöglicht ihnen entsprechend ihren Leistungen und Neigungen eine Schwerpunktbildung, die sie befähigt, nach Maßgabe der Abschlüsse ihren Bildungsweg an einer Hochschule, aber auch in berufsqualifizierenden Bildungsgängen fortzusetzen.</p> <p>(2) Das Gymnasium umfasst in der Regel die Jahrgangsstufen 5 bis 12 oder 13. Die Mittelstufe (Sekundarstufe I) kann 5-jährig (Jahrgangsstufen 5 bis 9) oder 6-jährig (Jahrgangsstufen 5 bis 10) organisiert werden. Endet ein Gymnasium mit dem Ende der Mittelstufe (Sekundarstufe I), ist ein Schulverbund mit einer gymnasialen Oberstufe zu bilden, um die kontinuierliche Fortsetzung des studienqualifizierenden Bildungsgangs zu erleichtern.</p> | <p style="text-align: center;">§ 24 Gymnasium</p> <p>(2) Das Gymnasium umfasst in der Regel die Jahrgangsstufen 5 bis 12 oder 13. Die Mittelstufe (Sekundarstufe I) kann 5-jährig (Jahrgangsstufen 5 bis 9) oder 6-jährig (Jahrgangsstufen 5 bis 10) oder parallel 5-jährig und 6-jährig organisiert werden. Endet ein Gymnasium mit dem Ende der Mittelstufe (Sekundarstufe I), ist ein Schulverbund mit einer gymnasialen Oberstufe zu bilden, um die kontinuierliche Fortsetzung des studienqualifizierenden Bildungsgangs zu erleichtern.</p> | <p>Nachdem bereits mit der Gesetzesänderung vom 22.05.2014 (GVBl S. 134) durch Ergänzung des § 24 Abs. 3 die Möglichkeit geschaffen wurde, unter bestimmten Voraussetzungen parallele Angebote mit 5- und 6-jähriger Organisation der gymnasialen Mittelstufe vorzuhalten, wird dies nun als ein Regelfall in den Abs. 2 eingeführt.</p> |

| | | |
|--|---|--|
| <p>(3) Die Entscheidung über die 5- oder 6-jährige Organisation der Mittelstufe (Sekundarstufe I) trifft die Schulkonferenz auf der Grundlage einer curricular und pädagogisch begründeten, die personellen, sächlichen und unterrichtsorganisatorischen Möglichkeiten der Schule berücksichtigenden Konzeption der Gesamtkonferenz im Einvernehmen mit dem Schulträger.</p> <p>Die Entscheidung ist durch den Schulträger in den Schulentwicklungsplan (§ 145) aufzunehmen. § 23b Abs. 1 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend. Eine Organisationsänderung nach Satz 1 wird ab dem Schuljahr umgesetzt, das dem Beschluss der Schulkonferenz folgt, beginnend jeweils mit der Jahrgangstufe 5. In einen Wechsel von der 5-jährigen in die 6-jährige Organisation der Mittelstufe wird, sofern der Beschluss der Schulkonferenz nach Satz 1 dies vorsieht, der zum Zeitpunkt dieses Beschlusses bereits bestehende Jahrgang 5 einbezogen, wenn sich in einer anonymisierten Befragung durch die Schulaufsichtsbehörde die betroffenen Eltern einstimmig für den Wechsel aussprechen.</p> <p>Bei einem nicht einstimmigen Befragungsergebnis werden, sofern der Beschluss der Schulkonferenz nach Satz 1 dies vorsieht, parallele Klassen mit unterschiedlicher Organisation gebildet, wenn die Zahl der Stimmen und der anschließenden Anmeldungen von Schülerinnen und Schülern ausreichend ist für die Bildung jeweils eigener Klassen nach den Regelungen über den Mindestwert für die Größe von Klassen. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der</p> | <p>(3) Die Entscheidung über die 5- oder 6-jährige oder parallele 5-jährige und 6-jährige Organisation der Mittelstufe (Sekundarstufe I) trifft die Schulkonferenz mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln ihrer Mitglieder auf der Grundlage einer curricular und pädagogisch begründeten, die personellen, sächlichen und unterrichtsorganisatorischen Möglichkeiten der Schule berücksichtigenden Konzeption der Gesamtkonferenz im Einvernehmen mit dem Schulträger.</p> <p>Die Entscheidung ist durch den Schulträger in den Schulentwicklungsplan (§ 145) aufzunehmen. Auf der Grundlage einer solchen Entscheidung kann gegenüber dem Schulträger kein räumlicher Mehrbedarf geltend gemacht werden. § 23b Abs. 1 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend. Eine Organisationsänderung nach Satz 1 wird ab dem Schuljahr umgesetzt, das dem Beschluss der Schulkonferenz folgt, beginnend jeweils mit der Jahrgangstufe 5. In einen Wechsel von der 5-jährigen in die 6-jährige Organisation der Mittelstufe wird, sofern der Beschluss der Schulkonferenz nach Satz 1 dies vorsieht, der zum Zeitpunkt dieses Beschlusses bereits bestehende Jahrgang 5 einbezogen, wenn sich in einer anonymisierten Befragung durch die Schulaufsichtsbehörde die betroffenen Eltern einstimmig für den Wechsel aussprechen.</p> <p>Bei einem nicht einstimmigen Befragungsergebnis werden, sofern der Beschluss der Schulkonferenz nach Satz 1 dies vorsieht, parallele Klassen mit unterschiedlicher Organisation gebildet, wenn die Zahl der Stimmen und der anschließenden Anmeldungen von Schülerinnen und Schülern ausreichend ist für die Bildung jeweils eigener Klassen nach den Regelungen über den Mindestwert für die Größe von Klassen. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Berechnung nicht mit. Die Eltern einer Schülerin</p> | <p>Bei der Übernahme der Regelung zum Parallelangebot einer 5- und 6-jährigen Organisation der Mittelstufe handelt es sich um eine Folgeänderung zu Abs. 2 (neu). Im Übrigen ist die Änderung des Abs. 3 der Normklarheit geschuldet. Der bisherige Querverweis im Gesetz wird daher durch eine eigenständige Regelung ersetzt, ohne dass es dadurch zu einer Änderung der Rechtslage kommt.</p> |
|--|---|--|

| | | |
|--|---|---|
| <p>Berechnung nicht mit. Die Eltern einer Schülerin oder eines Schülers haben zusammen eine Stimme für jedes Kind. Für eine Einbeziehung weiterer Jahrgänge bis einschließlich des Jahrgangs 7 in den Wechsel gilt Satz 5 bis 8 entsprechend.</p> | <p>oder eines Schülers haben zusammen eine Stimme für jedes Kind. Für eine Einbeziehung weiterer Jahrgänge bis einschließlich des Jahrgangs 7 in den Wechsel gilt Satz 5 bis 8 entsprechend.</p> <p>(4) Die Entscheidung nach Abs. 3 Satz 1 trifft bei der Errichtung eines Gymnasiums der Schulträger.</p> | <p>Der neue Abs. 4 schließt eine Regelungslücke durch Normierung des Verfahrens bei der Neuerichtung eines Gymnasiums.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 25 Gesamtschulen</p> <p>(1) Um den Übergang zwischen Schulstufen und Schulformen zu erleichtern und das Bildungsangebot zu erweitern, können Schulen verschiedener Bildungsgänge in Gesamtschulen zu einer pädagogischen, organisatorischen und räumlichen Einheit zusammengefasst werden. Sie erteilen die Abschlüsse und Berechtigungen, die in den zusammengefassten Schulen erworben werden können. Gesamtschulen können schulformbezogen (kooperativ) oder schulformübergreifend (integriert) gegliedert werden. Soweit bestehende Schulanlagen genutzt werden, kann auf eine räumliche Einheit verzichtet werden.</p> <p>(2) Die Gesamtschule vermittelt ihren Schülerinnen und Schülern eine allgemeine Bildung und ermöglicht ihnen entsprechend ihren Leistungen und Neigungen eine Schwerpunktbildung, die sie befähigt, nach Maßgabe der Abschlüsse ihren Bildungsweg in berufs- und studienqualifizierenden Bildungsgängen fortzusetzen.</p> <p>(3) Die Gesamtschule umfasst in der Regel die Jahrgangsstufen 5 bis 9 oder 10. § 24 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.</p> | <p style="text-align: center;">§ 25 Gesamtschulen</p> <p>(3) Die Gesamtschule umfasst in der Regel die Jahrgangsstufen 5 bis 9 oder 10. § 24 Abs. 2 Satz 2 3 gilt entsprechend.</p> | <p>Die Änderung der Satzzahl bereinigt ohne Änderung der Rechtslage ein Redaktionsversehen, das bei der Einfügung eines neuen Satzes 2 in § 24 Abs. 2 durch das Gesetz vom 18.12.2012 (GVBl. S. 645) unterlaufen ist.</p> |

| | | |
|---|---|--|
| <p style="text-align: center;">§ 26 Schulformbezogene (kooperative) Gesamtschule</p> <p>(1) In der schulformbezogenen (kooperativen) Gesamtschule werden die Bildungsgänge der Hauptschule und der Realschule sowie die Mittelstufe (Sekundarstufe I) des gymnasialen Bildungsganges pädagogisch und organisatorisch in einer Schule verbunden als aufeinander bezogene Schulzweige geführt. Der Hauptschulzweig umfasst die Jahrgangsstufen 5 bis 9 oder 10, der Realschulzweig die Jahrgangsstufen 5 bis 10 und der Gymnasialzweig die Jahrgangsstufen 5 bis 9 oder 10. Ein hohes Maß an Kooperation und Durchlässigkeit der Zweige ist zu sichern. § 23 Abs. 4 und § 23b Abs. 2 und 3 gelten entsprechend.</p> <p>Der Haupt- und der Realschulzweig können als Mittelstufenschule nach § 23c organisiert werden. Der Gymnasialzweig kann 5-jährig (Jahrgangsstufen 5 bis 9) oder 6-jährig (Jahrgangsstufen 5 bis 10) organisiert werden.</p> <p>(2) Die schulformbezogene (kooperative) Gesamtschule kann mit einer Förderstufe beginnen, die die Jahrgangsstufen 5 und 6 des Hauptschulzweigs und des Realschulzweigs umfasst. Sie kann die Schulform der Jahrgangsstufe 5 und 6 des Gymnasialzweigs mit umfassen, wenn sie nach Maßgabe des § 22 Abs. 1 und 5 auf den Übergang in die Jahrgangsstufe 7 des Gymnasialzweigs vorbereitet.</p> <p>(3) Die Entscheidungen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. über die Organisation des Haupt- und des Realschulzweigs als Mittelstufenschule, | <p style="text-align: center;">§ 26 Schulformbezogene (kooperative) Gesamtschule</p> | |
|---|---|--|

| | | |
|--|---|--|
| <p>2. über die 5- oder 6-jährige Organisation des Gymnasialzweigs und 3. nach Abs. 2</p> <p>trifft die Schulkonferenz auf der Grundlage einer curricular und pädagogisch begründeten, die personellen, sächlichen und unterrichtsorganisatorischen Möglichkeiten der Schule berücksichtigenden Konzeption der Gesamtkonferenz im Einvernehmen mit dem Schulträger. Die Entscheidungen nach Satz 1 Nr. 1 und 2 sind durch den Schulträger in den Schulentwicklungsplan (§ 145) aufzunehmen. § 23b Abs. 1 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend. Für Organisationsänderungen nach Satz 1 werden ab dem Schuljahr umgesetzt, das dem Beschluss der Schulkonferenz folgt, beginnend jeweils mit der Jahrgangsstufe 5. Für Organisationsänderungen nach Satz 1 Nr. 2 gilt § 24 Abs. 3 Satz 5 bis 9 entsprechend.</p> | <p>Die Entscheidungen nach Satz 1 Nr. 1 und 2 sind durch den Schulträger in den Schulentwicklungsplan (§ 145) aufzunehmen. § 23b Abs. 1 Satz 2 bis 4 3 bis 5 gilt entsprechend. Für Organisationsänderungen nach Satz 1 werden ab dem Schuljahr umgesetzt, das dem Beschluss der Schulkonferenz folgt, beginnend jeweils mit der Jahrgangsstufe 5. Für Organisationsänderungen nach Satz 1 Nr. 2 gilt § 24 Abs. 3 Satz 5 bis 9 entsprechend.</p> <p>(4) Die Entscheidung nach Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und 2 trifft bei der Errichtung einer schulformbezogenen Gesamtschule der Schulträger. Die Umwandlung einer schulformübergreifenden (integrierten) Gesamtschule in eine schulformbezogene (kooperative) Gesamtschule gilt nicht als Errichtung im Sinne von Satz 1.</p> | <p>Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Änderung in § 23b.</p> <p>Mit der Neuregelung des Abs. 4 wird die Regelungslücke geschlossen, die bezüglich der Frage bestand, wie bei einer Neuerrichtung einer kooperativen Gesamtschule hinsichtlich der Entscheidungen nach Abs. 3 verfahren werden soll. Zugleich enthält Satz 2 eine Klarstellung, die zwischen Umwandlung und Neuerrichtung einer kooperativen Gesamtschule differenziert.</p> |
| <p>§ 27 Schulformübergreifende (integrierte) Gesamtschule</p> <p>(1) In der schulformübergreifenden (integrierten) Gesamtschule wird das Bildungsangebot der in ihr zusammengefassten Schulformen integriert und das Bildungsangebot der Mittelstufe (Sekundarstufe I) des gymnasialen Bildungsganges auf die Jahrgangsstufen 5 bis 10 umgesetzt. Sie ermöglicht es den Schülerinnen und Schülern, in individueller Bestimmung des Bildungsweges die</p> | <p>§ 27 Schulformübergreifende (integrierte) Gesamtschule</p> | |

| | | |
|--|--|--|
| <p>Bildungsgänge nach § 12 zu verfolgen. Ihre Unterrichtsorganisation ermöglicht den Schülerinnen und Schülern eine Schwerpunktbildung entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit und ihren Interessen durch Unterricht in gemeinsamen Kerngruppen und Kursen, die nach Anspruchshöhe, Begabung und Neigung differenziert werden.</p> <p>(2) Die Fachleistungsdifferenzierung erfolgt auf zwei oder auf drei Anspruchsebenen. Sie beginnt in den Fächern Deutsch und Mathematik sowie in der ersten Fremdsprache in der Jahrgangsstufe 7, in den Fächern Physik und Chemie in der Jahrgangsstufe 9. Die Gesamtkonferenz entscheidet darüber, auf welchen Anspruchsebenen die Fachleistungsdifferenzierung erfolgt. Sie kann beschließen,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den Beginn der Fachleistungsdifferenzierung in dem Fach Mathematik und in der ersten Fremdsprache frühestens auf das zweite Halbjahr der Jahrgangsstufe 5 vorzuverlegen, 2. die Fachleistungsdifferenzierung im Fach Mathematik mit der Jahrgangsstufe 8 und im Fach Deutsch spätestens mit der Jahrgangsstufe 9 zu beginnen, 3. das Fach Biologie ab der Jahrgangsstufe 9 in die Fachleistungsdifferenzierung einzubeziehen oder von der Fachleistungsdifferenzierung in einem der Fächer Physik und Chemie abzusehen. <p>In Einzelfällen kann zur Erprobung eines besonderen pädagogischen Konzepts mit Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde von einer Kursdiffe-</p> | <p>In Einzelfällen kann zur Erprobung eines besonderen pädagogischen Konzepts mit Zustimmung</p> | |
|--|--|--|

| | | |
|---|---|---|
| <p>renzierung, die erste Fremdsprache ab der Jahrgangsstufe 7 und das Fach Mathematik ab der Jahrgangsstufe 8 ausgenommen, abgesehen werden. Die Gesamtkonferenz kann beschließen, in den Jahrgangsstufen 9 und 10 abschlussbezogene Klassen zu bilden.</p> <p>(3) Die Gesamtkonferenz trifft ihre Entscheidungen auf der Grundlage einer curricular und pädagogisch begründeten, die Möglichkeiten der Schule berücksichtigenden Konzeption; sie überprüft diese Entscheidungen regelmäßig im Rahmen der Fortschreibung des Schulprogramms. Umstufungen sollen je Fach nicht häufiger als einmal im Schulhalbjahr durchgeführt werden. Wenn die Eltern der vorgesehenen Ersteinstufung oder Umstufung widersprechen, ist zunächst ihr Wunsch zu berücksichtigen; die Schule entscheidet nach einer Beobachtung von einem halben Schuljahr endgültig.</p> | <p>der Schulaufsichtsbehörde von einer Kursdifferenzierung, die erste Fremdsprache ab der Jahrgangsstufe 7 und das Fach Mathematik ab der Jahrgangsstufe 8 ausgenommen, abgesehen werden. Die Gesamtkonferenz kann beschließen, in den Jahrgangsstufen 9 und 10 abschlussbezogene Klassen zu bilden.</p> <p>(3) Zur Umsetzung eines besonderen pädagogischen Konzepts kann mit Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde von einer Kursdifferenzierung nach Abs. 2 ganz oder in einzelnen Fächern und Jahrgangsstufen abgesehen werden und die Fachleistungsdifferenzierung ausschließlich binnendifferenziert erfolgen. Die Gesamtkonferenz kann beschließen, in den Jahrgangsstufen 9 und 10 abschlussbezogene Klassen zu bilden.</p> <p>(4) Die Gesamtkonferenz trifft ihre Entscheidungen auf der Grundlage einer curricular und pädagogisch begründeten, die Möglichkeiten der Schule berücksichtigenden Konzeption; sie überprüft diese Entscheidungen regelmäßig im Rahmen der Fortschreibung des Schulprogramms. Umstufungen sollen je Fach nicht häufiger als einmal im Schulhalbjahr durchgeführt werden. Wenn die Eltern der vorgesehenen Ersteinstufung oder Umstufung widersprechen, ist zunächst ihr Wunsch zu berücksichtigen; die Schule entscheidet nach einer Beobachtung von einem halben Schuljahr endgültig.</p> | <p>Dem Wunsch aus der Praxis folgend werden die Möglichkeiten für die schulformübergreifende (integrierte) Gesamtschule ausgeweitet, zum einen von der Kursdifferenzierung in den Kernfächern abzusehen, zum andern den Bereich der Binnendifferenzierung weiter auszugestalten. Der Gesetzesentwurf orientiert sich an den Rahmenvorgaben der Vereinbarung über die Schularten und Bildungsgänge im Sekundarbereich I (Beschluss der KMK vom 3.12.1993 i. d. F. v. 25.09.2014) und dient der Umsetzung des dort genannten besonderen pädagogischen Konzepts.</p> |
| <p align="center">§ 28 Nähere Ausgestaltung der Mittelstufe (Sekundarstufe I)</p> | <p align="center">§ 28 Nähere Ausgestaltung der Mittelstufe (Sekundarstufe I)</p> | |

| | | |
|--|---|---|
| <p>Die Bildungsgänge und Schulformen der Mittelstufe (Sekundarstufe I) werden durch Rechtsverordnung näher ausgestaltet. Insbesondere sind die Fördermaßnahmen für Lerngruppen mit erhöhtem Praxisbezug in der Hauptschule näher auszugestalten und die Voraussetzungen näher zu bestimmen, unter denen am Ende des zehnten Hauptschuljahres ein mittlerer Abschluss erworben werden kann.</p> | <p>Die Bildungsgänge und Schulformen der Mittelstufe (Sekundarstufe I) werden durch Rechtsverordnung näher ausgestaltet. Insbesondere sind die Fördermaßnahmen für Lerngruppen mit erhöhtem Praxisbezug im Bildungsgang der Hauptschule näher auszugestalten, die Voraussetzungen näher zu bestimmen, unter denen am Ende des zehnten Hauptschuljahres ein mittlerer Abschluss erworben werden kann, und die Zusammenarbeit zwischen den Schulen der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II mit dem Ziel zu regeln, den Schülerinnen und Schülern den Übergang in die Sekundarstufe II zu erleichtern.</p> | <p>Die bestehende Verordnungsermächtigung wird zum einen präzisiert, da es Lerngruppen mit erhöhtem Praxisbezug auch in den Hauptschulbildungsgängen anderer Schulformen gibt. Zum anderen wird das Recht des Ordnungsgebers verdeutlicht, den Übergang geeigneter SchülerInnen aller Schulformen der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II zu erleichtern, indem er die Zusammenarbeit der Schulen beider Sekundarstufen näher regelt. Die Rechtslage ändert sich dadurch nicht.</p> |
| <p style="text-align: center;">Vierter Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Studienqualifizierende Bildungsgänge der Oberstufe (Sekundarstufe II)</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 29 Studienqualifizierende Schulen</p> <p>(1) Studienqualifizierende Schulen sind die gymnasiale Oberstufe, das berufliche Gymnasium, doppeltqualifizierende Bildungsgänge und die Fachoberschule.</p> <p>(2) Die gymnasiale Oberstufe kann sowohl Bestandteil des Gymnasiums oder der Gesamtschule als auch eigenständige Schule sein. Als eigenständige Schule arbeitet die gymnasiale Oberstufe im Rahmen eines Schulverbundes mit den Schulen der Mittelstufe (Sekundarstufe I) zusammen, aus denen sie im Wesentlichen die Schülerinnen und Schüler aufnimmt.</p> <p>(3) Das berufliche Gymnasium ist Teil des beruflichen Schulwesens.</p> | | |

| | | |
|---|---|--|
| <p>(4) In doppeltqualifizierenden Bildungsgängen werden berufliches und allgemein bildendes Lernen verbunden. Auf sie finden die Vorschriften über die gymnasiale Oberstufe oder das berufliche Gymnasium entsprechend Anwendung, soweit für sie in diesem Abschnitt nicht besondere Regelungen getroffen sind.</p> <p>(5) Die Fachoberschule ist Teil des beruflichen Schulwesens und führt zur Fachhochschulreife.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 30</p> <p style="text-align: center;">Aufgabe der gymnasialen Oberstufe</p> <p>Ziel der gymnasialen Oberstufe ist es, den Schülerinnen und Schülern den Erwerb der allgemeinen Hochschulreife zu ermöglichen, sie aber auch in die Lage zu versetzen, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten unmittelbar in berufliche Ausbildung und Tätigkeit einzubringen. Deshalb ist die gymnasiale Oberstufe offen für die Zusammenarbeit mit den beruflichen Schulen und für die Aufnahme anwendungsbezogener Angebote. Diese Zusammenarbeit ist zu fördern.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 31</p> <p style="text-align: center;">Gliederung</p> <p>(1) Die gymnasiale Oberstufe gliedert sich in die einjährige Einführungsphase und die zweijährige Qualifikationsphase.</p> <p>(2) In der Einführungsphase werden die Schülerinnen und Schüler methodisch und inhaltlich auf die Arbeit in der Qualifikationsphase und die Wahl der Leistungsfächer vorbereitet. Die Organisation dieser Jahrgangsstufe ist daher so zu gestalten, dass es der einzelnen Schule im Rahmen der für alle geltenden Bestimmungen möglich ist, den besonderen örtlichen Bedingungen Rechnung zu tragen.</p> | <p style="text-align: center;">§ 31</p> <p style="text-align: center;">Gliederung</p> | |

| | | |
|---|---|---|
| <p>(3) In der Qualifikationsphase werden die Fächer in Grund- und Leistungskursen unterrichtet.</p> <p>Die zeitlich aufeinander folgenden Kurse eines Faches sind inhaltlich aufeinander abzustimmen. Grundkurse vermitteln grundlegende Kenntnisse und Einsichten in die Stoffgebiete und Methoden verschiedener Fächer. Die Leistungskurse dienen in besonderer Weise der Einführung in die Methoden wissenschaftlichen Arbeitens und vermitteln ein vertieftes Verständnis und erweiterte Kenntnisse.</p> <p>Für alle Schülerinnen und Schüler verbindliche Auflagen und die inhaltliche, methodische und organisatorische Gestaltung des Unterrichts gewährleisten, dass Grund- und Leistungskurse gemeinsam den Schülerinnen und Schülern die breite Grundausbildung vermitteln, die für die allgemeine Hochschulreife erforderlich ist.</p> <p>(4) Der Besuch der gymnasialen Oberstufe dauert mindestens zwei, in der Regel höchstens vier Jahre.</p> <p>(5) Nach erfolgreicher Teilnahme an den Kursen des ersten Jahres der Qualifikationsphase und einer mindestens einjährigen beruflichen Tätigkeit können die Schülerinnen und Schüler die Fachhochschulreife erwerben.</p> <p>(6) Die allgemeine Hochschulreife wird mit der erfolgreich abgelegten Abiturprüfung erworben.</p> | <p>(3) In der Qualifikationsphase werden die Fächer in - Grundkursen (Kursen mit grundlegendem Anforderungsniveau) und Leistungskursen (Kursen mit erhöhtem Anforderungsniveau) unterrichtet.</p> <p>Die zeitlich aufeinander folgenden Kurse eines Faches sind inhaltlich aufeinander abzustimmen. Grundkurse vermitteln grundlegende Kenntnisse und Einsichten in die Stoffgebiete und Methoden verschiedener Fächer. Die Leistungskurse dienen in besonderer Weise der Einführung in die Methoden wissenschaftlichen Arbeitens und vermitteln ein vertieftes Verständnis und erweiterte Kenntnisse.</p> <p>Für alle Schülerinnen und Schüler verbindliche Auflagen und die inhaltliche, methodische und organisatorische Gestaltung des Unterrichts gewährleisten, dass Grund- und Leistungskurse gemeinsam den Schülerinnen und Schülern die breite Grundausbildung vermitteln, die für die allgemeine Hochschulreife erforderlich ist.</p> | <p>Die Neufassung des Satzes 1 übernimmt zur Klarstellung die Definition der Grund- und Leistungskurse aus Nr. 3.2 der „Vereinbarung zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II“ (Beschluss der KMK vom 7.7.1972 i.d.F. vom 6.6.2013, ohne dass sich damit die Rechtslage ändert.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 32 Aufgabenfelder</p> <p>(1) Die Unterrichtsfächer der gymnasialen Oberstufe werden mit Ausnahme des Faches Sport in drei Aufgabenfelder zusammengefasst.</p> | | |

| | | |
|---|--|--|
| <p>(2) Zum sprachlich-literarisch-künstlerischen Aufgabenfeld gehören die Fächer Deutsch, die Fremdsprachen, Musik, Kunst und Darstellendes Spiel.</p> <p>(3) Zum gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld gehören die Fächer Politik und Wirtschaft, Geschichte, Religion, Wirtschaftswissenschaften, Erdkunde, Rechtskunde und Philosophie.</p> <p>(4) Zum mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Aufgabenfeld gehören die Fächer Mathematik, Biologie, Chemie, Physik und Informatik.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 33 Grund- und Leistungskurse</p> <p>(1) Als Leistungsfächer können angeboten werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Deutsch, Englisch, Französisch, Lateinisch, Griechisch; 2. Politik und Wirtschaft, Geschichte, Erdkunde, Evangelische und Katholische Religion; 3. Mathematik, Physik, Chemie und Biologie. <p>(2) Kunst, Musik, weitere Fremdsprachen, sonstige Religionslehren, Sport, Wirtschaftswissenschaften und Informatik können mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde an einzelnen Schulen als Leistungsfächer eingerichtet werden.</p> | | |

| | | |
|--|--|--|
| <p>Durch Rechtsverordnung können weitere Unterrichtsfächer als Leistungsfächer zugelassen werden.</p> <p>(3) Für Art und Umfang des Kurs- und Fächerangebots sind die personellen und sächlichen Möglichkeiten der einzelnen Schule und die jeweilige Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Jahrgangsstufe maßgeblich. Richtwert für die Bildung der Leistungskurse ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe geteilt durch den Divisor 9; Richtwert für die Bildung der Grundkurse ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe geteilt durch den Divisor 3. Bei Schulen, die in ihrem Kursangebot zusammenarbeiten, wird jeweils die gemeinsame Jahrgangsbreite zu Grunde gelegt.</p> <p>(4) Fächerverbindende und fachübergreifende Kurse können auch über ein Aufgabenfeld hinaus eingerichtet werden.</p> <p>(5) Die Durchführung der für die Schülerinnen und Schüler verbindlichen Kurse und die Kontinuität des Unterrichtsangebots haben Vorrang vor der Ausweitung oder Änderung des Fächerangebots.</p> <p>(6) Das im ersten Jahr der Qualifikationsphase besuchte Leistungsfach müssen die Schülerinnen und Schüler, das besuchte Grundkursfach sollen sie im zweiten Jahr der Qualifikationsphase fortführen können. Der Unterricht ist inhaltlich und organisatorisch so zu gestalten, dass die Schülerinnen und Schüler in der Regel im Leistungsfach während der gesamten Qualifikationsphase, im Grundkursfach mindestens während eines Schuljahres in derselben Lerngruppe blei-</p> | | |
|--|--|--|

| | | |
|---|--|--|
| <p>ben. Wenn die Unterrichtsorganisation es zulässt, kann gestattet werden, an einer anderen Schule am Unterricht in Fächern teilzunehmen, die an der besuchten Schule nicht angeboten werden.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 34 Belegverpflichtungen und Bewertung</p> <p>(1) In der Qualifikationsphase haben die Schülerinnen und Schüler durchgehend Unterricht mindestens in Deutsch, einer fortgeführten Fremdsprache, Geschichte, Mathematik, einer Naturwissenschaft, Religion und in der Regel in Sport zu belegen; § 8 bleibt unberührt. Der Unterricht in Kunst oder Musik, in Politik und Wirtschaft, einer weiteren Fremdsprache, einer weiteren Naturwissenschaft oder Informatik ist mindestens in zwei Schulhalbjahren zu besuchen.</p> <p>(2) Gegen Ende der Einführungsphase wählen die volljährigen Schülerinnen und Schüler selbst, die minderjährigen Schülerinnen und Schüler im Einvernehmen mit den Eltern aus dem Angebot der Schule nach Begabung und Neigung zwei Leistungsfächer oder eine Leistungsfachkombination. Kommt ein Einvernehmen nicht zu Stande, so entscheiden die Eltern. Eines der beiden Leistungsfächer muss entweder eine Fremdsprache, Mathematik oder eine Naturwissenschaft sein.</p> <p>(3) Die Leistungsbewertung in der gymnasialen Oberstufe erfolgt nach einem System mit 15 Punkten (§ 73). Die Ergebnisse aus vier Leistungskursen in jedem der beiden Leistungsfächer und 24 Grundkursen sowie der Abiturprüfung bilden die Grundlage für die Berechnung der Gesamtqualifikation im Abitur. Besondere Lernleis-</p> | | |

| | | |
|---|--|---|
| <p>tungen wie Jahresarbeiten oder umfassende Beiträge aus einem vom Land geförderten Wettbewerb können in die Abiturprüfung anstelle des fünften Abiturprüfungsfaches eingebracht werden. Ein Kurs, der mit null Punkten bewertet worden ist, gilt als nicht besucht.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 35 Berufliche Gymnasien</p> <p>(1) Berufliche Gymnasien führen zur allgemeinen Hochschulreife. Sie werden durch berufliche Fachrichtungen geprägt, die sich in Wirtschaft, Technik, Ernährung sowie Agrarwirtschaft gliedern. In der Fachrichtung Technik können die Schwerpunkte Maschinenbau, Elektrotechnik, Bautechnik, Physik-, Chemie- und Biologietechnik sowie Datenverarbeitungstechnik angeboten werden. Berufliche Gymnasien vermitteln in der gewählten Fachrichtung Teile einer Berufsausbildung.</p> | <p style="text-align: center;">§ 35 Berufliche Gymnasien</p> <p>(1) Berufliche Gymnasien führen zur allgemeinen Hochschulreife. Sie werden durch berufliche Fachrichtungen geprägt, die sich in Agrarwirtschaft, Ernährung, Gesundheit und Soziales, Technik sowie Wirtschaft gliedern. In der Fachrichtung Gesundheit und Soziales können die Schwerpunkte Gesundheit sowie Pädagogik angeboten werden. In der Fachrichtung Technik können die Scherpunkte Bautechnik, Biologietechnik, Chemietechnik, Datenverarbeitungstechnik, Elektrotechnik, Gestaltungs- und Medientechnik, Maschinenbau, Mechatronik, Physiklechnik, Umwelttechnik sowie schwerpunktübergreifend Datenverarbeitungstechnik-Elektrotechnik angeboten werden. Berufliche Gymnasien vermitteln in der gewählten Fachrichtung oder dem gewählten Schwerpunkt Teile einer Berufsausbildung.</p> | <p>Die allgemeinbildenden und die beruflichen Gymnasien führen beide zur allgemeinen Hochschulreife. Teil des beruflichen Gymnasiums sind zusätzlich zu den allgemein bildenden Aufgabenfeldern berufliche Fachrichtungen, die sich den Anforderungen der Hochschulen und der Arbeitswelt entsprechend ständig weiterentwickeln. Gleichzeitig sind die allgemein bildenden Aufgabenfelder der allgemein bildenden und der beruflichen Gymnasien stärker aufeinander zu beziehen.</p> <p>Die in Abs. 1 aufgeführten beruflichen Fachrichtungen werden durch die Änderung konkreter als bisher benannt. Dies dient zum einen der Konkretisierung der schulischen Inhalte, zum anderen im Interesse der beruflichen Abiturientinnen und Abiturienten der Klarstellung gegenüber den universitären Anforderungen.</p> |

| | | |
|--|--|---|
| <p>(2) Für berufliche Gymnasien gelten die §§ 31 bis 34 entsprechend, soweit im Folgenden nichts anderes geregelt ist.</p> <p>(3) An den beruflichen Gymnasien kann ein Teil der Verpflichtungen nach § 34 Abs. 1 durch Auflagen in den beruflichen Fachrichtungen und Schwerpunkten ersetzt werden.</p> <p>(4) Zum sprachlich-literarisch-künstlerischen Aufgabenfeld gehören die Fächer Deutsch und die Fremdsprachen (Englisch, Französisch, Lateinisch). Die Fächer Musik und Kunst können angeboten werden.</p> <p>(5) Zum gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld gehören die Fächer Politik und Wirtschaft, Erdkunde, Geschichte, Wirtschaftslehre, insbesondere Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftslehre des Haushalts sowie des Landbaus und Religion.</p> <p>(6) Zum mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Aufgabenfeld gehören die Fächer Mathematik, Physik, Biologie, Chemie, Technikwissenschaften, Technologie, Technisches Zeichnen, Rechnungswesen, Datenverarbeitung/Informatik, Ernährungslehre und Agrartechnik.</p> | <p>(4) Zum sprachlich-literarisch-künstlerischen Aufgabenfeld gehören das Fach Deutsch und die Fremdsprachen. Die Fächer Musik, Kunst und Darstellendes Spiel können angeboten werden. Weitere Fächer können durch Rechtsverordnung bestimmt werden.</p> <p>(5) Zum gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld gehören die Fächer Politik und Wirtschaft, Geschichte, Religion, Betriebswirtschaftslehre, Gesundheitsökonomie, Pädagogik, Psychologie, Umweltökonomie, Wirtschaftslehre des Landbaus, Wirtschaftslehre des Haushalts sowie Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftslehre des Haushalts sowie des Landbaus und Religion.</p> <p>(6) Zum mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Aufgabenfeld gehören die Fächer Mathematik, Biologie, Chemie, Physik, Agrartechnik, Ernährungslehre, Gesundheitslehre, Bautechnik, Biologietechnik, Chemietechnik, Datenverarbeitungstechnik, Elektrotechnik, Gestaltungs- und Medientechnik, Maschinenbau, Me-</p> | <p>Abs. 2 und 3 werden unverändert übernommen.</p> <p>Entsprechend dem eingangs benannten Auftrag, die Aufgabenfelder stärker aufeinander zu beziehen, wird mit der Änderung des Abs. 4 auch für das berufliche Gymnasium die Möglichkeit geschaffen, das Fach Darstellendes Spiel anzubieten. Weiterhin wird durch die Verordnungsermächtigung in Satz 3 für den Ordnungsgeber die Option für die Bestimmung weiterer Fächer geschaffen. Das Gesetz folgt damit an dieser Stelle der entsprechenden Regelung in § 5 Abs. 4.</p> <p>Sowohl im gesellschaftswissenschaftlichen als auch im mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Aufgabenfeld (AF) hat sich beim Übergang in die Hochschule und in die Arbeitswelt als Problem gezeigt, dass die Sammelbezeichnung für die Fächer nicht hinreichend mit den vermittelten Fachinhalten identifiziert wurden, was insbesondere bei der Hochschulzulassung zu Schwierigkeiten führen konnte. Um die notwendige Transparenz der Wissensstände der beruflichen AbiturientInnen zu erreichen, waren daher die Fächer konkreter zu benennen. Im gesellschaftswissenschaftlichen AF (Abs. 5) wurde auf das Sammelfach Wirtschaftslehre verzichtet. Stattdessen wurden die Fächer Betriebswirtschaftslehre, Gesundheitsökonomie, Pädagogik, Psychologie, Umweltökonomie, Wirtschaftslehre des Landbaus, Wirtschaftslehre des</p> |
|--|--|---|

| | | |
|---|---|--|
| <p>(7) Bei der Wahl der Grund- und Leistungskurse sind die Auflagen zu beachten, die für die berufliche Fachrichtung und den Schwerpunkt erforderlich sind. Von den nach § 34 Abs. 2 zu wählenden zwei Leistungsfächern muss das erste entweder Deutsch, eine Fremdsprache, Mathematik oder eine Naturwissenschaft sein. Das zweite Leistungsfach ist je nach Wahl der beruflichen Fachrichtung Wirtschaftslehre, Technikwissenschaft, Ernährungslehre oder Agrartechnik.</p> | <p>chatronik, Physiktechnik, scherpunktübergreifend Datenverarbeitungstechnik-Elektrotechnik, Technologie, Technische Kommunikation, Umwelttechnik, Rechnungswesen sowie Datenverarbeitungstechnik. Weitere Fächer können durch Rechtsverordnung bestimmt werden.</p> <p>(7) Bei der Wahl der Grund- und Leistungskurse sind die Auflagen zu beachten, die für die berufliche Fachrichtung und oder den Schwerpunkt gelten. Von den nach § 34 Abs. 2 zu wählenden zwei Leistungsfächern muss das erste Deutsch, eine Fremdsprache, Mathematik oder eine Naturwissenschaft sein. Das zweite Leistungsfach ist das Fach der gewählten Fachrichtung oder des gewählten Schwerpunktes nach Abs. 1.</p> | <p>Haushalts sowie Wirtschaftslehre, insbesondere Betriebswirtschaftslehre aufgelistet.</p> <p>Im mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen AF entfällt das Sammelfach Technikwissenschaften und wird durch die erwähnten Aufgabenfelder ersetzt.</p> <p>Redaktionelle Klarstellung.</p> <p>Anpassung an die Neuregelung des Abs. 1.</p> |
| <p>§ 35a Zweijährige Sonderlehrgänge für Aussiedler</p> <p>Zweijährige Sonderlehrgänge zum Erwerb der allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung für Aussiedler führen zur allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung. Sie werden durch berufliche Fachrichtungen geprägt, die sich in Technik und Wirtschaft gliedern.</p> | <p>§ 35a Zweijährige Sonderlehrgänge für Aussiedler</p> <p>Zweijährige Sonderlehrgänge zum Erwerb der allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung für Aussiedler führen zur allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung. Sie werden durch berufliche Fachrichtungen geprägt, die sich in Technik und Wirtschaft gliedern. § 31 Abs. 5 gilt entsprechend.</p> | <p></p> <p>Durch die Bezugnahme auf § 31 Abs. 5 wird klargestellt, dass TeilnehmerInnen der Sonderlehrgänge für Aussiedler auch unter den in § 31 genannten Voraussetzungen die Fachhochschulreife erwerben können. Damit wird eine entsprechende Regelungslücke geschlossen.</p> |
| <p>§ 36 Doppeltqualifizierende Bildungsgänge</p> <p>(1) Auf Antrag des Schulträgers können mit Zustimmung des Kultusministeriums an gymnasialen Oberstufen oder beruflichen Gymnasien oder in organisatorischer Verbindung mit ihnen Ausbildungsgänge eingerichtet werden, die berufliches</p> | | |

| | | |
|--|--|--|
| <p>und allgemein bildendes Lernen verbinden und zur allgemeinen Hochschulreife führen.</p> <p>(2) Die Bildungsgänge schließen mit zwei getrennten Prüfungen ab. Für den Erwerb der allgemeinen Hochschulreife kann ein Teil der Verpflichtungen nach § 34 Abs. 1 durch für den Ausbildungsgang charakteristische Auflagen ersetzt werden. Die berufliche Ausbildung schließt mit der Prüfung zum staatlich geprüften Assistenten oder zur staatlich geprüften Assistentin ab.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 37 Fachoberschule</p> <p>(1) Die Fachoberschule baut auf dem mittleren Abschluss (§ 13 Abs. 4) auf und führt in verschiedenen Fachrichtungen, Schwerpunkten und Organisationsformen zur Fachhochschulreife. In die Fachoberschule kann auch aufgenommen werden, wer das Zeugnis der Versetzung in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe erhalten hat.</p> <p>(2) Die Fachoberschule umfasst in der Regel einen ersten und einen zweiten Ausbildungsabschnitt. In dem ersten Ausbildungsabschnitt wird überwiegend fachpraktisch ausgebildet. Die fachpraktische Ausbildung wird in der Regel in Betrieben durchgeführt; sie kann im Einvernehmen mit der Schulaufsichtsbehörde ganz oder teilweise in der Schule durchgeführt werden. Der Besuch des ersten Ausbildungsabschnitts kann durch eine einschlägige Berufsausbildung oder eine mehrjährige, einschlägige berufliche Tätigkeit ersetzt werden. In dem zweiten Ausbildungsabschnitt wird in der Regel Vollzeitunterricht erteilt.</p> | <p style="text-align: center;">§ 37 Fachoberschule</p> <p>(2) Die Fachoberschule umfasst in der Regel einen ersten und einen zweiten Ausbildungsabschnitt. In dem ersten Ausbildungsabschnitt wird überwiegend fachpraktisch ausgebildet. Die fachpraktische Ausbildung wird in der Regel in Betrieben durchgeführt; sie kann in begründeten Ausnahmefällen kann sie im Einvernehmen mit der Schulaufsichtsbehörde ganz oder teilweise in der Schule durchgeführt werden. Der Besuch des ersten Ausbildungsabschnitts kann durch eine einschlägige Berufsausbildung oder eine mehrjährige, einschlägige berufliche Tätigkeit ersetzt werden. In dem zweiten Ausbildungsabschnitt wird in der Regel Vollzeitunterricht erteilt.</p> | <p style="text-align: center;"></p> <p>Abs. 2 Satz 3 schreibt für die fachpraktische Ausbildung im Rahmen der Fachoberschule als Regelfall vor, dass sie in Betrieben durchgeführt wird, erlaubt aber auch, dass sie im Einvernehmen mit dem SSA in der Schule durchgeführt werden kann. Um das Regel-Ausnahme-Verhältnis entsprechend der gängigen Praxis zu verdeutlichen und zugleich dem Erfordernis des Praxisbezugs dieses Ausbildungsabschnitts Rechnung zu tragen, wird im Gesetz ergänzt, dass die Ausnahme auf begründete Ausnahmefälle zu begrenzen ist.</p> |

| | | |
|--|---|--|
| <p>(3) Die Fachoberschule endet mit einer Prüfung, deren Bestehen zum Studium an einer Fachhochschule berechtigt.</p> | <p>(3) Die Leistungsbewertung in der Fachoberschule erfolgt nach einem System mit 15 Punkten (§ 73).</p> <p>(4) Die Fachoberschule endet mit einer Prüfung, deren Bestehen zum Studium an einer Fachhochschule Hochschule für angewandte Wissenschaften oder in einem gestuften Studiengang an einer Universität berechtigt.</p> | <p>Im Interesse der Vergleichbarkeit der Leistungen in den studienqualifizierenden Bildungsgängen der Sekundarstufe II wird vorgesehen, dass künftig auch an der Fachoberschule die Leistungsbewertung nach einem System mit 16 Punkten erfolgen soll. Damit wird der Vorgabe des § 73 Abs. 1 und 4 gefolgt. Die hier getroffene Regelung entspricht der Regelung für die gymnasiale Oberstufe in § 43 Abs. 3 Satz 1.</p> <p>Siehe Begründung zu § 11 Abs. 8f.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 38 Nähere Ausgestaltung der studienqualifizierenden Bildungsgänge der Oberstufe (Sekundarstufe II)</p> <p>(1) Die nähere Ausgestaltung der studienqualifizierenden Bildungsgänge in der Oberstufe (Sekundarstufe II) erfolgt durch Rechtsverordnung. Dabei ist zu gewährleisten, dass die Abiturprüfung auch in den anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland zur Aufnahme eines Hochschulstudiums in den jeweiligen Studiengängen berechtigt.</p> <p>(2) Insbesondere sind nähere Regelungen zu erlassen über</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Ausgestaltung der Einführungsphase, 2. die Zulassung zur Qualifikationsphase, 3. Art und Umfang der verbindlichen Kurse und Fächer, ihre Folge und Beziehung zueinander sowie die bei der Einrich- | <p style="text-align: center;">§ 38 Nähere Ausgestaltung der studienqualifizierenden Bildungsgänge der Oberstufe (Sekundarstufe II)</p> | |

| | | |
|--|--|---|
| <p>tung und Wahl der Grund- und Leistungskurse einzuhaltenden Bedingungen,</p> <p>4. inhaltliche und organisatorische Rahmenbedingungen der Grund- und Leistungskurse,</p> <p>5. die Zulassung weiterer Unterrichtsfächer als Grundkurs- und Leistungsfächer,</p> <p>6. Art und Zahl der Leistungsnachweise,</p> <p>7. die Berechnung der Gesamtqualifikation,</p> <p>8. den Zugang zu den doppelqualifizierenden Bildungsgängen und ihre Ausgestaltung,</p> <p>9. die Schwerpunkte der Fachoberschule,</p> <p>10. den Erwerb der Fachhochschulreife in den studienqualifizierenden Bildungsgängen nach § 29 Nr. 2 bis 4.</p> <p>(3) Durch Rechtsverordnung kann bestimmt werden, dass für die Prüfung zur Erlangung der Fachhochschulreife an der Fachoberschule und die schriftliche Abiturprüfung landesweit einheitliche Prüfungsaufgaben auf der Grundlage inhaltlich verbindlicher Rahmenvorgaben gestellt werden.</p> | <p>5. die Zulassung weiterer Unterrichtsfächer, Fachrichtungen oder Schwerpunkte nach § 35 Abs. 1 als Grundkurs- und Leistungsfächer,</p> | <p>Klarstellung ohne Änderung der Rechtslage.</p> |
| <p style="text-align: center;">Fünfter Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Berufsqualifizierende Bildungsgänge der Oberstufe (Sekundarstufe II)</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 39</p> | | |

| Berufsschule | | |
|--|--|--|
| <p>(1) Die Berufsschule vermittelt fachliche Kenntnisse und Fähigkeiten und erweitert die allgemeine Bildung. Sie trägt zur Erfüllung der Aufgaben im Beruf und zur Mitgestaltung der Arbeitswelt und Gesellschaft in wirtschaftlicher, technischer, sozialer und ökologischer Verantwortung bei.</p> <p>(2) Berufsschule und Ausbildungsbetrieb erfüllen für Schülerinnen und Schüler, die in einem Berufsausbildungsverhältnis stehen (duale Berufsausbildung), einen gemeinsamen Bildungsauftrag. Die Berufsschule und der Ausbildungsbetrieb sind dabei jeweils eigenständige Lernorte und gleichberechtigte Partner. Die Erfüllung des Bildungsauftrags setzt eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung beider Partner in inhaltlichen und organisatorischen Fragen voraus.</p> <p>(3) Die Berufsschule gliedert sich in die Grundstufe und die darauf aufbauende Fachstufe. Die Grundstufe ist das erste Jahr der Berufsschule. Sie kann in Ausbildungsberufen, die einem Berufsfeld zugeordnet sind, oder als Berufsgrundbildungsjahr in kooperativer Form geführt werden. Der Unterricht in vollzeitschulischer Form in der Grundstufe umfasst auch die fachpraktische Ausbildung. Der Unterricht wird in der Regel in Fachklassen eines Ausbildungsberufs oder für Berufe mit überwiegend fachlich gleichen Ausbildungsinhalten erteilt. Im Berufsgrundbildungsjahr umfassen die Fachklassen ein Berufsfeld oder Teile eines Berufsfeldes.</p> <p>(4) Der Unterricht in der Berufsschule wird als Teilzeitunterricht oder als Blockunterricht erteilt. Der Unterricht beträgt bezogen auf ein Schuljahr</p> | | |

| | | |
|---|--|--|
| <p>von 40 Wochen in der Regel 12 Stunden in der Woche. Die Festlegung des Unterrichts regelt die Berufsschule in Abstimmung mit den Auszubildenden nach pädagogischen Gesichtspunkten und ihren unterrichtsorganisatorischen Möglichkeiten. Einigen sich die Berufsschule und die Auszubildenden nicht, entscheidet die Schulaufsichtsbehörde. Sofern nach § 143 Abs. 5 Gebietsfachklassen durch Rechtsverordnung gebildet werden, entscheidet das Kultusministerium nach Anhörung der Schule über die Zusammenfassung des Unterrichts zu Blockunterricht.</p> <p>(5) In der dualen Berufsausbildung führt die Berufsschule zum schulischen Teil eines berufsqualifizierenden Abschlusses. In der Berufsschule können der Hauptschulabschluss (§ 13 Abs. 3), der mittlere Abschluss (§ 13 Abs. 4) oder die Fachhochschulreife (§ 13 Abs. 5) erworben werden.</p> <p>(6) Bestandteil der Berufsschule sind Bildungsgänge für Jugendliche ohne Berufsausbildungsverhältnis, mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung oder ohne Hauptschulabschluss, die auf eine Berufsausbildung oder eine Berufstätigkeit vorbereiten oder zu einem nachträglich zu erwerbenden Schulabschluss führen. Neue Lern- und Unterrichtsformen sollen für diese Gruppe der Schülerinnen und Schüler erprobt werden.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 40 (aufgehoben)</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 41 Berufsfachschule</p> <p>(1) Berufsfachschulen sind Schulen mit Vollzeitunterricht von mindestens einjähriger Dauer, für</p> | <p style="text-align: center;">§ 41 Berufsfachschule</p> | |

| | | |
|--|--|---|
| <p>deren Besuch weder eine Berufsausbildung noch eine berufliche Tätigkeit vorausgesetzt wird. Sie vermitteln berufliche und allgemeine Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten und bereiten auf die Fachbildung in einem Ausbildungsberuf vor oder führen unmittelbar zu einem Berufsabschluss. Berufsfachschulen können zu einem dem mittleren Abschluss (§ 13 Abs. 4) gleichwertigen Abschluss führen oder beim Eintritt einen mittleren Abschluss voraussetzen.</p> <p>(2) Zweijährige Berufsfachschulen vermitteln eine berufliche Grundbildung und führen zu einem dem mittleren Abschluss (§ 13 Abs. 4) gleichwertigen Abschluss. Sie setzen den Hauptschulabschluss (§ 13 Abs. 3) voraus und schließen mit einer Prüfung ab. Der erfolgreiche Besuch der zweijährigen Berufsfachschule kann nach Maßgabe des Berufsbildungsgesetzes auf gemeinsamen Antrag der oder des Auszubildenden und der oder des Auszubildenden als erstes Jahr der Berufsausbildung angerechnet werden.</p> <p>(3) Einjährige Berufsfachschulen vermitteln berufliche und allgemeine Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten in Vorbereitung auf bestimmte Ausbildungsberufe. Sie setzen einen mittleren Abschluss (§ 13 Abs. 4) voraus. Abs. 2 Satz 3 gilt entsprechend.</p> <p>(4) Zweijährige Berufsfachschulen, die zu einem schulischen Berufsabschluss führen, setzen einen mittleren Abschluss (§ 13 Abs. 4) voraus. Sie vermitteln die Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die für die erfolgreiche Ausübung des gewählten Berufes erforderlich sind. Sie schließen mit einer Prüfung ab, mit der ein schulischer Berufsabschluss erworben wird; durch Ablegen</p> | <p>(3) Einjährige Berufsfachschulen vermitteln berufliche und allgemeine Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten in Vorbereitung auf bestimmte Ausbildungsberufe. Sie setzen einen mittleren Abschluss (§ 13 Abs. 4) voraus. Abs. 2 Satz 3 gilt entsprechend.</p> <p>(3) Zweijährige Berufsfachschulen, die zu einem schulischen Berufsabschluss führen, setzen einen mittleren Abschluss (§ 13 Abs. 4) voraus; sie führen die Bezeichnung Höhere Berufsfachschule. Sie vermitteln die Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die für die erfolgreiche Ausübung des gewählten Berufes erforderlich sind. Sie schließen mit einer Prüfung ab, mit der ein schulischer Berufsabschluss erworben wird;</p> | <p>Ein Teil der Empfehlungen des Bündnisses für Ausbildung betrifft die Zusammenführung der schulischen Angebote im Übergangsbereich in möglichst einem einzigen Angebot, das ausreichend Flexibilität zur Ausrichtung an den individuellen Bedarfen der Jugendlichen ermöglicht. In diesem Zusammenhang soll die einjährige höhere Berufsfachschule schrittweise auslaufen und in ein neues schulisches Angebot überführt werden. Die Grundlage dieses neuen Angebots wird mit einem Schulversuch unter dem Arbeitstitel „Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung“</p> <p>Die Streichung des Abs. 3 hebt die Rechtsgrundlage für die einjährige höhere Berufsfachschule auf.</p> <p>Redaktionelle Folgeänderung.</p> |
|--|--|---|

| | | |
|--|---|---|
| <p>einer Zusatzprüfung kann die Fachhochschulreife (§ 13 Abs. 5) erworben werden.</p> <p>(5) Mehrjährige Berufsfachschulen gliedern sich in die Grundstufe und die Fachstufe und führen zu einem Berufsabschluss, der nach Verordnungen aufgrund des § 43 des Berufsbildungsgesetzes oder des § 40 der Handwerksordnung der Abschlussprüfung im Ausbildungsberuf gleichgestellt ist oder zur Zulassung zur Abschlussprüfung nach § 43 Abs. 2 des Berufsbildungsgesetzes oder § 36 Abs. 2 der Handwerksordnung berechtigt. (6) Die einjährigen und zweijährigen Berufsfachschulen, die nach Abs. 3 und 4 einen mittleren Abschluss voraussetzen, führen die Bezeichnung Höhere Berufsfachschule.</p> <p>(6) Die einjährigen und zweijährigen Berufsfachschulen, die nach Abs. 3 und 4 einen mittleren Abschluss voraussetzen, führen die Bezeichnung Höhere Berufsfachschule.</p> | <p>durch Ablegen einer Zusatzprüfung kann die Fachhochschulreife (§ 13 Abs. 5) erworben werden.</p> <p>(4) Mehrjährige Berufsfachschulen gliedern sich in die Grundstufe und die Fachstufe und führen zu einem Berufsabschluss, der nach Verordnungen aufgrund des § 43 des Berufsbildungsgesetzes oder des § 40 der Handwerksordnung der Abschlussprüfung im Ausbildungsberuf gleichgestellt ist oder zur Zulassung zur Abschlussprüfung nach § 43 Abs. 2 des Berufsbildungsgesetzes oder § 36 Abs. 2 der Handwerksordnung berechtigt. (6) Die einjährigen und zweijährigen Berufsfachschulen, die nach Abs. 3 und 4 einen mittleren Abschluss voraussetzen, führen die Bezeichnung Höhere Berufsfachschule.</p> <p>(6) Die einjährigen und zweijährigen Berufsfachschulen, die nach Abs. 3 und 4 einen mittleren Abschluss voraussetzen, führen die Bezeichnung Höhere Berufsfachschule.</p> | <p>Redaktionelle Folgeänderung</p> <p>Redaktionelle Folgeänderung</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 42 Fachschule</p> <p>(1) Die Fachschule vermittelt aufbauend auf einer beruflichen Erstqualifikation eine vertiefte berufliche Fachbildung und erweitert die allgemeine Bildung.</p> <p>(2) Es wird Vollzeit- oder Teilzeitunterricht erteilt. Der Besuch der Fachschule dauert in Vollzeitform in der Regel zwei Schuljahre, mindestens jedoch ein Schuljahr. Teilzeit- und Vollzeitform sollen sich in der Gesamtstundenzahl des Bildungsgangs entsprechen.</p> | <p style="text-align: center;">§ 42 Fachschule</p> | |

| | | |
|---|--|---|
| <p>(3) Der Besuch der Fachschule setzt eine abgeschlossene Berufsausbildung oder eine in der Regel entsprechende praktische Berufstätigkeit sowie in der Regel eine zusätzliche Berufsausübung voraus. Der Besuch der Fachschule für Sozialpädagogik und der Fachschule für Sozialwirtschaft setzt einen mittleren Abschluss (§ 13 Abs. 4) und eine abgeschlossene Berufsausbildung voraus. Der Besuch der Fachschule für Heilpädagogik setzt einen mittleren Abschluss (§ 13 Abs. 4) und in der Regel den Abschluss der Fachschule für Sozialpädagogik voraus. Die Fachschule führt zu einer Prüfung, mit der ein schulischer Berufsabschluss erworben wird.</p> <p>(4) In der Fachschule können je nach Art des Bildungsganges ein dem mittleren Abschluss (§ 13 Abs. 4) gleichzustellender Abschluss sowie die Fachhochschulreife (§ 13 Abs. 5) erworben werden.</p> | <p>(3) Der Besuch der Fachschule für Sozialwesen (Fachrichtung Sozialpädagogik oder Fachrichtung Heilerziehungspflege) setzt eine abgeschlossene Berufsausbildung, aufbauend auf einem mittleren Abschluss (§ 13 Abs. 4) voraus. Der Besuch der Fachschule für Sozialwesen (Fachrichtung Heilpädagogik) setzt einen mittleren Abschluss und in der Regel den Abschluss der Fachschule für Sozialwesen (Fachrichtung Sozialpädagogik oder Fachrichtung Heilerziehungspflege) voraus</p> | <p>Aufgrund der Zusammenführung der bisherigen Fachschule für Sozialpädagogik, der Fachschule für Sozialwissenschaft und der Fachschule für Heilpädagogik in einer neuen Schulform, der Fachschule für Sozialwesen, war es notwendig, die gesetzlichen Grundlagen in Abs. 3 Satz 2 und 3 entsprechend anzupassen.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 43 Zusammenfassung zu beruflichen Schulen</p> <p>(1) Berufsfachschulen, Fachschulen, Fachoberschulen und berufliche Gymnasien sind in der Regel organisatorisch mit Berufsschulen zu verbinden und zu beruflichen Schulen zusammenzufassen.</p> <p>(2) Der Schulträger beschließt nach Maßgabe der §§ 144 bis 146, welche Berufsfelder, Berufsgruppen oder Ausbildungsberufe in den beruflichen Schulen jeweils erfasst und welche Bildungsgänge angeboten werden. Die Gesamtkonferenz entscheidet im Rahmen der personellen, räumlichen und sächlichen Möglichkeiten der Schule und dem Bedarf entsprechend, welche</p> | <p style="text-align: center;">§ 43 Weitere Bestimmungen für beruflichen Schulen</p> | <p>Die Überschrift wird dem Inhalt der Vorschrift entsprechend weiter gefasst. Bereits der vorhandene § 43 Abs. 2 betrifft – anders als Abs. 1 – nicht die „Zusammenfassung“ berufsqualifizierender Schulen der Sek II mit Fachoberschulen, beruflichen Gymnasien und Berufsschulen „zu beruflichen Schulen“ (womit an dieser Stelle nicht die Schulformgruppe des § 11 Abs. 3 Nr. 2 gemeint ist, sondern konkrete organisatorische Verbände). Erst recht passt der neue Abs. 3, der die Berechtigung zum Berufsschulbesuch während der Teilnahme an Umschulungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit betrifft, nicht unter diese Überschrift.</p> |

| | | |
|---|---|--|
| <p>Fachrichtungen und Schwerpunkte der einzelnen Bildungsgänge eingerichtet werden. Sie trifft ihre Entscheidung auf der Grundlage des Schulprogramms unter besonderer Berücksichtigung überregionaler Bedürfnisse mit Zustimmung des Schulträgers und des Kultusministeriums.</p> | <p>(3) Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Umschulungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit mit einem Umschulungsvertrag sind für die Dauer der Maßnahme zum Besuch berufsqualifizierender Bildungsgänge an beruflichen Schulen berechtigt. Für die Teilnahme am Unterricht kann eine dem Aufwand angemessene Gebühr erhoben werden.</p> | <p>Die Neuregelung im Zusammenhang mit den Regelungen für die beruflichen Schulen übernimmt den bisherigen § 63 Abs. 4 mit einer Modifizierung. Diese betrifft die Vorgabe, nach der sich die Schulbesuchsberechtigung auf die Berufsschule beschränkt. Diese Beschränkung erweist sich als nicht sinnvoll, da auch andere Schulformen in der Praxis davon betroffen sind. Zudem liegt die Regelung dem Normenkontext der beruflichen Schulen näher, da davon nicht die Berufsschulpflicht, wie in § 62 festgelegt, betroffen ist.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 44 Nähere Ausgestaltung der berufsqualifizierenden Bildungsgänge</p> <p>Die nähere Ausgestaltung der Bildungsgänge und Formen der berufsqualifizierenden Schulen erfolgt durch Rechtsverordnung; dabei sind insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Fachrichtungen und Schwerpunkte der Berufsfach- und Fachschulen festzulegen, 2. die Mindestleistungen und Zusatzqualifikationen zum Erwerb des mittleren Abschlusses und der Fachhochschulreife in den berufsqualifizierenden Schulen zu bestimmen, 3. der Zugang zu den Bildungsgängen nach § 39 Abs. 6 und ihre jeweilige Aufgabe und Dauer zu regeln, | | |

| | | |
|--|---|---|
| <p>4. das Verfahren der Prüfungen und die Abschlüsse zu regeln,</p> <p>5. der Rahmen für die Organisation des Unterrichts in der Berufsschule (§ 39 Abs. 4) zu bestimmen.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">Sechster Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Schulen für Erwachsene</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 45</p> <p style="text-align: center;">Abendhauptschule und Abendrealschule</p> <p>(1) Die Abendhauptschule ermöglicht in einem einjährigen Ausbildungsgang den nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses (§ 13 Abs. 3).</p> <p>(2) Die Abendrealschule ermöglicht in einem zweijährigen Ausbildungsgang den nachträglichen Erwerb des mittleren Abschlusses (§ 13 Abs. 4).</p> <p>(3) In die Abendhauptschule oder Abendrealschule werden grundsätzlich nur Bewerberinnen und Bewerber aufgenommen, die bei Eintritt berufstätig sind oder mindestens sechs Monate berufstätig waren, die Vollzeitschulpflicht erfüllt haben, das 18. Lebensjahr erreicht haben und weder eine allgemein bildende noch eine berufliche Vollzeitschule besuchen. Bei der Aufnahme in die Abendrealschule kann an die Stelle der Erfüllung der Vollzeitschulpflicht auch der erfolgreiche Abschluss des Hauptschulbildungsgangs treten.</p> | <p style="text-align: center;">§ 45</p> <p style="text-align: center;">Abendhauptschule und Abendrealschule</p> <p>(3) In die Abendhauptschule oder Abendrealschule werden grundsätzlich nur Bewerberinnen und Bewerber aufgenommen, die bei Eintritt berufstätig sind oder mindestens sechs Monate berufstätig waren, die Vollzeitschulpflicht erfüllt haben, das 18. Lebensjahr erreicht haben und weder eine allgemein bildende noch eine berufliche Vollzeitschule besuchen. Bei der Aufnahme in die Abendrealschule kann an die Stelle der Erfüllung der Vollzeitschulpflicht auch der erfolgreiche Abschluss des Hauptschulbildungsgangs treten.</p> | <p>Abs. 3 Satz 2 betrifft eine Ausnahmeregelung, die aufgrund eines Beschlusses der KMK in das Schulgesetz aufgenommen wurde. Diese ist jedoch für Hessen ohne Relevanz, da dies über die Festlegung zur Vollzeitschulpflicht in § 59 Abs. 1 ohnehin geltendes Recht ist. Insofern handelt es sich bei der Aufhebung des Satzes um eine redaktionelle Anpassung ohne Änderung der Rechtslage.</p> |

| | | |
|--|--|--|
| <p style="text-align: center;">§ 46 Abendgymnasium und Hessenkolleg</p> <p>(1) Abendgymnasien und Hessenkollegs bieten einen eigenständigen Weg zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife, die zum Übergang in den Hochschulbereich berechtigt. Ihr Besuch dauert in der Regel drei Jahre, beim Besuch eines Vorkurses in der Regel bis zu vier Jahre.</p> <p>(2) Die Studierenden werden im Anschluss an eine Einführungsphase, die in der Regel ein Schuljahr dauert, in einem Kurssystem unterrichtet, das die Kombination von Grund- und Leistungskursen ermöglicht. Die Regelungen des vierten Abschnittes gelten sinngemäß. Bei der Vermittlung einer auf den verschiedenen Aufgabenfeldern aufbauenden Grundbildung ist die Berufs- und Sozialerfahrung der Studierenden einzubeziehen, über die diese aufgrund ihrer mehrjährigen Berufstätigkeit verfügen. Die Auflagen nach § 34 Abs. 1 können den besonderen Bedingungen des Bildungsganges entsprechend verändert werden.</p> <p>(3) In Abendgymnasium und Hessenkolleg können Studierende aufgenommen werden, die bei Eintritt in die Einführungsphase mindestens 18 Jahre alt sind und eine Berufsausbildung abgeschlossen haben oder eine mindestens zweijährige Berufstätigkeit nachweisen können. Die Führung eines Familienhaushalts ist der Berufstätigkeit gleichgestellt. Die Aufnahme in das Abendgymnasium und das Hessenkolleg setzt den Hauptschulabschluss (§ 13 Abs. 3) voraus.</p> | | |
|--|--|--|

| | | |
|---|---|--|
| <p>(4) Studierende des Abendgymnasiums müssen mit Ausnahme der letzten drei Schulhalbjahre berufstätig sein. Studierende des Hessenkollegs dürfen keine berufliche Tätigkeit ausüben.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 47 Nähere Ausgestaltung der Schulen für Erwachsene</p> <p>Die nähere inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung der Abendhauptschulen, der Abendrealschulen, der Abendgymnasien und der Hessenkollegs erfolgt durch Rechtsverordnung; dabei sind die besonderen pädagogischen Bedingungen der Schulen für Erwachsene zu berücksichtigen.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 48 (aufgehoben)</p> | | |
| <p style="text-align: center;">Siebter Abschnitt Sonderpädagogische Förderung</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 49 Anspruch auf sonderpädagogische Förderung</p> <p>(1) Kinder und Jugendliche, die zur Gewährleistung ihrer körperlichen, sozialen und emotionalen sowie kognitiven Entwicklung in der Schule sonderpädagogischer Hilfen bedürfen, haben einen Anspruch auf sonderpädagogische Förderung.</p> | <p style="text-align: center;">§ 49 Förderauftrag</p> | <p>Zur Weiterentwicklung des Kerngedankens der Inklusion als eines Grundsatzes aus dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13.12.2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen _ VNBRK (dazu „Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13.12.2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie dem Fakultativprotokoll vom 13.12.2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung“ vom 21.12.2008, BGBl. II S. 1419) wird der bisherige § 49 – Anspruch auf sonderpädagogische Förderung – zu einem konkreten Förderauftrag für die Schule umgestaltet. Mit der Änderung der Überschrift wird der Förderauftrag für die Schulen ggü. Den SchülerInnen</p> |

| | | |
|--|--|---|
| <p>(2) Den Anspruch auf sonderpädagogische Förderung erfüllen</p> <p>1. die allgemein bildenden und beruflichen Schulen (allgemeine Schulen), die unter Ausschöpfung ihrer personellen, räumlichen und sächlichen Möglichkeiten eine den Bedürfnissen aller Schülerinnen und Schüler in gleicher Weise gerecht werdende Ausstattung zur Verfügung stellen können; § 51 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt,</p> <p>2. die Förderschulen mit ihren verschiedenen Förderschwerpunkten nach § 50 Abs. 3.</p> <p>(3) Die sonderpädagogische Förderung erfolgt für jede Schülerin und jeden Schüler auf der Grundlage eines individuellen Förderplans. Nach Maßgabe des § 54 stellt die Schule im individuellen Förderplan Art und Umfang der Förderung dar. Der Förderplan wird regelmäßig fortgeschrieben.</p> | <p>(2) Den Anspruch auf sonderpädagogische Förderung erfüllen die allgemein bildenden und beruflichen Schulen nach § 11 Abs. 3, die nicht Förderschulen sind (allgemeine Schulen), sowie Förderschulen mit ihren verschiedenen Förderschwerpunkten nach § 50 Abs. 1.</p> <p>(3) Die allgemeinen Schulen und die Förderschulen haben den gemeinsamen Auftrag, bei der Rehabilitation und Integration der Kinder und Jugendlichen mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung in die Gesellschaft mitzuwirken und dabei mit den Behörden und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und den Trägern der Sozialhilfe zusammenzuarbeiten. Die Maßnahmen nach Abs. 1 sind in Zusammenarbeit von allgemeiner Schule, Förderschule und sonderpädagogischen Beratungs- und Förderzentren zu entwickeln.</p> <p>(4) Die sonderpädagogische Förderung erfolgt für jede Schülerin und jeden Schüler auf der Grundlage eines individuellen Förderplans. Nach Maßgabe des § 54 stellt die Schule im individuellen Förderplan Art und Umfang der Förderung dar. Der Förderplan wird regelmäßig fortgeschrieben.</p> | <p>mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung an prominenter Stelle herausgestellt.</p> <p>Die Legaldefinition der „allgemeinen Schule“ – in Abgrenzung zur Förderschule – wird klarstellend neu gefasst, ohne dass damit die Rechtslage geändert wird.</p> <p>Der neue Abs. 3 übernimmt die Kernnorm zum gemeinsamen Auftrag von allgemeiner Schule und Förderschule zur Rehabilitation und Integration der Kinder und Jugendlichen mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung in die Gesellschaft aus dem bisherigen § 50 Abs. 1 und präzisiert damit weiter den Förderauftrag der Schule.</p> <p>Redaktionelle Folgeänderung</p> |
|--|--|---|

| <p style="text-align: center;">§ 50 Förderauftrag und Förderschwerpunkte</p> | <p style="text-align: center;">§ 50 Förderauftrag und Förderschwerpunkte</p> | |
|--|--|--|
| <p>(1) Die allgemeinen Schulen und die Förderschulen haben den gemeinsamen Auftrag, bei der Rehabilitation und Integration der Kinder und Jugendlichen mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung in die Gesellschaft mitzuwirken und dabei mit den Behörden und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und den Trägern der Sozialhilfe zusammenzuarbeiten. Dabei haben die sonderpädagogischen Beratungs- und Förderzentren, die nach § 53 Abs. 2 an Förderschulen eingerichtet worden sind, besondere Bedeutung. Der Erfüllung des Auftrags dienen insbesondere Maßnahmen der Prävention und Minderung von Beeinträchtigungen sowie Maßnahmen der Förderung von Schülerinnen und Schülern in der allgemeinen Schule. Die Maßnahmen sind in Zusammenarbeit von allgemeiner Schule, Förderschule und sonderpädagogischen Beratungs- und Förderzentren zu entwickeln.</p> <p>(2) Zu den vorbeugenden Maßnahmen gehören weitere Fördersysteme wie zum Beispiel Angebote der dezentralen Erziehungshilfe und der Sprachheilförderung.</p> <p>(3) Die sonderpädagogische Förderung ist nach Förderschwerpunkten gegliedert. Förderschwerpunkte mit einer der allgemeinen Schule entsprechenden Zielsetzung sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Sprachheilförderung, 2. emotionale und soziale Entwicklung, 3. körperliche und motorische Entwicklung, | <p>(1) Die allgemeinen Schulen und die Förderschulen haben den gemeinsamen Auftrag, bei der Rehabilitation und Integration der Kinder und Jugendlichen mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung in die Gesellschaft mitzuwirken und dabei mit den Behörden und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und den Trägern der Sozialhilfe zusammenzuarbeiten. Dabei haben die sonderpädagogischen Beratungs- und Förderzentren, die nach § 53 Abs. 2 an Förderschulen eingerichtet worden sind, besondere Bedeutung. Der Erfüllung des Auftrags dienen insbesondere Maßnahmen der Prävention und Minderung von Beeinträchtigungen sowie Maßnahmen der Förderung von Schülerinnen und Schülern in der allgemeinen Schule. Die Maßnahmen sind in Zusammenarbeit von allgemeiner Schule, Förderschule und sonderpädagogischen Beratungs- und Förderzentren zu entwickeln.</p> <p>(2) Zu den vorbeugenden Maßnahmen gehören weitere Fördersysteme wie zum Beispiel Angebote der dezentralen Erziehungshilfe und der Sprachheilförderung.</p> <p>(1) Die sonderpädagogische Förderung ist nach Förderschwerpunkten gegliedert. Förderschwerpunkte mit einer der allgemeinen Schule entsprechenden Zielsetzung sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Sprachheilförderung, 2. emotionale und soziale Entwicklung, 3. körperliche und motorische Entwicklung, | <p>Da § 49 zu einer eigenständigen Normierung des Förderauftrags für Schulen umgestaltet wird, regelt § 50 künftig nur die Förderschwerpunkte, die mit dem Anspruch auf so.päd. Förderung verbunden sind. Die Überschrift ist daher entsprechend anzupassen.</p> <p>Durch den Wegfall des bisherigen § 50 abs. 2 entfällt zwar die eigenständige Rechtsgrundlage für die Angebote der dezentralen Erziehungshilfe und der Sprachheilförderung, die Arbeit der Einrichtungen wird aber künftig im Rahmen der inklusiven Schulbündnisse nach § 52 Abs. 1 und 2 fortgeführt werden.</p> |

| | | |
|---|---|---|
| <p>4. Sehen, 5. Hören, 6. kranke Schülerinnen und Schüler.</p> <p>Förderschwerpunkte mit einer von der allgemeinen Schule abweichenden Zielsetzung sind:</p> <p>1. Lernen, 2. geistige Entwicklung.</p> <p>(4) Aufgabe im Förderschwerpunkt Lernen ist es, Kinder und Jugendliche mit einer erheblichen und lang andauernden Lernbeeinträchtigung zu einem den Zielsetzungen entsprechenden Abschluss zu führen, soweit nicht der Übergang in den Bildungsgang einer allgemeinen Schule möglich ist.</p> <p>(5) Aufgabe im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung ist es, bei Kindern und Jugendlichen mit geistiger Behinderung die kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe anzustreben, indem Schülerinnen und Schülern Kompetenzen und Kulturtechniken vermittelt werden, die sie befähigen, selbstbestimmt soziale Bezüge mit zu gestalten und zur eigenen Existenzsicherung beizutragen.</p> | <p>4. Sehen, 5. Hören, 6. kranke Schülerinnen und Schüler.</p> <p>Förderschwerpunkte mit einer von der allgemeinen Schule abweichenden Zielsetzung sind:</p> <p>1. Lernen, 2. geistige Entwicklung.</p> <p>(2) Aufgabe im Förderschwerpunkt Lernen ist es, Kinder und Jugendliche mit einer erheblichen und lang andauernden Lernbeeinträchtigung zu einem den Zielsetzungen entsprechenden Abschluss zu führen, soweit nicht der Übergang in den Bildungsgang einer allgemeinen Schule möglich ist.</p> <p>(3) Aufgabe im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung ist es, bei Kindern und Jugendlichen mit geistiger Behinderung die kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe anzustreben, indem Schülerinnen und Schülern Kompetenzen und Kulturtechniken vermittelt werden, die sie befähigen, selbstbestimmt soziale Bezüge mit zu gestalten und zur eigenen Existenzsicherung beizutragen.</p> | |
| <p style="text-align: center;">§ 51 Inklusive Beschulung in der allgemeinen Schule</p> <p>(1) Inklusive Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung und ohne diesen Förderanspruch findet als Regelform in der allgemeinen Schule in enger Zusammenarbeit mit dem zuständigen</p> | <p style="text-align: center;">§ 51 Inklusive Beschulung in der allgemeinen Schule</p> <p>(1) Inklusive Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung und ohne diesen Förderanspruch findet als Regelform in der allgemeinen Schule in enger Zusammenarbeit mit dem zuständigen</p> | <p>Die Streichung dient der Klarstellung, ohne dass damit eine Änderung der Rechtslage verbunden ist.</p> |

| | | |
|---|--|--|
| <p>sonderpädagogischen Beratungs- und Förderzentrum und gegebenenfalls unter Beteiligung der Förderschule statt. Bei der Planung und Durchführung der inklusiven Beschulung wirken Förderschullehrkräfte und Lehrkräfte der allgemeinen Schulen entsprechend dem individuellen Förderplan nach § 49 Abs. 3 zusammen. Die Beratung für die inklusive Beschulung erfolgt durch das zuständige sonderpädagogische Beratungs- und Förderzentrum und die Schulaufsichtsbehörde.</p> <p>(2) Formen der inklusiven Beschulung für Schülerinnen und Schüler der allgemeinen Schule sind die umfassende Teilnahme am Unterricht der allgemeinen Schule und die teilweise Teilnahme mit zusätzlichen Förderangeboten an der allgemeinen Schule. Die Schulen sind im Rahmen der beim Schulträger vorhandenen Mittel von diesem räumlich und sächlich auszustatten.</p> | <p>sonderpädagogischen Beratungs- und Förderzentrum und gegebenenfalls unter Beteiligung der Förderschule statt. Bei der Planung und Durchführung der inklusiven Beschulung wirken Förderschullehrkräfte und Lehrkräfte der allgemeinen Schulen entsprechend dem individuellen Förderplan nach § 49 Abs. 3 zusammen. Die Beratung für die inklusive Beschulung erfolgt durch das zuständige sonderpädagogische Beratungs- und Förderzentrum und die Schulaufsichtsbehörde.</p> <p>(3) In der beruflichen Schule kann der Anspruch auf sonderpädagogische Förderung außer in den Formen der inklusiven Beschulung in der Regelklasse auch als teilweise Teilnahme mit zusätzlichen Förderangeboten an der beruflichen Schule oder in Bildungsgängen erfüllt werden, die auf eine Berufsausbildung oder eine Berufstätigkeit vorbereiten oder für einen Beruf qualifizieren.</p> <p>(4) Bei der inklusiven Beschulung müssen die Anschlussfähigkeit und die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen gewahrt bleiben.</p> | <p>Der neue Abs. 3 übernimmt mit einer entsprechenden redaktionellen Anpassung den Wortlaut des bisherigen § 52.</p> <p>Der Absatz präzisiert den Grundsatz der Anschlussfähigkeit und Durchlässigkeit auch bei der Inklusion.</p> |
| <p>§ 52 Besonderer Unterricht in der Berufsschule</p> | <p>§ 52 Inklusive Schulbündnisse und sonderpädagogische Beratungs- und Förderzentren</p> | <p>Der neue § 52 bildet die Rechtsgrundlage für die inklusiven Schulbündnisse (iSB), die flächendeckend eingeführt werden. ISB sind Kooperationen allgemeiner Schulen und Förderschulen mit den BFz. Das neue System, das damit entsteht, soll helfen, SchülerInnen mit Anspruch auf</p> |

| | | |
|---|--|--|
| <p>In der Berufsschule kann der Anspruch auf sonderpädagogische Förderung außer in den Formen der inklusiven Beschulung in der Regelklasse auch als teilweise Teilnahme nach § 51 Abs. 2 oder in Bildungsgängen erfüllt werden, die auf eine Berufsausbildung oder eine Berufstätigkeit vorbereiten oder für einen Beruf qualifizieren.</p> | <p>(1) Zur Umsetzung des inklusiven Unterrichts bilden alle allgemeinen Schulen und Förderschulen (§ 49 Abs. 2) des Dienstbezirks eines Staatlichen Schulamts ein Schulbündnis (inklusives Schulbündnis). Entsprechend der regionalen Struktur können auch mehrere Bündnisse parallel gebildet werden. Die Entscheidung hierüber trifft die Schulaufsichtsbehörde im Benehmen mit den Schulträgern. Die sonderpädagogischen Beratungs- und Förderzentren (Abs. 3 und 4) sind Teil der inklusiven Schulbündnisse.</p> <p>(2) Die inklusiven Schulbündnisse haben die Aufgabe, unter der Leitung der Schulaufsichtsbehörde die Standorte für den inklusiven Unterricht</p> | <p>so.päd. Förderung, deren Eltern den optimalen persönlichen Lernort in der allgemeinen Schule sehen, eine inklusive Beschulung zu ermöglichen. Damit ein Kind, das in der Grundschule inklusiv unterrichtet wurde, einen nahtlosen Anschluss an das passende inklusive Angebot in der Sek I (und später in der Sek II) findet, werden die iSB so zugeschnitten, dass über die im Bündnis kooperierenden Schulen alle Bildungsgänge für alle Jahrgangsstufen angeboten werden.</p> <p>Die neue Formulierung bezieht ausdrücklich die sonderpädagogischen BFz mit ein, die ihre Rechtsgrundlage ebenfalls im neuen § 52 haben. Zudem wird damit deutlich, dass iSB und so.päd. BFz in ihrer Aufgabenstellung eng aufeinander bezogen sind.</p> <p>Satz 1 bildet die Legaldefinition der iSB. Satz 2 schafft die notwendige Flexibilisierung für die individuelle Organisation der Bündnisse, die sich auf den gesamten Dienstbezirk eines SSA beziehen können oder – in Abhängigkeit von der Größe der Region – auch als mehrere parallele Bündnisse gestaltet werden können. Allerdings muss sichergestellt sein, dass entsprechend Satz 1 alle Schulen Teil eines solchen Bündnisses sind. Die Entscheidung über die Struktur wird nach Satz 3 in die Hände des zuständigen SSA gelegt. Da aber i. d. R. mit einer solchen Entscheidung originäre Belange des Schulträgers betroffen sind, muss die Entscheidung im Benehmen mit ihm erfolgen. Satz 4 stellt entsprechend der Intention des § 52 klar, dass die so.päd. BFz Teil der iSB sind.</p> <p>Satz 2 definiert die Kernaufgabe der iSB. Da nicht an jeder allg. Schule vom Schulträger die räumli-</p> |
|---|--|--|

| | | |
|--|--|---|
| | <p>für die Schülerinnen und Schüler mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung entsprechend den Förderschwerpunkten nach § 50 Abs. 1 festzulegen. An den Beratungen nehmen die Schulleiterinnen und Schulleiter der Bündnisschulen und der Schule, an der das Beratungs- und Förderzentrum eingerichtet ist, sowie je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Schulträger teil. Ziel der Beratungen ist es, dem Wunsch der Eltern von Kindern mit Anspruch auf sonderpädagogische nach einer inklusiven Beschulung grundsätzlich entsprechen zu können. Die Festlegungen nach Satz 1 sind jährlich zu überprüfen und gegebenenfalls fortzuschreiben.</p> <p>(3) Die zuständigen sonderpädagogischen Beratungs- und Förderzentren beraten und unterstützen die allgemeinen Schulen bei vorbeugenden Maßnahmen und Maßnahmen zur Minderung von Beeinträchtigungen sowie bei der inklusiven Beschulung. Sie stellen den allgemeinen Schulen Förderschullehrkräfte für den inklusiven Unterricht im Rahmen des Stellenkontingents zur Verfügung. Sie arbeiten mit den Beratungsstellen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zusammen.</p> <p>(4) Förderschulen und allgemeine Schulen können zugleich als sonderpädagogische Beratungs- und Förderzentren eingerichtet werden. Über die Einrichtung entscheidet das Kultusministerium im Benehmen mit dem Schulträger.</p> | <p>chen u. sächlichen Voraussetzungen für die inklusive Beschulung für jeden Förderschwerpunkt (FSP) nach § 50 Abs. 1 vorgehalten werden, soll es über die Bündnisse gelingen, neben den jeweils speziell für einen FSP zu identifizieren. Dieses Ziel ist in engem Zusammenhang mit dem Ziel des Satz 3 des Abs. 2 zu sehen, nach dem dem Wunsch der Eltern nach einer inklusiven Beschulung grundsätzlich entsprochen werden soll.</p> <p>Zugleich wird in Satz 1 geregelt, dass die iSB unter der Leitung der Schulaufsichtsbehörde (das zust. SSA) arbeiten. Zum Verfahren wird weiterhin in Satz 2 festgelegt, wer an den Beratungen des iSB teilnimmt. Da bei der Aufgabe der Bündnisse auch Belange der Schulträger betroffen sind, ist die Teilnahme eines Vertreters/Vertreterin des SSA ausdrücklich mit geregelt.</p> <p>Abs. 3 übernimmt die Regelung des § 53 Abs. 2 Satz 1 bis 3 und schreibt diese fort. Als ergänzende Klarstellung enthält die Regelung neu die Bezugnahme auf die präventive Ausrichtung des schulischen Förderauftrags nach § 49 Abs. 1.</p> <p>Abs. 4 Satz 1 regelt die Einrichtung der so.päd. BFz, die die Aufgaben nach Abs. 3 wahrnehmen und im Rahmen der iSB nach Abs. 1 und 2 tätig werden. In Weiterentwicklung des bisherigen § 53 Abs. 2 eröffnet Satz 1 die Option, dass künftig auch allg. Schulen als so.päd. BFz eingerichtet werden können. Satz 2 übernimmt die Regelung des bisherigen § 53 Abs. 2 Satz 4 ohne Änderung der bisherigen Rechtslage.</p> |
|--|--|---|

| <p style="text-align: center;">§ 53 Förderschulen</p> | <p style="text-align: center;">§ 53 Förderschulen</p> | |
|--|--|---|
| <p>(1) Die Förderschulen sind Einrichtungen für Schülerinnen und Schüler, die auf Dauer oder für einen längeren Zeitraum einer sonderpädagogischen Förderung bedürfen. In ihnen sind pädagogische Hilfen auch zur Erleichterung des Übergangs ihrer Schülerinnen und Schüler in die allgemeinen Schulen zu geben. Die Beratung der allgemeinen Schulen in sonderpädagogischen Fragen ist Bestandteil sonderpädagogischer Förderung und gehört zu den Aufgaben der Förderschulen.</p> <p>Die Förderschulen können als eigenständige Schulen errichtet oder als Zweige, Abteilungen oder Klassen allgemeiner Schulen eingerichtet werden. Sie sollen entsprechend dem regionalen Bedürfnis in Abteilungen, die Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Behinderungen aufnehmen können, gegliedert werden, damit dem Anspruch auf sonderpädagogische Förderung insbesondere der Schülerinnen und Schüler entsprochen werden kann, die mehrfach behindert sind. Berufsschulen können als eigenständige Förderschulen nur errichtet werden, wenn besondere Formen überregionaler Berufsausbildung eine Beschulung in enger Verbindung mit der Ausbildungsstätte erforderlich machen.</p> <p>(2) Sonderpädagogische Beratungs- und Förderzentren übernehmen Aufgaben der Beratung und der ambulanten sonderpädagogischen Förderung in den allgemeinen Schulen. Sie stellen den allgemeinen Schulen Förderschullehrkräfte für die inklusive Beschulung im Rahmen des Stellenkontingents zur Verfügung. Sie sollen mit den Beratungsstellen und Einrichtungen der Kinder- und</p> | <p>(2) Sonderpädagogische Beratungs- und Förderzentren übernehmen Aufgaben der Beratung und der ambulanten sonderpädagogischen Förderung in den allgemeinen Schulen. Sie stellen den allgemeinen Schulen Förderschullehrkräfte für die inklusive Beschulung im Rahmen des Stellenkontingents zur Verfügung. Sie sollen mit den Beratungsstellen und Einrichtungen der Kinder- und</p> | <p>Es handelt sich um eine Folgeänderung zu § 52.</p> |

| | | |
|--|---|---|
| <p>Jugendhilfe zusammenarbeiten. Über die Einrichtung einer Förderschule als sonderpädagogisches Beratungs- und Förderzentrum entscheidet das Kultusministerium im Benehmen mit dem Schulträger.</p> <p>(3) Bei der Zusammenarbeit von Förderschulen mit allgemeinen Schulen ist das Ziel, die Schülerinnen und Schüler optimal zu fördern, um im Rahmen der Möglichkeiten besonderen Förderbedarf zu vermindern oder zu beseitigen. Dies schließt auch das Erreichen eines zielgleichen Schulabschlusses ein. Zwischen der Förderschule und der allgemeinen Schule können Formen der Kooperation entwickelt werden, in denen das Kind Schülerin oder Schüler der Förderschule bleibt (Kooperationsklassen).</p> <p>(4) Förderschulen unterscheiden sich in ihren Förderschwerpunkten in Formen mit einer der allgemeinen Schule entsprechenden Zielsetzung und in Formen mit abweichender Zielsetzung (§ 50 Abs. 3). Schulen mit entsprechender Zielsetzung bieten in einer den Anforderungen des jeweiligen Förderschwerpunkts entsprechenden Unterrichtsorganisation die Bildungsgänge der allgemeinen Schule an.</p> <p>(5) An den Schulen mit den Förderschwerpunkten Sehen und Hören kann ein fünftes Grundschuljahr angeboten werden; über die Einrichtung entscheidet die Schulkonferenz nach Anhörung des Schullehrerbeirats mit Zustimmung der zuständigen Schulaufsichtsbehörde und des Schulträgers.</p> | <p>Jugendhilfe zusammenarbeiten. Über die Einrichtung einer Förderschule als sonderpädagogisches Beratungs- und Förderzentrum entscheidet das Kultusministerium im Benehmen mit dem Schulträger.</p> <p>(2) Bei der Zusammenarbeit von Förderschulen mit allgemeinen Schulen ist das Ziel, die Schülerinnen und Schüler optimal zu fördern, um im Rahmen der Möglichkeiten besonderen Förderbedarf zu vermindern oder zu beseitigen. Dies schließt auch das Erreichen eines zielgleichen Schulabschlusses ein. Zwischen der Förderschule und der allgemeinen Schule können Formen der Kooperation entwickelt werden, in denen das Kind Schülerin oder Schüler der Förderschule bleibt (Kooperationsklassen).</p> <p>(3) Förderschulen unterscheiden sich in ihren Förderschwerpunkten in Formen mit einer der allgemeinen Schule entsprechenden Zielsetzung und in Formen mit abweichender Zielsetzung (§ 50 Abs. 3¹). Schulen mit entsprechender Zielsetzung bieten in einer den Anforderungen des jeweiligen Förderschwerpunkts entsprechenden Unterrichtsorganisation die Bildungsgänge der allgemeinen Schule an.</p> <p>(4) An den Schulen mit den Förderschwerpunkten Sehen und Hören kann ein fünftes Grundschuljahr angeboten werden; über die Einrichtung entscheidet die Schulkonferenz nach Anhörung des Schullehrerbeirats mit Zustimmung der zuständigen Schulaufsichtsbehörde und des Schulträgers.</p> | <p>Redaktionelle Folgeänderung.</p> <p>Redaktionelle Folgeänderung.</p> <p>Redaktionelle Folgeänderung.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 54 Beschulung bei Anspruch auf sonderpädagogische Förderung</p> | <p style="text-align: center;">§ 54 Beschulung bei Anspruch auf sonderpädagogische Förderung</p> | <p>Zur Weiterentwicklung der Inklusion gehört, dass alle schulpflichtigen Kinder in der allgemeinen</p> |

| | | |
|--|--|--|
| <p>(1) Alle schulpflichtigen Kinder werden in der allgemeinen Schule angemeldet. Bei Anspruch auf sonderpädagogische Förderung kann bei der Anmeldung durch die Eltern die unmittelbare Aufnahme in die Förderschule beantragt werden. Wenn zum Zeitpunkt der Anmeldung Anspruch auf sonderpädagogische Förderung bestehen kann und keine unmittelbare Aufnahme in die Förderschule beantragt wurde, entscheidet im Rahmen der Abs. 2 bis 4 die Schulleiterin oder der Schulleiter über Art, Umfang und Organisation der sonderpädagogischen Förderung.</p> <p>(2) Kommt ein Anspruch auf sonderpädagogische Förderung bei einer Schülerin oder einem Schüler in Betracht und reichen allgemeine Maßnahmen der Prävention und der Förderung nicht aus oder sind solche nicht möglich, soll die Schulleiterin oder der Schulleiter der allgemeinen Schule nach Anhörung der Eltern im Benehmen mit der Schulaufsichtsbehörde über Art, Umfang und Organisation der sonderpädagogischen Förderung entscheiden, andernfalls gilt § 93 Abs. 1 Satz 2 entsprechend. Grundlage der Entscheidung ist die Empfehlung des Förderausschusses nach Abs. 3. Der Empfehlung sind eine Stellungnahme des sonderpädagogischen Beratungs- und Förderzentrums und, wenn erforderlich, ein schulärztliches sowie in Zweifelsfällen ein schulpsychologisches Gutachten zugrunde zu legen.</p> | <p>(1) Alle schulpflichtigen Kinder werden in die allgemeine Schule aufgenommen. Bei Anspruch auf sonderpädagogische Förderung kann bei der Anmeldung nach § 58 Abs. 1 Satz 2 durch die Eltern die unmittelbare Aufnahme in die Förderschule beantragt werden. Wenn zum Zeitpunkt der Anmeldung unter Berücksichtigung des bisherigen Bildungsverlaufs des Kindes Anspruch auf sonderpädagogische Förderung bestehen kann und keine unmittelbare Aufnahme in die Förderschule beantragt wurde, entscheidet im Rahmen der Abs. 2 bis 4 die Schulleiterin oder der Schulleiter nach Anhörung der Eltern und im Benehmen mit der Schulaufsichtsbehörde über Art, Umfang und Organisation der sonderpädagogischen Förderung. Auf Antrag der Eltern ist das Verfahren nach Abs. 2 bis 4 unmittelbar nach der Anmeldung durchzuführen.</p> <p>(2) Kommt ein Anspruch auf sonderpädagogische Förderung bei einer Schülerin oder einem Schüler in Betracht und reichen allgemeine Maßnahmen der Prävention und der Förderung nicht aus oder sind solche nicht möglich, wird unverzüglich ein Förderschulausschuss nach Abs. 3 einberufen. Auf der Grundlage von dessen Empfehlung entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter der allgemeinen Schule nach Anhörung der Eltern im Benehmen mit der Schulaufsichtsbehörde über Art, Umfang und Organisation der sonderpädagogischen Förderung. Der Empfehlung sind eine Stellungnahme des sonderpädagogischen Beratungs- und Förderzentrums und, wenn erforderlich, ein schulärztliches sowie in Zweifelsfällen ein schulpsychologisches Gutachten zugrunde zu legen.</p> | <p>Schule nicht wie bisher lediglich angemeldet, sondern künftig auch aufgenommen werden. Im Übrigen bleibt die Rechtslage unverändert, nach der die Eltern eines Kindes mit Anspruch auf so.päd. Förderung ihr Kind unmittelbar an der Förderschule anmelden können. Die Ergänzung ab dem dritten Satz dient der Klarstellung, dass bei einer Entscheidung zum Anspruch auf so.päd. Förderung zum Zeitpunkt der Anmeldung in der Schule, in die das Kind aufgenommen werden soll, der bisherige Bildungsverlauf mit in den Blick zu nehmen ist. Schon jetzt ist untergesetzlich geregelt, dass Grundschulen bei der Anmeldung mit dem KiGa und ggf. mit einer Frühförderstelle zusammenarbeiten sollen (§ 9 Abs. 4 der VOBGM). Insofern handelt es sich nicht um eine Änderung der Rechtslage, sondern um eine Konkretisierung der Entscheidungsgrundlage. Entsprechend wird auch die Antragsbefugnis der Eltern in Satz 4 präzisiert und klargestellt, dass die so.päd. Förderung ab der Jahrgangsstufe 1 erfolgen kann.</p> <p>Durch die Neufassung der Sätze 1 u. 2 wird ohne Änderung der bisherigen Verfahrensregeln klargestellt, dass der Förderausschuss unverzüglich, d. h. ohne schuldhaftes Zögern eingerichtet werden muss.</p> |
|--|--|--|

| | | |
|--|--|--|
| <p>Vor der Entscheidung ist die Empfehlung durch die Schulaufsichtsbehörde zu genehmigen. Bestehen gegen die Empfehlung erhebliche Bedenken, kann die Schulaufsichtsbehörde die Empfehlung zur erneuten Beratung zurückverweisen oder erforderlichenfalls selbst entscheiden.</p> <p>Kann sich der Förderausschuss nicht auf eine Empfehlung einigen, entscheidet die Schulaufsichtsbehörde im Benehmen mit der Schulleiterin oder dem Schulleiter auf der Grundlage der Stellungnahme und des gegebenenfalls eingeholten Gutachtens nach Satz 3 nach Anhörung der Eltern.</p> <p>(3) An der allgemeinen Schule wird im Rahmen der Entscheidung nach Abs. 2 über Art, Umfang und Organisation der sonderpädagogischen Förderung ein Förderausschuss eingerichtet. Ihm gehören jeweils an:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Schulleiterin oder der Schulleiter, 2. eine Lehrkraft der allgemeinen Schule, die das Kind unterrichtet, 3. eine Lehrkraft des sonderpädagogischen Beratungs- und Förderzentrums oder der zuständigen Förderschule als Vorsitzende oder Vorsitzender im Auftrag der Schulaufsichtsbehörde, 4. die Eltern des Kindes, 5. eine Vertreterin oder ein Vertreter des Schulträgers, wenn der Unterricht in der allgemeinen Schule besondere räumliche und sächliche Leistungen erfordert, | <p>Vor der Entscheidung ist die Empfehlung durch die Schulaufsichtsbehörde zu genehmigen. Bestehen gegen die Empfehlung erhebliche Bedenken, kann die Schulaufsichtsbehörde die Empfehlung zur erneuten Beratung zurückverweisen oder erforderlichenfalls selbst entscheiden.</p> <p>Kann sich der Förderausschuss nicht auf eine Empfehlung einigen, entscheidet die Schulaufsichtsbehörde im Benehmen mit der Schulleiterin oder dem Schulleiter auf der Grundlage der Stellungnahme und des gegebenenfalls eingeholten Gutachtens nach Satz 3 nach Anhörung der Eltern.</p> | |
|--|--|--|

| | | |
|--|--|---|
| <p>6. mit beratender Stimme</p> <p>a) in der Primarstufe die Leiterin oder der Leiter des freiwilligen Vorlaufkurses oder des schulischen Sprachkurses nach § 58 Abs. 5, wenn das Kind daran teilgenommen hat oder teilnimmt,</p> <p>b) eine Lehrkraft für den herkunftssprachlichen Unterricht, wenn das Kind daran teilnimmt,</p> <p>c) in der Primarstufe eine Vertreterin oder ein Vertreter aus dem Bereich der Frühförderung oder des Kindergartens, wenn das Kind eine Einrichtung dieser Art besucht hat.</p> <p>Der Förderausschuss hat die Aufgabe, eine Empfehlung über Art, Umfang und Organisation der sonderpädagogischen Förderung zu erstellen, Vorschläge für den individuellen Förderplan nach § 49 Abs. 3 zu erarbeiten und den schulischen Bildungsweg in der allgemeinen Schule zu begleiten.</p> <p>(4) Kann an der zuständigen allgemeinen Schule die notwendige sonderpädagogische Förderung nicht oder nicht ausreichend erfolgen, weil die räumlichen und personellen Möglichkeiten oder die erforderlichen apparativen Hilfsmittel oder die besonderen Lehr- und Lernmittel nicht zur Verfügung gestellt werden können, bestimmt die Schulaufsichtsbehörde auf der Grundlage einer Empfehlung des Förderausschusses nach Anhörung der Eltern, an welcher allgemeinen Schule oder Förderschule die Beschulung erfolgt.</p> | <p>(4) Kann an der zuständigen allgemeinen Schule die notwendige sonderpädagogische Förderung nicht oder nicht ausreichend erfolgen, bestimmt die Schulaufsichtsbehörde auf der Grundlage der Empfehlung des Förderausschusses nach Anhörung der Eltern im Rahmen der Festlegung des inklusiven Schulbündnisses nach § 52 Abs. 2 Satz 1, an welcher allgemeinen Schule oder Förderschule die Beschulung erfolgt.</p> | <p>Die Regelung zur Bestimmung einer anderen als der zuständigen allg. Schule wird im Rahmen der Weiterentwicklung der Inklusion modifiziert. Zum einen entfällt die Benennung des Ressourcenvorbehalts als Begründung dafür, dass an der allgemeinen Schule die notwendige Förderung nicht oder nicht ausreichend erfolgen kann. Zum anderen wird Bezug genommen auf die neu eingerichteten iSB und deren Aufgabe, die Standorte für den inklusiven Unterricht festzulegen.</p> <p>Es handelt sich um eine Folgeänderung zu § 52 in Form einer Präzisierung der Verfahrensbeschreibung auf der Grundlage der Einrichtung der iSB (§ 52 Abs. 2)</p> |
|--|--|---|

| | | |
|--|--|--|
| <p>(5) Kann sich der Förderausschuss nicht auf eine Empfehlung einigen, entscheidet die Schulaufsichtsbehörde auf der Grundlage des festgestellten Förderschwerpunkts und einer Empfehlung der Schulleiterin oder des Schulleiters; in Zweifelsfällen ist ein Gutachten durch das sonderpädagogische Beratungs- und Förderzentrum zu erstellen. Der Widerspruch und die Anfechtungsklage gegen eine Entscheidung nach Satz 1 und Abs. 4 haben keine aufschiebende Wirkung.</p> <p>(6) Die Schulaufsichtsbehörde entscheidet im Rahmen der personellen Voraussetzungen über die Gewährung von Sonderunterricht, wenn Schülerinnen oder Schüler auf Dauer oder für eine längere Zeit zum Besuch einer Schule nicht fähig sind oder auch in einer Förderschule nicht gefördert werden können.</p> <p>(7) Bei Schülerinnen und Schülern mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung trifft die Schulaufsichtsbehörde die Entscheidung über eine ergänzende, schülerbezogene personelle Zuweisung im Rahmen des zur Verfügung stehenden Stellenkontingents auf der Grundlage der Empfehlung des Förderausschusses.</p> | <p>(5) Kann sich der Förderausschuss nicht auf eine Empfehlung einigen, entscheidet die Schulaufsichtsbehörde im Benehmen mit der Schulleiterin oder dem Schulleiter auf der Grundlage der Stellungnahme sowie der gegebenenfalls eingeholten Gutachten nach Abs. 2 Satz 3, des betreffenden Förderschwerpunkts sowie der Festlegung des inklusiven Schulbündnisses nach § 52 Abs. 2 Satz 1.</p> | |
| <p style="text-align: center;">§ 55</p> <p style="text-align: center;">Nähere Ausgestaltung der sonderpädagogischen Förderung</p> <p>Die nähere Ausgestaltung der sonderpädagogischen Förderung erfolgt durch Rechtsverordnung mit Regelungen insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. über die Durchführung vorbeugender Maßnahmen in der allgemeinen Schule, 2. über die Zusammenarbeit von Förderschulen und beruflichen Schulen sowie | <p style="text-align: center;">§ 55</p> <p style="text-align: center;">Nähere Ausgestaltung der sonderpädagogischen Förderung</p> | |

| | | |
|--|--|---|
| <p>über Maßnahmen, die den Übergang in die Berufs- und Arbeitswelt für Schülerinnen und Schüler aus der sonderpädagogischen Förderung sachangemessen gestalten helfen,</p> <p>3. zum Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs und zum Anspruch auf sonderpädagogische Förderung,</p> <p>4. zur Aufnahme in die allgemeine Schule oder in die Förderschule einschließlich der Aufgaben des Förderausschusses,</p> <p>5. über die unterschiedlichen Formen der inklusiven Beschulung in der allgemeinen Schule einschließlich der Versetzungen und Zeugnisse, die für diese Formen jeweils erforderlichen personellen und sächlichen Voraussetzungen und über Art und Umfang der Zusammenarbeit mit der Förderschule,</p> <p>6. über die Gestaltung der Förderschulen, ihres Unterrichts und ihrer Abschlüsse der jeweiligen Zielsetzung entsprechend,</p> <p>7. über die Aufgaben und die Organisation der sonderpädagogischen Beratungs- und Förderzentren sowie der dezentralen Erziehungshilfe und Sprachheilförderung,</p> <p>8. über die Bildungsgänge nach § 39 Abs. 6 in der Berufsschule; dabei ist festzulegen, ob die Berufsschulpflicht nach</p> | <p>7. über die Aufgaben und die Organisation der inklusiven Schulbündnisse sowie der sonderpädagogischen Beratungs- und Förderzentren,</p> | <p>Redaktionelle Folgeänderung zu § 52.</p> |
|--|--|---|

| | | |
|---|--|--|
| <p>Inhalt und Dauer der Ausbildung ganz oder teilweise durch ihren Besuch erfüllt werden kann.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">VIERTER TEIL</p> <p style="text-align: center;">Schulpflicht</p> <p style="text-align: center;">Erster Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Grundsätzliches</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 56 Begründung der Schulpflicht</p> <p>(1) Schulpflicht besteht für alle Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden, die im Lande Hessen ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt oder ihre Ausbildungs- oder Arbeitsstätte haben.</p> <p>(2) Die Schulpflicht ist durch den Besuch einer deutschen Schule zu erfüllen. Ausländische Schülerinnen und Schüler können die Schulpflicht auch an als Ergänzungsschulen staatlich anerkannten Schulen in freier Trägerschaft erfüllen, die auf das Internationale Baccalaureat oder Abschlüsse eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union vorbereiten. Über Ausnahmen entscheidet die Schulaufsichtsbehörde. Sie setzen einen wichtigen Grund voraus.</p> <p>(3) Schülerinnen und Schülern, die außerhalb des Landes Hessen schulpflichtig waren und nach den dort geltenden Bestimmungen die Schulpflicht erfüllt haben, wird die Zeit der Erfüllung auf die Schulpflichtzeit nach diesem Gesetz angerechnet. Lässt sich die Dauer des Schulbesuchs nicht hinreichend sicher feststellen, wird</p> | | |

| | | |
|--|---|--|
| <p>die Dauer der noch verbleibenden Vollzeitschulfrist nach dem Lebensalter festgelegt.</p> <p>(4) Völkerrechtliche Abkommen und zwischenstaatliche Vereinbarungen bleiben unberührt. § 57 Schuljahr Das Schuljahr beginnt am 1. August und endet am 31. Juli des folgenden Kalenderjahres. Satz 1 gilt auch für Ersatzschulen.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 57 Schuljahr</p> <p>Das Schuljahr beginnt am 1. August und endet am 31. Juli des folgenden Kalenderjahres. Satz 1 gilt auch für Ersatzschulen.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">Zweiter Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Vollzeitschulpflicht</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 58 Beginn der Vollzeitschulpflicht</p> <p>(1) Für alle Kinder, die bis zum 30. Juni das sechste Lebensjahr vollenden, beginnt die Schulpflicht am 1. August. Diese sind in den Monaten März/April des Jahres, das dem Beginn der Schulpflicht vorausgeht, zum Schulbesuch anzumelden, dabei sind die deutschen Sprachkenntnisse festzustellen. Kinder, die nach dem 30. Juni das sechste Lebensjahr vollenden, können auf Antrag der Eltern in die Schule aufgenommen werden.</p> <p>Die Entscheidung trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter unter Berücksichtigung des schulärztlichen Gutachtens.</p> <p>Die Schulpflicht beginnt mit der Einschulung. Bei Kindern, die nach dem 31. Dezember das sechste Lebensjahr vollenden, kann die Auf-</p> | <p style="text-align: center;">§ 58 Beginn der Vollzeitschulpflicht</p> <p>(</p> | |

| | | |
|--|--|--|
| <p>nahme vom Ergebnis einer zusätzlichen schulpsychologischen Überprüfung der geistigen und seelischen Entwicklung abhängig gemacht werden. Satz 2 bis 6 gelten entsprechend an Schulen mit Eingangsstufe (§ 18 Abs. 3) für Kinder, die nach dem 30. Juni das fünfte Lebensjahr vollenden.</p> <p>(2) Kinder mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung, die bis zum 30. Juni das vierte Lebensjahr vollenden, können auf Antrag der Eltern in Förderschulen aufgenommen werden (§ 54 Abs. 2), wenn zu erwarten ist, dass sich die frühzeitig einsetzende sonderpädagogische Förderung auf ihre Entwicklung günstig auswirkt.</p> <p>(3) Schulpflichtige Kinder, die noch nicht den für den Schulbesuch erforderlichen körperlichen, geistigen und seelischen Entwicklungsstand haben, können auf Antrag der Eltern oder nach deren Anhörung unter schulpsychologischer Beteiligung und Beteiligung des schulärztlichen Dienstes von der Schulleiterin oder dem Schulleiter für ein Jahr von der Teilnahme am Unterricht der Grundschule oder der Förderschule zurückgestellt werden. Die Zeit der Zurückstellung wird nicht auf die Dauer der Schulpflicht angerechnet.</p> <p>(4) Mit Zustimmung der Eltern können diese Kinder Vorklassen (§ 18) besuchen, wenn dies zur Förderung ihrer Entwicklung angebracht und nach Lage der Verhältnisse möglich ist. Die Entscheidung trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter.</p> <p>(5) Schulpflichtige Kinder, die nicht über die für den Schulbesuch erforderlichen deutschen Sprachkenntnisse verfügen, können von der</p> | <p>(2) Kinder mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung, die bis zum 30. Juni das vierte Lebensjahr vollenden, können auf Antrag der Eltern in Förderschulen aufgenommen werden (§ 54 Abs. 2 54 Abs. 1 Satz 2), wenn zu erwarten ist, dass sich die frühzeitig einsetzende sonderpädagogische Förderung auf ihre Entwicklung günstig auswirkt.</p> | <p>Redaktionelle Anpassung an die Änderungen des § 54.</p> |
|--|--|--|

| | | |
|---|--|--|
| <p>Schulleiterin oder dem Schulleiter nach Anhörung der Eltern für ein Jahr von der Teilnahme am Unterricht zurückgestellt werden.</p> <p>Die Zurückstellung kann unter der Auflage erfolgen, dass der Erwerb hinreichender Deutschkenntnisse bis zur Aufnahme des Unterrichts in der Jahrgangsstufe 1 nachgewiesen wird. Hierfür kann der Besuch eines schulischen Sprachkurses angeordnet werden. Eine Vorklasse kann besucht werden, wenn ihr Besuch nach Lage der Verhältnisse möglich und eine angemessene Förderung zu erwarten ist. Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 59 Dauer der Vollzeitschulpflicht</p> <p>(1) Die Vollzeitschulpflicht dauert neun Jahre. Sie endet spätestens mit dem erfolgreichen Besuch der Jahrgangsstufe 9.</p> <p>(2) Für Schülerinnen und Schüler, die das Ziel der Hauptschule nicht erreicht haben, kann die Vollzeitschulpflicht auf Antrag der Eltern von der Schulleiterin oder dem Schulleiter um ein Jahr, in besonderen Fällen von der Schulaufsichtsbehörde um bis zu zwei weitere Jahre verlängert werden, wenn begründete Aussicht besteht, dass durch den weiteren Schulbesuch der Abschluss erreicht wird.</p> <p>(3) Für Jugendliche, die nach dem Ende der Vollzeitschulpflicht (Abs. 1) weder eine weiterführende Schule besuchen noch in ein Ausbildungsverhältnis im Sinne des Berufsbildungsgesetzes oder in eine Maßnahme der Bundesagentur für Arbeit eintreten, wird die Vollzeitschulpflicht um ein Jahr verlängert. In begründeten Ausnahmefällen kann die Schulaufsichtsbehörde auf Antrag</p> | <p style="text-align: center;">§ 59 Dauer der Vollzeitschulpflicht</p> <p>(3) Für Jugendliche, die nach dem Ende der Vollzeitschulpflicht (Abs. 1) keine weiterführende Schule besuchen, keinen Wehr-, Zivil-, Bundesfreiwilligen- oder Jugendfreiwilligendienst ableisten und in keinem Ausbildungsverhältnis im Sinne des Berufsbildungsgesetzes und keine Maßnahme der Bundesagentur für Arbeit eintreten, wird die Vollzeitschulpflicht um ein Jahr verlängert. In begründeten Ausnahmefällen kann die</p> | <p style="text-align: center;">K</p> <p>Klarstellend wird in Abs. 3 nunmehr auch auf die Regelungen des Wehr- und Zivildienstes, des Bundesfreiwilligendienstes und des Jugendfreiwilligendienstes hingewiesen, die ebenfalls an die Stelle der verlängerten Vollzeitschulpflicht treten können.</p> |

| | | |
|---|--|---|
| <p>der Eltern weitere gleichwertige Maßnahmen der verlängerten Vollzeitschulpflicht gleichstellen.</p> | <p>Schulaufsichtsbehörde auf Antrag der Eltern weitere gleichwertige Maßnahmen der verlängerten Vollzeitschulpflicht gleichstellen.</p> | |
| <p style="text-align: center;">§ 60 Erfüllung der Vollzeitschulpflicht</p> <p>(1) Die Vollzeitschulpflicht wird durch den Besuch einer öffentlichen Schule der Grund- und Mittelstufe (Primar- und Sekundarstufe I) erfüllt.</p> <p>(2) Die Vollzeitschulpflicht kann durch den Besuch einer Ersatzschule erfüllt werden. Anderweitiger Unterricht außerhalb der Schule darf nur aus zwingenden Gründen von der Schulaufsichtsbehörde gestattet werden.</p> <p>(3) Die nach § 59 Abs. 3 verlängerte Vollzeitschulpflicht kann durch den Besuch einer Schule im Bereich der Mittelstufe (Sekundarstufe I) oder einer beruflichen Vollzeitschule erfüllt werden.</p> <p>(4) In der Grundstufe (Primarstufe) haben die Schülerinnen und Schüler die Schulpflicht durch den Besuch der Grundschule zu erfüllen, in deren Schulbezirk (§ 143 Abs. 1) sie wohnen.</p> | <p style="text-align: center;">§ 60 Erfüllung der Vollzeitschulpflicht</p> <p>(3) Die nach § 59 Abs. 3 verlängerte Vollzeitschulpflicht kann durch den Besuch einer Schule im Bereich der Mittelstufe (Sekundarstufe I), einer beruflichen Vollzeitschule oder des außerschulischen Bildungsangebots einer Produktionsschule erfüllt werden. Zwischen Produktionsschulen und beruflichen Schulen können mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde Kooperationen vereinbart werden.</p> | <p>Die Regelung zur verlängerten Vollzeitschulpflicht wird klarstellend dahingehend ergänzt, dass diese Pflicht auch im Rahmen eines außerschulischen Bildungsangebots an einer Produktionsschule erfüllt werden kann.</p> <p>Zugleich wird durch den Terminus „außerschulisch“ dem Missverständnis vorgebeugt, bei einer sog. Produktionsschule handele es sich um eine Schule im Sinne des Schulgesetzes (vgl. § 2 Abs. 1. Satz 1). Vielmehr handele es sich dabei um Angebote neben der Schule, die eigenständige betriebsähnliche Bildungseinrichtungen darstellen, die im Wesentlichen durch eine zielgerichtete Verschränkung systematisierter, beruflicher Qualifikation oder beruflicher Ausbildung mit erwerbsorientierter Produktion gekennzeichnet sind.</p> <p>Um die Handlungsmöglichkeiten der beruflichen Schulen zu erweitern, wird ergänzend eine Kooperationsmöglichkeit zwischen beruflichen Schulen und außerschulischen Produktionsschulen eingeführt. Eine Kooperation unterliegt im Interesse der betroffenen Jugendlichen zur Sicherung der Bildungsqualität nach § 92 dem Genehmigungsvorbehalt des zuständigen SSA.</p> |

| | | |
|---|--|--|
| <p style="text-align: center;">§ 61 Erfüllung der Vollzeitschulpflicht bei Anspruch auf sonderpädagogische Förderung</p> <p>(1) Kinder und Jugendliche mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung erfüllen die Vollzeitschulpflicht durch den Besuch der allgemeinen Schule oder der Förderschule.</p> <p>(2) Für Schülerinnen und Schüler mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung kann die Schulpflicht nach Anhörung der Eltern bis zur Dauer von insgesamt drei Jahren verlängert werden, wenn anzunehmen ist, dass sie dadurch dem angestrebten Abschluss näher gebracht werden können. Diesen Schülerinnen und Schülern ist auf Antrag zu gestatten, die Schule auch über die Beendigung der Vollzeitschulpflicht hinaus bis zu zwei weiteren Jahren zu besuchen</p> <p>(3) Für Schülerinnen und Schüler der Schulen mit den Förderschwerpunkten Sehen und Hören, die ein fünftes Grundschuljahr besucht haben (§ 53 Abs. 5), wird die Vollzeitschulpflicht um ein Jahr verlängert.</p> | <p style="text-align: center;">§ 61 Erfüllung der Vollzeitschulpflicht bei Anspruch auf sonderpädagogische Förderung</p> <p style="text-align: right;"></p> <p>(2) Für Schülerinnen und Schüler mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung kann die Schulpflicht auf Antrag oder nach Anhörung der Eltern durch die Schulleiterin oder den Schulleiter um bis zu drei Jahre verlängert werden, wenn anzunehmen ist, dass sie dadurch dem angestrebten Abschluss näher gebracht werden können. Den Schülerinnen und Schülern, deren Vollzeitschulpflicht nach Satz 1 um drei Jahre verlängert wurde, ist auf Antrag durch die Schulaufsichtsbehörde zu gestatten, die Schule nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht bis zu zwei weitere Jahre zu besuchen, wenn sie dadurch einem allgemeinen Abschluss nach § 13 an dieser Schule näher gebracht werden können oder wenn nachweisbar ein Übergang auf den Berufs- oder Arbeitsmarkt nicht möglich ist und sie nicht im Berufsbildungsbereich der Werkstätten für behinderte Menschen oder in den Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung im nächsten Schuljahr unterrichtet werden können.</p> <p>(3) Für Schülerinnen und Schüler der Schulen mit den Förderschwerpunkten Sehen und Hören, die ein fünftes Grundschuljahr besucht haben (§ 53 Abs. 5), wird die Vollzeitschulpflicht um ein Jahr verlängert. Verlängert sich die Vollzeitschulpflicht um ein Jahr.</p> | <p>Mit dieser Änderung wird auf den Beschluss des VGH Kassel vom 8.12.2014, Az. 7 B 1669/14, reagiert. Unter ausdrücklichem Bezug auf eine vorangegangene Entscheidung des VG Gießen wurde zu dem geltenden § 61 Abs. 2 entschieden, dass die Schulzeitverlängerung um drei und zwei Jahre alternativ und nicht kumulativ zu verstehen sind.</p> <p>Das bedeutet, dass die teilweise bisher geübte Verwaltungspraxis, dass die Vollzeitschulpflicht für SchülerInnen mit Anspruch auf so. päd. Förderung um drei Jahre verlängert werden kann und außerdem die SchülerInnen die Schule zwei weitere Jahre besuchen können, durch die für die Exekutive verbindliche Interpretation der Gesetzesvorschrift nicht beibehalten werden kann.</p> <p>Da aber die Absicht besteht, diese von allen Beteiligten als positiv empfundene Praxis beizubehalten, muss eine neue, klare Regelung gesetzt werden. Ziel dieser Regelung ist eine rechtssichere, kriterienbasierte Verlängerungsmöglichkeit des Schulbesuchs für bis zu fünf Jahre über die Vollzeitschulpflicht hinaus.</p> <p>Redaktionelle Anpassung ohne Änderung der Rechtslage.</p> |
| Dritter Abschnitt | | |

| Berufsschulpflicht | | |
|---|---|---|
| <p style="text-align: center;">§ 62 Beginn und Dauer der Berufsschulpflicht</p> <p>(1) Die Berufsschulpflicht beginnt nach der Beendigung der Vollzeitschulpflicht mit dem Ausscheiden aus einer Vollzeitschule und mit dem Eintritt in ein Ausbildungsverhältnis.</p> <p>(2) Auszubildende, die in einem Ausbildungsverhältnis im Sinne des Berufsbildungsgesetzes stehen, sind für die Dauer des Ausbildungsverhältnisses berufsschulpflichtig.</p> <p>(3) Jugendliche, die in keinem Ausbildungsverhältnis stehen, sind nach Erfüllung der verlängerten Vollzeitschulpflicht für die Dauer von drei Jahren, längstens bis zum Ende des Schuljahres, in dem sie das 18. Lebensjahr vollenden, zum Besuch der Berufsschule berechtigt. § 64 bleibt unberührt.</p> <p>(4) Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Umschulungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit mit einem Umschulungsvertrag sind für die Dauer der Maßnahmen zum Besuch der Berufsschule berechtigt. Für die Teilnahme am Unterricht kann eine dem Aufwand angemessene Gebühr erhoben werden.</p> <p>(5) Die Berufsschulpflicht entfällt oder endet vorzeitig am Ende des Schulhalbjahres, wenn das Kultusministerium für bestimmte Gruppen von Berufsschulpflichtigen oder wenn die Schulaufsichtsbehörde im Einzelfall feststellt, dass eine gleichwertige Ausbildung den Besuch der Berufsschule entbehrlich macht. Studierende in dualen Studiengängen sind von der Pflicht zum Besuch</p> | <p style="text-align: center;">§ 62 Beginn und Dauer der Berufsschulpflicht</p> <p>(4) Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Umschulungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit mit einem Umschulungsvertrag sind für die Dauer der Maßnahmen zum Besuch der Berufsschule berechtigt. Für die Teilnahme am Unterricht kann eine dem Aufwand angemessene Gebühr erhoben werden.</p> <p>(4) Die Berufsschulpflicht entfällt oder endet vorzeitig am Ende des Schulhalbjahres, wenn das Kultusministerium für bestimmte Gruppen von Berufsschulpflichtigen oder wenn die Schulaufsichtsbehörde im Einzelfall feststellt, dass eine gleichwertige Ausbildung den Besuch der Berufsschule entbehrlich macht. Studierende in dualen Studiengängen sind von der Pflicht zum Besuch</p> | <p>Folgeänderung zu § 43, siehe dortige Begründung.</p> |

| | | |
|--|---|---|
| <p>der Berufsschule befreit. Sie haben das Recht, am Berufsschulunterricht teilzunehmen.</p> <p>(6) Die Berufsschulpflicht ruht für die Dauer des Wehr- und Zivildienstes, eines im Ausland absolvierten Ausbildungsabschnitts nach § 2 Abs. 3 des Berufsbildungsgesetzes oder eines freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres. Sie kann für die Dauer des Besuchs einer Bildungseinrichtung ruhen; die Entscheidung darüber trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter.</p> | <p>der Berufsschule befreit. Sie haben das Recht, am Berufsschulunterricht teilzunehmen.</p> <p>(5) Die Berufsschulpflicht ruht für die Dauer des Wehr- und Zivildienstes, eines im Ausland absolvierten Ausbildungsabschnitts nach § 2 Abs. 3 des Berufsbildungsgesetzes oder eines freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres. Sie kann für die Dauer des Besuchs einer Bildungseinrichtung ruhen; die Entscheidung darüber trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter.</p> | |
| <p style="text-align: center;">§ 63 Erfüllung der Berufsschulpflicht</p> <p>(1) Die Berufsschulpflicht ist durch den Besuch der Berufsschule zu erfüllen, in deren Schulbezirk (§ 143 Abs. 2 und 4 bis 6) der Beschäftigungsort liegt, bei berufsschulpflichtigen Behinderten im Arbeitstrainingsbereich der Ort der Werkstätte. Bei Berufsschulberechtigten ohne Ausbildungsverhältnis ist der Wohnort, bei Berufsschulberechtigten in Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit der Maßnahmeort maßgebend.</p> <p>(2) Die Berufsschulpflicht kann durch den Besuch von Schulen oder Lehrgängen, die vom Kultusministerium erforderlichenfalls nach Anhörung des zuständigen Fachministeriums als Ersatz für den Berufsschulunterricht anerkannt worden sind, erfüllt werden.</p> <p>(3) Sofern in Hessen für einen Ausbildungsberuf kein entsprechender Unterricht angeboten wird</p> | <p style="text-align: center;">§ 63 Erfüllung der Berufsschulpflicht</p> <p>(1) Die Berufsschulpflicht ist durch den Besuch der Berufsschule zu erfüllen, in deren Schulbezirk (§ 143 Abs. 2 und 4 bis 6) der Beschäftigungsort liegt. Bei Berufsschulpflichtigen aus dem Berufsbildungsbereich einer Werkstatt für behinderte Menschen ist der Ort der Werkstätte, bei Berufsschulberechtigten in Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit der Maßnahmeort und bei Berufsschulberechtigten ohne Ausbildungsverhältnis der Wohnort maßgebend.</p> <p>(2) Die Berufsschulpflicht kann durch den Besuch von Schulen oder Lehrgängen, die vom Kultusministerium nach Anhörung des zuständigen Fachministeriums als Ersatz für den Berufsschulunterricht anerkannt worden sind, erfüllt werden.</p> <p>(3) Sofern in Hessen für einen Ausbildungsberuf kein entsprechender Unterricht angeboten wird und die Berufsschulpflicht nicht nach Abs. 2 er-</p> | <p>In dem geltenden Abs. 1 wird bisher auf „berufsschulpflichtige Behinderte im Arbeitstrainingsbereich“ Bezug genommen. Dies wird durch die korrekte und aktuelle Formulierung „Berufsschulpflichtige aus dem Berufsbildungsbereich einer Werkstatt für behinderte Menschen“ (WfbM) ersetzt. Der übrige Wortlaut des Absatzes wird redaktionell angepasst ohne Änderung der bestehenden Rechtslage, einschl. des Bezugs auf die Regelungen zu den Schulbezirken in § 143, die auch schulträgerübergreifende und ggf. landesweite Schulbezirke für einzelne Berufsfelder, Berufsgruppen oder Ausbildungsberufe ermöglichen.</p> <p>Der bisherige Wortlaut wird mit einer lediglich redaktionellen Klarstellung (Streichung des Wortes „erforderlichenfalls“) ohne inhaltliche Änderung des Regelungsgehalts unverändert übernommen.</p> <p>Der bisherige Bezug auf die in Hessen nächstgelegene Berufsschule in Satz 1 entfällt, da maßgeblich allein das Kriterium des für den Ausbildungsberuf förderlichen Unterrichtsangebots</p> |

| | | |
|--|---|---|
| <p>und die Berufsschulpflicht nicht nach Abs. 2 erfüllt wird, wird sie durch den Besuch der in Hessen nächstgelegenen Berufsschule mit einem für den Ausbildungsberuf förderlichen Unterrichtsangebot erfüllt. Welche Schule zu besuchen ist, bestimmt die für den Beschäftigungsort der oder des Berufsschulpflichtigen zuständige Schulaufsichtsbehörde.</p> | <p>füllt wird, wird sie durch den Besuch einer Berufsschule mit einem für den Ausbildungsberuf förderlichen Unterrichtsangebot erforderlichenfalls in einem anderen Bundesland erfüllt. Welche Schule zu besuchen ist, bestimmt das Kultusministerium.</p> <p>(4) Länderübergreifende Vereinbarungen zur Beschulung von Auszubildenden in Bundesfachklassen entsprechend den Beschlüssen der Kultusministerkonferenz können durch Rechtsverordnung unmittelbar für verbindlich erklärt werden.</p> <p>(5) Über die Gestattung des Besuchs einer Berufsschule außerhalb Hessens durch Auszubildende, die in Hessen berufsschulpflichtig sind, entscheidet das Kultusministerium im Benehmen mit der zuständigen Behörde des für die Berufsschule zuständigen Landes. Abweichend von § 88 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 entscheidet das Kultusmi-</p> | <p>sein kann. Entsprechend redaktionell angepasst wird der Hinweis auf ein anderes Bundesland. In Satz 2 wird die Zuständigkeit von der zuständigen Schulaufsichtsbehörde – es wäre das örtlich zuständige SSA – zur Entlastung der unteren Schulaufsichtsbehörden und zur Sicherstellung eines einheitlichen Verwaltungsverfahrens auf das Kultusministerium verlagert.</p> <p>Bislang wurden die länderübergreifenden Vereinbarungen (zuletzt: 27 Fortschreibungen der Beilage „Liste der anerkannten Ausbildungsberufe, für welche länderübergreifende Fachklassen eingerichtet werden, mit Angabe der aufnehmenden Länder (Berufsschulstandorte) und Einzugsbereiche“ nach dem Stand vom 26.6.2015 zur „Rahmenvereinbarung über die Bildung länderübergreifender Fachklassen für SchülerInnen in anerkannten Ausbildungsberufen mit geringer Zahl Auszubildender (Beschluss der KMK vom 26.1.1984 i. d. F. vom 1.10.2010)“) durch Erlass in Hessen bekannt gemacht (zuletzt Erlass vom 30.7.2015, ABl. S. 504). Da aufgrund der unmittelbaren Außenwirkung einer solchen Regelung ein Erlass nicht ausreicht, bedarf es hierfür einer Rechtsverordnung. Zugleich wird zur Verwaltungsvereinfachung geregelt, dass der jeweils aktuelle Beschluss der KMK unmittelbar für verbindlich erklärt werden kann. Das Verfahren orientiert sich hiermit an der Regelung des § 4 Abs. 7.</p> <p>Mit der Regelung über die Gestattung bei länderübergreifendem Berufsschulbesuch wird eine Regelungslücke geschlossen, da die Gestattungsregelungen nach § 66 auf den länderübergreifenden Schulbesuch nicht mehr anwendbar sind. Die Regelung des Satzes 2 berücksichtigt, dass über den Besuch von Berufsschulen über</p> |
|--|---|---|

| | | |
|---|--|---|
| | <p>nisterium auch über die Aufnahme von Auszubildenden, die außerhalb Hessens berufsschulpflichtig sind, in eine hessische Berufsschule.</p> <p>(6) Für Auszubildende in Ausbildungsberufen, für die es in der Bundesrepublik Deutschland kein geeignetes Berufsschulangebot gibt, kann das Kultusministerium Einzelfallregelungen treffen.</p> | <p>die Ländergrenzen hinweg das Land Hessen mit dem jeweils betroffenen anderen Land eine Vereinbarung für den Fall jeder einzelnen SchülerIn abschließt. Daher kann nicht wie im Regelfall des § 88 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 die SchulleiterIn über die Aufnahme entscheiden.</p> <p>Mit der Neuregelung in Abs. 6 werden die übrigen Fälle einer Regelung zugeführt, für die es in der gesamten BRD kein geeignetes Berufsschulangebot gibt. Damit wird auf die sich stetig wandelnde Berufswelt und die mit ihrem Wandel verbundenen Ausbildungsanforderungen reagiert.</p> |
| <p>§ 64 Erfüllung der Berufsschulpflicht bei Anspruch auf sonderpädagogische Förderung</p> <p>(1) Jugendliche mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung erfüllen die Berufsschulpflicht durch den Besuch der Berufsschule in der Regelklasse oder in Bildungsgängen, die auf eine Berufsausbildung oder eine Berufstätigkeit vorbereiten oder für einen Beruf qualifizieren. Die Berufsschulpflicht kann durch den Besuch von Förderberufsschulen erfüllt werden.</p> | <p>§ 64 Erfüllung der Berufsschulpflicht bei Anspruch auf sonderpädagogische Förderung</p> <p>(1) Jugendliche mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung, die in einem Ausbildungsverhältnis stehen, erfüllen die Berufsschulpflicht in der Regel durch den Besuch der Berufsschule der Regelklasse. Die Berufsschulpflicht erstreckt sich auch auf den Besuch von Förderberufsschulen.</p> | <p>Die bisherige Regelung des § 64 geht noch von einer generellen Berufsschulpflicht aus. Dabei wird nicht berücksichtigt, dass mit Änderung des § 62 Abs. 3 durch das Dritte Gesetz zur Qualitätssicherung vom 29.11.2004 (GVBl. I S. 330) für Jugendliche, die in keinem Ausbildungsverhältnis stehen und die verlängerte Vollzeitschulpflicht erfüllt haben, die Berufsschulpflicht in eine Berechtigung zum Schulbesuch umgewandelt wurde. Damit entstand in Bezug auf Jugendliche mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung eine zu schließende Regelungslücke. Zur Klarstellung muss daher der gesamte Paragraf neu gefasst werden.</p> <p>Die Neufassung des Satzes 1 legt für die Begründung der Berufsschulpflicht den Bezug zu einem Ausbildungsverhältnis fest. Sie folgt damit der Vorgabe des §62 Abs. 1. Zugleich entfällt an dieser Stelle der Verweis auf die Bildungsgänge, die auf eine Berufsausbildung oder eine Berufstätigkeit hinweisen. Hier greift nun die besondere Regelung in Abs. 2.</p> |

| | | |
|--|--|---|
| <p>(2) Auf Antrag der Schülerin oder des Schülers oder der Eltern kann die Berufsschulpflicht bis zur Dauer von zwei Jahren verlängert werden, wenn anzunehmen ist, dass dadurch eine berufliche Förderung ermöglicht wird. Die Entscheidung darüber trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter.</p> | <p>(2) Jugendliche mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung, die in keinem Ausbildungsverhältnis stehen, sind nach Erfüllung der verlängerten Vollzeitschulpflicht für die Dauer von drei Jahren zum Besuch der Berufsschule in der Regelklasse oder in Bildungsgängen, die auf eine Berufsausbildung oder eine Berufstätigkeit vorbereiten oder für einen Beruf qualifizieren, berechtigt. Die Berechtigung erstreckt sich auch auf den Besuch von Förderberufsschulen.</p> <p>(3) Auf Antrag der Schülerin oder des Schülers oder der Eltern kann die Berufsschulpflicht nach Abs. 1 oder die Berechtigung zum Besuch der Berufsschule nach Abs. 2 um bis zu zwei weitere Jahre verlängert werden, wenn anzunehmen ist, dass dadurch eine berufliche Förderung ermöglicht wird. Die Entscheidung darüber trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter.</p> | <p>Entsprechend der Regelung des § 63 Abs. 3 wird die bisherige Regelung in Abs. 1 für Jugendliche mit Anspruch auf so. päd. Förderung, die in keinem Ausbildungsverhältnis stehen, in § 64 übernommen, die Berufsschulpflicht jedoch in eine Berufsschulberechtigung umgewandelt. Klarstellend wird in Satz 2 – wie schon in Abs. 1 Satz 2 – auf die Möglichkeit des Besuches von Förderberufsschulen hingewiesen.</p> <p>Abs. 3 entspricht der bisherigen Regelung des Abs. 2 mit der Modifizierung, dass es sich nicht mehr um die Verlängerung der Berufsschulpflicht, sondern um eine Ausweitung der Berechtigung zum Besuch der Berufsschule handelt.</p> |
| <p>Vierter Abschnitt</p> <p>Gemeinsame Bestimmungen</p> | | |
| <p>§ 65</p> <p>Ruhen der Schulpflicht</p> <p>(1) Die Schulpflicht ruht auf Antrag für eine Schülerin mindestens vier Monate vor und drei Monate nach einer Niederkunft. Die Schulpflicht ruht ferner, wenn bei Erfüllung der Schulpflicht die Betreuung eines Kindes der oder des Schulpflichtigen gefährdet wäre. Über den Antrag entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter.</p> <p>(2) Für Kinder und Jugendliche, die auch in einer Förderschule oder durch Sonderunterricht nicht gefördert werden können, kann die Schulpflicht auf Dauer oder vorübergehend ruhen. Hierüber</p> | | |

| | | |
|--|--|--|
| <p>entscheidet die Schulaufsichtsbehörde nach Anhörung der Eltern aufgrund eines pädagogisch-psychologischen und eines schulärztlichen Gutachtens. Die Schulaufsichtsbehörde kann anordnen, dass die Schulpflicht für die Dauer des Entscheidungsverfahrens vorläufig ruht, wenn es die Aufrechterhaltung des Schul- oder Unterrichtsbetriebs oder die Sicherheit von Personen erfordert. Die Schulaufsichtsbehörde unterrichtet die Jugend- und Sozialbehörden.</p> | |  |
| <p>§ 66 Gestattungen</p> <p>Die Schulaufsichtsbehörde kann im Benehmen mit dem Schulträger aus wichtigem Grund den Besuch einer anderen als der nach § 60 Abs. 4 oder § 63 örtlich zuständigen Schule gestatten, wenn die Aufnahmekapazität der anderen Schule nicht erschöpft ist. Kriterien und Verfahren der Gestattungen werden durch Rechtsverordnung näher bestimmt.</p> | | |
| <p>§ 67 Überwachung der Schulpflicht</p> <p>(1) Die Eltern sind dafür verantwortlich, dass die Schulpflichtigen am Unterricht und an den Unterrichtsveranstaltungen der Schule regelmäßig teilnehmen. Sie sind verpflichtet, die Schulpflichtigen bei der zuständigen Schule an- und abzumelden, erforderlichenfalls zur Entscheidung über die Schulaufnahme vorzustellen und sie für den Schulbesuch angemessen auszustatten.</p> | <p>§ 67 Überwachung der Schulpflicht</p> <p>(1) Die Eltern sind dafür verantwortlich, dass die Schulpflichtigen am Unterricht und an den Unterrichtsveranstaltungen der Schule regelmäßig teilnehmen. Sie sind verpflichtet, die Schulpflichtigen bei der zuständigen Schule an- und abzumelden, erforderlichenfalls zur Entscheidung über die Schulaufnahme vorzustellen und sie für den Schulbesuch angemessen auszustatten. In begründeten Einzelfällen kann die Schulaufsichtsbehörde eine Mitwirkung der Eltern nach Satz 1 und 2 anordnen.</p> | <p>Mit Beschluss vom 29.12.2015 hat der VGH Kassel darauf hingewiesen, dass der geltende § 67 Abs. 1 keine ausreichende Rechtsgrundlage dafür bietet, gegenüber den Eltern Verfügungen zu erlassen, mit denen ihnen Handlungspflichten auferlegt werden, die im Wege des Verwaltungszwangs durchsetzbar sind (Az. 7 B 1570/14; abgedr. U. a. NVwZ-RR 2015, S. 498; DÖV 2015, S. 445[LS]; LKRZ 2015, S. 165). Hintergrund war der Fall von Eltern, die für ihre Kinder den Schulbesuch verweigerten, nach Teilentzug des Sorgerechts der Schulbesuchspflicht nachkamen, jedoch mit Ausnahme des Sportunterrichts. Als der Besuch des Sportunterrichts durch Verfügung ebenfalls durchgesetzt werden sollte, kam es im</p> |

| | | |
|--|--|---|
| <p>(2) Kann nach dem Besuch der Grundschule eine Entscheidung der Eltern darüber, welche Schule besucht werden soll, nicht herbeigeführt werden, bestimmt die Schulaufsichtsbehörde, an welcher Schule die Schülerin oder der Schüler die Vollzeitschulpflicht erfüllt.</p> <p>(3) Auszubildende oder Arbeitgeber sowie die in den Dienststellen hierfür Bevollmächtigten haben die in einem Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis stehenden Berufsschulpflichtigen an- und abzumelden, ihnen die zur Erfüllung der Schulpflicht erforderliche Zeit zu gewähren und sie zur Erfüllung der Schulpflicht anzuhalten.</p> | | <p>Rahmen des sich anschließenden Verwaltungsstreitverfahrens zu der zitierten Entscheidung. Daher wird an Abs. 1 eine entsprechende neue Rechtsgrundlage für eine Befugnis der Schulaufsichtsbehörde angefügt. Der Wortlaut orientiert sich an der Regelung in § 71 Abs. 1 Satz 2.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 68 Schulzwang</p> <p>Wer seiner Schulpflicht nicht nachkommt, kann der Schule zwangsweise zugeführt werden, wenn andere pädagogische Mittel, insbesondere persönliche Beratung, Hinweise an die Eltern, die Kinder- und Jugendhilfe, den Auszubildenden und den Arbeitgeber oder gemeinsame Gespräche der Beteiligten erfolglos geblieben sind. Die Entscheidung über die zwangsweise Zuführung trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter im Einvernehmen mit der Schulaufsichtsbehörde. Bei der Zuführung kann die Hilfe der für den Wohnsitz, für den gewöhnlichen Aufenthalt oder für den Beschäftigungsort der oder des Schulpflichtigen örtlich zuständigen Verwaltungsbehörde (Gemeindevorstand) in Anspruch genommen werden.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">FÜNFTER TEIL</p> <p style="text-align: center;">Schulverhältnis</p> <p style="text-align: center;">Erster Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Allgemeine Bestimmungen</p> | | |

| <p style="text-align: center;">§ 69 Rechte und Pflichten aus dem Schulverhältnis</p> | <p style="text-align: center;">§ 69 Rechte und Pflichten aus dem Schulverhältnis</p> | |
|---|---|---|
| <p>(1) Mit der Aufnahme einer Schülerin oder eines Schülers in eine öffentliche Schule wird ein öffentlich-rechtliches Schulverhältnis begründet.</p> <p>(2) Die Schülerinnen und Schüler haben Anspruch auf Unterricht nach Maßgabe der Stundentafeln im Rahmen der personellen, sächlichen und fachspezifischen Möglichkeiten der Schule. Ihnen stehen Ferien in pädagogisch sinnvollen Abständen zu. Beginn und Ende des Unterrichts im Schuljahr und die Aufteilung der Gesamtdauer der Ferien in einzelne zusammenhängende Abschnitte legt das Kultusministerium fest. Satz 1 und 2 gelten auch für Ersatzschulen.</p> <p>(3) Aus besonderen Gründen können Schülerinnen und Schüler vom Unterricht beurlaubt werden. Nähere Regelungen über Beurlaubungen und Schulversäumnisse trifft das Kultusministerium.</p> <p>(4) Die Schülerinnen und Schüler sind insbesondere verpflichtet, regelmäßig am Unterricht und den pflichtmäßigen Schulveranstaltungen teilzunehmen, die erforderlichen Arbeiten anzufertigen und die Hausaufgaben zu erledigen. Sie haben die Weisungen der Lehrkräfte zu befolgen, die dazu bestimmt sind, das Bildungs- und Erziehungsziel der Schule zu erreichen und die Ordnung in der Schule aufrechtzuerhalten. Bei minderjährigen Schülerinnen und Schülern sind neben diesen auch die Eltern dafür verantwortlich; die Pflichten der Auszubildenden und Arbeitgeber bei Berufsschülerinnen und -schülern bleiben unberührt.</p> | <p>(3) Aus besonderen Gründen können Schülerinnen und Schüler vom Unterricht beurlaubt werden. Nähere Regelungen über Beurlaubungen erfolgen durch Rechtsverordnung.</p> <p>(4) Die Schülerinnen und Schüler sind insbesondere verpflichtet, regelmäßig am Unterricht und den pflichtmäßigen Schulveranstaltungen sowie an den gewählten Ganztagsangeboten teilzunehmen, die erforderlichen Arbeiten anzufertigen und die Hausaufgaben zu erledigen. Sie haben die Weisungen der Lehrkräfte und des Personals, das Betreuungsangebote oder ganztägige Angebote durchführt zu befolgen, die dazu bestimmt sind, das Bildungs- und Erziehungsziel der Schule zu erreichen und die Ordnung in der Schule aufrechtzuerhalten. Bei minderjährigen Schülerinnen und Schülern sind neben diesen auch die Eltern dafür verantwortlich; die Pflichten</p> | <p>Anlässlich eine Verwaltungsstreitverfahren betreffend die Befreiung eines Kindes vom Unterricht zur Teilnahme an einer religiösen Veranstaltung wurde seitens des VGH bemängelt, dass nach Abs. 2 Satz 2 das Kultusministerium nähere Regelungen über Beurlaubung und Schulverhältnisse trifft, die entsprechende Regelung aber im Rahmen der Verordnung zur Gestaltung des Schulverhältnisses getroffen wurde, ohne dass es dafür eine ausdrückliche Verordnungsermächtigung gab (VGH Kassel, Beschluss vom 27.7.2015, Az. 7 A 1034/14, Z). Aus diesem Grund wird eine Verordnungsermächtigung für Regelungen über Beurlaubungen in den Abs. 3 aufgenommen.</p> <p>Um den Grad der Verbindlichkeit für Schülerinnen zu erhöhen, die bestimmte Ganztagsangebote gewählt haben, wird die Teilnahmepflicht ausdrücklich auf diese Angebote ausgeweitet. Zugleich dient dies der Planbarkeit der Schule. Um eine Regelungslücke zu schließen, wird die Pflicht der SchülerInnen, Weisungen der Lehrkräfte zu befolgen, im Interesse eines geordneten schulischen Alltags auf Weisungen des Personals ausgeweitet, das Betreuungsangebote oder ganztägige Angebote durchführt.</p> |

| | | |
|---|---|--|
| <p>(5) Neben den Pflichten nach Abs. 4 besteht die Pflicht zur Teilnahme an Tests, Befragungen oder Erhebungen, wenn diese für Untersuchungen zur Evaluation nach § 98 und § 127b Abs. 2 Satz 3 geeignet und erforderlich sind. Die Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern sind über die wesentlichen Ergebnisse der Evaluation zu informieren.</p> | <p>der Ausbildenden und Arbeitgeber bei Berufsschülerinnen und -schülern bleiben unberührt.</p> | |
| <p style="text-align: center;">§ 70 Aufnahme in die Schule</p> <p>(1) Mit Beginn der Schulpflicht besteht nach Maßgabe der Zugangsregelungen, die durch oder aufgrund dieses Gesetzes festgelegt worden sind, Anspruch auf Aufnahme in eine Schule des Schulträgers, in dessen Gebiet die Schülerin oder der Schüler den gewöhnlichen Aufenthalt hat. Bestehen im Gebiet eines Schulträgers mehrere weiterführende Schulen desselben Bildungsganges, kann die Aufnahme in eine bestimmte Schule nicht beansprucht werden. Gibt es im Gebiet des Schulträgers keine Schule des gewählten Bildungsganges, besteht Anspruch auf Aufnahme in eine entsprechende Schule eines anderen Schulträgers.</p> <p>(2) Die Aufnahme in eine Schule kann abgelehnt werden, wenn die Zahl der Anmeldungen ihre Aufnahmekapazität überschreitet oder niedriger als der für die Bildung einer Klasse oder Gruppe festgelegte Mindestwert liegt oder die Vorgaben der Schulaufsichtsbehörde zur Klassenbildung nach den für die Unterrichtsversorgung zur Verfügung stehenden personellen Möglichkeiten einer Aufnahme entgegen stehen.</p> | <p style="text-align: center;">§ 70 Aufnahme in die Schule</p> | |

| | | |
|--|---|---|
| <p>(3) Bei der Entscheidung über die Aufnahme sind vorrangig die Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die an ihrem Wohnort oder in dessen Umgebung keine angemessene schulische Ausbildungsmöglichkeit haben oder 2. die aufgrund der Verkehrsverhältnisse die für sie in Betracht kommende Schule nur unter erheblichen Schwierigkeiten erreichen können oder 3. bei denen besondere soziale Umstände vorliegen oder 4. deren Eltern eine bestimmte Sprachenfolge oder den Besuch einer Schule mit einem vom Kultusministerium bestätigten besonderen Schwerpunkt wünschen. <p>(4) Voraussetzungen und Verfahren für die Aufnahme in eine Schule werden durch Rechtsverordnung näher geregelt. Es sind insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Kriterien und das Verfahren zu bestimmen, nach denen die Schulaufsichtsbehörde auf Antrag des Schulträgers oder im Benehmen mit ihm die Aufnahmekapazität einer Schule festlegt; dabei sind insbesondere die im Schulentwicklungsplan vorgegebene Größe der Schule, die räumlichen Verhältnisse, die gleichmäßige Auslastung der Schulen und der gleichmäßige Einsatz der zur Verfügung stehenden Lehrkräfte zu berücksichtigen und die Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Schule zu gewährleisten, | <ol style="list-style-type: none"> 5. deren Eltern eine bestimmte Sprachenfolge erste Fremdsprache oder den Besuch einer Schule mit einem vom Kultusministerium bestätigten besonderen Schwerpunkt wünschen. § 52 Abs. 2 bleibt unberührt. | <p>In Form einer Klarstellung ohne Änderung der Rechtslage wird darauf hingewiesen, dass sich das Kriterium der Sprachenfolge für die Aufnahme in die weiterführende Schule nur auf die erste Fremdsprache (FS) beziehen kann. Ist die erste FS nicht Englisch, ist (für den gymnasialen Bildungsgang) verpflichtend, dass die zweite FS Englisch sein muss (§ 31 Abs. 1 der VOBGM). Auf der anderen Seite kann eine verbindliche Wahl der zweiten FS zu Beginn der Jahrgangsstufe 5 noch nicht erfolgen, da regelmäßig die Wahl der zu belegenden weiteren FS nach einer Beratung durch die Schule zum Ende des Schuljahres stattfindet, das dem Beginn der jeweiligen FS vorausgeht. Zudem kann zu einem so frühen Zeitpunkt das Zustandekommen eines Kurses nicht garantiert werden.</p> <p>Der Änderung des § 52 mit den Regelungen zu den iSB folgend wird mit dem ergänzenden Satz klargestellt, dass für SchülerInnen mit Anspruch auf so. päd. Förderung, die inklusiv beschult werden, die Festlegung für die Standorte des inklusiven Unterrichts anzuwenden sind. Im Übrigen wird auf die Begründung zu § 52 Abs. 2 verwiesen.</p> |
|--|---|---|

| | | |
|---|---|---|
| <p>2. das Auswahlverfahren zu regeln, wenn die Zahl der Bewerberinnen oder Bewerber die Aufnahmekapazität der Schule übersteigt oder mit den Vorgaben der Schulaufsichtsbehörde zur Klassenbildung nicht vereinbar ist,</p> <p>3. für die Aufnahme und schulische Eingliederung ausländischer Schülerinnen und Schüler sowie der Kinder von Aussiedlerinnen und Aussiedlern besondere Regelungen, vorrangig über den Nachweis hinreichender Kenntnisse der deutschen Sprache, zu erlassen; dabei kann auch die Pflicht zum Besuch eines schulischen Sprachkurses festgelegt werden,</p> <p>4. die Aufnahme davon abhängig zu machen, dass ein für den jeweiligen Bildungsgang vertretbares Höchstalter nicht überschritten wird und bei beruflichen Schulen nach dem Ergebnis einer Untersuchung die körperliche Eignung für den Beruf gegeben ist, für den ausgebildet wird.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 71 Verpflichtung zu besonderen Untersuchungen</p> <p>(1) Soweit zur Vorbereitung einer Entscheidung nach diesem Gesetz schulärztliche oder schulpsychologische Untersuchungen sowie sonderpädagogische Überprüfungen erforderlich werden, sind die Kinder, Jugendlichen und volljährigen Schülerinnen und Schüler verpflichtet, sich untersuchen zu lassen und an wissenschaftlich anerkannten Testverfahren teilzunehmen. In be-</p> |  |  |

| | | |
|---|--|--|
| <p>gründeten Einzelfällen kann durch die Schulaufsichtsbehörde eine Untersuchung nach Satz 1 angeordnet werden.</p> <p>(2) Kinder und Jugendliche, ihre Eltern und volljährige Schülerinnen und Schüler haben die für die Untersuchungen erforderlichen Angaben zu machen. Kinder, Jugendliche und volljährige Schülerinnen und Schüler dürfen dabei in der Regel nicht befragt werden über Angelegenheiten, die ihre oder die Persönlichkeitssphäre ihrer Eltern oder Angehörigen betreffen.</p> <p>(3) Jugendliche, ihre Eltern und volljährige Schülerinnen und Schüler sind über die Untersuchungen und Testverfahren vorher näher zu informieren. Ihnen ist Gelegenheit zur Besprechung der Ergebnisse und zur Einsicht in die Unterlagen zu geben.</p> <p>(4) Für Untersuchungen im Rahmen der Schulgesundheitspflege gelten Abs. 1 bis 3 entsprechend. Dabei können auch röntgenologische Untersuchungen sowie percutane und intracutane Tuberkuloseproben angeordnet werden.</p> <p>(5) Die nähere Ausgestaltung der Schulgesundheitspflege und die Zulassung der für sie erforderlichen Untersuchungen erfolgt durch Rechtsverordnung.</p> <p>(6) Diese Vorschriften gelten auch für die Schulen in freier Trägerschaft.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 72 Informationsrechte der Eltern und der Schülerinnen und Schüler</p> <p>(1) Die Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern sind in allen wichtigen Schulangelegenheiten zu</p> | <p style="text-align: center;">§ 72 Informationsrechte der Eltern und der Schülerinnen und Schüler</p> | |

| | | |
|---|--|--|
| <p>informieren und zu beraten. Dazu gehören insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Aufbau und Gliederung der Schule und der Bildungsgänge, 2. die Übergänge zwischen den Bildungsgängen, 3. die Abschlüsse und Berechtigungen einschließlich der Zugänge zu den Berufen, 4. Grundzüge der Planung und Gestaltung des Unterrichts, Grundzüge der Unterrichtsinhalte und Unterrichtsziele sowie der Leistungsbewertung einschließlich Versetzung und Kurseinstufung. <p>(2) Die Information und Beratung der Eltern erfolgen in der Regel in den Elternversammlungen, bei den Schülerinnen und Schülern in der Regel im Rahmen des Unterrichts. Mit Zustimmung der Lehrerin oder des Lehrers und mit Einverständnis der Schulleiterin oder des Schulleiters können die Eltern in der Grundstufe (Primarstufe) und in der Mittelstufe (Sekundarstufe I) den Unterricht ihrer Kinder besuchen.</p> <p>(3) Die Schulleiterin oder der Schulleiter sowie die Lehrerinnen und Lehrer sollen die Eltern und Schülerinnen und Schüler in angemessenem Umfang informieren und beraten über</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Lernentwicklung sowie das Arbeits- und Sozialverhalten der Schülerin oder des Schülers, insbesondere bei Lern- und Verhaltensstörungen, | <p>5. die Formen ganztägiger Angebote.</p>  <p>1. die Lernentwicklung, den Bedarf und die Möglichkeiten der individuellen Förderung sowie das Arbeits- und Sozialverhalten der Schülerin oder des Schülers,</p> | <p>Im Rahmen des Ausbaus der Ganztagsangebote an hessischen Schulen ist es im besonderen Interesse der Eltern, aufgrund ihres allgemeinen Informationsrechts regelhaft über die Formen ganztägiger Angebote informiert zu werden. Aus diesem Grund erstreckt sich künftig die Informationspflicht der Schule ausdrücklich auch auf das Ganztagsangebot.</p> <p>Im Zuge der weiteren Ausgestaltung des Schwerpunkts der individuellen Förderung sollen künftig Eltern nicht nur über die Lernentwicklung ihrer Kindern, sondern auch über die Möglichkeiten</p> |
|---|--|--|

| | | |
|---|--|---|
| <p>2. die Leistungsbewertung einschließlich der Versetzungen und Kurseinstufungen sowie</p> <p>3. die Wahl der Bildungsgänge.</p> <p>(4) Die Eltern volljähriger Schülerinnen und Schüler sind bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres über wesentliche das Schulverhältnis betreffende Sachverhalte, insbesondere über Versetzungsgefährdungen und Nichtversetzungen, über Ordnungsmaßnahmen nach § 82 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 bis 7 und Abs. 8 und gegebenenfalls deren Androhung sowie über Maßnahmen nach § 82a zu informieren, sofern die volljährige Schülerin oder der volljährige Schüler dem nicht widersprochen hat. Über den Widerspruch werden die Eltern von der Schule informiert. Die Schülerinnen und Schüler sind auf diese Regelung hinzuweisen.</p> <p>(5) Jugendliche, die Eltern und volljährige Schülerinnen und Schüler haben das Recht, Akten der Schule, Schulaufsichtsbehörden und des schulärztlichen Dienstes, in denen Daten über sie gespeichert sind, einzusehen. Die Einsichtnahme ist unzulässig, wenn die Daten der Betroffenen mit Daten Dritter derart verbunden sind, dass die Trennung nicht oder nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand möglich ist. In diesem Fall ist den Betroffenen über die zu ihrer Person gespeicherten Daten Auskunft zu erteilen.</p> <p>(6) Diese Vorschrift gilt auch für Schulen in freier Trägerschaft.</p> | <p>(4) Die Eltern volljähriger Schülerinnen und Schüler sind bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres über wesentliche das Schulverhältnis betreffende Sachverhalte, insbesondere über Versetzungsgefährdungen und Nichtversetzungen, über Ordnungsmaßnahmen nach § 82 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 bis 7 und Abs. 8 und gegebenenfalls deren Androhung sowie über Maßnahmen nach § 82a §§ 82a und 82b zu informieren, sofern die volljährige Schülerin oder der volljährige Schüler dem nicht widersprochen hat. Über den Widerspruch werden die Eltern von der Schule informiert. Die Schülerinnen und Schüler sind auf diese Regelung hinzuweisen.</p> | <p>der individuellen Förderung informiert und beraten werden.</p> <p>In Folge der Neuanschaffung des § 82b sind auch die Informationsrechte der Eltern volljähriger SchülerInnen entsprechend auszuweiten, da die Folgen eines Verfahrens nach § 82b einschneidend für das Ausbildungsverhältnis sind. Im Übrigen wird auf die Begründung zu § 82b verwiesen.</p> |
| <p style="text-align: center;">Zweiter Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Leistungsbewertung</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 73</p> | <p style="text-align: center;">§ 73</p> | |

| Bewertung der Leistungen und des Arbeits- und Sozialverhaltens | Bewertung der Leistungen und des Arbeits- und Sozialverhaltens | |
|--|---|--|
| <p>(1) Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler werden durch Noten oder Punkte bewertet, soweit die Leistungen für die Erteilung von Zeugnissen und entsprechenden Nachweisen erheblich sind. Das Gleiche gilt für die Beurteilung des Arbeits- und Sozialverhaltens der Schülerinnen und Schüler in Zeugnissen. Die Leistungsbewertung und die Beurteilung des Verhaltens können durch schriftliche Aussagen ergänzt oder ersetzt werden.</p> <p>(2) Grundlage der Leistungsbeurteilung sind die mündlichen, schriftlichen, praktischen und sonstigen Leistungen, die die Schülerin oder der Schüler im Zusammenhang mit dem Unterricht erbracht hat. Für die Leistungsbewertung sind die im Unterricht vermittelten Kenntnisse und Fähigkeiten maßgebend.</p> <p>(3) Zuständig für die Bewertung einzelner Schülerleistungen und für die Gesamtbewertung der im Beurteilungszeitraum erbrachten Leistungen sind auch bei inklusiver Beschulung die Lehrerinnen und Lehrer, die die Schülerin oder den Schüler in dem jeweiligen Fach zuletzt unterrichtet haben. Die Beurteilung des Arbeits- und Sozialverhaltens für den Beurteilungszeitraum erfolgt durch die Klassenkonferenz.</p> <p>(4) Bei der Beurteilung durch Noten (Punkte) ist folgender Maßstab zugrunde zu legen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. sehr gut (15/14/13), wenn die Leistung den Anforderungen in besonderem Maße entspricht, | | |

| | | |
|---|--|---|
| <p>2. gut (12/11/10), wenn die Leistung den Anforderungen voll entspricht,</p> <p>3. befriedigend (9/8/7), wenn die Leistung im Allgemeinen den Anforderungen entspricht,</p> <p>4. ausreichend (6/5/4), wenn die Leistung zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht,</p> <p>5. mangelhaft (3/2/1), wenn die Leistung den Anforderungen nicht entspricht, jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden können,</p> <p>6. ungenügend (0), wenn die Leistung den Anforderungen nicht entspricht und selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden können.</p> <p>Ist eine Leistungsbewertung aus Gründen, die die Schülerin oder der Schüler zu vertreten hat, nicht möglich, so erhält sie oder er die Note ungenügend (0).</p> <p>(5) Zur Feststellung des Lernerfolgs oder von Lerndefiziten können in den Schulen Leistungstests durchgeführt werden. Die Durchführung anderer Tests bedarf der Zustimmung der Eltern oder der volljährigen Schülerinnen und Schüler. Die Testergebnisse sind den Eltern oder den volljährigen Schülerinnen und Schülern auf Verlangen bekannt zu geben.</p> | | <p>Das Bundesverwaltungsgericht hat in zwei Urteilen vom 29.07.2015 (6 C 33,14 und 6 C 35.14)</p> |
|---|--|---|

| | | |
|--|--|---|
| <p>(6) Kriterien und Verfahren der Leistungsfeststellung und -bewertung werden durch Rechtsverordnung näher bestimmt; dabei kann vorgesehen werden, dass für einzelne Jahrgangsstufen oder Schulformen an die Stelle einer Leistungsbewertung durch Noten eine schriftliche Aussage über Leistungswillen, Lernentwicklung und Lernerfolg tritt oder eine Beurteilung des Arbeits- oder Sozialverhaltens entfällt.</p> | <p>(6) Kriterien und Verfahren der Leistungsfeststellung und -bewertung werden durch Rechtsverordnung näher bestimmt. Dabei kann vorgesehen werden, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. für einzelne Jahrgangsstufen oder Schulformen an die Stelle einer Leistungsbewertung durch Noten eine schriftliche Aussage über Leistungswillen, Lernentwicklung und Lernerfolg tritt, 2. eine Beurteilung des Arbeits- oder Sozialverhaltens entfällt, 3. bei Abschlussprüfungen in bestimmten Fächern bei einer Beeinträchtigung der Schülerin oder des Schülers, insbesondere bei Krankheit oder Behinderung, Notenschutz in Form von Nichtberücksichtigung oder verminderter Berücksichtigung individueller Defizite gewährt wird; die Gewährung von Notenschutz ist im Abschlusszeugnis zu vermerken. | <p>entschieden, dass die Gewährung von Notenschutz in schulischen Abschlussprüfungen (Abitur) und dessen Vermerk im Abschlusszeugnis dem Vorbehalt des Gesetzes unterliegen (Leit-satz 4). Die bisherige Rechtslage in Hessen entspricht den Vorgaben nicht. Aus diesem Grund wird die Verordnungsermächtigung in Abs. 6 entsprechend ausgeweitet und zudem im Interesse der Normklarheit redaktionell umgestaltet.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 74 Zeugnisse</p> <p>(1) Der Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler wird unter Angabe der Leistungsbewertung in den einzelnen Fächern in Zeugnissen, schriftlichen Berichten oder in anderer, dem Bildungsgang entsprechender Form ausgewiesen.</p> <p>(2) Ein allgemeines Zeugnis wird am Ende eines jeden Schuljahres oder Ausbildungsabschnittes oder als Übergangszeugnis beim Verlassen der Schule erteilt. Ein Halbjahreszeugnis am Ende des ersten Halbjahres eines Schuljahres informiert über den aktuellen Leistungsstand, das</p> | <p style="text-align: center;">§ 74 Zeugnisse</p> | |

| | | |
|--|--|---|
| <p>Zeugnis am Ende des Schuljahres weist den Leistungsstand aus, der während des Schuljahres erreicht wurde.</p> <p>(3) Ein Abschlusszeugnis ist zu erteilen, wenn die Abschlussklasse erfolgreich besucht, eine vorgesehene Abschlussprüfung abgelegt oder das Bildungsziel erreicht worden ist. Ist eine Abschlussprüfung nicht vorgesehen, so ist ein Abschlusszeugnis zu erteilen, wenn die Schülerin oder der Schüler bei entsprechender Anwendung der für die Versetzung geltenden Vorschriften zu versetzen wäre.</p> <p>(4) Ein Abgangszeugnis ist zu erteilen, wenn die Schülerin oder der Schüler die Schule verlässt, ohne dass die in Abs. 3 genannten Voraussetzungen vorliegen.</p> <p>(5) Die Zeugniserteilung wird durch Rechtsverordnung näher geregelt; dabei kann vorgesehen werden, dass ein Zeugnis nur am Ende eines Schuljahres erteilt wird.</p> | <p>(5) Die Zeugniserteilung wird durch Rechtsverordnung näher bestimmt. Dabei kann vorgesehen werden, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ein Zeugnis nur am Ende eines Schuljahres erteilt wird. 2. für die studienqualifizierenden Bildungsgänge der Oberstufe (Sekundarstufe II) von Abs. 2 Satz 2 abweichende Regelungen für den Beurteilungszeitraum gelten. | <p>Mit der Novelle des Schulgesetzes vom 10.6.2011 (GVBl. I S. 267) wurde der Schuljahresbezug für das Zeugnis zum Ende des zweiten Halbjahres gesetzlich verankert (als Reaktion auf ein Urteil des VGH Kassel) Aus pädagogischen Gründen erweist es sich jedoch als erforderlich, dass in der gymnasialen Oberstufe für die Einführungsphase eine abweichende Regelung möglich ist. Aus diesem Grund wird die Verordnungsermächtigung in Abs. 5 entsprechend modifiziert.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 75 Versetzungen und Wiederholungen</p> <p>(1) Soweit in diesem Gesetz oder aufgrund dieses Gesetzes nichts anderes bestimmt ist, wird</p> | <p style="text-align: center;">§ 75 Versetzungen und Wiederholungen</p> | |

| | | |
|--|--|--|
| <p>die Schülerin oder der Schüler in die nächste Jahrgangsstufe versetzt, wenn</p> <ol style="list-style-type: none">1. die Leistungen in allen Fächern mindestens mit ausreichend bewertet werden oder2. trotz nicht ausreichender oder nicht erbrachter Leistungen in einzelnen Fächern eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht des nächsthöheren Schuljahrgangs unter Berücksichtigung der Lernentwicklung der Schülerin oder des Schülers zu erwarten ist. <p>(2) Bei einer Nichtversetzung hat die Schülerin oder der Schüler dieselbe Jahrgangsstufe zu wiederholen. Bei zweimaliger Nichtversetzung in derselben Jahrgangsstufe oder in zwei aufeinander folgenden Jahrgangsstufen der Realschule oder des Gymnasiums oder der entsprechenden Schulzweige einer schulformbezogenen Gesamtschule hat die Schülerin oder der Schüler die besuchte Schule oder den besuchten Zweig zu verlassen. Sie oder er darf nicht in eine Schule desselben Bildungsganges aufgenommen werden; § 78 Abs. 1 Satz 3 bleibt unberührt.</p> <p>(3) Schülerinnen und Schüler, die die fünfte oder sechste Jahrgangsstufe der Realschule, des Gymnasiums oder der entsprechenden Schulzweige schulformbezogener Gesamtschulen besuchen, können nach Anhörung der Eltern ausnahmsweise am Ende des Schuljahres in eine andere Schulform versetzt werden (Querversetzung), wenn eine erfolgreiche Mitarbeit im Unterricht des gewählten Bildungsganges nicht zu erwarten ist und die Wiederholung der Jahrgangsstufe in der besuchten Schulform oder in dem</p> | | |
|--|--|--|

| | | |
|--|--|--|
| <p>entsprechenden Zweig der schulformbezogenen Gesamtschule die Schülerin oder den Schüler in der Entwicklung erheblich beeinträchtigen würde.</p> <p>Die Entscheidung der Klassenkonferenz bedarf der Zustimmung der Schulleiterin oder des Schulleiters. Der Widerspruch und die Anfechtungsklage gegen eine Versetzungsentscheidung nach dieser Bestimmung haben keine aufschiebende Wirkung.</p> <p>(4) Über Versetzung oder Nichtversetzung entscheidet die Klassenkonferenz unter dem Vorsitz der Schulleiterin oder des Schulleiters.</p> <p>(5) In einer allgemein bildenden Schule können Schülerinnen und Schüler eine Jahrgangsstufe freiwillig wiederholen, wenn zu erwarten ist, dass sie dadurch in ihrer Lernentwicklung besser gefördert werden können. Die Entscheidung trifft auf Antrag der Eltern die Klassenkonferenz. Die Wiederholung ist nur zweimal während des Besuchs einer allgemein bildenden Schule möglich, davon einmal in der gymnasialen Oberstufe. Wurde das Ziel des gewählten Bildungsganges nicht erreicht, so kann die letzte Jahrgangsstufe einmal wiederholt werden.</p> <p>In Ausnahmefällen ist eine zweite Wiederholung möglich, wenn besondere Gründe für das Versagen vorliegen und die hinreichende Aussicht besteht, dass das Ziel des Bildungsganges erreicht wird; darüber entscheidet die Klassenkonferenz, in den Fällen, in denen der Bildungsgang mit einer Prüfung abschließt, die Schulaufsichtsbehörde.</p> | <p>(6) Abs. 5 gilt entsprechend in den beruflichen Gymnasien (§ 35), den Fachoberschulen (§ 37), den Berufsfachschulen (§ 41), den Fachschulen</p> | <p>Im bestehenden Abs. 5 ist die Möglichkeit der freiwilligen Wiederholung geregelt, allerdings auf den Bereich der allgemein bildenden Schulen beschränkt. Um diese Ungleichbehandlung ggü. der gymnasialen Oberstufe auszugleichen, wird mit</p> |
|--|--|--|

| | | |
|---|--|---|
| <p>(6) Schülerinnen und Schüler können unter den Voraussetzungen des Abs. 5 Satz 1 und 2 eine Jahrgangsstufe überspringen. In besonderen Fällen kann auch die erste Jahrgangsstufe auf Antrag der Eltern mit Zustimmung der Schulleiterin oder des Schulleiters übersprungen werden. Die Schulleiterin oder der Schulleiter kann die Zustimmung nach Satz 2 vom Ergebnis einer Überprüfung durch eine Schulpsychologin oder einen Schulpsychologen abhängig machen.</p> <p>(7) Die nähere Ausgestaltung der Versetzungen und Wiederholungen erfolgt durch Rechtsverordnung; dabei kann vorgesehen werden, dass für einzelne Jahrgangsstufen oder Schulformen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. auf eine Versetzung verzichtet wird oder andere Zulassungsvoraussetzungen an deren Stelle treten, 2. eine nachträgliche Versetzung ermöglicht wird, 3. auf die Versetzungswirksamkeit einzelner Fächer verzichtet wird. | <p>(§ 42) sowie den Schulen für Erwachsene (§§ 45, 46).</p> <p>(7) Schülerinnen und Schüler können unter den Voraussetzungen des Abs. 5 Satz 1 und 2 eine Jahrgangsstufe überspringen. In besonderen Fällen kann auch die erste Jahrgangsstufe auf Antrag der Eltern mit Zustimmung der Schulleiterin oder des Schulleiters übersprungen werden. Die Schulleiterin oder der Schulleiter kann die Zustimmung nach Satz 2 vom Ergebnis einer Überprüfung durch eine Schulpsychologin oder einen Schulpsychologen abhängig machen.</p> <p>(8) Die nähere Ausgestaltung der Versetzungen und Wiederholungen erfolgt durch Rechtsverordnung; dabei kann vorgesehen werden, dass für einzelne Jahrgangsstufen oder Schulformen</p> | <p>dem neuen Abs. 6 die Regelung auf weitere Bildungsgänge jenseits der allgemein bildenden Schule ausgeweitet.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 76 Kurseinstufung</p> <p>(1) Wird in leistungsdifferenzierten Kursen unterrichtet, ist die Schülerin oder der Schüler in den Kurs einzustufen, in dem nach dem allgemeinen Lernverhalten und der fachbezogenen Leistungsentwicklung eine erfolgreiche Teilnahme und Förderung zu erwarten ist.</p> | <p style="text-align: center;">§ 76 Kurseinstufung</p> | |

| | | |
|--|---|--|
| <p>(2) Über die Kurseinstufung entscheidet die Klassenkonferenz unter dem Vorsitz der Förderstufenleiterin oder des Förderstufenleiters, der Stufenleiterin oder des Stufenleiters oder der Schulleiterin oder des Schulleiters.</p> <p>(3) Das Verfahren der Kurseinstufung wird durch Rechtsverordnung näher geregelt.</p> | <p>(2) Über die Kurseinstufung entscheidet die Klassenkonferenz unter dem Vorsitz eines Mitglieds der Schulleitung.</p> | <p>Die Neuformulierung erfolgt im Rahmen einer redaktionellen Anpassung an bereits erfolgte Modifizierungen der Regelungen zur Schulleitung, insbesondere an die Änderung des Hessischen Besoldungsgesetzes vom 25.2.1989 (GVBl. IS. 50) durch Gesetz vom 29.11.2004 (GVBl. I S. 330).</p> |
| <p>Dritter Abschnitt</p> <p>Wahl des Bildungsganges und Abschlüsse</p> | | |
| <p>§ 77</p> <p>Wahl des weiterführenden Bildungsganges</p> <p>(1) Die Wahl des Bildungsganges nach dem Besuch der Grundschule ist Sache der Eltern. Wird der Bildungsgang sowohl schulformbezogen als auch integriert angeboten, können die Eltern zwischen beiden Formen wählen. Der Besuch eines weiterführenden Bildungsganges setzt Eignung voraus.</p> <p>(2) Die Eignung einer Schülerin oder eines Schülers für einen weiterführenden Bildungsgang ist gegeben, wenn bisherige Lernentwicklung, Leistungsstand und Arbeitshaltung eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht des gewählten Bildungsganges erwarten lassen.</p> <p>(3) Bei der Wahl des weiterführenden Bildungsganges haben die Eltern Anspruch auf eingehende Beratung. Sie teilen ihre Entscheidung der Klassenlehrerin oder dem Klassenlehrer der abgebenden Jahrgangsstufe mit. Zur Entscheidung nimmt die Klassenkonferenz unter dem Vorsitz der Schulleiterin oder des</p> | | |

| | | |
|--|---|--|
| <p>Schulleiters schriftlich Stellung. Die Stellungnahme muss eine Empfehlung für den Bildungsgang oder die Bildungsgänge enthalten, für den oder für die die Eignung der Schülerin oder des Schülers nach Maßgabe des Abs. 2 gegeben ist. Wird dabei dem Wunsch der Eltern widersprochen, so ist ihnen eine erneute Beratung anzubieten. Halten die Eltern ihre Entscheidung aufrecht, so erfolgt die Aufnahme in den gewählten Bildungsgang. Satz 4 gilt auch bei der Wahl einer Förderstufe, Mittelstufenschule oder einer schulformübergreifenden (integrierten) Gesamtschule.</p> <p>(4) Ist bei der Wahl einer Förderstufe oder einer schulformübergreifenden (integrierten) Gesamtschule die Aufnahme in eine Förderstufe oder in eine schulformübergreifende (integrierte) Gesamtschule nicht möglich, gilt für den Übergang in einen weiterführenden Bildungsgang Abs. 3 Satz 2 bis 6 entsprechend.</p> <p>(5) An schulformübergreifenden (integrierten) Gesamtschulen (§ 27) sind die Informations- und Entscheidungsrechte der Eltern bei der Ersteinstuferung von Schülerinnen und Schülern in Fachleistungskurse den Vorschriften des Abs. 3 entsprechend zu wahren.</p> <p>(6) Für die endgültige Entscheidung über den weiteren Bildungsweg am Ende der Förderstufe gilt Abs. 3 Satz 1 bis 5 entsprechend. Der Übergang in den Bildungsgang der Realschule oder des Gymnasiums setzt voraus, dass ihn die Klassenkonferenz der abgebenden Förderstufe befürwortet.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 78 Weitere Übergänge</p> | <p style="text-align: center;">§ 78 Weitere Übergänge</p> | |

| | | |
|--|---|---|
| <p>(1) Schülerinnen und Schüler können in dieselbe oder die nächsthöhere Jahrgangsstufe eines anderen Bildungsganges übergehen. Der Übergang in einen Bildungsgang mit höheren Anforderungen setzt voraus, dass ihn die Klassenkonferenz der abgebenden Schule nach Maßgabe des § 77 Abs. 2 befürwortet. Für den Übergang in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe und des beruflichen Gymnasiums nach Erwerb des mittleren Abschlusses ist der mittlere Abschluss in Form des qualifizierenden Realschulabschlusses (§ 13 Abs. 4 Satz 3) Voraussetzung.</p> <p>(2) Schülerinnen und Schüler, die</p> <ol style="list-style-type: none">1. in den Bildungsgang der Realschule oder in den gymnasialen Bildungsgang eintreten wollen, ohne unmittelbar vorher eine Schule in der Bundesrepublik Deutschland besucht zu haben, oder die2. aus einer genehmigten Ersatzschule oder einer staatlich anerkannten Ergänzungsschule in eine öffentliche Schule oder staatlich anerkannte Ersatzschule übergehen wollen, haben sich in der Regel einem Überprüfungsverfahren zu unterziehen. Über sein Ergebnis entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter nach Maßgabe des § 77 Abs. 2. <p>(3) Der Übergang in die weiterführenden beruflichen Schulen ist möglich, wenn der mit den erworbenen schulischen Abschlüssen und Berechtigungen nachgewiesene Bildungs- und Leistungsstand eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht des gewählten Bildungsganges erwarten lassen. Eine Berufsausbildung oder eine dem</p> | <p>(1) Schülerinnen und Schüler können in dieselbe oder die nächsthöhere Jahrgangsstufe eines anderen Bildungsganges übergehen. Der Übergang in einen Bildungsgang mit höheren Anforderungen setzt voraus, dass ihn die Klassenkonferenz der abgebenden Schule nach Maßgabe des § 77 Abs. 2 befürwortet. Für den Übergang in die die Fachoberschule sowie Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe und des beruflichen Gymnasiums nach Erwerb des mittleren Abschlusses ist der mittlere Abschluss in Form des qualifizierenden Realschulabschlusses (§ 13 Abs. 4 Satz 3) Voraussetzung.</p> | <p>Die klarstellende Ergänzung erfolgt parallel zur Änderung des § 13 Abs. 4. Insoweit wird auf die Begründung zu diesem Paragraphen verwiesen.</p> |
|--|---|---|

| | | |
|--|--|--|
| <p>Ausbildungsziel angemessene berufliche Tätigkeit kann vorausgesetzt werden. Die Aufnahme kann zusätzlich davon abhängig gemacht werden, dass die bisher besuchte Schule den Übergang befürwortet oder die Schülerin oder der Schüler erfolgreich an einem Auswahlverfahren teilnimmt.</p> <p>(4) Bei der Aufnahme einer Schülerin oder eines Schülers aus einem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland ist von der Schuljahrgangs- und Kurseinstufung in dem anderen Land auszugehen.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 79 Prüfungen</p> <p>(1) Soweit in diesem Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes Prüfungen vorgesehen sind, dienen sie dem Zweck, festzustellen, ob die Schülerin oder der Schüler den mit der Prüfung nachzuweisenden Leistungsstand erreicht hat; dabei können im Unterricht erbrachte Leistungen berücksichtigt werden. Prüfungsaufgaben werden auf der Grundlage der Kerncurricula oder Lehrpläne festgelegt. Nicht erbrachte Prüfungsleistungen, die von der Schülerin oder dem Schüler zu vertreten sind, werden mit der Note ungenügend oder mit null Punkten bewertet.</p> <p>(2) Prüfungen werden von Prüfungsausschüssen abgenommen. Mitglieder sind in der Regel an der Schule unterrichtende Lehrerinnen und Lehrer; sie sollen die Lehrbefähigung in den jeweiligen Prüfungsgebieten haben. Die Prüfungsausschüsse entscheiden mit Mehrheit über das Bestehen der Prüfung; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der Vorsitzenden oder des Vorsitzen-</p> | <p style="text-align: center;">§ 79 Prüfungen</p> | |

| | | |
|--|--|--|
| <p>den den Ausschlag. Eine Prüfung, die nicht bestanden ist, kann einmal, in Ausnahmefällen zweimal wiederholt werden; § 75 Abs. 5 gilt entsprechend.</p> <p>Die Wiederholung einer bestandenen Prüfung ist unzulässig.</p> <p>(3) Nichtschülerinnen und -schülern ist zum Erwerb schulischer Abschlüsse die Ablegung entsprechender Prüfungen (Externenprüfung) zu ermöglichen. Bei Bestehen der Prüfung ist ein dem Abschlusszeugnis entsprechendes Zeugnis zu erteilen.</p> | <p>(3) Nichtschülerinnen und -schülern ist zum Erwerb schulischer Abschlüsse die Ablegung entsprechender Prüfungen (Externenprüfung) zu ermöglichen. Bei Bestehen der Prüfung ist ein dem Abschlusszeugnis entsprechendes Zeugnis zu erteilen. Externenprüfungen zum Erwerb des Hauptschulabschlusses oder des mittleren Abschlusses (Realschulabschluss) gelten nicht als Wiederholungsprüfungen nach Abs. 2 Satz 4.</p> | <p>Als Klarstellung wird darauf verwiesen, dass Nichtschülerprüfungen nach § 79 Abs. 3 nicht als Wiederholungsprüfungen nach Abs. 2 anzusehen sind. Andernfalls müssten Nichtschüler eine Prüfungsgebühr bereits beim ersten Prüfungsversuch entrichten. Zudem können Nichtschülerinnen ganz von einer Prüfung ausgeschlossen werden, wenn sie als SchülerIn zweimal die Abschlussprüfung nicht bestanden hätten, so dass ihnen auf Dauer der nachträgliche Erwerb eines Schulabschlusses verwehrt werden würde.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 80 Anerkennung von Abschlüssen</p> <p>Bei der Bewertung der Abschlüsse und Berechtigungen, die außerhalb des Landes Hessen erworben wurden, ist von der Bewertung des Landes auszugehen, in dem sie erworben wurden. Sie bedürfen der Anerkennung durch das Kultusministerium; die Befugnis kann auf die Schulaufsichtsbehörden übertragen werden.</p> <p>Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn die Anforderungen an den Erwerb der Abschlüsse und Berechtigungen offensichtlich ungleichwertig sind gegenüber den Abschlüssen und Berechtigungen, die durch und aufgrund dieses Gesetzes geregelt sind. Die Vorschriften des Hochschulgesetzes vom 14. Dezember 2009 (GVBl. I S. 666) in der jeweils geltenden Fassung über die Berechtigung zum Studium an einer Hochschule und Staatsverträge bleiben unberührt.</p> | <p style="text-align: center;">§ 80 Anerkennung von Abschlüssen</p> <p>Bei der Bewertung der schulischer Abschlüsse und Berechtigungen, die außerhalb des Landes Hessen erworben wurden, ist von der Bewertung des Landes auszugehen, in dem sie erworben wurden. Sie bedürfen der Anerkennung durch das Kultusministerium; die Befugnis kann auf die Schulaufsichtsbehörden übertragen werden.</p> | <p>Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass sich die Anerkennung von Abschlüssen nach § 80 ausschließlich auf schulische Abschlüsse und nicht auf die Anerkennung beruflicher Abschlüsse bezieht. Eine Änderung der Rechtslage ist damit nicht verbunden.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 81</p> | <p style="text-align: center;">§ 81</p> | |

| Ermächtigung | Ermächtigung | |
|---|--|---|
| <p>Die nähere Ausführung des dritten Abschnitts erfolgt durch Rechtsverordnung; dabei ist insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. das Verfahren bei der Wahl des Bildungsganges, die Einzelheiten des Übergangs in andere Bildungsgänge und in die gymnasiale Oberstufe und die Durchführung des Überprüfungsverfahrens näher zu regeln; 2. für Prüfungen festzulegen: <ol style="list-style-type: none"> a) Zweck der Prüfung, Prüfungsgebiete, Prüfungsabschnitte, Teilprüfungen und Prüfungsanforderungen, b) Zulassung zur Prüfung oder zu Teilen der Prüfung und Ermittlung der Prüfungsergebnisse; dabei kann auch festgelegt werden, dass <p>die Zulassung bestimmte im Unterricht erbrachte Leistungen voraussetzt,</p> <p>eine Teilnehmerin oder ein Teilnehmer zu weiteren Prüfungsteilen nicht zugelassen wird, weil sie oder er aufgrund der Ergebnisse der durchgeführten Prüfungsteile die Prüfung nicht mehr bestehen kann,</p> <p>von einzelnen Prüfungsteilen nach Maßgabe der im Unterricht, in anderen Prüfungen oder Prüfungsteilen erbrachten Leistungen befreit werden kann,</p> | <ol style="list-style-type: none"> b) Zulassung zur Prüfung oder zu Teilen der Prüfung und Ermittlung der Prüfungsergebnisse; dabei kann auch festgelegt werden, dass <ol style="list-style-type: none"> aa) die Zulassung bestimmte im Unterricht erbrachte Leistungen voraussetzt, bb) eine Teilnehmerin oder ein Teilnehmer zu weiteren Prüfungsteilen nicht zugelassen wird, weil sie oder er aufgrund der Ergebnisse der durchgeführten Prüfungsteile die Prüfung nicht mehr bestehen kann, cc) von einzelnen Prüfungsteilen nach Maßgabe der im Unterricht, in anderen Prüfungen oder Prüfungsteilen erbrachten Leistungen befreit werden kann, | <p>Es handelt sich um eine redaktionelle Überarbeitung zum Zweck der Normklarheit ohne Änderung der bisherigen Rechtslage</p> |

| | | |
|---|--|--|
| <p>im Unterricht erbrachte Leistungen auf das Prüfungsergebnis angerechnet werden,</p> <p>c) Zusammensetzung der Prüfungsausschüsse, Bestellung der Prüferinnen und Prüfer und Vorsitz bei Prüfungen,</p> <p>d) das weitere Prüfungsverfahren,</p> <p>e) Folgen einer Leistungsverweigerung und der Verwendung unerlaubter Hilfsmittel,</p> <p>f) Berechtigungen, die durch die erfolgreich abgelegte Prüfung erworben werden, sowie die Erteilung von Prüfungszeugnissen,</p> <p>g) Nichtschülerprüfungen; dabei kann vorgesehen werden, dass eine Prüfungsgebühr erhoben wird,</p> <p>h) Ordnungen für außerschulische Prüfungen, sofern für diese Prüfungen ein öffentliches Bedürfnis besteht; dies schließt die Möglichkeit ein, außerschulische Prüfungen als schulische Prüfungen anzuerkennen, sofern Zulassungsvoraussetzungen, Umfang, Inhalt und Anforderungen den jeweiligen Prüfungen an öffentlichen Schulen entsprechen.</p> | <p>dd) im Unterricht erbrachte Leistungen auf das Prüfungsergebnis angerechnet werden,</p> <p>c) in Schulen mit mehreren Bildungsgängen die Teilnahme an den für die jeweilige Jahrgangsstufe vorgesehenen Abschlussprüfungen unabhängig von der angestrebten Abschlussqualifikation,</p> <p>d) Zusammensetzung der Prüfungsausschüsse, Bestellung der Prüferinnen und Prüfer und Vorsitz bei Prüfungen,</p> <p>e) das weitere Prüfungsverfahren,</p> <p>f) Folgen einer Leistungsverweigerung und der Verwendung unerlaubter Hilfsmittel,</p> <p>g) Berechtigungen, die durch die erfolgreich abgelegte Prüfung erworben werden, sowie die Erteilung von Prüfungszeugnissen,</p> <p>h) Nichtschülerprüfungen; dabei kann vorgesehen werden, dass eine Prüfungsgebühr erhoben wird,</p> <p>i) Ordnungen für außerschulische Prüfungen, sofern für diese Prüfungen ein öffentliches Bedürfnis besteht; dies schließt die Möglichkeit ein, außerschulische Prüfungen als schulische Prüfungen anzuerkennen, sofern Zulassungsvoraussetzungen, Umfang, Inhalt und Anforderungen den jeweiligen Prüfungen an öffentlichen Schulen entsprechen.</p> | <p>Mit der Ergänzung der Regelungen (Buchst. c) für Prüfungen wird die Rechtsgrundlage dafür geschaffen, dass SchülerInnen von Schulen, in denen verschiedene Bildungsgänge miteinander verbunden sind, auch an Abschlussprüfungen derjenigen Bildungsgänge teilnehmen können, deren Abschluss sie selbst nicht anstreben (bspw. Die Teilnahme an der Hauptschulabschlussprüfung durch SchülerInnen der Jahrgangsstufe 9 des mittleren Bildungsganges)</p> |
| <p>Vierter Abschnitt</p> | <p>Vierter Abschnitt</p> | <p>Aufgrund der Ergänzung des Vierten Abschnitts um § 82a durch Gesetz vom 10.6.2011 (GVBl. I</p> |

| | | |
|---|---|--|
| <p>Pädagogische Maßnahmen und Ordnungsmaßnahmen</p> | <p>Pädagogische Maßnahmen, Ordnungsmaßnahmen und Maßnahmen zum Schutz von Personen</p> | <p>S. 267) und des durch das vorliegende Gesetz einzufügenden § 82b ist es erforderlich, die Abschnittsüberschrift neu und damit präziser zu fassen.</p> |
| <p>§ 82 Pädagogische Maßnahmen und Ordnungsmaßnahmen</p> <p>(1) Die Erfüllung des Bildungsauftrages der Schule ist vor allem durch pädagogische Maßnahmen zu gewährleisten, die der Entwicklung des Lern- und Leistungswillens der Schülerin oder des Schülers und der Bereitschaft zu verantwortlichem sozialen Handeln nach den Grundsätzen der Toleranz, der Gerechtigkeit und der Solidarität dienen und möglichem Fehlverhalten vorbeugen sollen.</p> <p>(2) Ordnungsmaßnahmen sind</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ausschluss vom Unterricht für den Rest des Schultages, erforderlichenfalls mit der Verpflichtung, am Unterricht einer | <p>§ 82 Pädagogische Maßnahmen und Ordnungsmaßnahmen</p> <p>(1) Die Erfüllung des Bildungsauftrages der Schule ist vor allem durch pädagogische Maßnahmen zu gewährleisten, die der Entwicklung des Lern- und Leistungswillens der Schülerin oder des Schülers und der Bereitschaft zu verantwortlichem sozialen Handeln nach den Grundsätzen der Toleranz, der Gerechtigkeit und der Solidarität dienen und möglichem Fehlverhalten vorbeugen sollen.</p> <p>Zu den pädagogischen Maßnahmen gehören neben der Androhung von Ordnungsmaßnahmen nach Abs. 2 Satz 1 insbesondere das Gespräch mit der Schülerin oder dem Schüler mit dem Ziel, eine Veränderung des Verhaltens zu erreichen, die Ermahnung, Gruppengespräche mit Schülerinnen und Schüler und Eltern, die formlose mündliche oder schriftliche Missbilligung des Fehlverhaltens, die Beauftragung mit Aufgaben, die geeignet sind, die Schülerin oder den Schüler das Fehlverhalten erkennen zu lassen, Nachholen schuldhaft versäumten Unterrichts nach vorheriger Benachrichtigung der Eltern und die zweitweise Wegnahme von Gegenständen, die den Unterricht oder die Ordnung der Schule stören oder stören können.</p> | <p>Mit der Novelle vom 10.6.2011 wurde Abs. 1 dahingehend verschlankt, dass die beispielhafte Aufzählung der pädagogischen Maßnahmen gestrichen und in § 64 Abs. 2 der VO zur Gestaltung der Schulverhältnisse übernommen wurde. Seitdem hat sich jedoch gezeigt, dass dies zu Verwirrungen in der praktischen Anwendung vor Ort führt. Im Sinne der Normklarheit werden daher die pädagogischen Maßnahmen wieder in das Gesetz aufgenommen.</p> |

| | | |
|---|---|--|
| <p>anderen Klasse oder Lerngruppe teilzunehmen,</p> <ol style="list-style-type: none"> 2. Ausschluss von besonderen Klassen- oder Schulveranstaltungen sowie vom Unterricht in Wahlfächern und freiwilligen Unterrichtsveranstaltungen, 3. vorübergehende Zuweisung in eine Parallelklasse oder in eine andere Lerngruppe bis zu einer Dauer von vier Wochen, 4. Zuweisung in eine Parallelklasse oder in eine andere Lerngruppe, 5. vorübergehender Ausschluss vom Schulbesuch bis zu einer Dauer von zwei Wochen, 6. Überweisung in den gleichen Bildungsgang einer anderen Schule, 7. Verweisung von der besuchten Schule. <p>Ordnungsmaßnahmen nach Nr. 2 bis 5 können als pädagogische Maßnahme vorher schriftlich angedroht werden. Ordnungsmaßnahmen nach Nr. 6 und 7 sind vorher schriftlich anzudrohen; von der vorherigen Androhung kann im Einzelfall abgesehen werden, wenn dies den Umständen des Fehlverhaltens der Schülerin oder des Schülers nicht mehr angemessen ist.</p> <p>(3) Körperliche Züchtigung und andere herabsetzende Maßnahmen sind verboten.</p> <p>(4) Ordnungsmaßnahmen sind nur zulässig, wenn</p> | <p>Ordnungsmaßnahmen nach Satz 1 Nr. 2 bis 5 können als pädagogische Maßnahme vorher schriftlich angedroht werden. Ordnungsmaßnahmen nach Satz 1 Nr. 6 und 7 sind vorher schriftlich anzudrohen; von der vorherigen Androhung kann im Einzelfall abgesehen werden, wenn dies den Umständen des Fehlverhaltens der Schülerin oder des Schülers nicht mehr angemessen ist.</p> <p>(4) Ordnungsmaßnahmen sind nur zulässig, wenn</p> | <p>Redaktionelle Anpassung ohne Änderung der Rechtslage.</p> |
|---|---|--|

| | | |
|---|---|--|
| <p>1. die Schülerin oder der Schüler in der Schule schuldhaft gegen eine Rechtsnorm, Verwaltungsanordnung oder die Schulordnung verstößt oder Anweisungen der Schulleiterin oder des Schulleiters, der Lehrerinnen und Lehrer oder sonstiger dazu befugter Personen nicht befolgt, sofern die Anweisungen zur Erfüllung des Unterrichts- und Erziehungsauftrags der Schule notwendig sind oder dem Schutz von Personen und Sachen dienen und pädagogische Maßnahmen und Mittel sich als wirkungslos erwiesen haben,</p> <p>2. der Schutz von Personen und Sachen diese erfordert.</p> <p>(5) Ordnungsmaßnahmen nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 bis 4 dürfen nur bei erheblicher Störung des Schul- oder Unterrichtsbetriebs, bei Gefährdung der Sicherheit beteiligter Personen oder Verursachung erheblicher Sachschäden und dadurch bedingter Beeinträchtigung von Unterricht und Erziehung der Mitschülerinnen und -schüler angewendet werden. Ordnungsmaßnahmen nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 bis 7 dürfen nur bei besonders schweren Störungen des Schul- oder Unterrichtsbetriebs oder schwerer Verletzung der Sicherheit beteiligter Personen und dadurch bedingter anhaltender Gefährdung von Unterricht und Erziehung der Mitschülerinnen und -schüler angewendet werden. Neben Maßnahmen des Straf-, Ordnungswidrigkeiten- oder Kinder- und Jugendhilferechts dürfen Ordnungsmaßnahmen nach Abs. 2 Satz 1 Nr.</p> | <p>1. die Schülerin oder der Schüler in der Schule schuldhaft gegen eine Rechtsnorm, Verwaltungsanordnung oder die Schulordnung verstößt oder Anweisungen der Schulleiterin oder des Schulleiters, der Lehrerinnen und Lehrer oder sonstiger dazu befugter Personen nicht befolgt, sofern die Anweisungen zur Erfüllung des Unterrichts- und Erziehungsauftrags der Schule notwendig sind oder dem Schutz von Personen und Sachen dienen und pädagogische Maßnahmen und Mittel sich als wirkungslos erwiesen haben, oder</p> | <p>Klarstellung, dass es sich um alternative Regelungen handelt.</p> |
|---|---|--|

| | | |
|---|---|--|
| <p>5 bis 7 nur angewendet werden, wenn sie zusätzlich erforderlich sind und den Zwecken der anderen Maßnahmen nicht entgegenstehen.</p> <p>(6) Die Anwendung von Ordnungsmaßnahmen soll so rechtzeitig erfolgen, dass der Bezug zum Fehlverhalten nicht verloren geht. Bei Entscheidungen über Ordnungsmaßnahmen ist das Verhalten der einzelnen Schülerin oder des einzelnen Schülers innerhalb der Schule maßgebend. Außerschulisches Verhalten der Schülerin oder des Schülers darf nur Gegenstand einer Ordnungsmaßnahme sein, soweit es sich auf den Schul- und Unterrichtsbetrieb unmittelbar störend auswirkt.</p> <p>(7) Kommt eine Ordnungsmaßnahme nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 6 und 7 in Betracht, so kann die Schülerin oder der Schüler von der Schulleiterin oder dem Schulleiter vorläufig vom Unterricht und von sonstigen Schulveranstaltungen bis zur endgültigen Entscheidung, längstens aber bis zu vier Wochen, ausgeschlossen werden, wenn es die Aufrechterhaltung des Schul- oder Unterrichtsbetriebs oder die Sicherheit von Personen erfordert.</p> <p>(8) Eine Ordnungsmaßnahme nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 ist ferner bei nicht mehr vollzeitschulpflichtigen Schülerinnen und Schülern zulässig, die eine weiterführende Schule besuchen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Schülerin oder der Schüler im Verlauf von sechs zusammenhängenden Unterrichtswochen insgesamt mindestens | <p>(6) Die Anwendung von Ordnungsmaßnahmen soll so rechtzeitig erfolgen, dass der Bezug zum Fehlverhalten nicht verloren geht. Bei Entscheidungen über Ordnungsmaßnahmen ist das Verhalten der einzelnen Schülerin oder des einzelnen Schülers innerhalb der Schule maßgebend. Außerschulisches Verhalten der Schülerin oder des Schülers darf nur Gegenstand einer Ordnungsmaßnahme sein, soweit es sich auf den Schul- und Unterrichtsbetrieb unmittelbar störend auswirkt.</p> <p>Der Anwendung einer Ordnungsmaßnahme kann ein Mediationsverfahren vorausgehen; bei erfolgreicher Mediation kann auf die Ordnungsmaßnahme verzichtet werden.</p> <p>(8) Eine Ordnungsmaßnahme nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 ist ferner bei nicht mehr vollzeitschulpflichtigen Schülerinnen und Schülern zulässig, die eine weiterführende allgemein bildende Schule besuchen, wenn</p> | <p>Bereits im Rahmen der Neugestaltung der VO zur Gestaltung des Schulverhältnisses vom 19.8.2011 (ABl. S. 546) wurde eine untergesetzliche Grundlage für ein Mediationsverfahren im Rahmen schulischer Ordnungsmaßnahmen geschaffen. Ziel war es, die konfliktlösende Wirkung des Mediationsverfahrens als wirkungsvolle Ergänzung der Ordnungsmaßnahmen nach § 82 Abs. 2 des Gesetzes zu nutzen. Nachdem die Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass das Verfahren die Erwartungen erfüllt hat, soll nun mit der vorliegenden Änderung für das Mediationsverfahren auch eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden. Die Ergänzung des Gesetzes beschränkt sich dabei nicht nur auf die Regelung, das Verfahren über Ordnungsmaßnahmen zu ergänzen. Vielmehr wird es, entsprechend der Zielsetzung der Mediation, Konflikte zu lösen, auch ermöglicht, nach der erfolgreichen Durchführung einer Mediation auf eine Ordnungsmaßnahme zu verzichten.</p> <p>Mit dem Verweis auf die allgemein bildende Schule wird klargestellt, dass die Regelung des Abs. 8 nicht auf die Bildungsgänge der beruflichen Schulen anzuwenden ist. Eine Änderung der bisherigen Rechtslage ist damit nicht verbunden.</p> |
|---|---|--|

| | | |
|--|--|--|
| <p>sechs Unterrichtstage dem Unterricht unentschuldig ferngeblieben ist; vor einer Entscheidung ist ihr oder ihm, bei minderjährigen Schülerinnen und Schülern den Eltern, schriftlich der Rat zu erteilen, die Schule zu verlassen; oder</p> <p>2. durch die wiederholte und unentschuldigte Abwesenheit der Schülerin oder des Schülers bei angekündigten schriftlichen Leistungsnachweisen in mindestens zwei Unterrichtsfächern oder Lernbereichen keine Möglichkeit besteht, die schriftlichen Leistungen zu bewerten, und dies rechtzeitig vorher angekündigt wurde.</p> <p>Besondere Bestimmungen über die Teilnahme am Unterricht und über schriftliche Arbeiten bleiben unberührt.</p> <p>(9) Die Entscheidungen nach Abs. 2 Satz 1 trifft</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Schulleiterin oder der Schulleiter in den Fällen der <ol style="list-style-type: none"> a) Nr. 1 auf Antrag einer Lehrkraft, b) Nr. 2 bis 5 auf Antrag der Klassenkonferenz, 2. im Übrigen die zuständige Schulaufsichtsbehörde auf Antrag der Schulleiterin oder des Schulleiters nach Beschluss der Klassenkonferenz. <p>Die Androhung nach Abs. 2 Satz 2 und 3 erfolgt durch die Schulleiterin oder den Schulleiter. Vor</p> | | |
|--|--|--|

| | | |
|---|--|--|
| <p>einer Entscheidung nach Satz 1 sind die Schülerin oder der Schüler und, außer in den Fällen des Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, die Eltern in den Grenzen des § 72 Abs. 4 anzuhören. Im Rahmen der Anhörung kann, außer in den Fällen des Abs. 2 Satz 1 Nr. 6 und 7, eine Erziehungsvereinbarung nach § 100 Abs. 2 geschlossen werden.</p> <p>(10) Eintragungen und Vorgänge über Ordnungsmaßnahmen sind spätestens am Ende des zweiten Schuljahres nach der Eintragung zu löschen, sofern nicht während dieser Zeit eine erneute Ordnungsmaßnahme getroffen wurde.</p> <p>(11) Das Verfahren bei Ordnungsmaßnahmen wird durch Rechtsverordnung näher geregelt; dabei kann vorgesehen werden, dass der Schulleiterbeirat und der Schülerrat in einer die Interessen der betroffenen Schülerinnen und Schüler berücksichtigenden Weise beteiligt werden.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 82a Maßnahmen zum Schutz von Personen</p> <p>(1) Die Schulleiterin oder der Schulleiter kann geeignete Maßnahmen nach § 82 Abs. 1 und 2 Satz 1 Nr. 3 und 5 auch dann ergreifen, wenn die Schülerin oder der Schüler nicht schuldhaft gehandelt hat und die Maßnahme zum Schutz von Personen erforderlich ist. § 82 Abs. 5 und 9 gilt entsprechend.</p> <p>(2) Die Schulleiterin oder der Schulleiter kann Maßnahmen nach § 82 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und 5 auch dann ergreifen, wenn aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte eine schwere Störung des Schul- oder Unterrichtsbetriebs oder eine schwere Gefährdung der Sicherheit beteiligter</p> | | |

| | | |
|---|---|---|
| <p>Personen zu erwarten ist und anderweitiges vorbeugendes Handeln nicht möglich oder nicht ausreichend ist. § 82 Abs. 9 gilt entsprechend. Von einer Anhörung kann im Einzelfall dann abgesehen werden, wenn eine sofortige Entscheidung wegen Gefahr im Verzug notwendig erscheint. In diesen Fällen ist die Anhörung nachzuholen.</p> <p>(3) Das Verfahren bei Maßnahmen zum Schutz von Personen wird durch Rechtsverordnung näher geregelt.</p> | | |
| | <p style="text-align: center;">§ 82b Ausschluss von der Ausbildung</p> <p>(1) Schülerinnen, Schüler und Studierende, die an einer Fachschule für Sozialwesen nach § 42 Abs. 3 oder an einer höheren Berufsfachschule für Sozialassistenten ausgebildet werden, sind von der Ausbildung auszuschließen, wenn sie sich als charakterlich ungeeignet für die Teilnahme an praktischen Ausbildungsstationen oder für die angestrebte Berufstätigkeit erwiesen haben. Charakterlich ungeeignet ist in der Regel, wer rechtskräftig wegen eines Verbrechens oder eines vorsätzlichen Vergehens nach</p> | <p>In der VO über die Ausbildung und die Prüfungen an den Fachschulen für Sozialwesen vom 23.7.2013 ist vorgesehen, dass Studierende, die wegen schwerer Verfehlungen nicht geeignet sind, den Beruf als staatlich anerkannte Erzieher oder Heilerziehungspfleger auszuüben, von der Ausbildung ausgeschlossen werden können. Da dies mit einem Eingriff in Art. 12 des Grundgesetzes (Berufsfreiheit) verbunden ist, der dem Gesetzesvorbehalt unterliegt, bedarf es hierfür einer eigenständigen gesetzlichen Norm. Diese wird mit dem neuen § 82b geschaffen. Zugleich werden die Anforderungen an einen Ausschluss konkretisiert.</p> <p>Abs. 1 definiert zum einen den Personenkreis, der von einem Ausschluss betroffen sein kann. Die Benennung der Fachschule für Sozialwesen nach § 42 Abs. 3 des Gesetzes sowie der Höheren Berufsfachschule für Sozialassistenten stellt klar, dass der Ausschluss nur von diesen Ausbildungen möglich ist und eine analoge Anwendung auf andere Ausbildungen ausscheidet. Zum anderen knüpft Abs. 1 den Ausschluss an den unbestimmten Rechtsbegriff der fehlenden charakterlichen Eignung für den angestrebten Beruf oder die Teilnahme an praktischen Ausbildungsstationen.</p> |

| | | |
|--|--|--|
| | <p>1. den §§ 109h, 171, 174 bis 174c, 176 bis 180a, 181a, 182 bis 184g, 225, 232 bis 233a; 234, 235 oder 236 des Strafgesetzbuches,</p> <p>2. dem Betäubungsmittelgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. März 1994 (BGBl. I S. 358), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 2016 (BGBl. I S. 1666), oder</p> <p>3. dem Jugendschutzgesetz vom 23. Juli 2002 (BGBl. I S. 2730), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 2016 (BGBl. I S. 1666), dem Jugendschutzgesetz vom 25. Februar 1985 (BGBl. I S. 425), aufgehoben durch Gesetz vom 23. Juli 2002 (BGBl. I S. 2730), oder dem Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit oder dem Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte vom 9. Juni 1953 (BGBl. I S. 377), aufgehoben durch Gesetz vom 23. Juli 2002 (BGBl. I S. 2730)</p> <p>zu einer Freiheitsstrafe oder zu einer Geldstrafe von mindestens 180 Tagessätzen verurteilt worden ist.</p> | <p>nen und benennt in einer abschließenden Aufzählung die Straftaten, die wenn die betroffene Person wegen einer solchen rechtskräftig verurteilt wurde, regelmäßig zur Feststellung eines Eignungsmangels und damit zu einem Ausschluss führen. Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit wird dabei der Ausspruch von Freiheitsstrafe oder einer Geldstrafe in Höhe von mind. 180 Tagessätzen vorausgesetzt, und der Katalog der indiziellen Straftaten ist auf Verbrechen und vorsätzlich begangene Vergehen beschränkt. Soweit es das StGB betrifft, handelt es sich im Einzelnen um folgende Straftaten:</p> <ul style="list-style-type: none"> – §109h Anwerben für fremden Wehrdienst – § 171 Verletzung der Fürsorge- o. Erziehungspflicht – § 174 Sexueller Missbrauch von Schutzbefohlenen – § 174a Sexueller Missbrauch von Gefangenen, behördlich Verwahrten oder Kranken und Hilfsbedürftigen in Einrichtungen – § 174b Sexueller Missbrauch unter Ausnutzung einer Amtsstellung – § 174c Sexueller Missbrauch unter Ausnutzung eines Beratungs-, Behandlungs- oder Betreuungsverhältnisses – § 176 Sexueller Missbrauch von Kindern – § 176a Schwerer sexueller Missbrauch von Kindern – § 176b Sexueller Missbrauch von Kindern mit Todesfolge – § 177 Sexuelle Nötigung; Vergewaltigung – § 178 Sexueller Missbrauch – § 179 Sexueller Missbrauch widerstandsunfähiger Personen – § 180 Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger – § 180a Ausbeutung von Prostituierten – § 181a Zuhälterei – § 182 Sexueller Missbrauch von Jugendlichen – § 183 Exhibitionistische Handlungen – § 183a Erregung öffentlichen Ärgernisses – § 184 Verbreitung pornografischer Schriften |
|--|--|--|

| | | |
|--|---|--|
| | <p>(2) Bestehen Zweifel, ob Schülerinnen, Schüler und Studierende aus physischen oder psychischen Gründen für die künftige Ausübung des Berufs dauerhaft geeignet sind, können sie von der Ausbildung ausgeschlossen werden. Grundlage für den Ausschluss ist ein amtsärztliches Gutachten: Die Betroffenen sind verpflichtet, sich</p> | <ul style="list-style-type: none"> – § 184a Verbreitung gewalt- oder tierpornografischer Schriften – § 184b Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornografischer Schriften – § 184c Verbreitung, Erwerb und Besitz jugendpornografischer Schriften – § 184d Zugänglichmachen pornographischer Inhalte mittels Rundfunk oder Telemedien; Abruf kinder- und jugendpornographischer Inhalte mittels Telemedien – § 184e Veranstaltung und Besuch kinder- und jugendpornographischer Darbietungen – § 184f Ausübung verbotener Prostitution – § 184g Jugendgefährdende Prostitution – § 225 Misshandlung von Schutzbefohlenen – § 232 Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung – § 233 Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft – § 233a Förderung des Menschenhandels – § 234 Menschenraub – § 235 Entziehung Minderjähriger – § 236 Kinderhandel <p>Die Auflistung der Straftaten folgt an dieser Stelle dem § 25 des Gesetzes zum Schutz der arbeitenden Jugend /Jugendarbeitsschutzgesetz“ des Bundes vom 12.4.1974 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3.3.2016 (BGBl. I S. 369) Dieser Anknüpfungspunkt ist sachgerecht, da in beiden Fällen vermieden werden soll, dass charakterlich ungeeignete Personen ihre Obhut über Schutzbefohlene im eigenen Interesse missbrauchen.</p> <p>Unabhängig von einem persönlichen Verschulden, wie es Abs. 1 erfordert, kann ein Ausschluss von der Ausbildung auch dann erfolgen, wenn die oder der Betroffene aus physischen oder psychischen Gründen für die künftige Ausbildung des</p> |
|--|---|--|

| | | |
|--|---|---|
| | <p>auf Anordnung der Schulaufsichtsbehörde amtsärztlich untersuchen zu lassen. Entziehen sie sich ohne hinreichenden Grund der Verpflichtung, können sie so behandelt werden, als wäre die dauerhafte Nichteignung amtsärztlich festgestellt worden. Die Kosten der nach Satz 3 angeordneten Untersuchung trägt das Land.</p> <p>(3) Die Entscheidung über einen Ausschluss nach Abs. 1 oder 2 trifft die Schulaufsichtsbehörde auf Antrag der Schulleiterin oder des Schulleiters.</p> <p>(4) Das Verfahren des Ausschlusses nach Abs. 1 bis 3 wird durch Rechtsverordnung näher geregelt.</p> | <p>Berufs dauerhaft ungeeignet ist. Die Entscheidung hierüber ist nur dann möglich, wenn ein amtsärztliches Gutachten zu dem Schluss kommt, dass mangelnde gesundheitliche Eignung von Dauer ist, somit keine Aussicht besteht, dass die oder der Betroffene innerhalb eines absehbaren Zeitraums wieder die Eignung für die angestrebte Berufsausübung erlangt. Abs. 2 regelt insofern die Voraussetzung für einen Ausschluss von der Ausbildung aus gesundheitl. Gründen. Das eingeräumte Ermessen ist insbesondere dazu geeignet, im Einzelfall zu einer verhältnismäßigen Anwendung zu gelangen. So kommt ein Ausschluss nicht in Frage, wenn SchülerInnen oder Studierende von vornherein nicht in dem Beruf arbeiten wollen, auf den die Ausbildung vorbereitet, sondern die Kompetenz aus anderen Gründen erwerben wollen, z. B. zu journalistischen Zwecken.</p> <p>Ergänzend wird das Verfahren geregelt, dass zu solchen Gutachten führt. Satz 3 regelt eine entsprechende Mitwirkungspflicht der oder des Betroffenen sowie die Zuständigkeit der Schulaufsichtsbehörde zur Anordnung einer amtsärztlichen Untersuchung. Wird der Untersuchungspflicht nicht entsprochen, steht es im pflichtgemäßen Ermessen des zuständigen SSA zu entscheiden, ob eine dauerhafte Nichteignung vorliegt. Satz 5 regelt die Kostentragungspflicht. Diese obliegt dem Land, da nach Satz 3 durch dieses die Untersuchung angeordnet wurde.</p> <p>Abs. 3 regelt die Zuständigkeit für die Entscheidung über den Ausschluss von der Ausbildung.</p> <p>Zur Konkretisierung der Verfahrensschritte, die seitens der SchulleiterIn und des SSA als zuständiger Schulaufsichtsbehörde zu beachten sind,</p> |
|--|---|---|

| | | |
|--|---|---|
| | | sind Festlegungen in einer Rechtsverordnung zu treffen. |
| SECHSTER TEIL Datenschutz | | |
| <p style="text-align: center;">§ 83 Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten</p> <p>(1) Schulen dürfen personenbezogene Daten von Schülerinnen und Schülern, deren Eltern und Lehrerinnen und Lehrern verarbeiten, soweit dies zur rechtmäßigen Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule und für einen jeweils damit verbundenen Zweck oder zur Durchführung schulorganisatorischer Maßnahmen erforderlich ist.</p> <p>Über jede Schülerin und jeden Schüler wird eine Schülerakte geführt; sie ist vertraulich zu behandeln und vor unbefugter Einsicht zu schützen. Zur Schülerakte gehören alle Unterlagen einschließlich der in Dateien gespeicherten, die die Schülerin oder den Schüler betreffen, soweit sie mit dem Schulverhältnis in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen (Schüleraktendaten). Die Übermittlung personenbezogener Daten an andere öffentliche Stellen ist zulässig, soweit die Kenntnis der Daten zur Erfüllung der dem Empfänger durch Rechtsvorschrift zugewiesenen Aufgaben erforderlich ist.</p> <p>(2) Schulträger und Schulaufsichtsbehörden dürfen personenbezogene Daten von Schülerinnen und Schülern, deren Eltern und Lehrerinnen und Lehrern verarbeiten, soweit dies zur rechtmäßigen Erfüllung der in ihrer Zuständigkeit liegenden Aufgaben der Schulplanung, der Schulorganisa-</p> | <p style="text-align: center;">§ 83 Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten</p> | |

| | | |
|--|--|--|
| <p>tion und der Schulaufsicht und einem jeweils damit verbundenen Zweck oder zur Durchführung organisatorischer Maßnahmen erforderlich ist. Abs. 1 Satz 4 gilt entsprechend.</p> <p>(3) Schülerinnen und Schüler, deren Eltern und Lehrerinnen und Lehrer sind verpflichtet, die erforderlichen Angaben zu machen.</p> <p>(4) Zur Evaluation der Schulen nach § 98 können die Schulen und die Schulaufsichtsbehörden oder von ihnen beauftragte Dritte methodisch geeignete Verfahren einsetzen und durch Befragungen, Erhebungen und Unterrichtsbeobachtungen gewonnene Daten verarbeiten.</p> <p>Die Betroffenen werden vorab über das Ziel des Vorhabens, die Art ihrer Beteiligung an der Untersuchung, die Verarbeitung ihrer Daten sowie über die zur Einsichtnahme in die Daten und Ergebnisse Berechtigten informiert. Personenbezogene Daten für diese Zwecke dürfen ohne Einwilligung der Betroffenen verarbeitet werden, wenn das öffentliche Interesse an der Durchführung eines von der obersten Schulaufsichtsbehörde veranlassten oder genehmigten Vorhabens die schutzwürdigen Belange der Betroffenen erheblich überwiegt und der Zweck des Vorhabens auf andere Weise nicht oder nur mit einem unverhältnismäßigen Aufwand erreicht werden kann. Unter diesen Voraussetzungen dürfen personenbezogene Daten auch Dritten, die mit der externen Evaluation beauftragt sind, überlassen werden. § 33 Abs. 2 und 3 des Hessischen Datenschutzgesetzes in der Fassung vom 7. Januar 1999 (GVBl. I S. 98) gilt entsprechend.</p> <p>(5) Für Zwecke der Lehreraus- und -fortbildung sowie der Qualitätsentwicklung des Unterrichts</p> | <p>Die Betroffenen werden vorab über das Ziel des Vorhabens, die Art ihrer Beteiligung an der Untersuchung, die Verarbeitung ihrer Daten sowie über die zur Einsichtnahme in die Daten und Ergebnisse Berechtigten informiert. Personenbezogene Daten für diese Zwecke dürfen ohne Einwilligung der Betroffenen verarbeitet werden, wenn das öffentliche Interesse an der Durchführung eines von der obersten Schulaufsichtsbehörde veranlassten oder genehmigten Vorhabens die schutzwürdigen Belange der Betroffenen erheblich überwiegt und der Zweck des Vorhabens auf andere Weise nicht oder nur mit einem unverhältnismäßigen Aufwand erreicht werden kann. Unter diesen Voraussetzungen dürfen personenbezogene Daten auch Dritten, die mit der externen Evaluation beauftragt sind, überlassen werden. § 33 Abs. 2 und 3 des Hessischen Datenschutzgesetzes in der Fassung vom 7. Januar 1999 (GVBl. I S. 98) gilt entsprechend.</p> | <p>Da das Hessische Datenschutzgesetz zu den allgemein bekannten Gesetzen zählt, wird künftig auf das Vollzitat des Gesetzes verzichtet.</p> |
|--|--|--|

dürfen Bild- und Tonaufzeichnungen des Unterrichts erfolgen, wenn die Betroffenen rechtzeitig über die beabsichtigte Aufzeichnung und den Aufzeichnungszweck schriftlich informiert worden sind und nicht widersprochen haben. Die Aufzeichnungen sind spätestens nach fünf Jahren zu löschen, soweit schutzwürdige Belange der Betroffenen nicht eine frühere Löschung erfordern.

(6) Im Rahmen der Schulgesundheitspflege und der Tätigkeit der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen dürfen die für die Durchführung der schulärztlichen oder schulpsychologischen Untersuchungen sowie sonderpädagogischen Überprüfungen nach § 71 erforderlichen personenbezogenen Daten verarbeitet werden. Der schulärztliche Dienst und die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen dürfen der Schule nur das Ergebnis der Pflichtuntersuchungen übermitteln.

Personenbezogene Daten über freiwillige Untersuchungen dürfen nur mit schriftlicher Einwilligung der Betroffenen übermittelt werden. Medizinische Befunde dürfen nicht automatisiert verarbeitet werden, ausgenommen die medizinischen Befunde der für die Schulgesundheitspflege zuständigen Behörden (§ 149).

Die von den Schulpsychologinnen und Schulpsychologen erhobenen personenbezogenen Daten dürfen automatisiert nur verarbeitet werden, wenn sie dabei nach dem jeweiligen Stand der Technik hinreichend sicher verschlüsselt werden. Die Übermittlung personenbezogener Daten durch die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen ist zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Kenntnis der Daten zur Abwehr einer erheblichen Gefahr für die

| | | |
|--|--|--|
| <p>öffentliche Sicherheit oder zur Abwehr einer erheblichen Gefährdung Dritter erforderlich ist.</p> <p>(7) Die automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten darf in der Schule nur mit schuleigenen Datenverarbeitungsgeräten erfolgen, es sei denn, dass die Beachtung der erforderlichen Datensicherheitsmaßnahmen gewährleistet ist.</p> <p>(8) Soweit in diesem Gesetz nichts anderes geregelt ist, gilt das Hessische Datenschutzgesetz in der jeweils geltenden Fassung.</p> <p>(9) Umfang und Einzelheiten der personenbezogenen Datenverarbeitung in der Schule werden durch Rechtsverordnung näher geregelt; dabei ist zu bestimmen, welche Sicherheitsmaßnahmen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten außerhalb der Schule zu berücksichtigen sind.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 84 Wissenschaftliche Forschung</p> <p>(1) Wissenschaftliche Forschungsvorhaben in Schulen bedürfen der Genehmigung des Kultusministeriums; die Befugnis kann auf die Schulaufsichtsbehörden übertragen werden. Die Genehmigung erziehungswissenschaftlicher Forschungsvorhaben soll erteilt werden, wenn die Erfüllung des Bildungsauftrages der Schule hierdurch nicht unangemessen beeinträchtigt wird. Vor Erteilung der Genehmigung ist die Schulkonferenz zu hören. Die Genehmigung von Forschungsvorhaben, bei denen personenbezogene Daten verarbeitet werden, ist dem Hessischen Datenschutzbeauftragten mitzuteilen.</p> | <p style="text-align: center;">§ 84 Wissenschaftliche Forschung</p> <p>(1) Wissenschaftliche Forschungsvorhaben in Schulen bedürfen der Genehmigung des Kultusministeriums; die Befugnis kann auf die Schulaufsichtsbehörden übertragen werden. Die Genehmigung erziehungswissenschaftlicher Forschungsvorhaben soll erteilt werden, wenn die Erfüllung des Bildungsauftrages der Schule hierdurch nicht unangemessen beeinträchtigt wird. Vor Durchführung der mit den Forschungsvorhaben verbundenen Untersuchungen an einer Schule ist deren Schulkonferenz zu hören. Die Genehmigung von Forschungsvorhaben, bei denen personenbezogene Daten verarbeitet werden, ist dem Hessischen Datenschutzbeauftragten mitzuteilen.</p> | <p>Zur Verfahrensbeschleunigung bei der Genehmigung von wissenschaftlichen Forschungsvorhaben an Schulen wird im Interesse der wissenschaftlichen Forschung die Anhörung der betroffenen Schulkonferenz dem Genehmigungsverfahren nachgelagert. Die Partizipationsrechte der Mitglieder der Schulkonferenz bleiben dadurch gewährt, dass die Konferenz vor der Durchführung des Forschungsvorhabens an der Einzelschule anzuhören ist.</p> |

| | | |
|---|--|--|
| <p>(2) Personenbezogene Daten dürfen für ein bestimmtes wissenschaftliches Forschungsvorhaben in der Regel nur mit Einwilligung der Eltern oder der volljährigen Schülerinnen und Schüler verarbeitet werden. Die Einwilligung bedarf der Schriftform, soweit nicht wegen besonderer Umstände eine andere Form angemessen ist. Personenbezogene Daten dürfen ohne Einwilligung der Betroffenen verarbeitet werden, soweit deren schutzwürdige Belange wegen der Art der Daten, wegen ihrer Offenkundigkeit oder wegen der Art der Verwendung nicht beeinträchtigt werden. Der Einwilligung der Betroffenen bedarf es auch nicht, wenn das öffentliche Interesse an der Durchführung des Forschungsvorhabens die schutzwürdigen Belange der Betroffenen erheblich überwiegt und der Zweck der Forschung nicht auf andere Weise erreicht werden kann. Die Betroffenen sind darauf hinzuweisen, dass sie die Einwilligung ohne Rechtsnachteile verweigern können; sie sind dabei über das Ziel und den wesentlichen Inhalt des Forschungsvorhabens, die Art ihrer Beteiligung an der Untersuchung sowie die Verarbeitung der erhobenen Daten aufzuklären. § 33 Abs. 2 und 3 des Hessischen Datenschutzgesetzes gilt entsprechend.</p> <p>(3) Abs. 2 gilt entsprechend für Untersuchungen in Schulen, die vom Kultusministerium oder in dessen Auftrag durchgeführt werden.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 85 Statistische Erhebungen</p> <p>Durch Rechtsverordnung können die öffentlichen Schulen und im Rahmen der in Art. 7 Abs. 4 des Grundgesetzes gewährten Privatschulfreiheit die Träger von Schulen in freier Trägerschaft verpflichtet werden, für statistische Zwecke Daten</p> | | |

| | | |
|--|--|--|
| <p>über schul- und ausbildungsbezogene Tatbestände zur Evaluierung, Bildungsberichterstattung und Bildungsplanung an das Kultusministerium und an das Statistische Landesamt zu übermitteln.</p> <p>Das Statistische Landesamt kann Einzelangaben für die in Satz 1 genannten Zwecke auf Anforderung auch dem Kultusministerium übermitteln, wenn beim Empfänger die statistische Geheimhaltung durch personelle, organisatorische und räumliche Abschottung gewährleistet ist.</p> <p>Im Übrigen findet das Hessische Landesstatistikgesetz vom 19. Mai 1987 (GVBl. I S. 67), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 2010 (GVBl. I S. 178), in der jeweils geltenden Fassung entsprechende Anwendung.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">SIEBTER TEIL</p> <p style="text-align: center;">Lehrkräfte, Schulleitung und Schulaufsicht</p> <p style="text-align: center;">E r s t e r A b s c h n i t t</p> <p style="text-align: center;">Lehrkräfte und Schulleitung</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 86</p> <p style="text-align: center;">Rechtsstellung der Lehrerinnen und Lehrer</p> <p>(1) Lehrerin oder Lehrer im Sinne dieses Gesetzes ist, wer an einer Schule selbstständig Unterricht erteilt. Lehrerinnen und Lehrer an öffentlichen Schulen sind in der Regel Bedienstete des Landes. Sie sind in der Regel in das Beamtenverhältnis zu berufen.</p> <p>(2) Die Lehrerinnen und Lehrer erziehen, unterrichten, beraten und betreuen in eigener Verantwortung im Rahmen der Grundsätze und Ziele der §§ 1 bis 3 sowie der sonstigen Rechts- und</p> | <p style="text-align: center;">§ 86</p> <p style="text-align: center;">Rechtsstellung der Lehrerinnen und Lehrer</p> | |

| | | |
|---|--|--|
| <p>Verwaltungsvorschriften und der Konferenzbeschlüsse. Die für die Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Lehrerin oder des Lehrers erforderliche pädagogische Freiheit darf durch Rechts- und Verwaltungsvorschriften und Konferenzbeschlüsse nicht unnötig oder unzumutbar eingeengt werden. Lehrerinnen und Lehrer sind verpflichtet, sich regelmäßig fortzubilden und einen Nachweis über die Erfüllung dieser Verpflichtung zu führen.</p> <p>(3) Zur Gewährleistung der Grundsätze des § 3 Abs. 1 haben Lehrkräfte in Schule und Unterricht politische, religiöse und weltanschauliche Neutralität zu wahren; § 8 bleibt unberührt. Insbesondere dürfen sie Kleidungsstücke, Symbole oder andere Merkmale nicht tragen oder verwenden, die objektiv geeignet sind, das Vertrauen in die Neutralität ihrer Amtsführung zu beeinträchtigen oder den politischen, religiösen oder weltanschaulichen Frieden in der Schule zu gefährden.</p> <p>Bei der Entscheidung über das Vorliegen der Voraussetzungen nach Satz 1 und 2 ist der christlich und humanistisch geprägten abendländischen Tradition des Landes Hessen angemessen Rechnung zu tragen.</p> <p>Für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst kann die zuständige Behörde auf Antrag abweichend von Satz 2 im Einzelfall die Verwendung von Kleidungsstücken, Symbolen oder anderen Merkmalen zulassen, soweit nicht zwingende öffentliche Interessen entgegenstehen.</p> <p>(4) Für sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Schule (Sozialpädagoginnen oder Sozialpädagogen und Erzieherinnen oder Erzieher) gelten Abs. 2 und 3, soweit sie selbstständig Unterricht erteilen.</p> | <p>(3) Vor dem Hintergrund der christlich-abendländischen Tradition Hessens, des Humanismus und der kulturellen und religiösen Vielfalt der hier lebenden Menschen sowie zur Gewährleistung der Grundsätze des § 3 Abs. 1 haben die Lehrkräfte in Schule und Unterricht politische, religiöse und weltanschauliche Neutralität zu wahren; § 8 bleibt unberührt. Insbesondere ist ein Verhalten unzulässig, das objektiv geeignet ist, das Vertrauen in die Neutralität ihrer Amtsführung zu beeinträchtigen oder den politischen, religiösen oder weltanschaulichen Frieden in der Schule zu gefährden.</p> <p>(4) Für sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Schule (Sozialpädagoginnen o-</p> | <p>Aufgrund des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 27.1.2015 (Az. 1 BvR 471/10), der zu einer ähnlichen Bestimmung im Schulgesetz des Landes NRW Stellung nahm, wird in § 86 Abs. 3 des HSchG an die modifizierte Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts angepasst.</p> <p>Der bisherige Klammerzusatz in Abs. 4 erweist sich aufgrund der veränderten Ausbildungsgänge</p> |
|---|--|--|

| | | |
|---|--|---|
| <p>(5) Die Lehrerinnen und Lehrer sowie die sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wirken an der Selbstverwaltung der Schule (§§ 127a bis 127d, 131 und 133 bis 135) mit.</p> <p>(6) Zur Sicherstellung verlässlicher Schulzeiten können nach § 15a auch geeignete Personen, die nicht Lehrkräfte im Sinne des Abs. 1 sind, als externe Kräfte in der Schule eingesetzt werden. Sie können selbstständig Klassen und Gruppen pädagogisch betreuen und unterrichtsergänzende Maßnahmen durchführen. Sie sind zu pädagogischen Maßnahmen nach § 82 Abs. 1 berechtigt. An den Konferenzen der Lehrkräfte können sie ohne Stimmrecht teilnehmen. Sie nehmen keine Leistungsbewertungen nach § 73 vor und wirken nicht bei Versetzungsentscheidungen nach § 75 mit. Näheres regelt die Verordnung nach § 15a Abs. 3.</p> | <p>der Sozialpädagogen und Erzieherinnen oder Erzieher gelten Abs. 2 und 3, soweit sie selbstständig Unterricht erteilen.</p> | <p>(Soziale Arbeit) und weiterer Beschäftigtengruppen (Kindheitspädagogen) als zu eng. Daher ist er im Interesse einer Klarstellung zu streichen.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 87 Schulleitung</p> <p>(1) Die Schulleiterin oder der Schulleiter, die Stellvertreterin oder der Stellvertreter und die Lehrerinnen und Lehrer, die besondere Funktionsstellen innehaben (Lehrkräfte mit besonderen Funktionen), bilden die Schulleitung. Die Mitglieder der Schulleitung nehmen ihre Aufgaben auf der Grundlage eines Geschäftsverteilungsplanes unter Berücksichtigung der Funktionen selbstständig und eigenverantwortlich wahr. Ferner nehmen sie Aufgaben des oder der Vorgesetzten nach Maßgabe dieses Gesetzes und der Dienstordnung (§ 91 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1) wahr, soweit es für die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben der Schule erforderlich ist. Die Schulleiterin oder der Schulleiter kann einzelne</p> | | |

| | | |
|---|--|--|
| <p>Aufgaben auf die übrigen Mitglieder der Schulleitung und andere Lehrkräfte übertragen. Die Gesamtverantwortung der Schulleiterin oder des Schulleiters für die Schule bleibt unberührt.</p> <p>(2) Die Mitglieder der Schulleitung koordinieren ihre Arbeit insbesondere in regelmäßigen Dienstbesprechungen. Zu diesen können weitere Lehrkräfte und sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Vertreterinnen und Vertreter des Schulelternbeirats, des Schüler- oder Studierendenrats und des Verwaltungspersonals hinzugezogen werden.</p> <p>(3) In der Leitung der Schule wirken die Mitglieder der Schulleitung und die Konferenzen mit dem Ziele zusammen, die Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule zu gewährleisten. Die Schulleiterin oder der Schulleiter hat den Vorsitz in der Schulkonferenz und der Gesamtkonferenz. Sie oder er kann an den übrigen Konferenzen und den Konferenzausschüssen mit beratender Stimme teilnehmen. Sie oder er kann den Vorsitz in jeder Lehrerkonferenz übernehmen. Die Schulleitung ist an die Beschlüsse der Konferenzen und ihrer mit Entscheidungsbefugnissen versehenen Ausschüsse gebunden und führt sie aus.</p> <p>(4) Die Schulleiterin oder der Schulleiter hat Konferenz- und Ausschussbeschlüsse, die gegen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, das Schulprogramm oder Anordnungen der Schulaufsichtsbehörde verstoßen, unverzüglich zu beanstanden. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung und ist zu begründen. Hilft die Konferenz oder der Ausschuss der Beanstandung nicht ab, entscheidet die Schulaufsichtsbehörde. Die</p> | | |
|---|--|--|

| | | |
|---|---|--|
| <p>Schulleiterin oder der Schulleiter kann Beschlüsse beanstanden und zur erneuten Beschlussfassung an die Konferenz oder den Ausschuss zurückverweisen, wenn sie oder er aus pädagogischen Gründen erhebliche Bedenken hat; Satz 2 und 3 gelten entsprechend.</p> <p>(5) Kann in dringenden Angelegenheiten ein Beschluss nicht rechtzeitig herbeigeführt werden, trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter die Entscheidung. Sie oder er hat der Konferenz unverzüglich zu berichten und einen Beschluss herbeizuführen.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 88 Schulleiterin und Schulleiter</p> <p>(1) Die Schulleiterin oder der Schulleiter ist dafür verantwortlich, dass die Schule ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag erfüllt. Sie oder er leitet die Schule nach den geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften sowie den Beschlüssen der Schulkonferenz und der Konferenzen der Lehrkräfte. Die Schulleiterin oder der Schulleiter nimmt Aufgaben der oder des Dienstvorgesetzten nach Maßgabe dieses Gesetzes und der Dienstordnung (§ 91 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1) wahr, soweit es die Selbstverwaltung der Schule erfordert.</p> <p>(2) Aufgabe der Schulleiterin und des Schulleiters ist es, im Zusammenwirken mit den Lehrerinnen und Lehrern, den Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern, den Schulaufsichtsbehörden und der Hessischen Lehrkräfteakademie sowie dem Schulträger für den ordnungsgemäßen Ablauf der Unterrichts- und Erziehungsarbeit sowie des Schullebens zu sorgen und auf deren Weiterentwicklung hinzuwirken. Die Schulleiterin oder der Schulleiter ist insbesondere verpflichtet,</p> | <p style="text-align: center;">§ 88 Schulleiterin und Schulleiter</p> <p>(2) Aufgabe der Schulleiterin und des Schulleiters ist es, im Zusammenwirken mit den Lehrerinnen und Lehrern, den Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern, den Schulaufsichtsbehörden und der Hessischen Lehrkräfteakademie sowie dem Schulträger und den Kooperationspartnern im Bereich der Ganztagsangebote für den ordnungsgemäßen Ablauf der Unterrichts- und Erziehungsarbeit sowie des Schullebens zu sorgen und auf deren Weiterentwicklung hinzuwirken.</p> | <p>Entsprechend dem Ziel des Gesetzentwurfs, die Ganztagsangebote an Schulen auszubauen und die Schulen verstärkt auf die pädagogischen Anforderungen eines auf den ganzen Tag bezogenen schulischen Alltags auszurichten, wird in Satz 1 der Auftrag zum Zusammenwirken der SchulleiterIn ausdrücklich auf die Kooperationspartner im Bereich der Ganztagsangebote ausgeweitet.</p> |

| | | |
|--|---|---|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. für die Entwicklung, Fortschreibung und Umsetzung des Schulprogramms sowie für die interne Evaluation zu sorgen, 2. nach den Grundsätzen der Gesamtkonferenz die Stunden-, Aufsichts- und Vertretungspläne aufzustellen sowie die Verteilung der Klassen und Lerngruppen vorzunehmen, 3. sich über das Unterrichtsgeschehen, insbesondere durch Unterrichtsbesuche, zu informieren, die Lehrerinnen und Lehrer zu beraten und, sofern erforderlich, auf einen den Rechts- und Verwaltungsvorschriften entsprechenden Unterricht hinzuwirken, 4. für die Zusammenarbeit der Lehrerinnen und Lehrer insbesondere zur Gewährleistung des fächerverbindenden und fachübergreifenden Lernens sowie der pädagogischen Ziele des Schulprogramms zu sorgen, 5. im Rahmen der Personalverantwortung die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer zu fördern, auf ihre Fortbildung hinzuwirken und sie erforderlichenfalls zur Wahrnehmung der für die Entwicklung der Qualität und Organisation der Schule notwendigen Fortbildungsmaßnahmen zu verpflichten sowie Maßnahmen zur Personalfindung und Personalentwick- | <p>Die Schulleiterin oder der Schulleiter ist insbesondere verpflichtet,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. für die Entwicklung systematische Qualitätsentwicklung (§ 98), Fortschreibung und Umsetzung des Schulprogramms sowie für die interne Evaluation zu sorgen, 4. für die Zusammenarbeit der Lehrerinnen und Lehrer insbesondere zur Gewährleistung des fächerverbindenden und fachübergreifenden Lernens sowie der pädagogischen Ziele des Schulprogramms zu sorgen und eine systemische Fortbildung des Lehrerkollegiums zu ermöglichen, | <p>Aufgrund der Neugestaltung der Regelung zur Qualitätsentwicklung der Schule in § 98 wird diese <Aufgabe in den Pflichtkatalog der SchulleiterIn neu aufgenommen und der Bedeutung entsprechend an erster Stelle aufgeführt. Im Übrigen wird auf die Begründung zu § 92 verwiesen.</p> <p>Der Auftrag zur systemischen Fortbildung des Kollegiums folgt zum einen aus dem Auftrag der Schule zur Qualitätsentwicklung, zum andern aus dem Auftrag zur Schulentwicklung und konkretisiert hierfür die Fortbildungspflicht der Lehrkräfte aus § 86 Abs. 2.</p> |
|--|---|---|

| | | |
|--|--|--|
| <p>lung zu unterstützen, die der Qualifizierung von Nachwuchskräften im Schulbereich und in der Bildungsverwaltung dienen,</p> <p>6. die Arbeit der Schüler- und Studierendenvertretung sowie der Elternvertretung zu unterstützen,</p> <p>7. die Öffnung der Schule zum Umfeld zu fördern und</p> <p>8. mit anderen Bildungseinrichtungen, den für die Berufsausbildung Verantwortlichen, der Arbeitsverwaltung, sonstigen Beratungsstellen, den Behörden und Einrichtungen der Kinderund Jugendhilfe, den Sozialhilfeträgern sowie den Behörden für Umweltschutz, Frauen und multikulturelle Angelegenheiten zusammenzuarbeiten.</p> <p>(3) Die Schulleiterin oder der Schulleiter ist für den ordnungsgemäßen Verwaltungsablauf in der Schule verantwortlich. Ihr oder ihm obliegen insbesondere die</p> <p>1. Aufnahme und Entlassung der Schülerinnen und Schüler,</p> <p>2. Sorge für die Erfüllung der Schulpflicht,</p> <p>3. Sorge für die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Schule,</p> | <p>6. bei Maßnahmen der Gesundheitsämter im Rahmen der Schulgesundheitspflege und der Gruppenprophylaxe mitzuwirken, insbesondere die erforderlichen Auskünfte zu geben und geeignete Räume zur Verfügung zu stellen,</p> <p>7. 6 die Arbeit der Schüler- und Studierendenvertretung sowie der Elternvertretung zu unterstützen,</p> <p>8. 7 die Öffnung der Schule zum Umfeld zu fördern und</p> <p>9. 8 mit anderen Bildungseinrichtungen, den für die Berufsausbildung Verantwortlichen, der Arbeitsverwaltung, sonstigen Beratungsstellen, den Behörden und Einrichtungen der Kinderund Jugendhilfe, den Sozialhilfeträgern sowie den Behörden für Umweltschutz, Frauen und multikulturelle Angelegenheiten zusammenzuarbeiten.</p> <p>1. Aufnahme und Entlassung der Schülerinnen und Schüler vorbehaltlich des § 63 Abs. 5 Satz 2,</p> | <p>Die neue Nr. 6 folgt der Vorgabe des § 10 Abs. 4 des Hessischen Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (HGöGD). Darin werden die Mitwirkungspflichten u. a. der Schulen bei Maßnahmen im Rahmen der Schulgesundheitspflege normiert. Zur Klarstellung wird dies in den bereits im Schulgesetz vorhandenen Pflichtenkatalog für die SchulleiterInnen übernommen, ohne dass damit eine Änderung der Rechtslage oder eine Ausweitung der bestehenden Pflichten verbunden ist.</p> <p>Folgeänderung</p> <p>Folgeänderung</p> <p>Folgeänderung</p> <p>Folgeänderung zu § 63 Abs. 5 Satz 2.</p> |
|--|--|--|

| | | |
|--|---|--|
| <p>4. Vertretung der Schule gegenüber der Öffentlichkeit; wenn dabei Angelegenheiten des Schulträgers berührt werden, im Einvernehmen mit diesem,</p> <p>5. Aufstellung eines jährlichen Haushaltsplanes über die der Schule zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel und deren effiziente Verwendung,</p> <p>6. rechtsgeschäftliche Vertretung des Landes und des Schulträgers nach Maßgabe der vom jeweiligen Rechtsträger eingeräumten Vertretungsbefugnis.</p> <p>(4) Die Schulleiterin oder der Schulleiter ist als Vorgesetzte oder Vorgesetzter im Rahmen der Verwaltungsaufgaben und der dazu ergangenen Anordnungen der Schulaufsichtsbehörden und des Schulträgers sowie zur Ausführung von Konferenzbeschlüssen gegenüber den Lehrkräften und sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weisungsbefugt. Die Schulleiterin oder der Schulleiter kann den Unterricht der Lehrkräfte jederzeit besuchen. In die Unterrichts- und Erziehungsarbeit darf nur bei einem Verstoß gegen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die durch § 93 Abs. 3 Nr. 3 vorgegebenen Grundsätze und Maßstäbe, verbindliche pädagogische Grundsätze des Schulprogramms und Konferenzbeschlüsse eingegriffen und die Weisung erteilt werden, diese Vorgaben zu beachten.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 89 Auswahl der Schulleiterin oder des Schulleiters</p> | <p style="text-align: center;">§ 89 Auswahl der Schulleiterin oder des Schulleiters</p> | <p>Parallel zur Einführung einer umfassenden Schulleiterqualifizierung in Hessen werden mit der Ergänzung des § 89 Abs. 1 die Eignungsvoraussetzungen für SchulleiterInnen präzisiert.</p> |

| | | |
|---|---|---|
| <p>(1) Für jede Schule wird eine Schulleiterin oder ein Schulleiter bestellt. Die Stelle wird in der Regel unter Fristsetzung ausgeschrieben, sobald erkennbar ist, dass sie frei werden wird.</p> <p>(2) Die zuständige Schulaufsichtsbehörde gibt dem Schulträger Gelegenheit, zu den Bewerberinnen und Bewerbern Stellung zu nehmen. Sie kann dafür eine angemessene Frist setzen.</p> <p>(3) Die Schulleiterin oder der Schulleiter wird zunächst vorläufig nach Anhörung des Schulträgers beauftragt. Die endgültige Beauftragung erfolgt nach Anhörung der Schulkonferenz im Benehmen mit dem Schulträger. Kommt eine Verständigung innerhalb von drei Monaten nach Mitteilung der Absicht, die Beauftragung endgültig vorzunehmen, nicht zustande, entscheidet die zuständige Schulaufsichtsbehörde.</p> | <p>(1) Für jede Schule wird eine Schulleiterin oder ein Schulleiter bestellt, die oder der über die Fähigkeit zur verantwortungsvollen Wahrnehmung der Führungsaufgabe sowie über Kompetenzen zur Personal-, Unterrichts-, Organisations- und Qualitätsentwicklung verfügt. Die Stelle wird in der Regel unter Fristsetzung ausgeschrieben, sobald erkennbar ist, dass sie frei werden wird.</p> | <p>Zum einen werden damit die notwendigen Qualifikationen beschrieben, über die SchulleiterInnen verfügen müssen, zum anderen konkretisiert das so normierte Kompetenzraster das Prinzip der Bestenauslese.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 90 Schulleitung und Schulträger</p> <p>(1) Die Schulleiterin oder der Schulleiter verwaltet die Schulanlagen im Auftrag des Schulträgers. Sie oder er ist als Vorgesetzte oder Vorgesetzter gegenüber dem der Schule zugewiesenen Verwaltungs- und Hauspersonal und den sonstigen Beschäftigten des Schulträgers in schulischen Angelegenheiten weisungsbefugt. Die Schulleiterin oder der Schulleiter bewirtschaftet die der Schule vom Schulträger zugewiesenen Haushaltsmittel und übt auf dem Grundstück der Schule das Hausrecht aus.</p> | | |

| | | |
|---|--|--|
| <p>(2) Über eine außerschulische Nutzung der Schulanlagen entscheidet der Schulträger im Benehmen mit der Schulleiterin oder dem Schulleiter.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 91 Ermächtigung</p> <p>(1) Durch Rechtsverordnung sind die erforderlichen Regelungen zur Ausführung des Ersten Abschnitts des Siebten Teils zu treffen, insbesondere ist zu regeln:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. durch Dienstordnung die Aufgaben der Schulleiterinnen und Schulleiter, Lehrkräfte, sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der sonstigen Beschäftigten des Landes, 2. die Aufsicht über Schülerinnen und Schüler, 3. die Arbeitszeit der Lehrkräfte unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Anteile der unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Tätigkeit. <p>Soweit durch Rechtsverordnung nach Satz 1 Nr. 3 ein Arbeitszeitkonto vorgesehen ist, auf dem ein bestimmter Teil der Arbeitszeit gutgeschrieben und zu einem späteren Zeitpunkt durch Ermäßigung der Pflichtstundenzahl oder Freistellung vom Dienst unter Weitergewährung der Besoldung ausgeglichen wird, kann dort auch geregelt werden, dass im Falle der endgültigen Verhinderung des Zeitausgleichs auf Antrag eine besondere Ausgleichszahlung erfolgen kann.</p> <p>(2) Durch Rechtsverordnung können den Schulleiterinnen und Schulleitern Zuständigkeiten in</p> | | |

| | | |
|--|--|--|
| <p>beamtenrechtlichen Personalangelegenheiten übertragen werden. In der Rechtsverordnung ist vorzusehen, dass es dem Kultusministerium oder der Schulaufsichtsbehörde vorbehalten bleibt, die Befugnisse im Einzelfall an sich zu ziehen.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">Zweiter Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Schulaufsicht</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 92 Staatliche Schulaufsicht</p> <p>(1) Das gesamte Schulwesen steht nach Art. 7 Abs. 1 des Grundgesetzes und Art. 56 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung des Landes Hessen in der Verantwortung des Staates. Seine Aufgabe ist es insbesondere, die Schulen bei der Erfüllung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags, der Übernahme neuer Erkenntnisse der Fach- und Erziehungswissenschaften, der Vorbereitung auf neue pädagogische Problemstellungen, der Organisationsentwicklung und der Koordination schulübergreifender Zusammenarbeit zu beraten und zu unterstützen. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe wirken die Schulaufsichtsbehörden (§§ 95 und 96) und die Hessische Lehrkräfteakademie sowie die Studienseminare (§ 99) ihrer jeweiligen Aufgabenstellung entsprechend eng zusammen.</p> <p>(2) Die Schulaufsichtsbehörden haben die Aufgabe, die Qualität der schulischen Arbeit, insbesondere die Erfüllung der Standards, und die Vergleichbarkeit der Abschlüsse auch durch Verfahren der Evaluation (§ 98) und die Durchlässigkeit der Bildungsgänge zu gewährleisten. Sie beraten und unterstützen die Schule bei der selbstständigen Wahrnehmung ihrer Aufgaben und treffen mit ihr Zielvereinbarungen, in denen auch die jeweiligen Ergebnisse der Schulinspektion (§ 98</p> | <p style="text-align: center;">§ 92 Staatliche Schulaufsicht</p> <p>(1) Das gesamte Schulwesen steht nach Art. 7 Abs. 1 des Grundgesetzes und Art. 56 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung des Landes Hessen in der Verantwortung des Staates. Seine Aufgabe ist es insbesondere, die Schulen bei der Erfüllung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags, der Übernahme neuer Erkenntnisse der Fach- und Erziehungswissenschaften, der Vorbereitung auf neue pädagogische Problemstellungen, der Personalentwicklung, der Organisationsentwicklung und der Koordination schulübergreifender Zusammenarbeit zu beraten und zu unterstützen. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe wirken die Schulaufsichtsbehörden (§§ 95 und 96) und die Hessische Lehrkräfteakademie sowie die Studienseminare (§ 99) ihrer jeweiligen Aufgabenstellung entsprechend eng zusammen.</p> <p>(2) Die Schulaufsichtsbehörden haben die Aufgabe, die Qualität der schulischen Arbeit zu gewährleisten. Sie beraten und unterstützen die Schulen bei der selbstständigen Wahrnehmung ihrer Aufgaben, insbesondere bei der Schul- und Unterrichtsentwicklung und der Erfüllung der Standards. Sie sichern die Durchlässigkeit der Bildungsgänge und die Vergleichbarkeit der Abschlüsse auch durch Verfahren der Evaluation,</p> | <p>Bereits mit Gesetz vom 10.6.2011 (GVBl. I S. 267) wurde im Rahmen der Stärkung der Eigenverantwortung und Selbstständigkeit der Schulen durch Ergänzung des § 88 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 die Personalverantwortung der SchulleiterInnen deutlich herausgestellt. Damit gehören auch Maßnahmen der Personalentwicklung zu den Kernaufgaben der SchulleiterInnen. Ungeachtet dessen bleibt die Gesamtverantwortung für die Personalentwicklung eine Kernaufgabe der Staatlichen Schulaufsicht. Die Ergänzung in Abs. 1 dient insofern der Klarstellung, zugleich aber auch der Verdeutlichung der Gesamtaufgabe der Staatlichen Schulaufsicht im Rahmen des Art. 56 Abs. 1 der Hessischen Verfassung sowie des Art. 7 Abs. 1 des Grundgesetzes.</p> <p>Für die Schulaufsichtsbehörden (nach § 95 Abs. 1 Satz 1 und 2 die SSÄ) wird die verfassungsrechtlich begründete Aufgabenstellung nach Abs. 1 in Abs. 2 konkretisiert. Die vorliegende Neufassung folgt im Regelungsgehalt dem bisherigen Abs. 2, allerdings mit Ergänzungen in Bezug auf Schul- und Unterrichtsentwicklung, Koordination und Unterstützung der schulübergreifenden Zusammenarbeit sowie die Zusammenarbeit</p> |

| | | |
|---|---|--|
| <p>Abs. 2) berücksichtigt werden. Die Schulen legen auf der Basis der Zielvereinbarungen Rechenschaft gegenüber der Schulaufsichtsbehörde ab.</p> <p>(3) Die Schulaufsicht umfasst insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Fachaufsicht über die öffentlichen Schulen, 2. die Dienstaufsicht über die Lehrerinnen und Lehrer an öffentlichen Schulen sowie die sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in öffentlichen Schulen und in den in Nr. 4 genannten Schülerheimen, 3. die Rechtsaufsicht über die Verwaltung und Unterhaltung der öffentlichen Schulen durch die Schulträger, 4. die Aufsicht über die mit öffentlichen Gymnasien, Realschulen und Gesamtschulen verbundenen Schülerheime. | <p>koordinieren und unterstützen die schulübergreifende Zusammenarbeit und fördern zusammen mit dem Schulträger die Qualität des regionalen Bildungsangebots.</p> <p>(3) Die Schulaufsichtsbehörden treffen mit den Schulen Zielvereinbarungen, in denen auch die jeweiligen Ergebnisse der internen und der externen Evaluation (§ 98) berücksichtigt werden. Die Grundlage der Evaluation ist der durch das Kultusministerium erstellte Hessische Referenzrahmen Schulqualität. Die jeweilige Schule legt in einem jährlichen Schulentwicklungsgespräch auf der Basis der Zielvereinbarung Rechenschaft gegenüber der Schulaufsichtsbehörde ab.</p> <p>(3-4) Die Schulaufsicht umfasst insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Fachaufsicht über die öffentlichen Schulen, 2. die Dienstaufsicht über die Lehrerinnen und Lehrer an öffentlichen Schulen sowie die sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in öffentlichen Schulen und in den in Nr. 4 genannten Schülerheimen, 3. die Rechtsaufsicht über die Verwaltung und Unterhaltung der öffentlichen Schulen durch die Schulträger, 3. 4. die Aufsicht über die mit öffentlichen Gymnasien, Realschulen und Gesamtschulen verbundenen Schülerheime. <p>(4-5) Die Schulaufsichtsbehörden arbeiten bei der Aufsicht über die mit öffentlichen Schulen verbundenen Schülerheime und die Internate in</p> | <p>mit dem Schulträger zur Förderung der Qualität des regionalen Bildungsangebots.</p> <p>Der neue Abs. 3 greift die bisherige Regelung des Abs. 2 Satz 3 auf und entwickelt diese weiter. Neu ist die Schaffung einer gesetzlichen Verankerung des Hessischen Referenzrahmens Schulqualität, der vom Kultusministerium erstellt wird und die Grundlage für Schulevaluationen bildet. Ebenfalls neu ist die Rechenschaftspflicht der Schule gegenüber dem SSA in einem jährlichen Schulentwicklungsgespräch.</p> <p>Die bisherige Nr. 3 trifft eine Regelung zur Rechtsaufsicht über den Schulträger. Aufgrund der generellen Regelung in § 97 kann an dieser Stelle die Doppelnormierung aufgehoben werden. Redaktionelle Folgeänderung</p> <p>Redaktionelle Folgeänderung.</p> |
|---|---|--|

| | | |
|--|---|--|
| <p>(4) Die Schulaufsichtsbehörden arbeiten bei der Aufsicht über die mit öffentlichen Schulen verbundenen Schülerheime und die Internate in öffentlicher und freier Trägerschaft eng mit den zuständigen Heimaufsichtsbehörden zusammen.</p> | <p>öffentlicher und freier Trägerschaft eng mit den zuständigen Heimaufsichtsbehörden zusammen.</p> | |
| <p style="text-align: center;">§ 93 Fachaufsicht</p> <p>(1) Die Fachaufsicht umfasst die Befugnis, schulische Entscheidungen und Maßnahmen aufzuheben, zur erneuten Entscheidung oder Beschlussfassung zurückzuverweisen und danach erforderlichenfalls selbst zu entscheiden, wenn diese gegen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, das Schulprogramm oder Anordnungen der Schulaufsichtsbehörde verstoßen oder aus pädagogischen Gründen erhebliche Bedenken gegen sie bestehen. Fehlende Entscheidungen kann die Schulaufsichtsbehörde anfordern und erforderlichenfalls selbst entscheiden. Sie tritt in das Recht und die Pflicht ein, Konferenzbeschlüsse zu beanstanden, wenn die Schulleiterin oder der Schulleiter den Aufgaben nach § 87 Abs. 4 nicht nachkommt.</p> <p>(2) Aufsichtsmaßnahmen sind so zu gestalten, dass die pädagogische Freiheit der Lehrerinnen und Lehrer (§ 86 Abs. 2 und 3) und die pädagogische Eigenverantwortung der Schulen (§ 127) gewahrt und gefördert werden. Die Schulaufsichtsbehörde kann sich jederzeit über die Angelegenheiten der Schulen informieren.</p> <p>(3) Pädagogische Bewertungen sowie unterrichtliche und erzieherische Entscheidungen und Maßnahmen kann sie nur aufheben, zu erneuter Entscheidung zurückverweisen und über sie dann erforderlichenfalls selbst entscheiden, wenn</p> | | |

| | | |
|--|--|---|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. wesentliche Verfahrens- und Rechtsvorschriften verletzt wurden, 2. von unrichtigen Voraussetzungen oder sachfremden Erwägungen ausgegangen wurde, 3. gegen allgemein anerkannte pädagogische Grundsätze oder Bewertungsmaßstäbe oder gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung der Schülerinnen und Schüler verstoßen wurde. | | |
| <p style="text-align: center;">§ 94 Personal der Schulaufsicht</p> <p>(1) Die Schulaufsicht üben hauptamtlich tätige, schulfachlich qualifizierte und verwaltungsfachlich qualifizierte Beamtinnen und Beamte aus.</p> <p>(2) Die Fachaufsicht wird hauptamtlich durch Beamtinnen und Beamte ausgeübt, die die Befähigung zum Lehramt an einer der von ihnen beaufsichtigten Schulformen besitzen; sie sollen sich in ihrem Lehramt bewährt haben und für den Aufsichtsdienst geeignet sein.</p> <p>(3) Den Schulaufsichtsbehörden gehören Schulpsychologinnen und Schulpsychologen an. Ihre Tätigkeit umfasst insbesondere die präventive und systembezogene Beratung und die psychologische Beratung von Schulen, Lehrerinnen und Lehrern, Eltern und Schülerinnen und Schülern.</p> | <p style="text-align: center;">§ 94 Personal der Schulaufsicht</p> <p>(2) Die schulfachliche Aufsicht wird hauptamtlich durch Beamtinnen und Beamte ausgeübt, die die Befähigung zum Lehramt besitzen; sie müssen sich in ihrem Lehramt bewährt haben und für den Aufsichtsdienst geeignet sein. Sie sollen die Befähigung zum Lehramt an einer der von ihnen beaufsichtigten Schulformen besitzen.</p> <p>(3) Die verwaltungsfachliche Aufsicht wird hauptamtlich durch Beamtinnen und Beamte ausgeübt, die die Befähigung zum Richteramt besitzen.</p> <p>(3 4) Den Schulaufsichtsbehörden gehören Schulpsychologinnen und Schulpsychologen an. Ihre Tätigkeit umfasst insbesondere die präventive und systembezogene Beratung und die psychologische Beratung von Schulen, Lehrerinnen und Lehrern, Eltern und Schülerinnen und Schülern.</p> | <p>Die bisherige Regelung zur Fachaufsicht in Abs. 2 differenziert nicht zwischen der schulfachlichen und der verwaltungsfachlichen Aufsicht. Damit wird die Regelung nicht hinreichend der tatsächlichen Aufgabenstellung in Bezug auf einerseits vorwiegend pädagogische und andererseits vorwiegend juristische Fragestellungen gerecht. Daher wird in den neugefassten Abs. 2 und 3 zwischen den beiden Berufsgruppen unterschieden. Zugleich werden die Anforderungen an die Qualifikation der AufsichtsbeamtInnen präzisiert.</p> |

| | | |
|---|---|---|
| <p>(4) Die Schulaufsichtsbehörden können nach den Richtlinien des Kultusministeriums Beraterinnen und Berater bestellen. Zu Beraterinnen oder Beratern sind in der Regel hauptamtliche Lehrerinnen und Lehrer zu bestellen; sie sind an die Weisungen der Schulaufsichtsbehörden gebunden.</p> | <p>(4 5) Die Schulaufsichtsbehörden können nach den Richtlinien des Kultusministeriums Beraterinnen und Berater bestellen. Zu Beraterinnen oder Beratern sind in der Regel hauptamtliche Lehrerinnen und Lehrer zu bestellen; sie sind an die Weisungen der Schulaufsichtsbehörden gebunden.</p> | |
| <p style="text-align: center;">§ 95 Untere Schulaufsichtsbehörden</p> <p>(1) Die Schulaufsicht obliegt, soweit in diesem Gesetz oder aufgrund dieses Gesetzes nichts anderes bestimmt ist, der unteren Schulaufsichtsbehörde. Untere Schulaufsichtsbehörde ist das Staatliche Schulamt. Es übt die Fach- und Dienstaufsicht über die Schulen aus, über die Musikakademien (Berufsfach- und Fachschulen für die musikalische Berufsausbildung) lediglich die Fachaufsicht. Das Staatliche Schulamt gestaltet die regionale Lehrerfortbildung entsprechend den von der Hessischen Lehrkräfteakademie entwickelten Vorgaben. In der pädagogischen Ausbildung an den Ausbildungsschulen im Dienstbezirk des Staatlichen Schulamtes arbeitet dieses mit den zuständigen Studienseminaren zusammen.</p> <p>(2) Dienstbezirke der Staatlichen Schulämter sind jeweils die Gebiete</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. des Landkreises und der Stadt Kassel, 2. des Schwalm-Eder-Kreises und des Landkreises Waldeck-Frankenberg, | <p style="text-align: center;">§ 95 Untere Schulaufsichtsbehörden</p> <p>(1) Die Schulaufsicht obliegt, soweit in diesem Gesetz oder aufgrund dieses Gesetzes nichts anderes bestimmt ist, der unteren Schulaufsichtsbehörde. Untere Schulaufsichtsbehörde ist das Staatliche Schulamt. Es übt die Fach- und Dienstaufsicht über die Schulen aus, über die Musikakademien (Berufsfach- und Fachschulen für die musikalische Berufsausbildung) lediglich die Fachaufsicht. Das Staatliche Schulamt ist zuständig für die Personalentwicklung der Schulleiterinnen und Schulleiter sowie gemeinsam mit ihnen für die Personalentwicklung der Lehrkräfte. Das Staatliche Schulamt Es gestaltet die regionale Lehrerfortbildung entsprechend den von der Hessischen Lehrkräfteakademie entwickelten Vorgaben. In der pädagogischen Ausbildung an den Ausbildungsschulen im Dienstbezirk des Staatlichen Schulamtes arbeitet dieses mit den zuständigen Studienseminaren zusammen.</p> | <p>Korrespondierend zur Änderung des § 92 Abs. 1 Satz 2 und der Regelung des § 88 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 wird die gemeinsame Aufgabe der SchulleiterInnen und dem SSA in Abs. 1 festgeschrieben. Zudem wird klarstellend die Zuständigkeit der SSÄ für die Personalentwicklung der SchulleiterInnen angeführt.</p> |

| | | |
|---|--|--|
| <ol style="list-style-type: none"> 3. des Landkreises Hersfeld-Rotenburg und des Werra-Meißner-Kreises, 4. des Landkreises Fulda, 5. des Landkreises Marburg-Biedenkopf, 6. des Lahn-Dill-Kreises und des Landkreises Limburg-Weilburg, 7. des Landkreises Gießen und des Vogelsbergkreises, 8. des Hochtaunuskreises und des Wetteraukreises, 9. des Rheingau-Taunus-Kreises und der Landeshauptstadt Wiesbaden, 10. des Landkreises Groß-Gerau und des Main-Taunus-Kreises, 11. der Stadt Frankfurt am Main, 12. des Landkreises Offenbach und der Stadt Offenbach am Main, 13. des Main-Kinzig-Kreises, 14. des Landkreises Darmstadt-Dieburg und der Stadt Darmstadt, 15. des Landkreises Bergstraße und des Odenwaldkreises. <p>(3) Die Direktorin oder der Direktor des Landesbetriebs Landwirtschaft Hessen übt abweichend von Abs. 1 Satz 3 die Fach- und Dienstaufsicht über die landwirtschaftlichen Fachschulen sowie</p> | | |
|---|--|--|

| | | |
|--|--|--|
| <p>die zweijährige höhere Berufsfachschule für landwirtschaftlich-technische Assistentinnen und Assistenten aus.</p> <p>(4) Durch Rechtsverordnung kann die Wahrnehmung überregionaler und zentraler Aufgaben einzelnen Staatlichen Schulämtern übertragen werden. Durch Rechtsverordnung kann auch bestimmt werden, dass sich Staatliche Schulämter zu Kooperationsverbänden zusammenschließen, in deren Rahmen Aufgaben gemeinsam wahrgenommen werden.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 96 Oberste Schulaufsichtsbehörden</p> <p>(1) Oberste Schulaufsichtsbehörde ist das Kultusministerium, soweit nicht das Ministerium für Wissenschaft und Kunst zuständig ist. Das Kultusministerium übt unmittelbar die Fach- und Dienstaufsicht über die Staatlichen Schulämter und die Hessische Lehrkräfteakademie und mittelbar die Fach- und Dienstaufsicht über die Schulen aus.</p> <p>(2) Das Ministerium für Wissenschaft und Kunst übt mittelbar die Fachaufsicht über die Musikakademien (Berufsfach- und Fachschulen für die musikalische Berufsausbildung) aus.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 97 Rechtsaufsicht</p> <p>Die Rechtsaufsicht über die Schulträger üben die jeweils zuständigen Kommunalaufsichtsbehörden aus. Kommt ein Schulträger nach Auffassung der Schulaufsichtsbehörde einer ihm nach diesem Gesetz obliegenden Verpflichtung nicht nach, unterrichtet die Schulaufsichtsbehörde die zuständige Kommunalaufsichtsbehörde. Diese</p> | | |

| | | |
|---|--|--|
| entscheidet im Benehmen mit der Schulaufsichtsbehörde, ob und welche Aufsichtsmaßnahmen ergriffen werden. | | |
| | Dritter Abschnitt Qualitätsentwicklung und Weiterentwicklung des Schulwesens | <p>Die bisherige Struktur des Schulgesetzes widmet den Dritten Abschnitt des Siebten Teils (Lehrkräfte, Schulleitung und Schulaufsicht) der Weiterentwicklung des Schulwesens mit den §§ 99 und 99a ohne nähere inhaltliche Konkretisierung. Ansatzweise finden sich Inhalte bei der Normierung der Schulaufsicht im bisherigen § 98 mit seiner Evaluationsregelung. Diese Trennung erweist sich als nicht mehr zeitgemäß. Daher wird der Dritte Abschnitt neu konzipiert unter Hereinnahme der Qualitätsentwicklung.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 98 Evaluation</p> <p>(1) Bei der Konzeption, Durchführung und Auswertung der internen Evaluation (§ 127b Abs. 2) kann sich die Schule Dritter bedienen.</p> <p>(2) Die Schulen sind verpflichtet, an den durch die Schulaufsichtsbehörden veranlassten Schulinspektionen und Verfahren zur externen Evaluation der einzelnen Schule und der Schulen im Vergleich zueinander, gemessen an den Bildungsstandards, für Zwecke der Qualitätsentwicklung ihres Unterrichts und ihrer Organisationsentwicklung, insbesondere an landesinternen, länderübergreifenden und internationalen Vergleichsuntersuchungen, mitzuwirken. Die anonymisierten Ergebnisse der Evaluation dürfen veröffentlicht werden. Werden Dritte mit der ex-</p> | <p style="text-align: center;">§ 98 Evaluation Qualitätsentwicklung der Schule</p> <p>(1) Die Qualitätsentwicklung ist Aufgabe aller an der Schule Beteiligten. Ausgehend vom Recht der Schülerinnen und Schüler auf schulische Bildung (§ 1) und dem Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule (§ 2) dient sie dem Ziel einer möglichst hohen Unterrichtsqualität.</p> <p>(2) Die Schulleiterin oder der Schulleiter ist verantwortlich für die Qualitätsentwicklung der Schule. Die Lehrkräfte gestalten die Qualitätsentwicklung im Zusammenwirken mit allen an der Schule Beteiligten.</p> | <p>§ 98, bisher eine Regelung nur zur Evaluation, wird grundlegend neu gefasst als Regelung zur Qualitätsentwicklung der Schule und in den neuen Dritten Abschnitt „Qualitätsentwicklung und Weiterentwicklung des Schulwesens“ eingezogen.</p> <p>Satz 1 beschreibt die Aufgabe der Qualitätsentwicklung (QE) als eine solche, die alle an der Schule Beteiligten verpflichtet. Die Regelung folgt damit der partizipatorischen Grundausrichtung des Gesetzentwurfs. Satz 2 stellt die QE in seinen Gesamtzusammenhang, der vom Recht auf schulische Bildung und dem Auftrag der Schule nach dem Ersten Teil des Gesetzes ausgeht und als Ziel die hohe Unterrichtsqualität beschreibt.</p> <p>Die Gesamtverantwortung der SchulleiterIn für den QE-Prozess wird entsprechend der Grundregel des § 88 Abs. 1 Satz 1 und des § 87 Abs. 1 Satz 5 festgeschrieben. Zugleich beschreibt Satz 2 die Mitverantwortung der Lehrkräfte für die Gestaltung der QE.</p> |

| | | |
|--|--|--|
| <p>ternen Evaluation beauftragt, müssen die Verfahren eine Beteiligung der Schulaufsichtsbehörden in der Wahrnehmung der Fachaufsicht (§ 92 Abs. 2 und § 93) gewährleisten.</p> | <p>(3) Grundlage der Qualitätsentwicklung sind insbesondere die Arbeit am Schulprogramm und dessen Fortschreibung (§ 127b) sowie die interne und die externe Evaluation auf der Basis des Hessischen Referenzrahmens Schulqualität (§ 92 Abs. 3)</p> <p>(4) Bei der Konzeption, Durchführung und Auswertung der internen Evaluation (§ 127b Abs. 2) kann sich die Schule Dritter bedienen.</p> <p>(5) Die Schulen sind verpflichtet, an den durch die Schulaufsichtsbehörden veranlassten Verfahren zur externen Evaluation der einzelnen Schule und der Schulen im Vergleich zueinander, jeweils gemessen an den Bildungsstandards, mitzuwirken. Dies betrifft die Evaluation für Zwecke der Qualitätsentwicklung des Unterrichts und der Organisationsentwicklung insbesondere im Rahmen von landesinternen, länderübergreifenden und Internationalen Vergleichsuntersuchungen. Die anonymisierten Ergebnisse der Evaluation dürfen veröffentlicht werden. Werden Dritte mit der externen Evaluation beauftragt, müssen die Verfahren eine Beteiligung der Schulaufsichtsbehörden zur Wahrnehmung der Fachaufsicht (§ 92 Abs. 2 und § 93) gewährleisten.</p> | <p>Mit dem Verweis auf das Schulprogramm nach § 127b und den Hessischen Referenzrahmen Schulqualität nach § 92 Abs. 1 wird die Basis beschrieben, auf der der QE-Prozess an der Schule gestaltet wird.</p> <p>Diese Regelung übernimmt den Wortlaut des bisherigen § 98 Abs. 1, der dabei aber in einem neuen Gesamtzusammenhang, wie er in den Abs. 1 und 2 beschrieben ist, zu sehen ist.</p> <p>Abs. 5 schreibt die Regelung des bisherigen § 98 Abs. 2 mit seiner Verpflichtung für die Schule fort. Entfallen ist der Regelfall der Schulinspektion, um damit der Schulaufsichtsbehörde bei der Auswahl der Verfahren der externen Evaluation eine größere Flexibilität zu ermöglichen.</p> |
| <p>Dritter Abschnitt</p> <p>Weiterentwicklung des Schulwesens</p> | <p>Dritter Abschnitt</p> <p>Weiterentwicklung des Schulwesens</p> | <p>Folgeänderung zu § 89</p> |
| <p>§ 99</p> <p>Träger der Weiterentwicklung</p> <p>(1) Die inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung des Schulwesens ist Planungs- und Gestaltungsaufgabe des Kultusministeriums. Der</p> | <p>§ 99</p> <p>Träger der Weiterentwicklung</p> | |

| | | |
|--|--|---|
| <p>Landesschulbeirat (§ 99a) berät das Kultusministerium bei wichtigen Maßnahmen.</p> <p>(2) Die Hessische Lehrkräfteakademie unterstützt die Qualitätsentwicklung der Schulen und berät das Kultusministerium bei Maßnahmen der Weiterentwicklung des Schulwesens durch folgende Leistungen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Planung, Durchführung und Auswertung landesweiter Vorhaben der Schulentwicklung, 2. Unterstützung des Kultusministeriums bei der Festlegung und Sicherung von Qualitätsstandards für Schulen, Gewinnung und Auswertung von Befunden der Schul- und Unterrichtsforschung, Berichterstattung zu Entwicklungsständen im Schulwesen, Konzeption von Instrumenten und Verfahren der Qualitätsentwicklung. <p>(3) Die Schulen wirken insbesondere durch Aufgreifen pädagogischer Entwicklungen innerhalb ihrer selbständigen Gestaltungsmöglichkeiten von Unterricht, Erziehung und Schulleben oder durch Schulversuche an der Weiterentwicklung des Schulwesens mit.</p> <p>(4) Die Rechte und Pflichten der Schulträger bleiben unberührt.</p> | <p>(3) Die Schulen wirken insbesondere durch Aufgreifen pädagogischer Entwicklungen innerhalb ihrer selbständigen Gestaltungsmöglichkeiten von Unterricht, Erziehung und Schulleben oder durch Schulversuche an der Weiterentwicklung des Schulwesens mit. Sie werden bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe von den Schulaufsichtsbehörden unterstützt (§ 92 Abs. 2)</p> | <div style="text-align: center;"></div> <p>Entsprechend der Konkretisierung der Aufgaben der Schulaufsichtsbehörden in § 92 Abs. 2 in Bezug auf die Schul- und Unterrichtsentwicklung wird durch die Ergänzung in Abs. 3 klargestellt, dass die Schulaufsichtsbehörde ebenfalls Träger der Weiterentwicklung des Schulwesens sind und in dieser Funktion die Schulen unterstützen. Im Übrigen wird auf die Begründung zu § 92 Abs. 2 Bezug genommen.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 99a Landesschulbeirat</p> <p>(1) Der Landesschulbeirat besteht aus</p> | <p style="text-align: center;">§ 99a Landesschulbeirat</p> <p>(1) Der Landesschulbeirat besteht aus</p> | <p>Durch eine Änderung der Zusammensetzung des Landesschulbeirats soll eine weitere Professionalisierung erreicht und zugleich die gesellschaft-</p> |

| | | |
|--|---|--|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. fünf Vertreterinnen oder Vertretern des Landeselternbeirats, 2. vier Vertreterinnen oder Vertretern des Landesausschusses für Berufsbildung, davon jeweils zwei Beauftragte der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, 3. drei Vertreterinnen oder Vertretern der Hochschulen, 4. je zwei Vertreterinnen oder Vertretern des <ol style="list-style-type: none"> a) Hauptpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer, b) Landeschülerrats, 5. je einer Vertreterin oder eines Vertreters <ol style="list-style-type: none"> a) der evangelischen Kirche, b) der katholischen Kirche, c) der Landesstudierendenräte, d) der Schulen in freier Trägerschaft, e) der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Ausländerbeiräte, f) des Landesjugendhilfeausschusses, 6. je einer Vertreterin oder eines Vertreters <ol style="list-style-type: none"> a) des Deutschen Gewerkschaftsbundes und b) des Deutschen Beamtenbundes, die Lehrerin oder Lehrer sein sollen, | <ol style="list-style-type: none"> 1. fünf Vertreterinnen oder Vertretern des Landeselternbeirats, 2. vier Vertreterinnen oder Vertretern des Landesausschusses für Berufsbildung, davon jeweils zwei Beauftragte der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, 3. drei Vertreterinnen oder Vertretern der Hochschulen, 4. einer Vertreterin oder einem Vertreter des Deutschen Instituts für Pädagogische Forschung (Frankfurt) 5. je zwei Vertreterinnen oder Vertretern des <ol style="list-style-type: none"> a) Hauptpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer, b) Landeschülerrats, 6. je einer Vertreterin oder eines Vertreters <ol style="list-style-type: none"> a) der evangelischen Kirche, b) der katholischen Kirche, c) der Landesstudierendenräte, d) der Schulen in freier Trägerschaft, e) der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Ausländerbeiräte, f) des Landesjugendhilfeausschusses, g) des Deutschen Gewerkschaftsbundes und h) des Deutschen Beamtenbundes, | <p>liche Pluralität besser als bislang abgebildet werden. Zugleich wird die bisherige bewährte Struktur grundsätzlich beibehalten.</p> <p>Neu in das Gremium wird eine VertreterIn des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung aus Frankfurt a. M. berufen. Durch die Berücksichtigung der renommierten Bildungsforschungseinrichtung wird die Wissenschaftsseite des Landeschulbeirats, für die bislang drei VertreterInnen der Hochschule standen, weiter gestärkt.</p> <p>Modifiziert wurde die Regel für die Gewerkschaftsvertreter dahingehend, dass sie nun nicht mehr zwingend Lehrkräfte sein müssen. Diese werden bereits durch den Hauptpersonalrat der LehrerInnen hinreichend repräsentiert.</p> |
|--|---|--|

| | | |
|---|---|---|
| <p>7. je einer Vertreterin oder eines Vertreters des Hessischen Städtetags und des Hessischen Landkreistags, sowie</p> <p>8. der oder dem Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Menschen mit Behinderungen.</p> <p>(2) Die Mitglieder des Landesschulbeirates werden vom Kultusministerium auf Vorschlag des jeweiligen Dienstherrn oder des jeweiligen Gremiums für die Dauer von drei Jahren berufen.</p> <p>(3) Je ein Mitglied der Fraktionen im Hessischen Landtag kann an den Sitzungen des Landesschulbeirats als Gast teilnehmen. An den Sitzungen des Landesschulbeirats kann je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Staatskanzlei sowie jeweils des für die Finanzen, für das Kommunalwesen, für die Landesentwicklung, für Frauenfragen, für die Kinder- und Jugendhilfe, für die Berufsbildung und für die Hochschulen zuständigen Ministeriums mit beratender Stimme teilnehmen.</p> <p>(4) Der Landesschulbeirat tritt mindestens einmal jährlich zusammen. Er wird vom Kultusministerium einberufen. Die Kultusministerin oder der</p> | <p>7. je einer Vertreterin oder einem Vertreter des Hessischen Städtetags und des Hessischen Landkreistags, sowie</p> <p>8. der oder dem Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Menschen mit Behinderungen.</p> <p>(2) Die Mitglieder des Landesschulbeirates werden spätestens sechs Monate nach Beginn einer Legislaturperiode des Hessischen Landtags vom Kultusministerium berufen. Die Berufung erfolgt auf Vorschlag des jeweiligen Dienstherrn oder des jeweiligen Gremiums für die Dauer der Legislaturperiode. Als Mitglied scheidet aus, wer nicht mehr im Dienst des jeweiligen Dienstherrn steht oder dem jeweiligen Gremium nicht mehr angehört oder wer durch Erklärung gegenüber dem Hessischen Kultusministerium von seinem Amt zurücktritt. In diesen Fällen ist eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger für den Rest der Legislaturperiode zu benennen und vom Kultusministerium zu berufen.</p> <p>(3) Je ein Mitglied der Fraktionen im Hessischen Landtag kann an den Sitzungen des Landesschulbeirats als Gast teilnehmen. An den Sitzungen des Landesschulbeirats kann je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Staatskanzlei sowie jeweils des für die Finanzen, für das Kommunalwesen, für die Landesentwicklung, für Frauenfragen, für die Kinder- und Jugendhilfe, für die Berufsbildung und für die Hochschulen zuständigen Ministeriums mit beratender Stimme teilnehmen.</p> <p>(4) Der Landesschulbeirat tritt mindestens einmal jährlich zusammen. Er wird vom Kultusministerium einberufen. Die Kultusministerin oder der</p> | <p>Bislang werden die Mitglieder des Landesschulbeirats für jeweils drei Jahre berufen. Um hier eine größere Kontinuität zu erreichen, wird die Amtszeit künftig an die Legislaturperiode des Landtags angelehnt. Zugleich wird mit den Sätzen 3 und 4 eine Regelung für den Fall getroffen, dass ein Gremiumsmitglied vor Ende der Amtszeit des Landesschulbeirats ausscheidet und eine Nachbenennung notwendig wird. Auch in diesem Fall bleibt der zeitliche Bezug zur Legislaturperiode erhalten.</p> |
|---|---|---|

| | | |
|---|---|--|
| <p>Kultusminister oder eine Beauftragte oder ein Beauftragter nimmt an den Sitzungen des Landes- schulbeirats teil und leitet sie.</p> <p>(5) Die Mitglieder des Landesschulbeirats sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten Ersatz der Fahr- kosten, ein Sitzungsgeld für jeden Sitzungstag und ein Übernachtungsgeld, sofern eine Über- nachtung außerhalb des Wohnortes erforderlich ist.</p> | <p>Kultusminister oder eine Beauftragte oder ein Be- auftragter nimmt an den Sitzungen des Landes- schulbeirats teil und leitet sie.</p> <p>(5) Die Mitglieder des Landesschulbeirats sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten Ersatz der Fahr- kosten, ein Sitzungsgeld für jeden Sitzungstag und ein Übernachtungsgeld, sofern eine Über- nachtung außerhalb des Wohnortes erforderlich ist.</p> | |
| <p>§ 99b (aufgehoben)</p> | | |
| <p>§ 99c (aufgehoben)</p> | | |
| <p>ACHTER TEIL</p> <p>Eltern</p> <p>Erster Abschnitt</p> <p>Allgemeine Bestimmungen</p> | | |
| <p>§ 100 Eltern</p> <p>(1) Die Rechte und Pflichten der Eltern nach die- sem Gesetz oder nach aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften nehmen wahr:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die nach bürgerlichem Recht für die Per- son des Kindes Sorgeberechtigten, 2. die Betreuerin oder der Betreuer einer volljährigen Schülerin oder eines volljäh- rigen Schülers für den schulischen Auf- gabenkreis, 3. anstelle der oder neben den Personen- sorgeberechtigten diejenigen, denen die | | |

| | | |
|---|--|--|
| <p>Erziehung des Kindes mit Einverständnis der Personensorgeberechtigten anvertraut oder mit anvertraut ist; das Einverständnis ist der Schule schriftlich nachzuweisen.</p> <p>(2) Zur gemeinsamen Ausgestaltung ihres jeweiligen Erziehungsauftrags können Schulen und Eltern Erziehungsvereinbarungen treffen.</p> | | |
| <p>§ 101 Mitbestimmungsrecht der Eltern</p> <p>Um Schule, Elternhaus und Berufsausbildungsstätten bei der Erziehung und Bildung der Kinder und Jugendlichen zu unterstützen und das Mitbestimmungsrecht der Eltern nach Art. 56 Abs. 6 der Verfassung des Landes Hessen zu gewährleisten, werden für die öffentlichen Schulen nach Maßgabe des achten Teils dieses Gesetzes Elternbeiräte gebildet.</p> | | |
| <p>§ 102 Wahlen und Abstimmungen</p> <p>(1) Wahlberechtigt und wählbar zu den Elternvertretungen sind die Eltern. Nicht wählbar ist jedoch, wer infolge Richterspruchs die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, nicht besitzt. Lehrerinnen und Lehrer, einschließlich der im Vorbereitungsdienst sowie der nebenamtlich oder nebenberuflich Tätigen, sowie sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Schulen, in denen sie tätig sind, nicht wählbar.</p> <p>(2) Die Wahlen sind geheim. Die Namen und Anschriften der Wahlberechtigten nach § 114 Abs. 1 und § 116 Abs. 2 sowie der Delegierten nach § 116 Abs. 1 dürfen bekannt gegeben werden.</p> | <p>§ 102 Wahlen und Abstimmungen</p> | |

| | | |
|--|--|--|
| <p>(3) Die Amtszeit der Mitglieder der Elternvertretungen beginnt mit ihrer Wahl. Als Mitglied scheidet aus, wer die Wählbarkeit für das jeweilige Amt verliert oder von seinem Amt zurücktritt. Mitglieder, deren Amtszeit abgelaufen ist, führen ihr Amt bis zur Neuwahl auch dann weiter, wenn sie nicht mehr wählbar sind. Mitglieder, deren Kind nach Ablauf des ersten Jahres ihrer Amtszeit volljährig wird, führen ihr Amt bis zum Ende der Amtszeit fort.</p> <p>(4) Abstimmungen sind offen, auf Verlangen eines Fünftels der anwesenden Stimmberechtigten jedoch geheim. Beschlüsse der Elternvertretungen werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit dieses Gesetz nichts anderes vorschreibt. Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen zur Berechnung der Mehrheit nicht mit. Die Eltern einer Schülerin oder eines Schülers haben zusammen nur eine Stimme.</p> <p>(5) Die Schulelternbeiräte, die Kreis- oder Stadtelternbeiräte sowie der Landeselternbeirat sind beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Sie sind ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig, wenn sie wegen Beschlussunfähigkeit erneut zur Beratung desselben Gegenstandes einberufen werden müssen; hierauf ist bei der Ladung hinzuweisen.</p> | <p>(3) Die Amtszeit der Mitglieder der Elternvertretungen beginnt mit ihrer Wahl. Als Mitglied scheidet aus, wer die Wählbarkeit für das jeweilige Amt verliert oder von seinem Amt zurücktritt. Mitglieder der Schulelternbeiräte, deren Amtszeit abgelaufen ist, führen ihr Amt bis zur Neuwahl auch dann weiter, wenn sie nicht mehr wählbar sind. Mitglieder der Schulelternbeiräte, deren Kind nach Ablauf des ersten Jahres ihrer Amtszeit volljährig wird, führen ihr Amt bis zum Ende der Amtszeit fort. Mitglieder der Kreis- und der Stadtelternbeiräte sowie des Landeselternbeirats führen ihr Amt bis zum Ende der Amtszeit fort, wenn ihr Kind im Laufe der Amtszeit volljährig wird.</p> | <p>Die Mitglieder der höherstufigen Elternvertretungen – also des Landes-, und der Kreis- und Stadtelternbeiräte – vertreten dort jeweils die verschiedenen Schulformen. Ihre Anzahl ist danach gewichtet, wie viele und wie große Schulen der Schulformen es gibt.</p> <p>In bestimmten Schulformen, namentlich in den beruflichen Schulen, ist es eher die Regel, als die Ausnahme, dass die Kinder von Mitgliedern bereits im ersten Jahr der Amtszeit volljährig werden. Da solche Mitglieder die Elterneigenschaft im Sinne des § 100 Abs. 1 Nr. 1 verlieren, sind sie ab diesem Zeitpunkt nicht mehr wählbar und müssten nach der Grundregel des § 102 Abs. 3 Satz 2 aus dem Amt ausscheiden. Oft stehen dann nicht mehr genug ErsatzvertreterInnen bereit, die noch in das Gremium nachrücken könnten, da auch die Kinder vieler ErsatzvertreterInnen bereits im ersten Jahr der Amtsdauer des Landes-, Kreis- oder Stadtelternbeirats volljährig geworden sind. Die Vertretung der verschiedenen Schulformen in dem jeweiligen Gremium kommt dadurch aus dem Gleichgewicht. Daher wird nunmehr den Mitgliedern der höherstufigen Elternvertretungen die Fortführung ihres Amtes unabhängig vom Zeitpunkt ermöglicht, zu dem ihr Kind die Volljährigkeit erreicht. Die Zusammensetzung der Gremien bleibt künftig über die gesamte Amtszeit hinweg – vorbehaltlich anderer Gründe für das Ausscheiden wie Rücktritt und Tod – gewahrt. Lediglich auf Schulebene verlieren die Klassenelternbeiräte, die zugleich den Schulelternbeirat bilden, weiter ihr Amt, wenn das Kind im ersten Jahr der Amtszeit volljährig wird.</p> |
|--|--|--|

| | | |
|--|--|--|
| | | |
| <p style="text-align: center;">§ 103</p> <p>Verschwiegenheitspflicht und Datenschutz</p> <p>(1) Über Angelegenheiten, die ihrer Bedeutung nach einer vertraulichen Behandlung bedürfen, haben die Elternvertreterinnen und -vertreter auch nach Beendigung ihrer Amtszeit Verschwiegenheit zu wahren.</p> <p>(2) Verstößt eine Elternvertreterin oder ein Elternvertreter hiergegen vorsätzlich oder fahrlässig, so kann der Elternbeirat den Ausschluss dieses Mitglieds aus der Elternvertretung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder beschließen.</p> <p>(3) Die Elternvertreterinnen und -vertreter haben den Hessischen Datenschutzbeauftragten bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen. Sie haben insbesondere Auskunft zu geben und Einsicht in Unterlagen zu gewähren, die in einem Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten stehen.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 104</p> <p>Kosten</p> <p>(1) Die Elternvertreterinnen und -vertreter sind ehrenamtlich tätig. Den Mitgliedern der Kreiselternbeiräte und der Elternvertretungen an Kreisberufsschulen werden die Fahrkosten ersetzt. Die Mitglieder des Landeselternbeirates und der vom Landeselternbeirat nach § 117 gebildeten Ausschüsse erhalten Ersatz der Fahrkosten, ein Sitzungsgeld für jeden Sitzungstag und, sofern</p> | | |

| | | |
|--|--|--|
| <p>Übernachtung außerhalb des Wohnortes erforderlich ist, ein Übernachtungsgeld.</p> <p>(2) Den Elternvertretungen sind für ihre Veranstaltungen Schulräume kostenlos zur Verfügung zu stellen.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 105 Ausgestaltung der Rechte der Elternvertretung</p> <p>Die nähere Ausgestaltung des achten Teils dieses Gesetzes, insbesondere der Wahlen zu den Elternvertretungen aller Stufen, erfolgt durch Rechtsverordnung.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">Zweiter Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Klassen- und Schulelternbeiräte</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 106 Klasseneleiterbeiräte</p> <p>(1) Die Eltern der Schülerinnen und Schüler einer Klasse bilden die Klasseneiternschaft. Sie wählt aus ihrer Mitte für die Dauer von zwei Jahren ein Elternteil als Klasseneiternbeirat und ein Elternteil als Stellvertreterin oder Stellvertreter. In Schulformen von einjähriger Dauer beträgt die Amtszeit ein Jahr.</p> <p>(2) Die Einrichtung von Klasseneiternbeiräten entfällt, wenn keine Jahrgangsklassen bestehen. In diesem Fall wählen die Eltern in den Jahrgangsstufen der Grundstufe (Primarstufe) und der Mittelstufe (Sekundarstufe I) für jeweils angefangene 25 Schülerinnen und Schüler und in den Jahrgangsstufen der Oberstufe (Sekundarstufe II) für jeweils angefangene 20 Schülerinnen und Schüler je eine Jahrgangselternvertreterin oder</p> | | |

| | | |
|--|--|--|
| <p>einen Jahrgangselternvertreter sowie je eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter. Sofern nur eine Vertreterin oder ein Vertreter in einer Jahrgangsstufe gewählt wurde, nimmt diese oder dieser als Jahrgangselternbeirat die Aufgaben des Klassenelternbeirates wahr. Sind zwei Vertreterinnen oder Vertreter in einer Jahrgangsstufe gewählt worden, so ergibt sich aus der Rangfolge der Stimmenzahl, wer die Aufgaben des Klassenelternbeirates und wer die Aufgaben der Stellvertreterin oder des Stellvertreters wahrnimmt. Sofern die Zahl der Jahrgangselternvertreterinnen oder -vertreter in einer Jahrgangsstufe mindestens drei beträgt, wählen sie aus ihrer Mitte diejenigen, die diese Aufgaben wahrnehmen; die Rechte aller Jahrgangselternvertreterinnen und -vertreter im Schulelternbeirat bleiben unberührt. § 107 gilt für die einzelnen Jahrgangsstufen entsprechend.</p> <p>(3) Die Einrichtung von Klassenelternbeiräten entfällt in Klassen, in denen zu Beginn des Schuljahres mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler volljährig ist. Die Eltern der minderjährigen Schülerinnen und Schüler dieser Klassen wählen in jeder Jahrgangsstufe gemeinsam für jeweils angefangene 20 Schülerinnen und Schüler eine Vertreterin oder einen Vertreter in den Schulelternbeirat.</p> <p>(4) Die Einrichtung von Klassenelternbeiräten entfällt bei Schulen, die vorwiegend von volljährigen Schülerinnen und Schülern besucht werden. Sofern die Zahl der minderjährigen Schülerinnen und Schüler an einer solchen Schule zu Beginn des Schuljahres mindestens 25 beträgt, wählen deren Eltern für jeweils 25 Schülerinnen und</p> | | |
|--|--|--|

| | | |
|---|---|---|
| Schüler eine Elternvertreterin oder einen Elternvertreter in den Schulelternbeirat. | | |
| <p style="text-align: center;">§ 107 Aufgaben der Klassenelternbeiräte</p> <p>(1) In der Klassenelternschaft sollen die wesentlichen Vorgänge aus dem Leben und der Arbeit der Klasse und der Schule erörtert werden. Die Klassenelternschaft kann Vorschläge für die Tagesordnung der Sitzungen des Schulelternbeirates machen.</p> <p>(2) Die Klassenelternschaft wird vom Klassenelternbeirat nach Bedarf, mindestens jedoch einmal in jedem Schulhalbjahr, einberufen; sie ist einzuberufen, wenn ein Fünftel der Eltern, die Schulleiterin oder der Schulleiter, die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer oder die oder der Vorsitzende des Schulelternbeirates es unter Angabe der zu beratenden Gegenstände verlangt. Erfolgt keine Einladung durch den Klassenelternbeirat oder die Stellvertreterin oder den Stellvertreter, kann die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer diese oder diesen schriftlich auffordern, innerhalb einer Frist von vier Unterrichtswochen einzuladen; nach Ablauf der Frist lädt die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer ein. In diesem Fall kann die Klassenelternschaft beschließen, für den Rest der Amtszeit einen neuen Klassenelternbeirat zu wählen. Die Neuwahl muss spätestens sechs Wochen nach dem Beschluss in einer eigenen Klassenelternversammlung erfolgen, zu der die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer einlädt.</p> <p>(3) An den Versammlungen der Klassenelternschaft nimmt die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer teil. Den übrigen Lehrerinnen und Lehrern der Klasse sowie der Schulleiterin oder dem</p> | <p style="text-align: center;">§ 107 Aufgaben der Klassenelternbeiräte</p> <p>(2) Die Klassenelternschaft wird vom Klassenelternbeirat nach Bedarf, mindestens jedoch einmal in jedem Schulhalbjahr, einberufen; sie ist einzuberufen, wenn ein Fünftel der Eltern, die Schulleiterin oder der Schulleiter, die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer oder die oder der Vorsitzende des Schulelternbeirates es unter Angabe der zu beratenden Gegenstände verlangt. Erfolgt keine Einladung durch den Klassenelternbeirat oder die Stellvertreterin oder den Stellvertreter, kann die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer diese oder diesen schriftlich auffordern, innerhalb einer Frist von vier Unterrichtswochen einzuladen; nach Ablauf der Frist lädt die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer ein. In diesem Fall kann die Klassenelternschaft beschließen, für den Rest der Amtszeit einen neuen Klassenelternbeirat zu wählen. Die Neuwahl Nachwahl muss spätestens sechs Wochen nach dem Beschluss in einer eigenen Klassenelternversammlung erfolgen, zu der die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer einlädt.</p> | <p>In § 107 Abs. 2 Satz 3 und 4 ist der Fall geregelt, dass nur für den Rest der Amtszeit eine NachfolgerIn für den Klassenelternbeirat zu wählen ist, nachdem dieser es versäumt hat, seine Amtsgeschäfte zu führen. Dabei handelt es sich nicht – wie der Gesetzestext bislang angibt – um eine Neuwahl, sondern um eine Nachwahl; dies wird richtiggestellt.</p> |

| | | |
|--|--|--|
| <p>Schulleiter steht die Teilnahme frei. Einmal jährlich sollen sie an einer Sitzung der Klassenelternschaft teilnehmen, auf Antrag eines Viertels der Klassenelternschaft sind sie zur Teilnahme verpflichtet. Der Klassenelternbeirat kann im Einvernehmen mit der Klassenelternschaft weitere Personen einladen; die Eltern volljähriger Schülerinnen und Schüler sollen eingeladen werden. Die Klassenelternschaft kann aus besonderen Gründen allein beraten.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 108 Schulelternbeiräte</p> <p>(1) Mitglieder des Schulelternbeirates sind die Klassenelternbeiräte und die nach § 106 Abs. 2 bis 4 gewählten Elternvertreterinnen und -vertreter. Er wählt aus seiner Mitte für die Dauer von zwei Jahren eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden, eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter und nach Bedarf weitere Vorstandsmitglieder.</p> <p>(2) An den Sitzungen des Schulelternbeirates nehmen die Schulleiterin oder der Schulleiter und deren oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter teil. Weitere Lehrerinnen und Lehrer sowie Vertreterinnen oder Vertreter der Schulaufsichtsbehörde können teilnehmen. Bei geeigneten Beratungsgegenständen sollen Schülervertreterinnen oder Schülervertreter zugezogen werden. Die Vorsitzende oder der Vorsitzende kann im Einvernehmen mit dem Schulelternbeirat weitere Personen einladen. Der Schulelternbeirat kann aus besonderen Gründen allein beraten.</p> <p>(3) Der Schulelternbeirat wird von der oder dem Vorsitzenden nach Bedarf, mindestens jedoch einmal im Schulhalbjahr, einberufen. Er muss</p> | <p style="text-align: center;">§ 108 Schulelternbeiräte</p> <p>(3) Der Schulelternbeirat wird von der oder dem Vorsitzenden nach Bedarf, mindestens jedoch einmal im Schulhalbjahr, einberufen. Er muss</p> | |

| | | |
|--|--|---|
| <p>einberufen werden, wenn ein Fünftel der Mitglieder oder die Schulleiterin oder der Schulleiter es unter Angabe der zu beratenden Gegenstände verlangt. Erfolgt keine Einladung durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden oder die Stellvertreterin oder den Stellvertreter, kann die Schulleiterin oder der Schulleiter diese oder diesen schriftlich auffordern, innerhalb einer Frist von vier Unterrichtswochen einzuladen; nach Ablauf der Frist lädt die Schulleiterin oder der Schulleiter ein. In diesem Fall kann der Schulelternbeirat mit mehr als der Hälfte seiner Mitglieder beschließen, für den Rest seiner Amtszeit eine neue Vorsitzende oder einen neuen Vorsitzenden zu wählen. Die Neuwahl muss spätestens sechs Wochen nach dem Beschluss in einer eigenen Sitzung erfolgen, zu der die Schulleiterin oder der Schulleiter einlädt.</p> <p>(4) Der Schulelternbeirat kann mit der Beratung über Angelegenheiten, die ausschließlich eine Schulstufe oder einen Schulzweig betreffen, Ausschüsse beauftragen, denen die Klassen- oder Jahrgangselternbeiräte der jeweiligen Schulstufe oder des Schulzweigs angehören; sie wählen aus ihrer Mitte eine Ausschussvorsitzende oder einen Ausschussvorsitzenden und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter. Die sich aus § 111 ergebenden Rechte des Schulelternbeirates bleiben unberührt.</p> | <p>einberufen werden, wenn ein Fünftel der Mitglieder oder die Schulleiterin oder der Schulleiter es unter Angabe der zu beratenden Gegenstände verlangt. Erfolgt keine Einladung durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden oder die Stellvertreterin oder den Stellvertreter, kann die Schulleiterin oder der Schulleiter diese oder diesen schriftlich auffordern, innerhalb einer Frist von vier Unterrichtswochen einzuladen; nach Ablauf der Frist lädt die Schulleiterin oder der Schulleiter ein. In diesem Fall kann der Schulelternbeirat mit mehr als der Hälfte seiner Mitglieder beschließen, für den Rest seiner Amtszeit eine neue Vorsitzende oder einen neuen Vorsitzenden zu wählen. Die Neuwahl Nachwahl muss spätestens sechs Wochen nach dem Beschluss in einer eigenen Sitzung erfolgen, zu der die Schulleiterin oder der Schulleiter einlädt.</p> | <p>Wie in § 107 Abs. 2 Satz 3 und 4 ist auch hier nicht eine Neuwahl, sondern eine Nachwahl geregelt. Auf die Begründung zu § 107 Abs. 2, die entsprechend gilt, wird daher verwiesen.</p> |
| <p>§ 109 Vertretung ausländischer Eltern</p> <p>Beträgt der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler an der Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler einer Schule mindestens 10 vom Hundert, jedoch weniger als 50 vom Hundert, so</p> | <p>§ 109 Vertretung der Eltern ausländischer Schülerinnen und Schüler</p> | <p>Die gegenwärtige Überschrift ist ungenau, da es in § 109 um eine Vertretung der Eltern ausländischer SchülerInnen geht. Da ausländische SchülerInnen auch deutsche Elternteile haben können, ist dies nicht dasselbe. Die Überschrift wird deshalb präzisiert.</p> |

| | | |
|--|---|--|
| <p>wählen die Eltern der ausländischen Schülerinnen und Schüler in den Jahrgangsstufen der Grundstufe (Primarstufe) und der Mittelstufe (Sekundarstufe I) für jeweils angefangene 25 Schülerinnen und Schüler und in den Jahrgangsstufen der Oberstufe (Sekundarstufe II) für jeweils angefangene 20 Schülerinnen und Schüler, in der Berufsschule für jeweils angefangene 50 Schülerinnen und Schüler aus ihrer Mitte für die Dauer von zwei Jahren je eine Elternvertreterin oder einen Elternvertreter und je eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter. Diese Elternvertreterinnen und Elternvertreter gehören dem Schulelternbeirat mit beratender Stimme an.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 110 Aufgaben des Schulelternbeirates</p> <p>(1) Der Schulelternbeirat übt das Mitbestimmungsrecht an der Schule aus.</p> <p>(2) Der Zustimmung des Schulelternbeirates bedürfen Entscheidungen der Schulkonferenz nach § 129 Nr. 1 bis 7 und der Gesamtkonferenz nach § 133 Abs. 1 Nr. 3 bis 5.</p> | <p style="text-align: center;">§ 110 Aufgaben des Schulelternbeirates</p> <p>(2) Der Zustimmung des Schulelternbeirates bedürfen Entscheidungen der Schulkonferenz nach § 129 Nr. 1 bis 7 § 129 Nr. 1 bis 8, 10 und 12 und der Gesamtkonferenz nach § 133 Abs. 1 Nr. 3 bis 5 § 133 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 bis 5.</p> | <p>Die Änderung des § 110 hat verschiedene Gründe und zum Teil konstitutiven, zum Teil nur klarstellenden Charakter.</p> <p>Um die demokratische Verfasstheit der Schule zu verbessern, werden die Mitwirkungsrechte des Schulelternbeirates (SEB) – und über die Verweisung in § 122 Abs. 5 Satz 2 auch die des Schülerrates – substantiell gestärkt, indem die Entscheidungen der Schulkonferenz (Schuko) nach § 129 Nr. 8, 10 und 12 in den Katalog der Entscheidungen aufgenommen werden, die der Zustimmung des SEB bedürfen. Die Eltern- und die Schülervertretung entscheiden danach nunmehr zusätzlich mit über die Grundsätze für die Zusammenarbeit der Schule mit anderen Schulen und außerschulischen Einrichtungen sowie für Vereinbarungen mit Dritten im Rahmen von Projekten zur Öffnung der Schule, der Organisation des Schüleraustauschs und internationaler Zusammenarbeit sowie über die Vereinbarung zu Schulpartnerschaften und schulinterne Grundsätze für Schulfahrten und Wandertage, über die</p> |

| | | |
|---|--|--|
| <p>(3) Der Schulelternbeirat ist anzuhören vor Entscheidungen der Schulkonferenz nach § 129 Nr. 8, 10 und 12, bevor die Schulleiterin oder der Schulleiter Maßnahmen trifft, die für das Schulleben von allgemeiner Bedeutung sind, und vor der Auswahl von zugelassenen Schulbüchern.</p> <p>(4) Der Schulelternbeirat kann sowohl Maßnahmen, die seiner Zustimmung bedürfen (Abs. 2), als auch Maßnahmen, bei denen er anzuhören ist (Abs. 3), vorschlagen. Der Vorschlag ist der Schulleiterin oder dem Schulleiter mit schriftlicher Begründung vorzulegen. § 111 Abs. 1 gilt entsprechend.</p> <p>(5) Die Schulleiterin oder der Schulleiter unterrichtet den Schulelternbeirat über alle wesentlichen Angelegenheiten des Schullebens.</p> <p>(6) Die oder der Vorsitzende, die Stellvertreterinnen oder Stellvertreter sowie drei weitere Angehörige des Schulelternbeirats können an der Gesamtkonferenz mit beratender Stimme teilneh-</p> | <p>(3) Der Schulelternbeirat ist anzuhören vor Entscheidungen der Schulkonferenz nach § 129 Nr. 8, 10 und 12, bevor die Schulleiterin oder der Schulleiter Maßnahmen trifft, die für das Schulleben von allgemeiner Bedeutung sind, und vor der Auswahl von zugelassenen Schulbüchern und digitalen Werken.</p> | <p>Verteilung des Unterrichts auf sechs statt auf fünf Wochentage und die Durchführung besonderer Schulveranstaltungen sowie über Schulordnungen zur Regelung des geordneten Ablaufs des äußeren Schulbetriebs; sie werden nicht mehr lediglich dazu angehört.</p> <p>Hingegen hat die Ergänzung der Verweisung auf § 133 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 bis 5 nur klarstellende Wirkung; dass § 133 Abs. 1 vor dem Satz, der den nummerierten Katalog enthält, einen Satz 1 und danach drei weitere Sätze umfasst, war bisher nicht in § 110 Abs. 2 abgebildet.</p> <p>Digitale Lehrwerke erfüllen die gleiche Funktion wie Schulbücher und sind demgemäß bereits in § 153 Abs. 1 und 2 neben den Schulbüchern als Lernmaterial aufgeführt. Bisher hatten der SEB und der Schülerrat nur bei der Auswahl von zugelassenen Schulbüchern ein Anhörungsrecht, nicht aber bei derjenigen digitaler Lehrwerke. Die Änderung trägt nunmehr der funktionalen Äquivalenz beider Medien Rechnung.</p> |
|---|--|--|

| | | |
|--|--|--|
| <p>men. An den sonstigen Konferenzen der Lehrkräfte mit Ausnahme der Zeugnis- und Versetzungskonferenzen und solcher Konferenzen, an denen ausschließlich Personalangelegenheiten der Lehrerinnen und Lehrer, Ordnungsmaßnahmen nach § 82 Abs. 2 oder Maßnahmen nach § 82a behandelt werden, können bis zu drei Beauftragte des Schullelternbeirats teilnehmen.</p> <p>(7) Der Schullelternbeirat hat das Recht, bei der Schulleiterin oder dem Schulleiter Vorstellungen gegen Maßnahmen zu erheben, welche seiner Meinung nach die Grundsätze des Art. 56 Abs. 2 bis 5 und Abs. 7 Satz 2 der Verfassung des Landes Hessen verletzen. Kommt eine Klärung nicht zustande, kann der Schullelternbeirat Beschwerde bei der Schulaufsichtsbehörde einlegen.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 111 Zustimmungspflichtige Maßnahmen</p> <p>(1) Zustimmungspflichtige Maßnahmen (§ 110 Abs. 2) sind im Schullelternbeirat mit dem Ziel einer Verständigung zu erörtern. Auf Verlangen der Schulleiterin oder des Schulleiters muss zu diesem Zweck der Schullelternbeirat mit Frist von einer Woche einberufen werden.</p> <p>(2) Verweigert der Schullelternbeirat die Zustimmung, so kann bei Entscheidungen nach § 129 Nr. 1 bis 7 die Schulkonferenz, bei Entscheidungen nach § 133 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 bis 5 die Gesamtkonferenz die Entscheidung der Schulaufsichtsbehörde beantragen.</p> <p>(3) Die Schulaufsichtsbehörde entscheidet endgültig, nachdem sie dem Schullelternbeirat Gele-</p> | <p style="text-align: center;">§ 111 Zustimmungspflichtige Maßnahmen</p> | <p>Bei der Ersetzung der Wörter „Das Staatliche Schulamt“ durch die Wörter „Die Schulaufsichtsbehörde“ durch das „Schulverwaltungsorganisationsstrukturereformgesetz“ vom 27.9.2012 (GVBl.</p> |

| | | |
|--|---|---|
| <p>genheit zur Stellungnahme gegeben hat. In dringenden Fällen kann es den vorläufigen Vollzug anordnen.</p> <p>(4) Lehnt die Schulkonferenz oder die Gesamtkonferenz eine vom Schulelternbeirat beantragte, zustimmungspflichtige Maßnahme ab, so kann der Schulelternbeirat die Entscheidung der Schulaufsichtsbehörde beantragen; Abs. 3 gilt entsprechend.</p> | <p>(3) Die Schulaufsichtsbehörde entscheidet endgültig, nachdem sie dem Schulelternbeirat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben hat. In dringenden Fällen kann es sie den vorläufigen Vollzug anordnen.</p> | <p>S. 299) ist versehentlich das Pronomen „es“ in § 111 Abs. 3 Satz 2 – im Gegensatz zu Satz 1 – nicht folgerichtig durch „sie“ ersetzt worden. Die redaktionelle Anpassung wird mit der Änderung nachgeholt.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 112 Anhörungsbedürftige Maßnahmen</p> <p>(1) Bei anhörungsbedürftigen Maßnahmen (§ 110 Abs. 3) gilt § 111 Abs. 1 entsprechend.</p> <p>(2) Ist ohne Anhörung eine Maßnahme getroffen worden, die der Schulelternbeirat für anhörungsbedürftig hält, kann dieser binnen zwei Wochen nach Kenntnis die Entscheidung der Schulaufsichtsbehörde beantragen.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 113 Abteilungselternschaften an beruflichen Schulen</p> <p>(1) An den beruflichen Schulen mit Teilzeitunterricht treten an die Stelle der Klassenelternschaft Abteilungselternschaften für die an der Schule bestehenden Fachabteilungen.</p> <p>(2) Die Abteilungselternschaften wählen für die Dauer von zwei Jahren den Abteilungselternbeirat, der sich aus der oder dem Vorsitzenden, der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter sowie einer Beisitzerin oder einem Beisitzer zusammensetzt.</p> | | |

| | | |
|---|--|--|
| <p>An den Sitzungen der Abteilungselternschaften und der Abteilungselternbeiräte nimmt die Abteilungsleiterin oder der Abteilungsleiter oder eine Vertreterin oder ein Vertreter teil.</p> <p>(3) Die Abteilungselternbeiräte und ihre Stellvertreterinnen oder Stellvertreter sind Mitglieder des Schulelternbeirates.</p> <p>(4) An den Sitzungen der Abteilungselternschaften und der Abteilungselternbeiräte an beruflichen Schulen mit Teilzeitunterricht können je eine Vertreterin oder ein Vertreter der jeweiligen Fachrichtung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen teilnehmen.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">Dritter Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Kreis- und Stadtelternbeiräte</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 114 Kreis- und Stadtelternbeiräte</p> <p>(1) Die Kreis- und Stadtelternbeiräte werden von Vertreterinnen und Vertretern der Schulelternbeiräte der Landkreise, der kreisfreien Städte und der kreisangehörigen Gemeinden, die Träger von Schulen mehrerer Schulformen sind, getrennt nach Schulformen aus ihrer Mitte für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Jeder Schulelternbeirat wählt hierzu aus dem Kreis seiner Mitglieder und deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter für jeweils angefangene 500 Schülerinnen und Schüler eine Vertreterin oder einen Vertreter, mindestens jedoch zwei Vertreterinnen oder Vertreter, und eine entsprechende Anzahl von Ersatzvertreterinnen oder Ersatzvertretern.</p> | <p style="text-align: center;">§ 114 Kreis- und Stadtelternbeiräte</p> | |

| | | |
|--|--|--|
| <p>(2) Der Kreis- oder Stadtelternbeirat besteht aus</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. drei Vertreterinnen oder Vertretern der Grundschulen, 2. je einer Vertreterin oder einem Vertreter der <ol style="list-style-type: none"> a) Hauptschulen, b) Förderschulen, c) Realschulen, d) Mittelstufenschulen, e) Gymnasien, f) schulformbezogenen (kooperativen) Gesamtschulen, g) schulformübergreifenden (integrierten) Gesamtschulen, h) beruflichen Schulen, i) Ersatzschulen und 3. sieben Elternvertreterinnen oder Elternvertretern aus dem Bereich der Hauptschulen, der Förderschulen, der Realschulen, der Mittelstufenschulen, der Gymnasien, der schulformbezogenen (kooperativen) Gesamtschulen, der schulformübergreifenden (integrierten) Gesamtschulen und der beruflichen Schulen, die auf die einzelnen genannten Schulformen im Verhältnis ihrer Schülerzahlen im Landkreis, in der kreisfreien Stadt oder in der kreisangehörigen Gemeinde, die Schulträger ist, nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt verteilt werden. <p>(3) Die Wahlberechtigten wählen aus ihrer Mitte getrennt nach Schulformen für jede Vertreterin oder für jeden Vertreter einer Schulform drei, für</p> | | |
|--|--|--|

| | | |
|---|---|---|
| <p>Vertreterinnen oder Vertreter der beruflichen Schulen fünf Ersatzvertreterinnen oder Ersatzvertreter, die bei vorzeitigem Ausscheiden der Vertreterin oder des Vertreters in der Reihenfolge der auf sie bei der Wahl entfallenen Stimmen in das Amt nachrücken.</p> <p>(4) Sind eine oder mehrere der in Abs. 2 genannten Schulformen in einem Landkreis, einer kreisfreien Stadt oder einer kreisangehörigen Gemeinde, die Schulträger ist, nicht vertreten, vermindert sich die Zahl der Mitglieder des Kreis- oder Stadtelternbeirats und die Zahl der Ersatzvertreterinnen oder Ersatzvertreter entsprechend.</p> <p>(5) Eine Vertreterin oder ein Vertreter einer Schulform, deren oder dessen Kind die Schulform verlässt, scheidet dann nicht aus dem Kreis- oder Stadtelternbeirat aus, wenn ein weiteres Kind der Vertreterin oder des Vertreters die Schulform besucht oder im unmittelbaren Anschluss an das Ausscheiden des ersten Kindes die Schulform besuchen wird, insbesondere wenn zum Ende eines Schuljahrs ein Kind ausscheidet und im unmittelbar darauf folgenden Schuljahr das weitere Kind die Schulform neu besucht.</p> <p>(6) Der Kreis- oder Stadtelternbeirat wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden, eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter und nach Bedarf weitere Vorstandsmitglieder.</p> <p>(7) An den Sitzungen der Kreis- und Stadtelternbeiräte nehmen Schulaufsichtsbeamtinnen oder -beamte als Vertreterinnen oder Vertreter der Schulaufsichtsbehörde sowie je eine Vertreterin oder ein Vertreter des Kreisausschusses der</p> | <p>(5) Eine Vertreterin oder ein Vertreter einer Schulform, deren oder dessen Kind die Schulform verlässt, scheidet dann nicht aus dem Kreis- oder Stadtelternbeirat aus, wenn ein weiteres Kind der Vertreterin oder des Vertreters die Schulform besucht oder im unmittelbaren Anschluss an das Ausscheiden des ersten Kindes die Schulform besuchen wird, insbesondere wenn zum Ende eines Schuljahrs ein Kind ausscheidet und im unmittelbar darauf folgenden Schuljahr das weitere Kind die Schulform neu besucht. Satz 1 gilt entsprechend für Ersatzvertreterinnen und Ersatzvertreter.</p> | <p>Die Regelung über das Anschlussmandat eines Elternteils, dessen bisher für seine Legitimation als Elternvertreter einer Schulform maßgebliches Kind aus der Schule ausscheidet, im Stadt- oder Kreiselternbeirat wird über die aktuellen ElternvertreterInnen hinaus auf die ErsatzvertreterInnen erstreckt. Damit wird, soweit es dem Gedanken der Betroffenenpartizipation entsprechend möglich ist, vermieden, dass ErsatzvertreterInnen nicht mehr an die Stelle ausgeschiedener Mitglieder des Kreis- oder Stadtelternbeirats treten können, weil das Kind, das ihnen zum Zeitpunkt ihrer Wahl die Legitimation zur Repräsentation der jeweiligen Schulform vermittelte, inzwischen keine Schule dieser Schulform mehr besucht.</p> |
|---|---|---|

| | | |
|---|--|--|
| <p>Landkreise oder des Magistrats der kreisfreien Städte oder der kreisangehörigen Gemeinden, die Schulträger sind, teil. Die oder der Vorsitzende kann weitere Personen einladen. Aus besonderen Gründen kann der Kreis- oder Stadtelternteilbeirat allein beraten.</p> <p>(8) Die oder der Vorsitzende beruft Sitzungen nach Bedarf, mindestens einmal im Schuljahr, ein. Eine Sitzung ist einzuberufen, wenn die Schulaufsichtsbehörde oder mindestens ein Fünftel der Mitglieder es verlangt. Erfolgt keine Einladung durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden oder die Stellvertreterin oder den Stellvertreter, kann die Schulaufsichtsbehörde diese oder diesen schriftlich auffordern, innerhalb einer angemessenen Frist einzuladen; nach Ablauf der Frist lädt die Schulaufsichtsbehörde ein. In diesem Fall kann der Kreis- oder Stadtelternteilbeirat mit mehr als der Hälfte der gesetzlichen Mitglieder beschließen, für den Rest seiner Amtszeit eine neue Vorsitzende oder einen neuen Vorsitzenden zu wählen. Die Neuwahl muss spätestens sechs Wochen nach dem Beschluss in einer eigenen Sitzung erfolgen, zu der die Schulaufsichtsbehörde einlädt.</p> <p>(9) Bei der Beratung von Angelegenheiten der Förderschulen und der beruflichen Schulen sollen von der oder dem Vorsitzenden bis zu drei zusätzliche Vertreterinnen oder Vertreter dieser Schulformen mit beratender Stimme hinzugezogen werden. Zu den Sitzungen der Kreis- und Stadtelternteilbeiräte sollen von der oder dem Vorsitzenden bis zu drei Vertreterinnen oder Vertreter der Eltern der ausländischen Schülerinnen und Schüler mit beratender Stimme hinzugezogen werden</p> | | |
| § 115 | | |

| | | |
|--|--|---|
| <p>Aufgaben der Kreis- und Stadtelternbeiräte</p> <p>(1) Die Kreis- und Stadtelternbeiräte beraten und fördern die Arbeit der Schulelternbeiräte.</p> <p>(2) Der Kreis- oder Stadtelternbeirat ist anzuhören zum Schulentwicklungsplan des Schulträgers, vor Neuerrichtung einer Versuchsschule und bei Maßnahmen im Sinne des § 110 Abs. 2, sofern von diesen mehrere Schulen im Gebiet des Schulträgers gleichzeitig unmittelbar betroffen werden; die Rechte der Schulelternbeiräte bleiben unberührt.</p> <p>(3) Kreis- und Stadtelternbeiräte sind auf Antrag eines Viertels der Schulelternbeiratsvorsitzenden, mindestens jedoch einmal im Schuljahr, verpflichtet, den Schulelternbeiratsvorsitzenden in Versammlungen über ihre Tätigkeit zu berichten. Den Schulelternbeiratsvorsitzenden ist hierbei Gelegenheit zur Stellungnahme und zur Darlegung eigener Vorstellungen zu geben.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">Vierter Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Landeselternbeirat</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 116 Landeselternbeirat</p> <p>(1) Der Landeselternbeirat wird von Delegierten getrennt nach Schulformen für die Dauer von drei Jahren gewählt.</p> <p>(2) Die Delegierten und die Ersatzdelegierten werden von Vertreterinnen und Vertretern der Schulelternbeiräte in den Landkreisen und in den kreisfreien Städten getrennt nach Schulformen gewählt. Jeder Schulelternbeirat wählt hierzu aus</p> | <p style="text-align: center;">§ 116 Landeselternbeirat</p> <p>(2) Die Delegierten und die Ersatzdelegierten werden von Vertreterinnen und Vertretern der Schulelternbeiräte in den Landkreisen und in den kreisfreien Städten getrennt nach Schulformen gewählt. Jeder Schulelternbeirat wählt hierzu aus</p> | <p>Zur Vorbereitung der Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten, die zur Wahl des Landeselternbeirats (LEB) berufen sind, haben die SEB VertreterInnen zu wählen, die ihrerseits die Delegierten und Ersatzdelegierten wählen. Bei der Einladung zu dieser Wahl kann ebenso wie bei derjenigen zu regulären Sitzungen der SEB eine</p> |

| | | |
|--|--|---|
| <p>dem Kreis seiner Mitglieder und deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter für jeweils angefangene 500 Schülerinnen und Schüler eine Vertreterin oder einen Vertreter, mindestens jedoch zwei Vertreterinnen oder Vertreter, und eine entsprechende Zahl von Ersatzvertreterinnen oder Ersatzvertretern.</p> <p>(3) Auf jeweils angefangene 10000 Schülerinnen und Schüler der im Landkreis oder in der kreisfreien Stadt vertretenen Schulform entfällt eine Delegierte oder ein Delegierter und eine Ersatzdelegierte oder ein Ersatzdelegierter.</p> <p>(4) Wählbar als Delegierte oder Delegierter einer Schulform ist jeder Elternteil, dessen Kind eine Schule dieser Schulform im Landkreis oder in der kreisfreien Stadt besucht und die oder der an dieser Schule Klassenelternbeirat, Jahrgangselternvertreterin oder Jahrgangselternvertreter, Abteilungselternbeirat oder Stellvertreterin oder Stellvertreter ist. Wählbar ist auch, wer Vertreterin oder Vertreter oder Ersatzvertreterin oder Ersatzvertreter dieser Schulform im Kreis- und Stadtelternbeirat ist.</p> <p>(5) Der Landeselternbeirat besteht aus</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. drei Vertreterinnen oder Vertretern der Grundschulen, 2. je zwei Vertreterinnen oder Vertretern der <ol style="list-style-type: none"> a) Hauptschulen, b) Förderschulen, | <p>dem Kreis seiner Mitglieder und deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter für jeweils angefangene 500 Schülerinnen und Schüler eine Vertreterin oder einen Vertreter, mindestens jedoch zwei Vertreterinnen oder Vertreter, und eine entsprechende Zahl von Ersatzvertreterinnen oder Ersatzvertretern. Lädt bis zu dem vom Landeselternbeirat festgelegten Zeitpunkt nicht die oder der Vorsitzende des Schulelternbeirats oder die Stellvertreterin oder der Stellvertreter zu der Wahl ein, hat die Schulleiterin oder der Schulleiter den Schulelternbeirat einzuladen.</p> | <p>Säumnis der oder des Vorsitzenden des SEB eintreten. Anders als in dem in § 108 Abs. 3 Satz 3 geregelten Fall, dass keine Einladung zu einer Sitzung des SEB erfolgt, ist es bei der Vertreterwahl allerdings nicht angebracht, dass die SchulleiterIn der oder dem Vorsitzenden des SEB zunächst eine vierwöchige Nachfrist für die Einladung setzt. Dadurch käme der Termin für die Wahl des LEB in Gefahr. Um eine rechtzeitige und lückenlose Wahl der Delegierten zur Wahl des LEB zu gewährleisten, wird daher eine Spezialvorschrift zu § 108 Abs. 3 Satz 3 für den Fall der Vertreterwahl eingeführt. Der Setzung einer Nachfrist bedarf es danach nicht; die SchulleiterIn lädt vielmehr unmittelbar nach dem Verstreichen des vom LEB festgesetzten Zeitpunkts für die Einladung selbst den SEB zur Vertreterwahl ein.</p> |
|--|--|---|

| | | |
|--|--|--|
| <p>c) Realschulen, d) Gymnasien, e) schulformbezogenen (kooperativen) Gesamtschulen, f) schulformübergreifenden (integrierten) Gesamtschulen, g) beruflichen Schulen, von denen eine Vertreterin oder ein Vertreter der Elternschaft einer weiterführenden beruflichen Schule angehören soll,</p> <p>3. je einer Vertreterin oder einem Vertreter der</p> <p>a) Mittelstufenschulen und b) Ersatzschulen.</p> <p>(6) Die Delegierten wählen getrennt nach Schulformen für jede Vertreterin oder jeden Vertreter einer Schulform drei, für die Vertreterinnen oder Vertreter der beruflichen Schulen fünf Ersatzvertreterinnen oder Ersatzvertreter, die bei vorzeitigem Ausscheiden der Vertreterin oder des Vertreters in der Reihenfolge der auf sie bei der Wahl entfallenen Stimmen in das Amt nachrücken.</p> <p>(7) Wählbar als Vertreterin oder Vertreter oder als Ersatzvertreterin oder Ersatzvertreter einer Schulform ist jeder Elternteil, dessen Kind eine Schule dieser Schulform besucht. Der Elternteil muss ferner an dieser Schule Klassenelternbeirat, Jahrgangselternvertreterin oder -vertreter oder Abteilungselternbeirat oder deren Stellvertreterin oder Stellvertreter oder Vertreterin oder Vertreter oder Ersatzvertreterin oder Ersatzvertreter dieser Schulform in einem Kreis- oder Stadtelternbeirat zum Zeitpunkt der Wahl sein oder eines dieser Ämter wenigstens für die Dauer einer Amtsperiode innegehabt haben.</p> | | |
|--|--|--|

| | | |
|--|---|--|
| <p>(8) Eine Vertreterin oder ein Vertreter einer Schulform, deren oder dessen Kind die Schulform verlässt, scheidet dann nicht aus dem Landeselternbeirat aus, wenn ein weiteres Kind der Vertreterin oder des Vertreters die Schulform besucht oder im unmittelbaren Anschluss an das Ausscheiden des ersten Kindes die Schulform besuchen wird, insbesondere wenn zum Ende eines Schuljahrs ein Kind ausscheidet und im unmittelbar darauf folgenden Schuljahr das weitere Kind die Schulform neu besucht.</p> <p>(9) In Fachfragen der in Abs. 5 genannten Schulformen kann der Landeselternbeirat gegen den Widerspruch der betroffenen Vertretergruppen nur mit Zweidrittelmehrheit beschließen.</p> <p>(10) Der Landeselternbeirat übt das Mitbestimmungsrecht nach Maßgabe der §§ 118 bis 120 aus und berät und fördert die Arbeit der Kreis- und Stadtelternbeiräte.</p> <p>(11) Der Landeselternbeirat wählt aus seiner Mitte die Vorsitzende oder den Vorsitzenden und zwei Stellvertreterinnen oder Stellvertreter. Er gibt sich im Einvernehmen mit dem Kultusministerium eine Geschäftsordnung.</p> <p>(12) Der Landeselternbeirat wird von der oder dem Vorsitzenden nach Bedarf einberufen. Er ist innerhalb von vier Unterrichtswochen einzuberufen, wenn mindestens ein Fünftel der Mitglieder oder das Kultusministerium es unter Angabe der zu beratenden Gegenstände verlangt.</p> | <p>(8) Eine Vertreterin oder ein Vertreter einer Schulform, deren oder dessen Kind die Schulform verlässt, scheidet dann nicht aus dem Landeselternbeirat aus, wenn ein weiteres Kind der Vertreterin oder des Vertreters die Schulform besucht oder im unmittelbaren Anschluss an das Ausscheiden des ersten Kindes die Schulform besuchen wird, insbesondere wenn zum Ende eines Schuljahrs ein Kind ausscheidet und im unmittelbar darauf folgenden Schuljahr das weitere Kind die Schulform neu besucht.</p> <p>Satz 1 gilt entsprechend für Ersatzvertreterinnen und Ersatzvertreter.</p> | <p>Die Regelung über das Anschlussmandat eines Elternteils, dessen bisher für seine Legitimation als Elternvertreter einer Schulform maßgebliches Kind aus der Schule ausscheidet, im LEB wird über die aktuellen ElternvertreterInnen hinaus auf die ErsatzvertreterInnen erstreckt. Damit wird, soweit es den Gedanken der Betroffenenpartizipation entsprechend möglich ist, vermieden, dass ErsatzvertreterInnen nicht mehr an die Stelle ausgeschiedener Mitglieder des LEB treten können, weil das Kind, das ihnen zum Zeitpunkt ihrer Wahl die Legitimation zur Repräsentation der jeweiligen Schulform vermittelte, inzwischen keine Schule dieser Schulform mehr besucht.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 117 Ausschüsse</p> | | |

| | | |
|---|--|--|
| <p>(1) Der Landeselternbeirat kann zu seiner Beratung Ausschüsse für die in ihm vertretenen Schulformen bilden.</p> <p>(2) Den Ausschüssen gehören die Mitglieder des Landeselternbeirates, die die betreffende Schulform vertreten, und ihre Ersatzvertreterinnen oder Ersatzvertreter an. Der Landeselternbeirat kann in besonderen Ausnahmefällen weitere Eltern in diese Ausschüsse berufen.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 118 Zustimmungspflichtige Maßnahmen</p> <p>(1) Der Zustimmung des Landeselternbeirates bedürfen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. allgemeine Bestimmungen über Bildungsziele und Bildungsgänge, insbesondere in Kerncurricula, Lehrplänen und Prüfungsordnungen, soweit sie das Unterrichtswesen der Schulen gestalten, 2. allgemeine Bestimmungen, welche die Aufnahme in weiterführende Schulen und die Übergänge zwischen den Bildungsgängen regeln, 3. allgemeine Richtlinien für die Auswahl von Lernmitteln, 4. allgemeine Schulordnungen, soweit sie das Unterrichtswesen gestalten. <p>(2) Zustimmungspflichtige Maßnahmen sind zwischen dem Kultusministerium und dem Landeselternbeirat mit dem Ziel einer Verständigung zu erörtern. Bei Einverständnis der Beteiligten kann von einer Erörterung abgesehen werden. Der</p> | <p style="text-align: center;">§ 118 Zustimmungspflichtige Maßnahmen</p> | |

| | | |
|---|--|---|
| <p>Landeselternbeirat hat über den Antrag des Kultusministeriums, der Maßnahme zuzustimmen, innerhalb von zehn Wochen nach Antragstellung zu entscheiden. Hat der Landeselternbeirat in dieser Frist nicht entschieden, gilt die Zustimmung als erteilt.</p> <p>(3) Verweigert der Landeselternbeirat seine Zustimmung, so ist dieser Beschluss schriftlich zu begründen. Hält das Kultusministerium seinen Antrag aufrecht, so hat der Landeselternbeirat innerhalb von zehn Wochen nach dieser Mitteilung erneut zu beraten und zu entscheiden; Abs. 2 Satz 4 gilt entsprechend. Wird die Zustimmung wiederum verweigert, entscheidet das Kultusministerium endgültig. Hat der Landeselternbeirat den zweiten ablehnenden Bescheid mit mehr als zwei Dritteln der Zahl seiner gesetzlichen Mitglieder gefasst, so kann das Kultusministerium eine gegenteilige Entscheidung nur mit Zustimmung der Landesregierung treffen.</p> | <p>(3) Verweigert der Landeselternbeirat seine Zustimmung, so ist dieser Beschluss schriftlich zu begründen. Hält das Kultusministerium seinen Antrag aufrecht, so hat der Landeselternbeirat innerhalb von zehn Wochen nach dieser Mitteilung erneut zu beraten und zu entscheiden; Abs. 2 Satz 4 gilt entsprechend. Wird die Zustimmung wiederum verweigert, entscheidet das Kultusministerium endgültig. Hat der Landeselternbeirat den zweiten ablehnenden Bescheid Beschluss mit mehr als zwei Dritteln der Zahl seiner gesetzlichen Mitglieder gefasst, so kann das Kultusministerium eine gegenteilige Entscheidung nur mit Zustimmung der Landesregierung treffen.</p> | <p>Es handelt sich um die Korrektur eines Redaktionsversehens. Wie sich aus § 118 Abs. 3 Satz 1 ergibt, erlässt der LEB keinen Bescheid, sondern fasst einen u. U. ablehnenden Beschluss.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 119 Anhörungsbedürftige Maßnahmen</p> <p>(1) Der Landeselternbeirat ist anzuhören bei der Aufstellung von Richtlinien über Umfang und Ausgestaltung der Schulgrundstücke und Schulbauten, über Einrichtung der Schulräume, über Ausstattung der Schulen mit Lernmitteln und Büchereien sowie bei sonstigen wichtigen Maßnahmen des Unterrichtswesens.</p> <p>(2) In Fällen anhörungsbedürftiger Maßnahmen gilt § 118 Abs. 2 entsprechend. Ist eine solche Maßnahme ohne Anhörung getroffen, soll die Anhörung nachgeholt werden.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 120 Auskunfts- und Vorschlagsrecht</p> | | |

| | | |
|--|---|--|
| <p>(1) Das Kultusministerium erteilt dem Landeselternbeirat auf Verlangen Auskunft über Angelegenheiten, die für die Gestaltung des Unterrichtswesens von allgemeiner Bedeutung sind.</p> <p>(2) Der Landeselternbeirat hat ein Vorschlagsrecht für Maßnahmen zur Gestaltung des Unterrichtswesens.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">NEUNTER TEIL</p> <p style="text-align: center;">Schülerinnen und Schüler</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 121 Die Schülervertretung</p> <p>(1) Bei der Verwirklichung der Bildungs- und Erziehungsziele der Schule im Sinne des Art. 56 Abs. 4 der Verfassung des Landes Hessen wirken die Schülerinnen und Schüler durch ihre Schülervertretung eigenverantwortlich mit.</p> <p>(2) Die Schülervertreterinnen und Schülervertreter nehmen die Interessen der Schülerinnen und Schüler in der Schule, gegenüber den Schulaufsichtsbehörden und der Öffentlichkeit wahr und üben die Mitbestimmungsrechte der Schülerinnen und Schüler in der Schule aus. Sie können im Rahmen des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule selbst gestellte Aufgaben in eigener Verantwortung durchführen. Veranstaltungen der Schülervertretung auf dem Schulgrundstück oder in anderen Einrichtungen, die regelmäßig schulischen Zwecken dienen, sind Schulveranstaltungen.</p> <p>(3) Die Schülervertreterinnen und Schülervertreter werden durch die Schülerinnen und Schüler gewählt und können nur durch sie abgewählt</p> | <p style="text-align: center;">§ 121 Die Schülervertretung</p> <p>(3) Die Schülervertreterinnen und Schülervertreter werden durch die Schülerinnen und Schüler gewählt und können nur durch sie abgewählt</p> | <p>Während § 121 Abs. 3 Satz 1 den Erwerb des Amtes einer SchülervertreterIn regelt, enthält das Schulgesetz bislang keine Grundlage für den Verlust dieses Amtes. Die maßgeblichen Regeln sind vielmehr nur untergesetzlich in § 1 Abs. 3 bis</p> |

| | | |
|--|--|--|
| <p>werden. Bei Abstimmungen der Schülervertretung gilt § 102 Abs. 4 Satz 1 bis 4 entsprechend.</p> <p>(4) Die zur näheren Ausführung des neunten Teils erforderlichen Regelungen, insbesondere zur Wahl der Schülervertretung, ihrer Organisation in der Schule, ihrer verantwortlichen Mitwirkung in der Schule und der Aufsichtsführung bei eigenen Veranstaltungen, werden durch Rechtsverordnung getroffen.</p> | <p>werden. Als Schülervertreterin oder Schülervertreter scheidet aus, wer die Wählbarkeit für das jeweilige Amt verliert oder von seinem Amt zurücktritt. Mitglieder der Schülervertretung auf Stadt-, Landkreis- und Landesebene führen ihr Amt auch dann fort, wenn sie von Ämtern der niedrigeren Ebenen zurücktreten oder die Wählbarkeit dafür verlieren: Schülervertreterinnen oder Schülervertreter, deren Amtszeit abgelaufen ist, die zurückgetreten sind oder abgewählt wurden, führen ihr Amt bis zur Neuwahl oder Nachwahl fort.</p> <p>(4) Für Abstimmungen der Organe der Schülervertretung gilt § 102 Abs. 5 entsprechend.</p> <p>(4 5) Die zur näheren Ausführung des neunten Teils erforderlichen Regelungen, insbesondere zur Wahl der Schülervertretung, ihrer Organisation in der Schule, ihrer verantwortlichen Mitwirkung in der Schule und der Aufsichtsführung bei eigenen Veranstaltungen, werden durch Rechtsverordnung getroffen.</p> | <p>5 der VO über die Schülervertretungen und die Studierendenvertretungen enthalten. Diese VO sieht außerdem vor, dass die SchülervertreterInnen ihr Amt bis zur Neuwahl oder Nachwahl fortführen, obwohl die Amtszeit abgelaufen ist, sie zurückgetreten sind oder abgewählt wurden. Um Zweifeln vorzubeugen, ob verordnungsrechtliche Bestimmungen über den Amtsverlust und die Fortführung des Amtes bis zur Neuwahl oder Nachwahl ohne eine gesetzliche Grundlage zulässig sind, wird diese Grundlage mit der Änderung geschaffen.</p> <p>Der Abstimmungsmodus in den Organen der Schülervertretung, der bislang in einem einheitlichen Absatz mit der Wahl der SchülervertreterInnen geregelt war, wird abgetrennt und zu einem neuen Abs. 4. Er wird um eine Regelung zur Beschlussfähigkeit erweitert, die bislang nicht gesetzlich geregelt war. Zu beiden Themen ist es angemessen, auf die entsprechenden Verfahrensvorschriften für die Elternvertretungen zu verweisen, da sich die Gremien beider Art im Hinblick auf die wesentlichen Voraussetzungen der Beschlussfähigkeit und der Mehrheitsbildung in Abstimmungen nicht unterscheiden.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 122</p> <p style="text-align: center;">Die Schülervertretung in der Schule</p> <p>(1) In der Grundstufe (Primarstufe) sind die Schülerinnen und Schüler in die Arbeit der Schülervertretung einzuführen. Die Schülerschaft einer Klasse kann aus ihrer Mitte eine Klassensprecherin oder einen Klassensprecher wählen.</p> <p>(2) In den Schulen der Mittel- und Oberstufe (Sekundarstufe I und II) wählt die Schülerschaft einer Klasse oder der Gruppe, die in Schulen ohne Klassenverband die Aufgabe der Klasse hat, eine</p> | | |

Klassensprecherin oder einen Klassensprecher und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter für die Dauer eines Schuljahres. Diese Schülervertreterinnen und Schülervertreter können an den Klassenkonferenzen mit Ausnahme der Zeugnis- und Versetzungskonferenzen sowie Konferenzen über Ordnungsmaßnahmen nach § 82 Abs. 2 und Konferenzen über Maßnahmen nach § 82a mit beratender Stimme teilnehmen.

(3) Die Klassensprecherinnen und -sprecher bilden den Schülerrat der Schule, die Schulsprecherin als Vorsitzende oder der Schulsprecher als Vorsitzender und zwei Stellvertreterinnen oder Stellvertreter den Vorstand des Schülerrats. Der Vorstand wird entweder vom Schülerrat aus seiner Mitte oder von allen Schülerinnen und Schülern aus ihrer Mitte gewählt. Über das Wahlverfahren beschließt die Schülerschaft mit Mehrheit.

(4) Der Schülerrat an beruflichen Schulen besteht aus den in Teilversammlungen der Berufsschulen zu wählenden Tagessprecherinnen und -sprechern und ihren Stellvertreterinnen oder Stellvertretern sowie aus den Klassensprecherinnen und -sprechern der beruflichen Vollzeitschule.

(5) Der Schülerrat übt die Mitbestimmungsrechte in der Schule aus. Für die Ausübung gelten die Vorschriften der §§ 110 bis 112 entsprechend. Die Schulsprecherin oder der Schulsprecher, die Stellvertreterinnen und Stellvertreter sowie drei weitere Angehörige des Schülerrats können an den Gesamtkonferenzen mit beratender Stimme teilnehmen. An den sonstigen Konferenzen der Lehrkräfte, mit Ausnahme der Zeugnis- und Versetzungskonferenzen sowie Konferenzen über

| | | |
|--|--|--|
| <p>Ordnungsmaßnahmen nach § 82 Abs. 2 und Konferenzen über Maßnahmen nach § 82a und solcher Konferenzen, in denen ausschließlich Personalangelegenheiten der Lehrerinnen und Lehrer behandelt werden, können bis zu drei Beauftragte des Schülerrats teilnehmen. § 103 gilt mit der Maßgabe entsprechend, dass die Konferenzen die Schülervereinerinnen und Schülervereiner, die ihre Pflicht zur Verschwiegenheit verletzen, auf Dauer oder Zeit von der weiteren Teilnahme ausschließen können.</p> <p>(6) An Schulen mit mindestens fünf Lehrerinnen und Lehrern kann der Schülerrat zu seiner Beratung eine Verbindungslehrerin oder einen Verbindungslehrer und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter wählen. Bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe sind die Verbindungslehrerinnen und -lehrer an dienstliche Weisungen nicht gebunden.</p> <p>(7) Der Schülerrat hat mindestens einmal im Schuljahr eine Schülerversammlung, an Berufsschulen eine Teilversammlung einzuberufen, die der Unterrichtung und Aussprache über seine Arbeit und über wichtige schulische Angelegenheiten dient. Sie findet während der Unterrichtszeit statt.</p> <p>(8) Die Schulleiterin oder der Schulleiter soll dem Schülerrat geeignete Räume und die zur Erfüllung der Aufgaben erforderliche Zeit zur Verfügung stellen. Dem Schülerrat soll die Benutzung der Schulverwaltungseinrichtungen gestattet werden. Die Schulleiterin oder der Schulleiter darf in die Arbeit des Schülerrats nur eingreifen, soweit es zur Einhaltung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften und Beschlüssen der Schulkonferenz erforderlich ist.</p> | | |
|--|--|--|

| | | |
|--|--|--|
| <p>(9) Auf Förderschulen finden Abs. 1 bis 8 Anwendung, soweit die besondere Aufgabenstellung dieser Schulen es nicht ausschließt.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 123 Kreis- und Stadtschülerrat</p> <p>(1) Die Kreis- und Stadtschülerräte werden von jeweils zwei Vertreterinnen und Vertretern des Schülerrats der Schulen, einschließlich der Ersatzschulen, eines Landkreises, einer kreisfreien Stadt oder einer kreisangehörigen Gemeinde, die Träger von Schulen mehrerer Schulformen ist, gebildet. Die Vertreterin oder der Vertreter und jeweils eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter werden entweder vom Schülerrat aus seiner Mitte oder von allen Schülerinnen und Schülern aus ihrer Mitte gewählt; über das Wahlverfahren beschließt die Schülerschaft mit Mehrheit.</p> <p>(2) Der Kreis- oder Stadtschülerrat wählt aus seiner Mitte die Kreis- oder Stadtschulsprecherin oder den Kreis- oder Stadtschulsprecher als Vorsitzende oder Vorsitzenden und zwei Stellvertreterinnen oder Stellvertreter. Er kann zu seiner Beratung bis zu drei Kreis- oder Stadtverbindungslehrerinnen oder -lehrer wählen. § 122 Abs. 6 Satz 2 gilt entsprechend. (</p> <p>3) Für die Aufgaben des Kreis- oder Stadtschülerrats gilt § 115 entsprechend.</p> <p>(4) Den Mitgliedern des Kreisschülerrats werden die notwendigen Fahrkosten ersetzt.</p> | <p style="text-align: center;">§ 123 Kreis- und Stadtschülerrat</p> <p>(1) Die Kreis- und Stadtschülerräte werden von jeweils zwei Vertreterinnen und Vertretern des Schülerrats der Schulen, einschließlich der Ersatzschulen, eines Landkreises, einer kreisfreien Stadt oder einer kreisangehörigen Gemeinde, die Träger von Schulen mehrerer Schulformen ist, gebildet. Die Vertreterin oder der Vertreter und jeweils eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter werden entweder vom Schülerrat aus seiner Mitte oder von allen Schülerinnen und Schülern aus ihrer Mitte für die Dauer eines Jahres gewählt; über das Wahlverfahren beschließt die Schülerschaft mit Mehrheit.</p> <p>(4) Den Mitgliedern des Kreisschülerrats Kreis- oder Stadtschülerrats werden die notwendigen Fahrkosten ersetzt.</p> | <p>In § 124 Abs. 1 Satz 2 des HSchG in der Fassung vom 14.6.2005 (GVBl. I S. 442) bestimmte ursprünglich, dass die VertreterIn der Schule im Kreis- oder Stadtschülerrat und jeweils eine StellvertreterIn aus der Mitte des Schülerrats für die Dauer eines Jahres gewählt wurden. Bei der Änderung der Vorschrift durch Art. 1 Nr. 86 des Gesetzes vom 10.6.2011 (GVBl. I S. 267), die eine alternative Wahl durch die Gesamtheit der SchülerInnen der Schule neben der Wahl durch den Schülerrat einführt, entfiel versehentlich die Regelung über die Amtsdauer der einzelnen Mitglieder des Kreis- oder Stadtschülerrats, ohne dass in Satz 1 die Amtszeit des Gremiums als Ganzes geregelt worden wäre. Diese Regelung wird nunmehr eingefügt. Um zu vermeiden, dass der Kreis- oder Stadteltererbeirat nach Ablauf des Schuljahres bis zur Neuwahl der Mitglieder personell unbesetzt ist, wird dabei anstelle des Schuljahres ein Jahr als Amtszeit festgelegt; insoweit wird auf die Begründung zu § 124, Abs. 1 Satz 2 verwiesen.</p> <p>Im Interesse der Gleichbehandlung werden künftig auch Mitgliedern der Stadtschülerräte die notwendigen Fahrtkosten für die Wahrnehmung ihres Amtes ersetzt.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 124 Landesschülerrat</p> | <p style="text-align: center;">§ 124 Landesschülerrat</p> | <p>Die Mitglieder des Landesschülerrats (LSR) sind nach § 124 Abs. 1 Satz 2 bisheriger Fassung für</p> |

| | | |
|--|---|--|
| <p>(1) Der Landesschülerrat wird von jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter der Kreis- und Stadtschülerräte gebildet. Die Vertreterin oder der Vertreter und eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter werden aus der Mitte des Kreis- oder Stadtschülerrats für die Dauer eines Schuljahres gewählt.</p> <p>(2) Der Landesschülerrat wählt die Landesschulsprecherin oder den Landesschulsprecher und zwei Stellvertreterinnen oder Stellvertreter als Landesvorstand aus seiner Mitte; bis zu acht weitere Schülerinnen und Schüler können zur Mitarbeit im Landesvorstand gewählt werden. Der Landesvorstand vertritt die schulischen Interessen der Schülerinnen und Schüler aller Schulformen und -stufen gegenüber dem Kultusministerium. Der Landesschülerrat gibt sich im Einvernehmen mit dem Kultusministerium eine Geschäftsordnung.</p> <p>(3) Der Landesschülerrat wird von dem Landesbeirat der Schülervertretung beraten. Diesem gehören bis zu fünf Lehrerinnen und Lehrer an, die der Landesschülerrat in der Regel aus dem Kreis der Verbindungslehrerinnen und -lehrer für die Dauer von zwei Schuljahren wählt. Eine erneute Wahl zum Mitglied im Landesbeirat ist möglich. Der Landesschülerrat kann mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln seiner Mitglieder ein Mitglied des Landesbeirats abwählen, wenn eine vertrauensvolle Zusammenarbeit auf Dauer nicht mehr zu erwarten ist.</p> <p>(4) Der Landesschülerrat ist anzuhören zu</p> | <p>(1) Der Landesschülerrat wird von jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter der Kreis- und Stadtschülerräte gebildet. Die Vertreterin oder der Vertreter und eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter werden aus der Mitte des Kreis- oder Stadtschülerrats für die Dauer eines Schuljahres Jahres gewählt.</p> | <p>die Dauer eines Schuljahres gewählt. Da das Schuljahr in § 57 so legaldefiniert ist, dass es jeweils am 31.7 endet, hat der LSR jedes Jahr vom 1.8. bis zur Neuwahl keine Mitglieder. Nach bisheriger Rechtslage konnte sogar vertreten werden (vgl. § 121 Abs. 3 Satz 2), dass die früheren Mitglieder ihr Amt nicht fortführen dürften. Daher wird als Bezugsraum nunmehr ebenso wie bei den Elternvertretungen ein Jahr definiert. Damit dauert die Amtszeit regelmäßig bis in das neue Schuljahr hinein fort. Verlieren Mitglieder des LSR die Wählbarkeit für dieses Amt, weil sie im neuen Schuljahr keine Schule in Hessen mehr besuchen, so scheiden sie aber gleichwohl aus dem Gremium aus.</p> |
|--|---|--|

| | | |
|--|---|--|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. allgemeinen Bestimmungen über Bildungsziele und Bildungsgänge, insbesondere in Kerncurricula, Lehrplänen und Prüfungsordnungen, 2. allgemeinen Bestimmungen, welche die Aufnahme in weiterführende Schulen und die Übergänge zwischen den Bildungsgängen regeln, 3. allgemeinen Richtlinien für die Auswahl von Lernmitteln, 4. allgemeinen Schulordnungen, soweit sie das Unterrichtswesen gestalten. <p>Das Kultusministerium kann dem Landesschülerrat eine Frist für die Stellungnahme setzen. § 119 Abs. 2 und § 120 gelten entsprechend.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 125 Studierendenvertretung</p> <p>(1) An den Schulen für Erwachsene und an den Fachschulen werden Studierendenvertretungen gewählt. Sind Fachschulen Bestandteil einer beruflichen Schule (§ 43) oder sind Schulen für Erwachsene mit einer beruflichen Schule verbunden (§ 11 Abs. 5), können die Schülerinnen und Schüler und die Studierenden jeweils mit Mehrheit beschließen, eine gemeinsame Vertretung zu bilden. Auf die Studierendenvertretung sind die §§ 121 bis 124 entsprechend mit der Maßgabe anzuwenden, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Vorstand des Studierendenrats der Schule unmittelbar von allen Studierenden gewählt wird, wenn diese es beschließen, | <p style="text-align: center;">§ 125 Studierendenvertretung</p> | |

| | | |
|---|---|---|
| <p>2. der Landesstudierendenrat der Schulen für Erwachsene von je einer Vertreterin oder einem Vertreter einer jeden Schule für Erwachsene gebildet wird und</p> <p>3. der Landesstudierendenrat der Fachschulen aus neun Mitgliedern besteht; diese und eine gleiche Zahl von Ersatzmitgliedern werden aus der Mitte einer Delegiertenversammlung gewählt, in die die Studierendvertretung einer jeden Fachschule eine Vertreterin oder einen Vertreter entsendet.</p> <p>(2) Der Zustimmung des Landesstudierendenrats bedürfen die Bestimmungen über Bildungsziele, Bildungsgänge und die Aufnahme in sie, insbesondere in Lehrplänen und Prüfungsordnungen, soweit sie ausschließlich den Unterricht der von ihm vertretenen Schulen gestalten. § 118 Abs. 2 und 3 gilt entsprechend.</p> <p>(3) Die in diesem Gesetz über den neunten Teil hinaus für die Schülervertretung getroffenen Regelungen gelten für die Studierendvertretung entsprechend.</p> | <p>(2) Der Zustimmung des Landesstudierendenrats bedürfen die Bestimmungen über Bildungsziele, Bildungsgänge und die Aufnahme in sie, insbesondere in Kerncurricula, Lehrplänen und Prüfungsordnungen, soweit sie ausschließlich den Unterricht der von ihm vertretenen Schulen gestalten. § 118 Abs. 2 und 3 gilt entsprechend.</p> | <p>Hierbei handelt es sich um eine klarstellende Anpassung an die Regelung des § 4 (Kerncurricula, Lehrpläne und Bildungsstandards) ohne Änderung der Rechtslage.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 126</p> <p style="text-align: center;">Meinungsfreiheit, Schüler- und Schulzeitungen und Schülergruppen</p> <p>(1) Die Schülerinnen und Schüler haben das Recht, in der Schule ihre Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten, soweit die Sicherung des Bildungsauftrages der Schule keine Einschränkungen, insbesondere hinsichtlich des Zeitpunkts, des Umfangs und des Gegenstands der Meinungsäußerung innerhalb des Unterrichts und sonstiger Schulveranstaltungen erfordert. Über notwendige Einschränkungen</p> | | |

| | | |
|---|--|--|
| <p>entscheidet die Lehrerin oder der Lehrer in pädagogischer Verantwortung.</p> <p>(2) Schülerzeitungen sind Zeitungen, die von Schülerinnen und Schülern geschrieben und für Schülerinnen und Schüler einer oder mehrerer Schulen herausgegeben werden. Sie können in der Schule verteilt werden, stehen anders als die von einer bestimmten Schule unter der Verantwortung der Schulleiterin oder des Schulleiters herausgegebene Schulzeitung außerhalb der Verantwortung der Schule und unterliegen dem Presserecht sowie den übrigen gesetzlichen Bestimmungen. Das Kultusministerium kann Richtlinien zu den Schüler- und Schulzeitungen erlassen.</p> <p>(3) Die Schülerinnen und Schüler haben das Recht, an der Schule sich in Schülergruppen zu betätigen. Die Betätigung in der Schule kann von der Schulleiterin oder dem Schulleiter eingeschränkt oder verboten werden, wenn es die Sicherung des Bildungsauftrags der Schule erfordert. Den Schülergruppen können Räume und sonstige schulische Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden, wenn der Schul- und Unterrichtsbetrieb dadurch nicht beeinträchtigt wird. Die Schulkonferenz regelt Grundsätze für die Betätigung von Schülergruppen in der Schule.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">ZEHNTER TEIL</p> <p style="text-align: center;">Schulverfassung</p> <p style="text-align: center;">Erster Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Selbstverwaltung und Selbstständigkeit der Schule</p> | | |

| | | |
|---|--|--|
| <p style="text-align: center;">§ 127 Grundsätze</p> <p>(1) Die Schule ist im Rahmen der staatlichen Verantwortung und der Rechts- und Verwaltungsvorschriften selbstständig in der Planung und Durchführung des Unterrichts und des Schullebens, in der Erziehung sowie in der Leitung, Organisation und Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten.</p> <p>(2) Die Befugnis der Schule, Unterricht, Schulleben und Erziehung selbstständig zu planen und durchzuführen, darf durch Rechts- und Verwaltungsvorschriften und Anordnungen der Schulaufsicht nicht unnötig eingeengt werden.</p> <p>(3) Die Schulträger und das Land fördern die Schulen in der selbstständigen Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Die Schulaufsichtsbehörde unterstützt und berät die Schulen dabei.</p> <p>(4) Schulen können nach Maßgabe des § 127c Modelle erweiterter Selbstverwaltung und Eigenverantwortung sowie rechtlicher Selbstständigkeit erproben und sich nach den Maßgaben des § 127d in selbstständige Schulen umwandeln.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 127a Selbstverwaltung der Schule</p> <p>(1) Die öffentlichen Schulen sind mit Ausnahme der rechtlich selbstständigen beruflichen Schulen nach § 127e nichtrechtsfähige öffentliche Anstalten. Sie können jedoch auf der Grundlage einer allgemein oder im Einzelfall erteilten Ermächtigung und im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel Rechtsgeschäfte mit Wirkung für den ermächtigenden Rechtsträger (§ 137) abschließen und für diesen Verpflichtungen eingehen. Bei Abschluss der Rechtsgeschäfte handelt</p> | | |

| | | |
|--|--|--|
| <p>die Schulleiterin oder der Schulleiter in Vertretung des jeweiligen Rechtsträgers. Die Rechtsgeschäfte müssen der Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule dienen.</p> <p>(2) Die Schulträger sollen den Schulen für einen eigenen Haushalt die Mittel der laufenden Verwaltung und Unterhaltung und die Mittel zur Verbesserung der Lernbedingungen zur Verfügung stellen sowie die Entscheidungsbefugnis über deren Verwendung nach Maßgabe ihrer jeweiligen Richtlinien einräumen. Der Schule kann die Bewirtschaftung der zur Verfügung gestellten Mittel übertragen werden, wenn die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Dafür muss insbesondere ein geeignetes Verfahren zur Verfügung stehen, mit dem die Einhaltung des Budgets und die jederzeitige Überprüfbarkeit der Mittelbewirtschaftung sichergestellt wird. Satz 1 und 2 gelten entsprechend für Mittel des Landes, die es Schulen zur Verfügung stellt. Über den Haushalt beschließt die Schulkonferenz auf Vorschlag der Gesamtkonferenz. Die Schulleiterin oder der Schulleiter hat Beschlüssen zu widersprechen, die gegen Richtlinien des Schulträgers oder des Landes verstoßen; § 87 Abs. 4 und 5 gilt entsprechend.</p> <p>(3) Auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem Land und dem Schulträger kann den einzelnen Schulen ein gemeinsames Budget zur Verfügung gestellt werden. Abs. 2 gilt entsprechend.</p> <p>(4) Nach Maßgabe ihres Haushaltsplans können Schulen projektbezogen oder für einen bestimmten Zeitraum ihre Haushaltsmittel gemeinsam mit anderen Schulen bewirtschaften.</p> | | |
|--|--|--|

| | | |
|---|---|--|
| <p>(5) Die Entscheidungen der Schule werden von der Schulleitung und den Konferenzen nach Maßgabe dieses Gesetzes getroffen. Sie finden ihre Grenzen darin, dass die personellen, sächlichen und haushaltsmäßigen Voraussetzungen zu ihrer Ausführung gegeben sein müssen.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 127b Pädagogische Eigenverantwortung und Schulprogramm</p> <p>(1) Durch ein Schulprogramm gestaltet die Schule den Rahmen, in dem sie ihre pädagogische Verantwortung für die eigene Entwicklung und die Qualität ihrer pädagogischen Arbeit wahrnimmt. Sie legt darin auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme die Ziele ihrer Arbeit in Unterricht, Erziehung, Beratung und Betreuung unter Berücksichtigung des allgemeinen Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule und der Grundsätze ihrer Verwirklichung (§§ 2 und 3), die wesentlichen Mittel zum Erreichen dieser Ziele und die erforderlichen Formen der Zusammenarbeit der Lehrerinnen und Lehrer fest. Im Schulprogramm sind Aussagen zum Beratungsbedarf, zur Organisationsentwicklung und zur Personalentwicklung der Schule zu machen. Teil des Schulprogramms ist ein Fortbildungsplan, der den Fortbildungsbedarf der Lehrkräfte erfasst. Die Schule kann unter Nutzung der unterrichtsorganisatorischen und inhaltlichen Gestaltungsräume ihre Schwerpunkte setzen, sich so ein eigenes pädagogisches Profil geben und, insbesondere unter Berücksichtigung der Bedürfnisse ihres Umfeldes (§ 16), besondere Aufgaben wählen.</p> <p>(2) Die Schule entwickelt ihr Programm in Abstimmung mit den Schulen, mit denen sie zusammenarbeitet (§ 11 Abs. 9), und darüber hinaus mit</p> | <p style="text-align: center;">§ 127b Pädagogische Eigenverantwortung und Schulprogramm</p> <p>(1) Durch ein Schulprogramm gestaltet die Schule den Rahmen, in dem sie ihre pädagogische Verantwortung für die eigene Entwicklung und die Qualität ihrer pädagogischen Arbeit wahrnimmt. Sie legt darin auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme die Ziele ihrer Arbeit in Unterricht, Erziehung, Beratung und Betreuung unter Berücksichtigung des allgemeinen Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule und der Grundsätze ihrer Verwirklichung (§§ 2 und 3), die wesentlichen Mittel zum Erreichen dieser Ziele und die erforderlichen Formen der Zusammenarbeit der Lehrerinnen und Lehrer Lehrkräfte und des sonstigen schulischen Beratungs- und Betreuungspersonals fest. Im Schulprogramm sind Aussagen zum Beratungsbedarf, zur Organisationsentwicklung und zur Personalentwicklung der Schule zu machen. Teil des Schulprogramms ist ein Fortbildungsplan, der den Fortbildungsbedarf der Lehrkräfte erfasst. Die Schule kann unter Nutzung der unterrichtsorganisatorischen und inhaltlichen Gestaltungsräume ihre Schwerpunkte setzen, sich so ein eigenes pädagogisches Profil geben und, insbesondere unter Berücksichtigung der Bedürfnisse ihres Umfeldes (§ 16), besondere Aufgaben wählen.</p> | <p>In Konsequenz des Ausbaus der Ganztagsangebote und der verstärkten Ausrichtung der Schulen auf die pädagogischen Anforderungen eines auf den ganzen Tag bezogenen schulischen Alltags wird künftig das sonstige schulische Beratungs- und Betreuungspersonal in die Schulprogrammgestaltung einbezogen und zugleich dessen Mitverantwortung für die pädagogische Arbeit der Schule festgeschrieben.</p> |

| | | |
|--|---|--|
| <p>dem Schulträger, soweit das Programm zusätzlichen Sachaufwand begründet. Sie soll die Beratung der Hessischen Lehrkräfteakademie, der Schulaufsichtsbehörden oder anderer geeigneter Beratungseinrichtungen in Anspruch nehmen. Sie überprüft regelmäßig in geeigneter Form die angemessene Umsetzung des Programms und die Qualität ihrer Arbeit (interne Evaluation). Das Programm ist fortzuschreiben, und zwar insbesondere dann, wenn sich die Rahmenbedingungen für seine Umsetzung verändert haben oder die Schule ihre pädagogischen Ziele neu bestimmen will. Über das Programm und seine Fortschreibung beschließt die Schulkonferenz auf der Grundlage eines Vorschlags der Gesamtkonferenz.</p> <p>(3) Das Schulprogramm ist eine Grundlage der Zielvereinbarungen zwischen der Schulaufsichtsbehörde und der Schule über Maßnahmen ihrer Qualitäts- und Organisationsentwicklung.</p> <p>(4) Die Schule wirkt an ihrer Personalentwicklung insbesondere über eine Stellenausschreibung mit, die ihr Programm berücksichtigt.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 127c Weiterentwicklung der Selbstverwaltung</p> <p>(1) Zur Weiterentwicklung des Schulwesens und zur Erprobung neuer Modelle erweiterter Selbstverwaltung und Eigenverantwortung sowie rechtlicher Selbstständigkeit kann Schulen auf der Grundlage einer Kooperationsvereinbarung zwischen ihnen und der Schulaufsichtsbehörde und sofern erforderlich mit dem Schulträger gestattet werden, abweichend von den bestehenden Rechtsvorschriften bei der Stellenbewirtschaftung, Personalverwaltung, Sachmittelverwaltung</p> | <p style="text-align: center;">§ 127c Weiterentwicklung der Selbstverwaltung</p> <p>(1) Zur Weiterentwicklung des Schulwesens und zur Erprobung neuer Modelle erweiterter Selbstverwaltung und Eigenverantwortung sowie rechtlicher Selbstständigkeit kann Schulen auf der Grundlage einer Kooperationsvereinbarung zwischen ihnen und der Schulaufsichtsbehörde und sofern erforderlich mit dem Schulträger gestattet werden, abweichend von den bestehenden Rechtsvorschriften bei der Stellenbewirtschaftung, Personalverwaltung, Sachmittelverwaltung</p> | <p>Nachdem durch Gesetz vom 29.11.2004 (GVBl. I S. 330) der § 127c mit dem Ziel eingefügt wurde, die Fähigkeit der Schule zu stärken, ihre eigenen</p> |

| | | |
|---|--|---|
| <p>sowie in der Unterrichtsorganisation und inhaltlichen Ausgestaltung des Unterrichts selbstständige Entscheidungen zu treffen. Abweichungen bei der Unterrichtsorganisation und -gestaltung sind insbesondere bei der Bildung von Lerngruppen, bei Formen der äußeren Differenzierung, der Ausgestaltung der Leistungsnachweise sowie bei den Lehrplänen und Stundentafeln zulässig, sofern die Standards der Bildungsgänge eingehalten werden.</p> <p>(2) In den Modellen können neue Formen der Schulleitung und der Mitwirkung der Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler sowie Dritter und Formen rechtlicher Selbstständigkeit erprobt werden, die der erweiterten Selbstständigkeit angemessen sind. Außerdem können über § 2 hinausgehende Aufgaben, insbesondere im Bereich der Fort- und Weiterbildung, wahrgenommen werden, wenn die Aufgaben mit den Zielen der Schule vereinbar sind und ihre Finanzierung gesichert ist.</p> <p>(3) Die jeweiligen Modelle müssen gewährleisten, dass die Standards der Abschlüsse den an den anderen Schulen erworbenen Abschlüssen entsprechen und die Anerkennung der Abschlüsse in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland gesichert ist. Ferner muss bei Modellen zur Erprobung anderer Leitungsstrukturen und Formen rechtlicher Selbstständigkeit eine den Erfordernissen der §§ 92 und 93 entsprechende staatliche Schulaufsicht gewährleistet sein.</p> <p>(4) Die Erprobung des Modells gestattet das Kultusministerium auf Antrag der Schule. Über die Stellung des Antrags entscheidet die Schulkonferenz auf der Grundlage einer die personellen,</p> | <p>sowie, in der Unterrichtsorganisation und inhaltlichen Ausgestaltung des Unterrichts sowie der Organisation und der Gestaltung der Ganztagsangebote selbstständige Entscheidungen zu treffen. Abweichungen bei der Unterrichtsorganisation und -gestaltung sind insbesondere bei der Bildung von Lerngruppen, bei Formen der äußeren Differenzierung, der Ausgestaltung der Leistungsnachweise sowie bei den Lehrplänen und Stundentafeln zulässig, sofern die Standards der Bildungsgänge eingehalten werden.</p> | <p>Angelegenheiten selbst zu verwalten und die Qualität ihrer pädagogischen Arbeit selbst zu verantworten, wird nun durch das vorliegende Gesetz entsprechend der verstärkten Ausrichtung der Schule auf Ganztagsangebote diese Experimentierklausel ausdrücklich auf den Ganztagsbereich ausgedehnt.</p> |
|---|--|---|

| | | |
|--|---|---|
| sächlichen und unterrichtsorganisatorischen Möglichkeiten der Schule berücksichtigenden Konzeption. | | |
| <p style="text-align: center;">§ 127d Selbstständige Schule</p> <p>(1) Schulen können nach Maßgabe der Abs. 7 bis 9 in selbstständige Schulen umgewandelt werden.</p> <p>(2) Selbstständige allgemein bildende Schulen und berufliche Schulen können abweichend von den bestehenden Rechtsvorschriften</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Entscheidungsrechte nach § 127c Abs. selbstständig wahrnehmen, 2. Aufgaben im Rahmen des § 127c Abs. 2 Satz 2 wahrnehmen, 3. Entscheidungen beim Einsatz des Personals selbstständig treffen und 4. im Rahmen der Konzeption nach Abs. 7 von den Regelungen zur Versetzungsentscheidung zugunsten der Schülerinnen und Schüler abweichen, <p>sofern die Bildungsstandards nach § 4 eingehalten werden.</p> <p>(3) Selbstständige berufliche Schulen können über die Regelung des Abs. 2 hinaus abweichend von den §§ 128 bis 132 eigene Formen der Schulverfassung entwickeln, in denen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Entscheidungs- und Anhörungsrechte der Schulkonferenz auf einen Schulvorstand übertragen werden, | <p style="text-align: center;">§ 127d Selbstständige Schule</p> <ol style="list-style-type: none"> 2. Aufgaben im Rahmen des § 127c Abs. 2 Satz 2 gegen Entgelt wahrnehmen, | <p>Klarstellung ohne Änderung der bisherigen Rechtslage</p> |

| | | |
|---|--|--------------------------------|
| <p>2. einzelne Entscheidungsrechte der Gesamtkonferenz nach § 133 Abs. 1 Satz 1 auf den Schulvorstand übertragen werden können,</p> <p>3. die Gesamtkonferenz im Rahmen der Schulverfassung auch durch ein Schulplenum ersetzt werden kann.</p> <p>(4) Dem Schulvorstand nach Abs. 3 Nr. 1 gehören</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Mitglieder der Schulleitung nach § 87 Abs. 1 Satz 1, 2. zwei vom Schülerrat gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Schülerinnen und Schüler, 3. die oder der Vorsitzende des Schulleiternbeirats und 4. von der Gesamtkonferenz gewählte Vertreterinnen und Vertreter des Kollegiums, deren Zahl mindestens der der Schulleitungsmitglieder entspricht, <p>höchstens jedoch 25 Personen an. Für den Schulvorstand gelten § 131 Abs. 4 bis 7 und die §§ 132 und 136 entsprechend. (</p> <p>5) Dem Schulplenum nach Abs. 3 Nr. 3 gehören an:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Mitglieder der Gesamtkonferenz nach § 133 Abs. 2, | <p>2. einzelne Entscheidungsrechte der Gesamtkonferenz nach § 133 Abs. 1 Satz 1 Satz 2 auf den Schulvorstand übertragen werden können,</p> | <p>Redaktionelle Anpassung</p> |
|---|--|--------------------------------|

| | | |
|--|--|--|
| <p>2. eine vom Schülerrat gewählte Vertreterin oder ein Vertreter der Schülerinnen und Schüler und</p> <p>3. eine vom Elternbeirat gewählte Vertreterin oder ein Vertreter der Eltern.</p> <p>Für das Schulplenum gilt § 133 Abs. 1 Satz 2 bis 4 entsprechend.</p> <p>(6) Die Zustimmungs- und Anhörungsrechte des Schulelternbeirats und der Schülervertretung zu Entscheidungen der Schul- und der Gesamtkonferenz und deren Teilnahmerechte an diesen Konferenzen nach den §§ 110 bis 112 und 122 gelten entsprechend für Entscheidungen und Sitzungen jener Organe, die nach der jeweiligen Schulverfassung an die Stelle von Schul- und Gesamtkonferenzen treten.</p> <p>(7) Grundlage der Umwandlung in eine selbstständige Schule ist eine Konzeption der Gesamtkonferenz, in der die Abweichungen von den bestehenden Rechtsvorschriften nach Abs. 2 festgelegt sind. Die Konzeption muss mit den Grundsätzen der §§ 2 und 3 vereinbar sein und die Gleichwertigkeit des schulischen Angebots in den Bereichen des Unterrichts, der Betreuung und Erziehung gewährleisten.</p> <p>(8) Die Schulleiterin oder der Schulleiter beantragt nach Beschluss der Schulkonferenz und im Benehmen mit dem Schulträger die Umwandlung in eine selbstständige Schule. Bei Stellung des Antrags durch eine Schule, die bereits im Rahmen eines Modells erweiterter Selbstverwaltung und Eigenverantwortung nach § 127c einen Schulvorstand hat, tritt dieser an die Stelle der Schulkonferenz. Die Zustimmungsrechte des</p> | <p>(7) Grundlage der Umwandlung in eine selbstständige Schule ist eine Konzeption der Gesamtkonferenz, in der die Abweichungen von den bestehenden Rechtsvorschriften nach Abs. 2 und 3 festgelegt sind. Die Konzeption muss mit den Grundsätzen der §§ 2 und 3 vereinbar sein und die Gleichwertigkeit des schulischen Angebots in den Bereichen des Unterrichts, der Betreuung und Erziehung gewährleisten.</p> <p>(8) Die Schulleiterin oder der Schulleiter beantragt nach Beschluss der Schulkonferenz und im Benehmen mit dem Schulträger die Umwandlung in eine selbstständige Schule. Bei Stellung des Antrags durch eine Schule, die bereits im Rahmen eines Modells erweiterter Selbstverwaltung und Eigenverantwortung nach § 127c einen Schulvorstand hat, tritt dieser an die Stelle der Schulkonferenz. Die Zustimmungsrechte des Schulelternbeirats und der Schülervertretung bleiben unberührt. Das Verfahren gilt entsprechend für eine Änderung der Konzeption nach</p> | <p>Redaktionelle Anpassung</p> <p>Bezüglich der Regelung für die selbstständige Schule hat sich seit der Einführung durch Gesetz vom 10.6.2011 (GVBl. I S. 267) in der praktischen Umsetzung als Regelungslücke erwiesen, dass eine Rückumwandlung einer selbstständigen Schule nicht vorgesehen war. Diese Regelungslücke wird durch die Ergänzung des Abs. 8 geschlossen. Zugleich wird für die Schulen die Option eröffnet, die Konzeption, die die Basis für ihre Umwandlung in eine selbstständige Schule bildete, zu modifizieren und zu ändern.</p> |
|--|--|--|

| | | |
|--|--|--|
| <p>Schulelternbeirats und der Schülervertretung bleiben unberührt.</p> <p>(9) Die Entscheidung über die Umwandlung trifft das Kultusministerium auf der Grundlage einer Stellungnahme der Schulaufsichtsbehörde. Die Umwandlung wird durch Bekanntgabe an die Mitglieder der Gesamtkonferenz, die Eltern und die Schülerinnen und Schüler und den Schulträger und durch Veröffentlichung im Amtsblatt des Hessischen Kultusministeriums wirksam. Sie ist zu widerrufen, wenn die Grundsätze der §§ 2 und 3 nicht beachtet werden oder die Gleichwertigkeit des schulischen Angebots in den Bereichen des Unterrichts, der Betreuung und Erziehung nicht mehr gewährleistet ist.</p> <p>(10) Die Konzeption nach Abs. 7 ist den Zielvereinbarungen nach § 92 Abs. 2 Satz 2 zugrunde zu legen.</p> <p>(11) Die selbstständige Schule überprüft und bewertet jährlich ihre Arbeit auf der Grundlage ihrer Konzeption und ihres Schulprogramms mit Hilfe eines Qualitätsmanagementsystems.</p> | <p>Abs. 7 sowie für die Umwandlung einer selbstständigen Schule in eine nicht-selbstständige Schule.</p> | |
| <p style="text-align: center;">Zweiter Abschnitt</p> <p>Rechtlich selbstständige berufliche Schule</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 127e</p> <p>Errichtung, Aufgaben des Anstaltsträgers</p> <p>(1) Die Träger selbstständiger öffentlicher beruflicher Schulen nach § 127d können diese durch</p> | | |

| | | |
|---|--|--|
| <p>Satzung in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln, wenn die betreffende Schule zusätzlich zu ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag in einem Verbund nach § 4 Abs. 2 des Hessischen Weiterbildungsgesetzes vom 25. August 2001 (GVBl. I S. 370), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. November 2011 (GVBl. I S. 673), Maßnahmen der beruflichen und allgemeinen Fort- und Weiterbildung durchführt. Eine Anstalt nach Satz 1 führt in ihrem Namen die Bezeichnung „rechtlich selbstständige berufliche Schule“ und den Zusatz „rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts“.</p> <p>(2) Die Umwandlung nach Abs. 1 erfolgt auf Antrag der Schulleiterin oder des Schulleiters nach Beschluss der Schulkonferenz sowie nach Anhörung der Gesamtkonferenz, des Schulleiternbeirats und der Schülervertretung und bedarf der Zustimmung des Kultusministeriums.</p> <p>(3) Der Anstaltsträger erfüllt die Aufgaben, die nach diesem Gesetz oder den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften dem Schulträger obliegen. Für die aus der Erfüllung des gesetzlichen Bildungs- und Erziehungsauftrages entstehenden Verbindlichkeiten der rechtlich selbstständigen beruflichen Schule haftet er Dritten gegenüber, soweit nicht eine Befriedigung aus dem Vermögen der rechtlich selbstständigen beruflichen Schule möglich ist.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 127f</p> <p style="text-align: center;">Innere Organisation, Organe, Aufgaben</p> <p>(1) Der Anstaltsträger regelt die innere Organisation der rechtlich selbstständigen beruflichen Schule durch eine Satzung. Die Satzung enthält mindestens Bestimmungen über den Namen, den Sitz, die Aufgaben, die Organe und deren</p> | | |

| | | |
|---|--|--|
| <p>Befugnisse, die Mitwirkungsrechte der Schul- und der Gesamtkonferenz oder gegebenenfalls des Schulvorstandes oder des Schulplenums sowie die Möglichkeit der Stellvertretung und der Übertragung von Aufgaben auf Dritte. Die Satzung bedarf der Genehmigung des Kultusministeriums.</p> <p>(2) Notwendige Organe der rechtlich selbstständigen beruflichen Schule sind der Verwaltungsrat und die Geschäftsführung.</p> <p>(3) Für die rechtlich selbstständige berufliche Schule gilt § 127d Abs. 2 bis 7 entsprechend, soweit in diesem Abschnitt nichts anderes bestimmt ist; dabei tritt die Satzung nach Abs. 1 an die Stelle der Konzeption nach § 127d Abs. 7.</p> <p>(4) Die rechtlich selbstständige berufliche Schule kann Dienstleistungen im Rahmen des § 127c Abs 2 Satz 2 gebührenpflichtig anbieten. Näheres ist in der Satzung nach Abs. 1 zu regeln.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 127g Verwaltungsrat, Rechnungsprüfung</p> <p>(1) Der Anstaltsträger bestimmt die Mitglieder des Verwaltungsrates. Jeweils eine Vertreterin oder ein Vertreter der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite, sofern sie oder er nicht dem Verwaltungsrat als stimmberechtigtes Mitglied angehört, sowie der Schulaufsichtsbehörde können an den Sitzungen des Verwaltungsrates mit beratender Stimme teilnehmen. Für die Beteiligung der Eltern sowie der Schülerinnen und Schüler gelten § 110 Abs. 6 und § 122 Abs. 5 entsprechend.</p> <p>(2) Der Verwaltungsrat führt die Aufsicht über die Tätigkeit der Geschäftsführung. Ihm obliegt insbesondere die Beschlussfassung über</p> | <p style="text-align: center;">§ 127g Verwaltungsrat, Rechnungsprüfung</p> | |

| | | |
|--|--|--|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. die Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplanes, 2. die Feststellung des Geschäftsberichtes, 3. die Entlastung der Geschäftsführung, 4. das Schulprogramm (§ 127b), 5. die Grundsätze der Zusammenarbeit mit den Ausbildungsbetrieben und außerschulischen Institutionen. <p>In den Fällen des Satz 1 Nr. 4 und 5 erfolgt die Beschlussfassung auf Vorschlag der Gesamtkonferenz oder gegebenenfalls des an ihre Stelle getretenen Gremiums. Der Verwaltungsrat kann jederzeit von der Geschäftsführung über alle Angelegenheiten der rechtlich selbstständigen beruflichen Schule Berichterstattung verlangen.</p> <p>(3) Die Rechnungsprüfung erfolgt durch das jeweils zuständige Rechnungsprüfungsamt, sofern ein Kreis oder eine kreisfreie Stadt Anstaltsträger ist. Die rechtlich selbstständige berufliche Schule unterliegt der überörtlichen Prüfung durch den Präsidenten des Hessischen Rechnungshofes nach dem Gesetz zur Regelung der überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften in Hessen vom 22. Dezember 1993 (GVBl. I S. 708), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 2006 (GVBl. I S. 666), in der jeweils geltenden Fassung.</p> | <ol style="list-style-type: none"> 3. die Entlastung der Geschäftsführung, 4. das Schulprogramm (§ 127b), 5. die Grundsätze der Zusammenarbeit mit den Ausbildungsbetrieben und außerschulischen Institutionen. <p>Bestandteile des Schulprogramms, die zusätzlichen Sachaufwand begründen oder die die Durchführung von Angeboten der beruflichen und allgemeinen Fort- und Weiterbildung betreffen, bedürfen der Zustimmung des Verwaltungsrats.</p> | <p>Die bestehenden Regelungen zur Beschlussfassung des Verwaltungsrates einer rechtlich selbstständigen beruflichen Schule bedürfen insofern einer Klarstellung, als die Beschlussgegenstände der Nr. 4 und 5 (Schulprogramm; Grundsätze der Zusammenarbeit mit den Ausbildungsbetrieben und außerschulischen Institutionen) mit der Ausrichtung auf den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule ein Kernstück der pädagogischen Eigenverantwortung der Schule betreffen, das nur eingeschränkt der Entscheidung des Schulträgers (hier: Anstaltsträger) zugänglich ist. Daher sind die beiden Punkte aus dem Katalog zu streichen.</p> <p>Um aber den notwendigen Entscheidungskompetenzen der Anstaltsträger auch in den beiden gestrichenen Bereichen ausreichend Rechnung zu tragen, wird eine Ergänzung angefügt, aus der abzuleiten ist, wann der Verwaltungsrat in diesem Kontext zu beteiligen ist.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 127h Geschäftsführung</p> | | |

| | | |
|--|---|---|
| <p>(1) Die Schulleiterin oder der Schulleiter führt die Geschäfte der rechtlich selbstständigen beruflichen Schule nach Maßgabe der nach § 127i Abs. 3 getroffenen Zielvereinbarungen. Durch Beschluss des Anstaltsträgers kann die Geschäftsführung um weitere Personen erweitert werden. Nach Maßgabe eines Geschäftsverteilungsplans tragen die Mitglieder der Geschäftsführung die Verantwortung für die Verwaltung der Schule, vertreten die Schule nach außen und sind gegenüber dem anstaltseigenen Personal und dem Personal des Anstaltsträgers weisungsbefugt. Das Letztentscheidungsrecht hat die Schulleiterin oder der Schulleiter. § 127a Abs. 1 Satz 2 bis 4 und Abs. 3 und 4 gilt entsprechend.</p> <p>(2) Für die pädagogische Arbeit der rechtlich selbstständigen beruflichen Schule im Rahmen des gesetzlichen Bildungs- und Erziehungsauftrags trägt die Schulleiterin oder der Schulleiter die Verantwortung. Sie oder er kann Stellvertreterinnen oder Stellvertreter oder andere Lehrkräfte beauftragen, Aufgaben der Schulleitung wahrzunehmen.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 127i Zusammenwirken von Land und rechtlich selbstständiger beruflicher Schule</p> <p>(1) Das Land stellt die Stellen der Lehrkräfte zur Verfügung und trägt deren Personalkosten. Darüber hinaus trägt das Land die Personalkosten für die Durchführung von Angeboten im Sinne des § 127c Abs. 2 Satz 2, soweit nicht die rechtlich selbstständige berufliche Schule oder ein im Rahmen eines Verbundes nach § 127e Abs. 1 Satz 1 tätiger Bildungsdienstleister zur Erstattung verpflichtet ist.</p> | <p style="text-align: center;">§ 127i Zusammenwirken von Land und rechtlich selbstständiger beruflicher Schule</p> <p>(1) Das Land stellt die Stellen der Lehrkräfte zur Verfügung und trägt deren Personalkosten. Es stellt zudem den rechtlich selbstständigen beruflichen Schulen aufgrund einer vertraglichen Vereinbarung Mittel für die übrigen Kosten der inneren Schulverwaltung zur selbstständigen Bewirtschaftung zur Verfügung. Darüber hinaus trägt das Land die Personalkosten für die Durchführung von Angeboten im Sinne des § 127c Abs. 2 Satz 2, soweit nicht die rechtlich selbstständige</p> | <p>Um die Rechtsbeziehung zu den kommunalen Schulträgern als Anstaltsträger klarer zu gestalten, wird der bisherige Satz 2 insofern umformuliert; als zum einen auf die Kosten der inneren Schulverwaltung Bezug genommen wird, zum anderen die Finanzbeziehungen auf eine vertragliche Grundlage gestellt werden sollen.</p> |

| | | |
|---|--|--|
| <p>(2) Hat das Land Ansprüche Dritter auszugleichen, die durch die Tätigkeit der Lehrkräfte im Rahmen der Angebote der rechtlich selbstständigen beruflichen Schule nach § 127c Abs. 2 Satz 2 begründet sind, haftet hierfür im Innenverhältnis die rechtlich selbstständige berufliche Schule.</p> <p>(3) Die rechtlich selbstständigen beruflichen Schulen und die Schulaufsichtsbehörde schließen Zielvereinbarungen ab. Diese regeln insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die nähere Ausgestaltung der von den rechtlich selbstständigen beruflichen Schulen zu erfüllenden Pflichten und Leistungen unter Berücksichtigung des öffentlichen Bedürfnisses, 3. die durch das Kultusministerium gegebenenfalls zusätzlich zu veranlassenden Stellenzuweisungen, 4. die Maßnahmen zur Sicherung der Qualität des Angebotes im Rahmen des staatlichen Auftrages. <p>(4) § 92 bleibt unberührt.</p> | <p>berufliche Schule oder ein im Rahmen eines Verbundes nach § 127e Abs. 1 Satz 1 tätiger Bildungsdienstleister zur Erstattung verpflichtet ist.</p> | |
| <p>Dritter Abschnitt</p> <p>Schulkonferenz</p> | | |
| <p>§ 128 Aufgaben</p> | | |

| | | |
|---|--|--|
| <p>(1) Die Schulkonferenz ist das Organ gemeinsamer Beratung und Beschlussfassung, in der Lehrerinnen und Lehrer, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler (Schulgemeinde) zusammenwirken. Sie berät alle wichtigen Angelegenheiten der Schule und vermittelt bei Meinungsverschiedenheiten.</p> <p>(2) Die Schulkonferenz kann gegenüber anderen Konferenzen Empfehlungen abgeben. Die Empfehlung muss auf der nächsten Sitzung dieser Konferenz beraten werden.</p> <p>(3) Die Rechte der Elternbeiräte nach dem achten Teil dieses Gesetzes, der Schüler- und Studierendenvertretung nach dem neunten Teil dieses Gesetzes und der Personalräte nach dem Hessischen Personalvertretungsgesetz vom 24. März 1988 (GVBl I S. 103), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 2009 (GVBl. I S. 635), bleiben unberührt.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 129 Entscheidungsrechte</p> <p>Die Schulkonferenz entscheidet über</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. das Schulprogramm (§ 127b), die Antragstellung auf Umwandlung in eine selbstständige Schule (§ 127d Abs. 8) sowie die Antragstellung auf Umwandlung in eine rechtlich selbstständige berufliche Schule (§ 127e Abs. 2), 2. Grundsätze für die Einrichtung und den Umfang freiwilliger Unterrichts- und Betreuungsangebote und über die Verpflichtung zur Teilnahme an Ganztagsangeboten (§ 15 Abs. 4) sowie über Art, | <p style="text-align: center;">§ 129 Entscheidungsrechte</p> <ol style="list-style-type: none"> 2. Grundsätze für die Einrichtung und den Umfang freiwilliger Unterrichts- und Betreuungsangebote und über die Verpflichtung zur Teilnahme an Ganztagsangeboten (§ 15 Abs. 4) ganztägigen Angeboten (§ 15 Abs 2 bis 6), den Antrag | <p style="color: blue;">Klarstellung ohne Änderung der Rechtslage.</p> |

| | | |
|---|--|--|
| <p>Umfang und Schwerpunkte des Wahlunterrichts in der Mittelstufe im gymnasialen Bildungsgang (§ 5 Abs. 3),</p> <ol style="list-style-type: none"> 3. die Einrichtung oder Ersetzung einer Förderstufe an verbundenen Haupt- und Realschulen (§ 23b Abs. 1) sowie an schulformbezogenen (kooperativen) Gesamtschulen (§ 26 Abs. 3) und ihre Vorbereitung auf den Übergang in die Jahrgangsstufe 7 des gymnasialen Bildungsganges (§ 22 Abs. 6), 4. die 5- oder 6-jährige Organisation der Mittelstufe (Sekundarstufe I) an Gymnasien (§ 24 Abs. 3) oder des Gymnasialzweiges an kooperativen Gesamtschulen (§ 26 Abs. 3), 5. Grundsätze für Hausaufgaben und Klassenarbeiten, 6. die Stellung des Antrags auf Durchführung eines Schulversuchs oder der Umwandlung einer Schule in eine Versuchsschule (§ 14 Abs. 3) und zur Erprobung eines Modells erweiterter Selbstständigkeit (§ 127c), 7. Grundsätze für die Mitarbeit von Eltern und anderen Personen im Unterricht und bei sonstigen Schulveranstaltungen (§ 16 Abs. 4), 8. Grundsätze der Zusammenarbeit mit anderen Schulen und außerschulischen Einrichtungen sowie für Vereinbarungen | <p>auf Einrichtung einer Ganztagschule (§ 15 Abs. 6 Satz 1) sowie über Art, Umfang und Schwerpunkte des Wahlunterrichts in der Mittelstufe im gymnasialen Bildungsgang (§ 5 Abs. 3),</p> <ol style="list-style-type: none"> 4. die 5- oder 6-jährige oder parallele 5- und 6-jährige Organisation der Mittelstufe (Sekundarstufe I) an Gymnasien (§ 24 Abs. 3) oder des Gymnasialzweiges an kooperativen Gesamtschulen (§ 26 Abs. 3), | <p>Folgeänderung zu § 24 Abs. 2 und 3.</p> |
|---|--|--|

| | | |
|--|--|--|
| <p>mit Dritten im Rahmen von Projekten zur Öffnung der Schule, der Organisation des Schüleraustausches und internationaler Zusammenarbeit sowie über die Vereinbarung zu Schulpartnerschaften und schulinterne Grundsätze für Schulfahrten und Wandertage,</p> <p>9. den schuleigenen Haushalt im Rahmen der Richtlinien (§ 127a Abs. 2),</p> <p>10. die Verteilung des Unterrichts auf sechs statt auf fünf Wochentage (§ 9 Abs. 4) und die Durchführung besonderer Schulveranstaltungen,</p> <p>11. die Verteilung des Unterrichts im Rahmen der Kontingent-Studentafeln auf die einzelnen Jahrgangsstufen und Unterrichtsfächer nach Maßgabe der Verordnung nach § 9 Abs. 5,</p> <p>12. Schulordnungen zur Regelung des geordneten Ablaufs des äußeren Schulbetriebs einschließlich der Regelungen über</p> <p>a) die Einrichtung von Schulkiosken und das zulässige Warenangebot,</p> <p>b) die Vergabe von Räumen und sonstigen schulischen Einrichtungen außerhalb des Unterrichts an schulische Gremien der Schülerinnen und Schüler und der Eltern,</p> <p>c) Grundsätze zur Betätigung von Schülergruppen in der Schule (§ 126 Abs. 3) im Einvernehmen mit dem Schulträger,</p> | | |
|--|--|--|

| | | |
|--|---|---|
| <p>13. Stellungnahmen und Empfehlungen zu Beschwerden von Schülerinnen und Schülern, Eltern, Auszubildenden und Arbeitgebern, sofern der Vorgang eine für die Schule und über den Einzelfall hinausgehende Bedeutung hat,</p> <p>14. die Einrichtung eines fünften Grundschuljahres an Förderschulen.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 130 Anhörungsrechte</p> <p>(1) Die Schulkonferenz ist anzuhören</p> <p>3. vor Einrichtung eines Schulversuchs ohne Antrag der Schule und vorzeitiger Beendigung eines Schulversuchs an einer Schule,</p> <p>2. vor Umwandlung der Schule in eine Versuchsschule ohne Antrag der Schule und vor Aufhebung des Versuchsschulstatus,</p> <p>3. vor Entscheidungen über die Schulorganisation, insbesondere die Erweiterung, Teilung, Zusammenlegung und Schließung der Schule (§ 146), das Angebot einer Vorklasse (§ 18 Abs. 2), Angebote der dezentralen Förderung der emotionalen und sozialen Entwicklung und der Sprachheilförderung (§ 50 Abs. 2) sowie vor Entscheidungen über größere bauliche Maßnahmen,</p> <p>4. vor der Verlegung von Schulstufen oder -zweigen, Jahrgangsstufen oder einzelnen Klassen an eine andere Schule oder</p> | <p style="text-align: center;">§ 130 Anhörungsrechte</p> <p>3. vor Entscheidungen über die Schulorganisation, insbesondere die Erweiterung, Teilung, Zusammenlegung und Schließung der Schule (§ 146), das Angebot einer Vorklasse (§ 18 Abs. 2), Angebote der dezentralen Förderung der emotionalen und sozialen Entwicklung und der Sprachheilförderung (§ 50 Abs. 2) Standorte für den inklusiven Unterricht (§ 52 Abs. 2) sowie vor Entscheidungen über größere bauliche Maßnahmen,</p> | <p>Mit der Umformulierung werden die Änderungen in den §§ 49 und 52 nachvollzogen</p> |

| | | |
|---|---|--|
| <p>der Unterbringung von Schulstufen oder -zweigen, Jahrgangsstufen oder einzelnen Klassen in anderen Gebäuden außerhalb des Schulgeländes,</p> <p>5. vor wichtigen, die Schule betreffenden Entscheidungen des Schulträgers über Schülerbeförderung und Schulwegsicherung,</p> <p>6. vor Bildung und Änderung von Schulbezirken (§ 143) und Zusammenfassung des Unterrichts in Blockunterricht (§ 39 Abs. 4),</p> <p>7. vor der Namensgebung für die Schule (§ 142),</p> <p>8. vor der Genehmigung wissenschaftlicher Forschungsvorhaben an der Schule (§ 84 Abs. 1),</p> <p>9. vor der endgültigen Beauftragung der Schulleiterin oder des Schulleiters (§ 89 Abs. 3).</p> <p>Der Schulkonferenz kann eine Frist von vier Unterrichtswochen zur Stellungnahme gesetzt werden; nach deren Ablauf gilt die Anhörung als erfolgt.</p> <p>(2) In allen Angelegenheiten, zu denen die Schulkonferenz anzuhören ist, steht ihr auch ein Vorschlagsrecht zu.</p> | <p>8. vor der Durchführung wissenschaftlicher Forschungsvorhaben an der Schule (§ 84 Abs. 1),</p> | <p>Die Verfahrensvereinfachung für die Genehmigung wissenschaftlicher Forschungsvorhaben an Schulen durch § 84 Abs. 1 wird für die Gesamtkonferenz vorliegend nachvollzogen.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 131 Mitglieder und Verfahren</p> <p>(1) Mitglieder der Schulkonferenz sind</p> | <p style="text-align: center;">§ 131 Mitglieder und Verfahren</p> | |

| | | |
|---|--|--|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. die Schulleiterin oder der Schulleiter als Vorsitzende oder Vorsitzender, 2. jeweils mit der Hälfte der Sitze Vertreterinnen und Vertreter der Lehrkräfte und der Personengruppen der Eltern und der Schülerinnen und Schüler. <p>Die Zahl der Mitglieder beträgt höchstens 25, mindestens jedoch 11, es sei denn, dass die Zahl der Lehrkräfte einer Schule geringer als fünf ist. Die Vertreterinnen und Vertreter der Schülerinnen und Schüler müssen mindestens die Jahrgangsstufe 8 erreicht haben. An beruflichen Schulen sind zusätzlich je zwei Vertreterinnen oder Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber mit beratender Stimme Mitglied der Schulkonferenz.</p> <p>(2) Die Sitze der Vertreterinnen und Vertreter der Eltern und die der Schülerinnen und Schüler verteilen sich in den Schulstufen und Schulen für Erwachsene wie folgt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. an Schulen bis zur Jahrgangsstufe 4 oder 6 stehen die Sitze den Vertreterinnen und Vertretern der Eltern zu; 2. an Schulen bis zur Jahrgangsstufe 9 oder 10 stehen den Vertreterinnen und Vertretern der Eltern drei Fünftel und den Vertreterinnen und Vertretern der Schülerinnen und Schüler zwei Fünftel der Sitze zu; 3. an Schulen bis zur Jahrgangsstufe 12 oder 13 stehen die Sitze den Vertreterinnen und Vertretern der Eltern und den | | |
|---|--|--|

| | | |
|--|--|--|
| <p>Vertreterinnen und Vertretern der Schülerinnen und Schüler jeweils zur Hälfte zu;</p> <ol style="list-style-type: none"> 4. an Schulen der Oberstufe (Sekundarstufe II) stehen den Vertreterinnen und Vertretern der Eltern zwei Fünftel und den Vertreterinnen und Vertretern der Schülerinnen und Schüler drei Fünftel der Sitze zu; 5. an beruflichen Schulen stehen den Vertreterinnen und Vertretern der Eltern ein Fünftel und den Vertreterinnen und Vertretern der Schülerinnen und Schüler oder der Studierenden vier Fünftel der Sitze zu; 6. an Schulen für Erwachsene und eigenständigen Fachschulen stehen die Sitze den Vertreterinnen und Vertretern der Studierenden zu; 7. an Förderschulen stehen die Sitze den Vertreterinnen und Vertretern der Eltern dann zu, wenn die Art des sonderpädagogischen Förderbedarfs der Schülerinnen und Schüler ihre Beteiligung nach Nr. 2 ausschließt. <p>(3) Die Vertreterinnen und Vertreter der Lehrerinnen und Lehrer wählt die Gesamtkonferenz aus ihrer Mitte; an Förderschulen kann sie statt der Lehrkräfte Erzieherinnen und Erzieher wählen, höchstens jedoch in der Zahl, die dem Verhältnis der Zahl der Erzieherinnen und Erzieher zur Zahl der Lehrkräfte entspricht.</p> | <p>(3) Die Vertreterinnen und Vertreter der Lehrerinnen und Lehrer wählt die Gesamtkonferenz aus ihrer Mitte; an Förderschulen kann sie statt der Lehrkräfte Erzieherinnen und Erzieher wählen, höchstens jedoch in der Zahl, die dem Verhältnis der Zahl der Erzieherinnen und Erzieher zur Zahl der Lehrkräfte entspricht.</p> | |
|--|--|--|

| | | |
|--|---|---|
| <p>Die Vertreterinnen und Vertreter der Eltern werden vom Schulelternbeirat aus der Schulelternschaft, die der Schülerinnen und Schüler vom Schülerrat oder vom Studierendenrat aus der Schülerschaft gewählt.</p> <p>Die Amtszeit dauert zwei Schuljahre. Die Wahlen werden nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl durchgeführt. Scheidet ein Mitglied vor Ende der Amtszeit aus der Schulkonferenz aus, so tritt als Ersatzmitglied die nicht gewählte Bewerberin oder der nicht gewählte Bewerber mit der nächsthohen Stimmenzahl ein. Dieses Ersatzmitglied vertritt auch ein Mitglied der Schulkonferenz im Verhinderungsfall. Wenn jeweils ein Viertel der Mitglieder der Gesamtkonferenz, des Schulelternbeirats oder des Schüler- oder Studierendenrats es beantragt, sind die Wahlen dieser Personengruppen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl durchzuführen.</p> <p>Die Ersatzmitglieder werden bei der Verhältniswahl der Reihe nach den nicht gewählten Bewerberinnen und Bewerbern derjenigen Vorschlagsliste entnommen, der die zu ersetzenden Mitglieder angehören.</p> <p>(4) Die Mitglieder der Schulkonferenz sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Über Angelegenheiten, die ihrer Bedeutung nach einer vertraulichen Behandlung bedürfen, haben sie auch nach Beendigung ihrer Amtszeit Verschwiegenheit zu wahren.</p> <p>(5) Die Schulkonferenz tagt nicht öffentlich. Sie kann beschließen, dass die Sitzungen für Ersatzmitglieder der Schulkonferenz sowie Mitglieder</p> | <p>Die Vertreterinnen und Vertreter der Eltern werden vom Schulelternbeirat aus der Schulelternschaft, die der Schülerinnen und Schüler vom Schülerrat oder vom Studierendenrat aus der Schülerschaft gewählt.</p> <p>Die Amtszeit dauert zwei Schuljahre. Die Wahlen werden nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl durchgeführt. Scheidet ein Mitglied vor Ende der Amtszeit aus der Schulkonferenz aus, so tritt als Ersatzmitglied die nicht gewählte Bewerberin oder der nicht gewählte Bewerber mit der nächsthohen Stimmenzahl ein. Dieses Ersatzmitglied vertritt auch ein Mitglied der Schulkonferenz im Verhinderungsfall. Wenn jeweils ein Viertel der Mitglieder der Gesamtkonferenz, des Schulelternbeirats oder des Schüler- oder Studierendenrats es beantragt, sind die Wahlen dieser Personengruppen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl durchzuführen.</p> <p>Die Ersatzmitglieder werden bei der Verhältniswahl der Reihe nach den nicht gewählten Bewerberinnen und Bewerbern derjenigen Vorschlagsliste entnommen, der die zu ersetzenden Mitglieder angehören.</p> <p>Sind keine Bewerberinnen und Bewerber vorhanden, die nach Satz 5 oder 8 als Ersatzmitglieder berufen wären, sind Ersatzmitglieder für den Rest der Amtszeit nachzuwählen.</p> | <p>Im Rahmen einer Verfahrensvereinfachung wurde durch Gesetz vom 15.5.1997) GVBl. I S. 143) die bis dahin geltende Nachwahlregelung durch eine Ersatzmitgliederregelung ersetzt. Diese Regelung hat sich im Grundsatz bewährt. Allerdings hat sich inzwischen als Problem ergeben, dass in bestimmten Konstellationen keine nachrückenden Ersatzmitglieder mehr vorhanden sind (etwa wenn Kinder nachrückender Eltern bereits die Schule verlassen haben oder nachrückende Lehrkräfte in den Ruhestand versetzt wurden). Für diese Fälle wird nun die Möglichkeit einer Nachwahl neu geschaffen.</p> |
|--|---|---|

der Gesamtkonferenz, des Schulleiternbeirats und des Schüler- oder Studierendenrats öffentlich sind; die Öffentlichkeit kann auf einzelne Tagesordnungspunkte beschränkt werden. Die Schulkonferenz kann weitere Personen zur Beratung heranziehen. Sie ist bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte ihrer Mitglieder beschlussfähig. Sie ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig, wenn sie wegen Beschlussunfähigkeit erneut zur Beratung desselben Gegenstandes einberufen werden muss; hierauf ist bei der Ladung hinzuweisen. Beschlüsse der Schulkonferenz werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen zur Berechnung der Mehrheit nicht mit.

(6) An den Beratungen und den Beschlussfassungen nach § 130 Abs. 1 Nr. 9 nimmt die Schulleiterin oder der Schulleiter nicht teil. In diesem Fall überträgt sie oder er den Vorsitz der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter oder einem anderen Mitglied der Schulkonferenz.

(7) Vertreterinnen oder Vertreter der Schulaufsichtsbehörde können an der Schulkonferenz mit beratender Stimme teilnehmen. Die Schulleiterin oder der Schulleiter lädt eine Vertreterin oder einen Vertreter des Schulträgers rechtzeitig zu den Tagesordnungspunkten der Sitzungen ein, die Angelegenheiten des Schulträgers betreffen.

(8) Auf Antrag eines Viertels der Mitglieder oder einer Personengruppe hat die Schulleiterin oder der Schulleiter die Schulkonferenz unverzüglich unter Angabe der zu beratenden Gegenstände einzuberufen.

| | | |
|--|--|---|
| <p>(9) An beruflichen Schulen werden die Aufgaben der Schulkonferenz nach §§ 129 und 130 von der Gesamtkonferenz wahrgenommen, wenn Vertreterinnen und Vertreter der Eltern oder der Schülerinnen und Schüler nicht Abs. 3 Satz 2 entsprechend gewählt werden können.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 132 Rechte der Mitglieder der Schulkonferenz</p> <p>Die Mitglieder der Schulkonferenz haben das Recht, an den Sitzungen der Gesamtkonferenz und deren Teilkonferenzen sowie der sonstigen Konferenzen der Lehrkräfte mit Ausnahme der Zeugnis- und Versetzungskonferenzen und solcher Konferenzen, in denen ausschließlich Personalangelegenheiten der Lehrkräfte behandelt werden, sowie der Eltern- und Schülervertretung mit beratender Stimme teilzunehmen. Jedes Mitglied der Schulkonferenz kann sein Ersatzmitglied mit der Teilnahme beauftragen. Die Teilnahme an Tagesordnungspunkten, in denen Angelegenheiten beraten werden, die einzelne Mitglieder persönlich betreffen, ist nur mit Zustimmung der oder des Betroffenen zulässig.</p> | <p style="text-align: center;">§ 132 Rechte der Mitglieder der Schulkonferenz</p> <p>Die Mitglieder der Schulkonferenz haben das Recht, an den Sitzungen der Gesamtkonferenz und deren Teilkonferenzen sowie der sonstigen Konferenzen der Lehrkräfte mit Ausnahme der Zeugnis- und Versetzungskonferenzen, der Konferenzen über Ordnungsmaßnahmen oder Maßnahmen zum Schutz von Personen und solcher Konferenzen, in denen ausschließlich Personalangelegenheiten der Lehrkräfte behandelt werden, sowie der Eltern- und Schülervertretung mit beratender Stimme teilzunehmen. Jedes Mitglied der Schulkonferenz kann sein Ersatzmitglied mit der Teilnahme beauftragen. Die Teilnahme an Tagesordnungspunkten, in denen Angelegenheiten beraten werden, die einzelne Mitglieder persönlich betreffen, ist nur mit Zustimmung der oder des Betroffenen zulässig.</p> | <p>Zum Schutz des Persönlichkeitsrechts und des Rechts auf informelle Selbstbestimmung der betroffenen SchülerInnen sowie ihrer Eltern und ggf. weiterer Familienangehöriger wurde durch Gesetz vom 10.6.2011 (GVBl. I S. 267) die Regelung getroffen, dass SEB-VertreterInnen nicht an Konferenzen teilnehmen dürfen, in denen Maßnahmen nach dem Fünften Teil – Vierter Abschnitt des Gesetzes behandelt werden. Da aber Elternvertreter auch Mitglieder der Schulkonferenz sind, war die Regelung entsprechend auf die Schulkonferenzen auszuweiten.</p> |
| <p style="text-align: center;">Vierter Abschnitt Konferenzen der Lehrkräfte</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 133 Gesamtkonferenz</p> <p>(1) Die Gesamtkonferenz beschließt über die pädagogische und fachliche Gestaltung der Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schule, soweit</p> | <p style="text-align: center;">§ 133 Gesamtkonferenz</p> | |

| | | |
|--|--|--|
| <p>nicht nach § 129 die Zuständigkeit der Schulkonferenz gegeben ist. Sie entscheidet im Rahmen der Rechts- und Verwaltungsvorschriften insbesondere über</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Grundsätze der Unterrichts- und Erziehungsarbeit an der Schule, das Schulcurriculum (§ 4 Abs. 4) sowie über den Einsatz von Beratungsdiensten und Beratungslehrerinnen und -lehrern, 2. Vorschläge für ein Schulprogramm und zur Entwicklung, Gliederung und Organisationsänderung der Schule, 3. die Zusammenfassung von Fächern zu Lernbereichen und die Umsetzung der Aufgabengebiete (§ 6 Abs. 2 und 3), 4. die Auswahl der Fremdsprache, in die in der Grundschule einzuführen ist, 5. Art, Umfang und Beginn der Fachleistungsdifferenzierung in der Förderstufe (§ 22 Abs. 6), der Mittelstufenschule (§ 23c Abs. 5) und der schulformübergreifenden (integrierten) Gesamtschule (§ 27 Abs. 2) sowie des schulzweigübergreifenden Unterrichts in der verbundenen Haupt- und Realschule (§ 23b Abs. 2) und der schulformbezogenen (kooperativen) Gesamtschule (§ 26), 6. die Einrichtung eines zehnten Hauptschuljahres (§ 23 Abs. 2 Satz 2), 7. die Einrichtung von Fachrichtungen und Schwerpunkten in beruflichen Schulen (§ 43 Abs. 2), | | |
|--|--|--|

| | | |
|---|---|---|
| <p>8. fachübergreifende und fächerverbindende Unterrichtsvorhaben, die sich über einen Zeitraum von mehr als vier Wochen erstrecken, unter Beachtung des Schulprogramms,</p> <p>9. Grundsätze für eine einheitliche Leistungsbewertung,</p> <p>10. die Bildung besonderer Lerngruppen,</p> <p>11. Vorschläge für die Verteilung und Verwendung der der Schule zugewiesenen Haushaltsmittel,</p> <p>12. Grundsätze für die Einführung zugelassener Schulbücher und digitaler Lehrwerke (§ 10) und die Auswahl und die Anforderung von Lernmitteln,</p> <p>13. Grundsätze für die Unterrichtsverteilung und für die Stunden-, Aufsichts- und Vertretungspläne sowie für die Übertragung besonderer dienstlicher Aufgaben,</p> <p>14. Vorschläge für den schulischen Fortbildungsplan,</p> <p>15. Grundsätze für die Anrechnung dienstlicher Tätigkeiten sowie</p> <p>16. Angelegenheiten, die ihr durch Rechts- und Verwaltungsvorschrift zugewiesen sind.</p> <p>Die Gesamtkonferenz ist vor den von der Schulkonferenz nach § 129 zu treffenden Entscheidungen anzuhören. Sie kann der Schulkonferenz</p> | <p>13. die Zustimmung zum Antrag auf Einrichtung einer Ganztagschule (§ 15 Abs. 6 Satz 2),</p> <p>14. Grundsätze für die Unterrichtsverteilung und für die Stunden-, Aufsichts- und Vertretungspläne sowie für die Übertragung besonderer dienstlicher Aufgaben,</p> <p>15. Vorschläge für den schulischen Fortbildungsplan,</p> <p>16. Grundsätze für die Anrechnung dienstlicher Tätigkeiten sowie</p> <p>17. Angelegenheiten, die ihr durch Rechts- und Verwaltungsvorschrift zugewiesen sind. Die Gesamtkonferenz ist vor den</p> | <p>Redaktionelle Anpassung an die Änderung des § 15 Abs. 6. Die Bezifferung der nachfolgenden Entscheidungskompetenzen wird entsprechend angepasst.</p> |
|---|---|---|

| | | |
|---|--|--|
| <p>Vorschläge für die in § 129 genannten Angelegenheiten unterbreiten. Diese Vorschläge müssen auf der nächsten Sitzung dieser Konferenz beraten werden.</p> <p>(2) Mitglieder der Gesamtkonferenz sind alle Lehrerinnen und Lehrer sowie alle sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schule; die Schulleiterin oder der Schulleiter führt den Vorsitz.</p> <p>(3) Die Gesamtkonferenz kann Ausschüsse bilden und ihnen Aufgaben zur Beratung und Beschlussfassung auf Dauer oder befristet übertragen.</p> <p>(4) Für einzelne Schulstufen, Schulzweige oder Abteilungen können Teilkonferenzen eingerichtet werden.</p> | <p>von der Schulkonferenz nach § 129 zu treffenden Entscheidungen anzuhören. Sie kann der Schulkonferenz Vorschläge für die in § 129 genannten Angelegenheiten unterbreiten. Diese Vorschläge müssen auf der nächsten Sitzung dieser Konferenz beraten werden.</p> | |
| <p style="text-align: center;">§ 134</p> <p style="text-align: center;">Fach- und Fachbereichskonferenzen</p> <p>(1) Fach- und Fachbereichskonferenzen beraten über alle ein Fach, eine Fachrichtung oder einen Lernbereich betreffenden Angelegenheiten. Sie entscheiden im Rahmen der Rechts- und Verwaltungsvorschriften und der von der Schul- oder Gesamtkonferenz beschlossenen Grundsätze insbesondere über</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. didaktische und methodische Fragen des Fachs und des Lernbereichs sowie die Koordinierung von Lernzielen und Inhalten, | | |

| | | |
|---|--|--|
| <p>2. die Erstellung von Arbeitsplänen und Kursangeboten,</p> <p>3. die Einführung zugelassener Schulbücher und digitaler Lehrwerke (§ 10) und die Auswahl und die Anforderung sonstiger Lehr- und Lernmittel für das Fach, die Fachrichtung oder den Lernbereich,</p> <p>4. die Koordination der Leistungsbewertung,</p> <p>5. Angelegenheiten fachlicher Fort- und Weiterbildung,</p> <p>6. getrennten Unterricht für Schülerinnen und Schüler (§ 3 Abs. 4).</p> <p>(2) Mitglieder der Fach- und Fachbereichskonferenzen sind alle Lehrerinnen und Lehrer, die eine Lehrbefähigung in dem jeweiligen Fach, der jeweiligen Fachrichtung oder dem jeweiligen Lernbereich haben oder darin unterrichten.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 135 Klassenkonferenzen</p> <p>(1) Die Klassenkonferenz berät über alle Fragen der Unterrichts- und Erziehungsarbeit in der Klasse. Sie entscheidet im Rahmen der Rechts- und Verwaltungsvorschriften insbesondere über</p> <p>1. Versetzung (§ 75), Kurseinstufung (§ 76), Zeugnisse und Abschlüsse (§ 74) sowie die Beschreibung des Arbeits- und Sozialverhaltens von Schülerinnen und Schülern (§ 73),</p> | <p style="text-align: center;">§ 135 Klassenkonferenzen</p> | |

| | | |
|--|--|--|
| <p>2. Empfehlungen für den weiteren Bildungsgang der Schülerin oder des Schülers (§ 77),</p> <p>3. Umfang und gleichmäßige Verteilung der Hausaufgaben und Lernerfolgskontrollen,</p> <p>4. die Koordination der Arbeit der Fachlehrerinnen und Fachlehrer sowie fächerübergreifender Unterrichtsveranstaltungen,</p> <p>5. Angelegenheiten der Zusammenarbeit von Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern sowie die Einzelheiten der Mitarbeit von Eltern im Unterricht oder bei sonstigen Veranstaltungen (§ 16),</p> <p>6. Beantragung von Ordnungsmaßnahmen (§ 82 Abs. 9).</p> <p>(2) Mitglieder der Klassenkonferenzen sind alle Lehrerinnen und Lehrer, die in der Klasse regelmäßig tätig sind, sowie die in der Klasse regelmäßig tätigen anderen sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Vorsitzender der Klassenkonferenz ist die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer. Nimmt die Klassenkonferenz die Aufgabe der Versetzungskonferenz nach § 75 Abs. 3 und 4 wahr, so leitet sie die Schulleiterin oder der Schulleiter.</p> | <p>(2) Mitglieder der Klassenkonferenzen sind alle Lehrerinnen und Lehrer, die in der Klasse regelmäßig tätig sind, sowie die in der Klasse regelmäßig tätigen anderen sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Soweit Schülerinnen und Schüler zeitweilig an kooperierenden Berufsschulen (§ 23c Abs. 3 Satz 3) oder an Schulen für Kranke (§ 11 Abs. 3 Satz 2) unterrichtet werden, können an den Klassenkonferenzen auch Lehrkräfte dieser Schulen teilnehmen. Vorsitzender der Klassenkonferenz ist die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer. Nimmt die Klassenkonferenz die Aufgabe der Versetzungskonferenz nach § 75 Abs. 3 und 4 wahr, so leitet sie die Schulleiterin oder der Schulleiter.</p> | <p>Bislang wurden im Rahmen des Abs. 2 auf eine Teilnahmeregelung für Lehrkräfte von kooperierenden beruflichen Schulen an Klassenkonferenzen der Mittelstufenschulen verzichtet. Vorliegend wird diese Regelungslücke geschlossen. Gleichzeitig wird diese Regelung auch auf Lehrkräfte an Schulen für kranke SchülerInnen ausgeweitet. Mit der Formulierung als Kann-Bestimmung wird zudem erreicht, dass die Belastung der Lehrkräfte der kooperierenden Schulen durch Konferenztermine nicht zu groß wird.</p> |
|--|--|--|

| | | |
|---|--|--|
| <p>(3) Soweit kein Klassenverband besteht, werden die Aufgaben der Klassenkonferenz von einer Konferenz der die Schülerinnen und Schüler unterrichtenden Lehrerinnen und Lehrer, der Semester- oder Jahrgangskonferenz, wahrgenommen.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 136 Ausgestaltung der Rechte der Konferenzen</p> <p>Aufgaben, Bildung und Verfahren der Konferenzen werden durch eine Konferenzordnung näher geregelt.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">ELFTER TEIL</p> <p style="text-align: center;">Schulträger</p> <p style="text-align: center;">Erster Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Schulträgerschaft</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 137 Grundsatz</p> <p>Bei Errichtung, Organisationsänderung, Aufhebung und Unterhaltung der öffentlichen Schulen wirken das Land und die Schulträger als Rechtsträger nach den Vorschriften dieses Gesetzes zusammen.</p> | <p style="text-align: center;">§ 137 Grundsatz</p> <p>Bei der Planung, Einrichtung, Organisationsänderung, Aufhebung und Unterhalt der öffentlichen Schulen wirken das Land und die Schulträger nach den Vorschriften dieses Gesetzes und dem Grundsatz gegenseitiger Unterstützung und Rücksichtnahme zusammen, um sicherzustellen, dass die Schulen den Unterricht und die sonstigen schulischen Veranstaltungen im Hinblick auf die Erreichung des Bildungs- und Erziehungsauftrags nach § 2 ausführen.</p> | <p>§ 137 leitet nicht nur den Elften Teil und seinen ersten Abschnitt ein, sondern bildet als Grundsatzbestimmung auch die Basis für das Verhältnis zwischen Land und den kommunalen Schulträgern überhaupt. In dieser Funktion war die Angabe des sachlichen Anwendungsbereichs der Regelung bislang unvollständig, denn sie umfasste nur die Organisationsentscheidungen der Schulträger und die Unterhaltung der öffentlichen Schulen, nicht aber die Schulentwicklungsplanung, obwohl diese nach § 146 Satz 1 jeder Organisationsentscheidung der Schulträger zugrunde liegen muss. Darüber hinaus wird nun das Prinzip der vertrauensvollen und konstruktiven</p> |

| | | |
|---|--|--|
| | | <p>ven Zusammenarbeit – umschrieben als „gegenseitige Unterstützung und Rücksichtnahme“ – positivrechtlich niedergelegt. Es gilt zwar bei jeder gemeinsamen Aufgabenerfüllung durch verschiedene Träger öffentlicher Verwaltung auch ohne ausdrückliche Regelung als Ausprägung des Gebots zur Integration öffentlicher Interessen und des Grundsatzes von Treu und Glauben, ist aber besonders wichtig im Verhältnis zwischen dem Land und den Schulträgern und verdient es daher, im Gesetzestext hervorgehoben zu werden. Verdeutlicht wird darüber hinaus, dass die Zweckrichtung der Zusammenarbeit, auf die ihre vertrauensvolle und konstruktive Ausführung auszurichten ist, darin liegt, dass der schulische Bildungs- und Erziehungsauftrag nach § 2 erfüllt wird.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 138</p> <p>Land, Gemeindeverbände und Gemeinden</p> <p>(1) Träger der Schulen sind die kreisfreien Städte und Landkreise, soweit im Folgenden nichts anderes bestimmt ist.</p> <p>(2) Die Städte Fulda, Gießen, Hanau, Marburg und Rüsselsheim sind Träger der Schulen, soweit nicht andere Schulträger Schulen in ihren Gebieten unterhalten.</p> <p>(3) Kreisangehörige Gemeinden können die Übernahme der Schulträgerschaft und deren Umfang mit dem Landkreis vereinbaren. Die Vereinbarung bedarf der Zustimmung des Kultusministeriums im Einvernehmen mit dem für das Kommunalwesen zuständigen Ministerium. Die Zustimmung ist zu versagen, wenn die Gemeinde die für die Errichtung und Unterhaltung der Schulen erforderlichen Voraussetzungen nicht erfüllt</p> | | |

| | | |
|---|--|--|
| <p>oder wenn die Übernahme mit einer zweckmäßigen Organisation des Schulwesens in dem regionalen Bereich nicht zu vereinbaren ist.</p> <p>(4) Entfallen die Voraussetzungen für die Trägerschaft einer Schule durch eine kreisangehörige Gemeinde, so kann die Gemeinde oder der Landkreis die Übernahme der Schulträgerschaft auf den Landkreis verlangen. Kommt eine Einigung der Beteiligten nicht zustande, so entscheidet das Kultusministerium nach Anhörung der Beteiligten im Einvernehmen mit dem für das Kommunalwesen zuständigen Ministerium.</p> <p>(5) Träger der Hessenkollegs und der landwirtschaftlichen Fachschulen ist das Land.</p> <p>(6) Das Land kann Träger von Versuchsschulen (§ 14 Abs. 2), von Schulen besonderer Aufgabenstellung und von Schulen sein, die mit Hochschulen verbunden sind.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 139 Landeswohlfahrtsverband Hessen als Schulträger</p> <p>(1) Der Landeswohlfahrtsverband Hessen ist Träger der Förderschulen von überregionaler Bedeutung einschließlich erforderlicher Schülerheime mit den Förderschwerpunkten Sehen, Hören und körperliche und motorische Entwicklung sowie der Schulen mit dem Förderschwerpunkt Sprachheilförderung, soweit nicht bei hinreichender Schülerzahl entsprechende Schulen von den Trägern nach § 138 Abs. 1 zu schaffen sind oder soweit der Bedarf nicht durch eine nach § 140 Abs. 1 begründete Schulträgerschaft gedeckt wird. Er ist ebenfalls Träger der Schulen mit den Förderschwerpunkten emotionale und soziale Entwicklung, geistige Entwicklung und kranke</p> | <p style="text-align: center;">§ 139 Landeswohlfahrtsverband Hessen als Schulträger</p> <p>(1) Der Landeswohlfahrtsverband Hessen ist Träger der Förderschulen von überregionaler Bedeutung einschließlich erforderlicher Schülerheime mit den Förderschwerpunkten Sehen, Hören und körperliche und motorische Entwicklung sowie der Schulen mit dem Förderschwerpunkt Sprachheilförderung, soweit nicht bei hinreichender Schülerzahl entsprechende Schulen von den Trägern nach § 138 Abs. 1 zu schaffen sind oder soweit der Bedarf nicht durch eine nach § 140 Abs. 1 begründete Schulträgerschaft gedeckt wird. Er ist ebenfalls Träger der Schulen mit den Förderschwerpunkten emotionale und soziale Entwicklung, geistige Entwicklung und kranke</p> | |

| | | |
|--|---|---|
| <p>Schülerinnen und Schüler für die Kinder und Jugendlichen, die in seinen Einrichtungen untergebracht sind.</p> <p>(2) Es ist Aufgabe insbesondere der Schulen mit den Förderschwerpunkten Sehen und Hören, Schülerinnen und Schüler an allgemeinen Schulen mit Seh- und Hörauffälligkeiten zu beraten und ambulant zu fördern.</p> <p>(3) Der Landeswohlfahrtsverband Hessen kann Träger von beruflichen Schulen mit sonderpädagogischer Orientierung und von Fachschulen für Sozialpädagogik sein.</p> <p>(4) Schulträger nach § 138 Abs. 1 bis 3 können zur Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben die Schulen des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen auf der Grundlage einer öffentlichrechtlichen Vereinbarung mit diesem nutzen. § 140 gilt entsprechend.</p> | <p>Schülerinnen und Schüler sowie der Schulen für Kranke für die Kinder und Jugendlichen, die in seinen Einrichtungen untergebracht sind.</p> <p>(2) Es ist Aufgabe insbesondere der Schulen mit den Förderschwerpunkten Sehen und Hören, Schülerinnen und Schüler an allgemeinen Schulen mit Seh- und Hörauffälligkeiten zu beraten und ambulant zu fördern. Eine Schule mit dem Förderschwerpunkt Sehen erfüllt zugleich die Aufgaben des Landeszentrums für die Versorgung blinder und sehbehinderter Schülerinnen und Schüler mit Unterrichtsmedien.</p> <p>(3) Der Landeswohlfahrtsverband Hessen kann Träger von beruflichen Schulen mit sonderpädagogischer Orientierung und von Fachschulen für Sozialpädagogik sein.</p> | <p>Folgeänderung zu § 11 Abs. 3 ohne Änderung der Rechtslage.</p> <p>Seit 2004 wird aufgrund eines Vertrages zwischen dem Land Hessen und dem Verband der Schulbuchverlage als Projekt die Übertragung von Lehrwerken und Schulbüchern in Brailleschrift durch eine Schule für Blinde und Sehbehinderte in Trägerschaft des Landeswohlfahrtsverbandes (LWV) und die angeschlossenen Medienzentren in den Bundesländern koordiniert. Mit der Ergänzung in Abs. 2 wird diesem Projekt, das bundesweit und über Deutschland hinaus genutzt wird, eine gesetzliche Grundlage gegeben.</p> <p>Fachschulen für Sonderpädagogik in Trägerschaft des LWV gibt es nicht, und es ist nicht geplant eine solche zu errichten, da ein entsprechender Bedarf nicht erkennbar ist. Aus diesem Grund ist eine entsprechende gesetzliche Regelung überflüssig und daher zu streichen.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 140 Schulverbände und Vereinbarungen</p> <p>(1) Schulträger können zur gemeinsamen Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben Schulverbände bilden oder öffentlich-rechtliche Vereinbarungen abschließen.</p> <p>(2) Zur Förderung des Schulwesens kann das Kultusministerium im Einvernehmen mit dem für das Kommunalwesen zuständigen Ministerium nach Anhörung der beteiligten Gemeinden und</p> | | |

| | | |
|--|---|--|
| <p>Landkreise Maßnahmen nach Abs. 1 anordnen; dies gilt insbesondere für die Errichtung von Förderschulen.</p> <p>(3) Im Übrigen finden die Vorschriften des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16. Dezember 1969 (GVBl. I S. 307), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. März 2005 (GVBl. I S. 229), in der jeweils geltenden Fassung Anwendung. An die Stelle der darin festgelegten zuständigen Behörde tritt das Kultusministerium; es kann Befugnisse auf die Staatlichen Schulämter übertragen.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 141 Folgen eines Schulträgerwechsels</p> <p>(1) Bei einem Wechsel der Schulträgerschaft tritt der neue Schulträger in die vermögensrechtlichen Rechte und Pflichten des bisherigen Schulträgers ein. Das Gleiche gilt für Verpflichtungen aus Darlehen, die eine Gemeinde in Fällen des § 140 zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten gegenüber den bisherigen Schulträgern aufgenommen hat. Etwaige Verträge zwischen dem bisherigen Schulträger und dem neuen Schulträger über die Unterhaltung der Schule erlöschen. Für die bei dem Wechsel erforderlichen Rechtshandlungen werden vom Lande Hessen und von den Gemeinden Gerichtskosten, Steuern und sonstige Abgaben nicht erhoben.</p> <p>(2) Abs. 1 Satz 1 und 4 gilt auch beim Übergang von Schulvermögen auf einen anderen Schulträger.</p> | <p style="text-align: center;">§ 141 Folgen eines Schulträgerwechsels</p> | |

| | | |
|---|--|---|
| <p>(3) Werden Grundstücke oder grundstücksgleiche Rechte, die ein Schulträger bei einem Wechsel der Schulträger ohne Entschädigung abgegeben hat, für schulische Zwecke nicht mehr benötigt, so kann der frühere Schulträger innerhalb eines Jahres nach der Entwidmung die unentgeltliche Rückübertragung verlangen. Dieser Anspruch entfällt, wenn der Schulträger für die auf ihn übergegangenen Schulanlagen Ersatzbauten errichtet.</p> | <p>(3) Werden Grundstücke oder grundstücksgleiche Rechte, die ein Schulträger bei einem Wechsel der Schulträger der Schulträgerschaft ohne Entschädigung abgegeben hat, für schulische Zwecke nicht mehr benötigt, so kann der frühere Schulträger innerhalb eines Jahres nach der Entwidmung die unentgeltliche Rückübertragung verlangen. Dieser Anspruch entfällt, wenn der Schulträger für die auf ihn übergegangenen Schulanlagen Ersatzbauten errichtet.</p> | <p>Korrektur des Begriffs ohne Änderung der Rechtslage.</p> |
| <p style="text-align: center;">Zweiter Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Regionale Schulentwicklung</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 142</p> <p style="text-align: center;">Schulbezeichnung und Schulnamen</p> <p>(1) Jede Schule führt eine Bezeichnung, welche die Schulform, den Schulträger und den Schulort angibt. Sind in einer Schule mehrere Schulen verbunden, so muss die Bezeichnung sämtliche Schulformen enthalten.</p> <p>(2) Der kommunale Schulträger kann der Schule auf Vorschlag oder nach Anhörung der Schulkonferenz einen Namen geben.</p> <p>(3) In der Bezeichnung oder im Namen muss sich jede Schule von anderen in demselben Ort befindlichen Schulen unterscheiden.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 143</p> <p style="text-align: center;">Schulbezirke</p> <p>(1) Für jede Grundschule ist ein Schulbezirk durch Satzung des Schulträgers zu bilden; der Zuschnitt der Bezirke ist jährlich zu überprüfen und bei Bedarf zu ändern. Benachbarte Schulbezirke können sich überschneiden. Das Staatliche</p> | <p style="text-align: center;">§ 143</p> <p style="text-align: center;">Schulbezirke</p> <p>(1) Für jede Grundschule ist ein Schulbezirk durch Satzung des Schulträgers zu bilden; der Zuschnitt der Bezirke ist jährlich zu überprüfen und bei Bedarf zu ändern. Benachbarte Schulbezirke können sich überschneiden. Das Staatliche</p> | <p>Als redaktionelle Folgeänderung zu § 52 Abs. 2 war klarzustellen, dass die Regelungen zu den Schulbezirken, die die Schulträger durch Satzung bilden, unabhängig sind von den Festlegungen der inklusiven Schulbündnisse zu den Standorten für den inklusiven Unterricht. Um hier keinen</p> |

| | | |
|---|---|---|
| <p>Schulamt oder der Schulträger legen im Einvernehmen miteinander für die im Überschneidungsgebiet lebenden Schülerinnen und Schüler die jeweils zuständige Schule fest und weisen die Schülerinnen und Schüler dieser Schule mit dem Ziel zu, eine hohe Qualität des Lernens bei pädagogisch und organisatorisch sinnvoller Klassengröße zu erreichen.</p> <p>(2) Schulbezirk einer Berufsschule ist das Gebiet des Schulträgers. Ist dieser Träger mehrerer Berufsschulen, hat er für jede von ihnen nach Berufsfeldern, Berufsgruppen oder Ausbildungsberufen einen Schulbezirk durch Satzung zu bilden. Die Satzung ist bei Bedarf, spätestens aber jeweils nach fünf Jahren auf die Zweckmäßigkeit der Schulorganisation zu überprüfen und erforderlichenfalls fortzuschreiben.</p> <p>(3) Die Satzung bedarf der Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde. Diese ist zu versagen, wenn die Satzung mit einer zweckmäßigen Schulorganisation nicht vereinbar ist.</p> <p>(4) Bilden mehrere Schulträger nach § 140 einen Schulverband als Träger einer Berufsschule oder eines Teiles von ihr oder schließen sie eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung ab, so ist das Gebiet des Schulverbandes oder das durch den Geltungsbereich der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung erfasste Gebiet der Schulbezirk.</p> <p>(5) Durch Rechtsverordnung können für einzelne Berufsfelder, Berufsgruppen oder Ausbildungsberufe die Gebiete mehrerer Schulträger im Benehmen mit ihnen zu einem Schulbezirk zusam-</p> | <p>Schulamt oder der Schulträger legen im Einvernehmen miteinander für die im Überschneidungsgebiet lebenden Schülerinnen und Schüler die jeweils zuständige Schule fest und weisen die Schülerinnen und Schüler dieser Schule mit dem Ziel zu, eine hohe Qualität des Lernens bei pädagogisch und organisatorisch sinnvoller Klassengröße zu erreichen.</p> <p>Satz 1 bis 3 gelten nicht für Standorte für den inklusiven Unterricht nach § 51 Abs. 2.</p> | <p>Normwiderspruch aufkommen zu lassen, wird Abs. 1 entsprechend ergänzt.</p> |
|---|---|---|

| | | |
|--|--|--|
| <p>mengefasst werden, wenn anders eine ordnungsgemäße, den Anforderungen der Ausbildung genügende organisatorische Gestaltung des Unterrichts nicht gewährleistet ist.</p> <p>(6) Das Kultusministerium wird ermächtigt, bei Einführung neuer Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz für bis zu drei Schülerjahrgänge vorläufige Regelungen zu treffen. § 144 Schulangebot Die Schulträger sind verpflichtet, ein Schulangebot vorzuhalten, das gewährleistet, dass Eltern den Bildungsgang ihres Kindes nach § 77 wählen können und die Übergänge in die Oberstufe (Sekundarstufe II) nach § 78 Abs. 1 und 3 sichergestellt sind. Für die Gestaltung des schulischen Angebots ist das öffentliche Bedürfnis maßgeblich; dabei sind insbesondere die Entwicklung der Schülerzahlen, das erkennbare Interesse der Eltern und ein ausgeglichenes Bildungsangebot zu berücksichtigen. Die Schulträger sind berechtigt, Fachschulen und Schulen für Erwachsene zu errichten und fortzuführen.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 144 Schulangebot</p> <p>Die Schulträger sind verpflichtet, ein Schulangebot vorzuhalten, das gewährleistet, dass Eltern den Bildungsgang ihres Kindes nach § 77 wählen können und die Übergänge in die Oberstufe (Sekundarstufe II) nach § 78 Abs. 1 und 3 sichergestellt sind. Für die Gestaltung des schulischen Angebots ist das öffentliche Bedürfnis maßgeblich; dabei sind insbesondere die Entwicklung der Schülerzahlen, das erkennbare Interesse der Eltern und ein ausgeglichenes Bildungsangebot zu berücksichtigen. Die Schulträger sind berechtigt, Fachschulen und Schulen für Erwachsene zu errichten und fortzuführen</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 144a</p> | <p style="text-align: center;">§ 144a</p> | |

| Schulorganisation | Schulorganisation | |
|---|--------------------------|--|
| <p>(1) Schulen sollen eine Größe haben, die eine Differenzierung des Unterrichts ermöglicht und eine sinnvolle Unterrichts- und Erziehungsarbeit erlaubt. Es muss gesichert sein, dass die Schülerzahl in den Klassen der Jahrgangsstufen 5 bis 9 oder 10 die Mindestwerte für die Größe der Klassen erreicht. Gymnasiale Oberstufen und berufliche Gymnasien müssen auf Dauer im Durchschnitt der Jahrgangsstufen eine Schülerzahl von mindestens 50 je Jahrgangsstufe erreichen.</p> <p>(2) Die Errichtung von Hauptschulen oder Hauptschulzweigen einer schulformbezogenen (kooperativen) Gesamtschule setzt in der Regel voraus, dass sie voraussichtlich mindestens einzügig, die Errichtung von Realschulen und Gymnasien oder den entsprechenden Zweigen einer schulformbezogenen (kooperativen) Gesamtschule, dass sie voraussichtlich mindestens zweizügig geführt werden können.</p> <p>Die Errichtung von schulformübergreifenden (integrierten) Gesamtschulen setzt voraus, dass sie voraussichtlich mindestens dreizügig geführt werden können.</p> <p>Die Einrichtung von Förderstufen als Bestandteil der Grundschulen (§ 11 Abs. 7), der Haupt- und Realschulen (§ 23b Abs. 1), der Haupt- und Realschulzweige der kooperativen Gesamtschule sowie an schulformbezogenen (kooperativen) Gesamtschulen (§ 26 Abs. 2) setzt in der Regel mindestens eine Zweizügigkeit voraus.</p> <p>Die Umwandlung einer schulformübergreifenden (integrierten) Gesamtschule in eine schulformbezogene (kooperative) Gesamtschule sowie die Umwandlung einer schulformbezogenen (koope-</p> | | |

| | | |
|--|--|---|
| <p>rativen) Gesamtschule in eine schulformübergreifende (integrierte) Gesamtschule gilt nicht als Errichtung im Sinne dieser Vorschrift.</p> <p>Die Errichtung einer gymnasialen Oberstufe oder eines beruflichen Gymnasiums setzt in der Regel voraus, dass in der Jahrgangsstufe der Einführungsphase voraussichtlich eine Jahrgangsbreite von mindestens 80 Schülerinnen und Schülern erreicht wird. Reicht die Zahl der Schülerinnen und Schüler nicht aus, eine eigene gymnasiale Oberstufe zu bilden, soll diese in einem Verbundsystem mit einer anderen Schule mit gymnasialem Bildungsgang geführt werden.</p> <p>(3) Ein Unterschreiten der Mindestzügigkeit oder Mindestjahrgangsbreite im Sinne der Abs. 1 und 2 ist nur zulässig, wenn der Besuch einer anderen Schule des Bildungsganges unter zumutbaren Bedingungen, insbesondere aufgrund der Entfernung, nicht möglich und ein regional ausgeglichenes Bildungsangebot nicht mehr gewährleistet ist.</p> <p>(4) Unterschreitet in einer Klasse, einer Gruppe oder in einem Kurs die Zahl der Schülerinnen und Schüler die dafür festgesetzte Mindestzahl, wird der Unterricht nicht aufgenommen oder er erfolgt, sofern die personellen und unterrichtsorganisatorischen Voraussetzungen gegeben sind, jahrgangs- oder schulzweigübergreifend. § 23b Abs. 2 und § 70 Abs. 2 bleiben unberührt.</p> | <p>Gymnasiale Oberstufen sollen grundsätzlich Bestandteil einer weiterführenden Schule mit gymnasialem Bildungsangebot sein. Die Errichtung einer gymnasialen Oberstufe oder eines beruflichen Gymnasiums setzt in der Regel voraus, dass in der Jahrgangsstufe der Einführungsphase voraussichtlich eine Jahrgangsbreite von mindestens 80 Schülerinnen und Schülern erreicht wird. Die Errichtung eigenständiger gymnasialer Oberstufenschulen setzt in der Regel voraus, dass in der Jahrgangsstufe der Einführungsphase voraussichtlich eine Jahrgangsbreite von mindestens 160 Schülerinnen und Schülern erreicht wird; diese Schulen sollen vorrangig Schülerinnen und Schüler aus den Schulen der Mittelstufe (Sekundarstufe I) des jeweiligen Schulverbunds aufnehmen.</p> <p>(4) Unterschreitet in einer Klasse, einer Gruppe oder in einem Kurs die Zahl der Schülerinnen und Schüler die dafür festgesetzte Mindestzahl, wird der Unterricht nicht aufgenommen oder er erfolgt, sofern die personellen und unterrichtsorganisatorischen Voraussetzungen gegeben sind, jahrgangs- oder schulzweigübergreifend. § 23b Abs. 2 und § 70 Abs. 2 bleiben unberührt. § 70 Abs. 2 bleibt unberührt.</p> | <p>Im Satz 5 wird neu als Sollvorschrift aufgenommen, dass gymnasiale Oberstufen Bestandteil einer weiterführenden Schule mit gymnasialen Bildungsangebot sein sollen. Mit der Formulierung als Sollvorschrift wird zugleich die Möglichkeit eröffnet, bei besonderen regionalen Erfordernissen eigenständige gymnasiale Oberstufenschulen, wie sie in § 29 Abs. 2 aufgeführt werden, neu zu errichten. Zugleich wird daher mit Art. 2 des vorliegenden Gesetzes Art. 7 des Dritten Gesetzes zur Qualitätssicherung an hessischen Schulen aufgehoben, der die Neugründung solcher Oberstufen ausschließt.</p> <p>Um für die Errichtung neuer gymnasialen Oberstufen und beruflichen Gymnasien den in Abs. 1 normierten Voraussetzungen gerecht werden zu können (Ermöglichung einer Differenzierung des Unterrichts und einer sinnvollen Unterrichts- und Erziehungsarbeit), werden die Vorgaben für die Jahrgangsbreiten für neu zu errichtenden Oberstufen beibehalten, bei neuen eigenständigen gymnasialen Oberstufenschulen dagegen den Erfordernissen der pädagogischen Praxis entsprechend auf 160 SchülerInnen in der Einführungsphase festgesetzt.</p> |
|--|--|---|

| | | |
|--|--|--|
| <p>(5) Nähere Richtlinien, insbesondere die Mindest- und Höchstwerte für die Größe von Klassen, Gruppen und Kursen in den einzelnen Schulformen und Schulstufen, werden durch Rechtsverordnung festgelegt.</p> | | <p>Redaktionelle Klarstellung ohne Änderung der bestehenden Rechtslage</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 145 Schulentwicklungsplanung</p> <p>(1) Die Schulträger stellen Schulentwicklungspläne für ihr Gebiet auf. In den Plänen werden der gegenwärtige und zukünftige Schulbedarf sowie die Schulstandorte ausgewiesen. Für den Schulort ist anzugeben, welche Bildungsangebote dort vorhanden sind und für welche Einzugsbereiche sie gelten sollen. Schulen in freier Trägerschaft können bei der Planung mit einbezogen werden, soweit ihre Träger damit einverstanden sind; die regelmäßige Zahl ihrer Schülerinnen und Schüler ist bei der Prognose des Schulbedarfs zu berücksichtigen. Es sind auch die Bildungsbedürfnisse zu erfassen, die durch Schulen im Gebiet eines Schulträgers nicht sinnvoll befriedigt werden können. Die Schulentwicklungspläne müssen sowohl die langfristige Zielplanung als auch die Durchführungsmaßnahmen unter Angabe der Rangfolge ihrer Verwirklichung enthalten. Sie sind mit den benachbarten Schulträgern und mit anderen Fachplanungen, insbesondere der Jugendhilfeplanung, abzustimmen.</p> <p>(2) Die Schulentwicklungspläne müssen die erforderliche Zahl von Vorklassen an Grundschulen und Förderschulen (§ 18 Abs. 2) sowie Fördersysteme (§ 50 Abs. 2) erfassen. In ihnen ist auszuweisen, welche allgemeinen Schulen für Unterrichtsangebote für Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen nach den Förderschwerpunkten nach § 50 Abs. 3 un-</p> | <p style="text-align: center;">§ 145 Schulentwicklungsplanung</p> <p>(2) Die Schulentwicklungspläne müssen die erforderliche Zahl von Vorklassen an Grundschulen und Förderschulen (§ 18 Abs. 2) sowie Fördersysteme (§ 50 Abs. 2) erfassen. In ihnen ist auszuweisen, welche allgemeinen Schulen für Unterrichtsangebote für Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen nach</p> | <p>Folgeänderung zu §§ 49 und 50.</p> |

| | | |
|---|---|--|
| <p>terhalten werden (§ 51 Abs. 2). Auf der Grundlage einer regionalen Konzeption ist ferner festzulegen, welche Berufsfelder, Berufsgruppen oder Ausbildungsberufe in den beruflichen Schulen jeweils erfasst und welche Bildungsgänge angeboten werden (§ 43 Abs. 2).</p> <p>(3) Die regionale Schulentwicklungsplanung soll ein möglichst vollständiges und wohnortnahes Bildungsangebot sichern und gewährleisten, dass die personelle Ausstattung der Schulen im Rahmen der Bedarfs- und Finanzplanung des Landes möglich ist.</p> <p>(4) Die Schulentwicklungsplanung soll die planerischen Grundlagen eines regional ausgeglichenen Bildungsangebots im Lande berücksichtigen. Die Ziele der Raumordnung und Landesplanung sind zu beachten. Bei der Planung der beruflichen Schulen sind die Entwicklungen der Berufsbildung und die Planungen des Landes für die Bildung schulträgerübergreifender Schulbezirke (§ 143 Abs. 5) zu berücksichtigen.</p> <p>(5) Schulentwicklungspläne sind innerhalb von fünf Jahren nach der Zustimmung zu ihnen auf die Zweckmäßigkeit der Schulorganisation hin zu überprüfen und fortzuschreiben, soweit es erforderlich wird.</p> <p>(6) Schulentwicklungspläne und ihre Fortschreibung bedürfen der Zustimmung des Kultusministeriums. Diese ist zu versagen, wenn der Schulentwicklungsplan den in Abs. 1 bis 4 genannten Anforderungen nicht entspricht oder wenn er mit einer zweckmäßigen Schulorganisation nicht vereinbar ist oder einer ordnungsgemäßen Gestaltung des Unterrichts entgegensteht. Das Kultusministerium kann Schulentwicklungsplänen auch</p> | <p>den Förderschwerpunkten nach § 50 Abs. 3 unterhalten werden (§ 51 Abs. 2). Auf der Grundlage einer regionalen Konzeption ist ferner festzulegen, welche Berufsfelder, Berufsgruppen oder Ausbildungsberufe in den beruflichen Schulen jeweils erfasst und welche Bildungsgänge angeboten werden (§ 43 Abs. 2).</p> | |
|---|---|--|

| | | |
|--|---|---|
| <p>unter Erteilung von Auflagen oder lediglich in Teilen zustimmen. Für die Erfüllung von Auflagen ist keine weitere Fortschreibung des Schulentwicklungsplans erforderlich; für die Erfüllung können Fristen gesetzt werden.</p> <p>(7) Zur Förderung eines regional ausgeglichenen Bildungsangebots im Rahmen der Finanzplanung des Landes kann das Kultusministerium anordnen, dass mehrere Schulträger einen Planungsverband bilden. § 140 gilt entsprechend. § 146 Errichtung, Organisationsänderung und Aufhebung von Schulen Beschlüsse der Schulträger über Errichtung, Organisationsänderung und Aufhebung von Schulen müssen ihre Grundlage in einem Schulentwicklungsplan haben, dem zugestimmt worden ist. Für die Erfüllung erteilter Auflagen (§ 145 Abs. 6 Satz 4) gilt dies entsprechend. Die Beschlüsse bedürfen der Zustimmung des Kultusministeriums. Die Zustimmung ist zu versagen, wenn der Beschluss mit dem Schulentwicklungsplan nicht vereinbar ist oder der ordnungsgemäßen, mit der Zahl der zugewiesenen Schulstellen zu vereinbarenden Gestaltung des Unterrichts entgegensteht. Das Kultusministerium kann die Befugnis zur Zustimmung auf die Staatlichen Schulämter übertragen.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 146 Errichtung, Organisationsänderung und Aufhebung von Schulen</p> <p>Beschlüsse der Schulträger über Errichtung, Organisationsänderung und Aufhebung von Schulen müssen ihre Grundlage in einem Schulentwicklungsplan haben, dem zugestimmt worden ist. Für die Erfüllung erteilter Auflagen (§ 145 Abs. 6 Satz 4) gilt dies entsprechend. Die Beschlüsse bedürfen der Zustimmung des Kultusministeriums. Die Zustimmung ist zu versagen, wenn der</p> | <p style="text-align: center;">§ 146 Errichtung, Organisationsänderung und Aufhebung von Schulen</p> <p>Beschlüsse der Schulträger über Errichtung, Organisationsänderung und Aufhebung von Schulen müssen ihre Grundlage in einem Schulentwicklungsplan haben, dem zugestimmt worden ist. Für die Erfüllung erteilter Auflagen (§ 145 Abs. 6 Satz 4) entsprechend. Die Beschlüsse bedürfen der Zustimmung des Kultusministeriums.</p> | <p>Durch die Neuformulierung des Satzes 2 wird klargestellt, dass für die Erfüllung von Auflagen, die das Kultusministerium im Rahmen der Zustimmung zu Schulentwicklungsplänen und deren Fortschreibung erteilt hat, keine weitere Fortschreibung des jeweiligen Schulentwicklungsplan erforderlich ist.</p> |

| | | |
|---|--|--|
| <p>Beschluss mit dem Schulentwicklungsplan nicht vereinbar ist oder der ordnungsgemäßen, mit der Zahl der zugewiesenen Schulstellen zu vereinbarenden Gestaltung des Unterrichts entgegensteht. Das Kultusministerium kann die Befugnis zur Zustimmung auf die Staatlichen Schulämter übertragen.</p> | <p>Die Zustimmung ist zu versagen, wenn der Beschluss mit dem Schulentwicklungsplan nicht vereinbar ist oder der ordnungsgemäßen, mit der Zahl der zugewiesenen Schulstellen zu vereinbarenden Gestaltung des Unterrichts entgegensteht. Das Kultusministerium kann die Befugnis zur Zustimmung auf die Staatlichen Schulämter übertragen.</p> | |
| <p style="text-align: center;">Dritter Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Kommunale Schulverwaltung</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 147</p> <p style="text-align: center;">Kommunale Selbstverwaltung</p> <p>Die kommunalen Schulträger üben ihre Rechte und Pflichten als Selbstverwaltungsangelegenheiten aus. Sie verwalten ihre Schulen, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, nach den Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 2010 (GVBl. I S. 119), der Hessischen Landkreisordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 183), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 2010 (GVBl. I S. 119), des Gesetzes über den Landeswohlfahrtsverband Hessen vom 7. Mai 1953 (GVBl. S. 93), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. September 2011 (GVBl. I S. 420), oder der Verbandssatzung.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 148</p> <p style="text-align: center;">Schulkommissionen</p> <p>(1) Die Gemeinden, die Schulträger sind, und die Landkreise bilden eine oder mehrere Schulkommissionen im Sinne des § 72 der Hessischen Gemeindeordnung und des § 43 der Hessischen</p> | | |

| | | |
|---|--|--|
| <p>Landkreisordnung. Den Schulkommissionen müssen Lehrerinnen oder Lehrer, Eltern, Schülerinnen oder Schüler sowie Vertreterinnen oder Vertreter der Kirchen und von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, angehören.</p> <p>(2) Für Schulverbände und für Schulen des Landeswohlfahrtsverbandes gelten diese Vorschriften sinngemäß.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">Vierter Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Sonstige Bestimmungen</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 149</p> <p style="text-align: center;">Schulgesundheitspflege</p> <p>Der schulärztliche Dienst ist den kreisfreien Städten und den Landkreisen zur Erfüllung nach Weisung übertragen. Die Schulgesundheitspflege umfasst den schulärztlichen und den schulzahnärztlichen Dienst. Ihre Aufgabe ist es, in Zusammenarbeit mit der Schule und den Eltern die gesundheitliche Entwicklung der Schülerinnen und Schüler durch Vorsorge zu fördern, gesundheitlichen Gefährdungen vorzubeugen und Maßnahmen zur Behebung gesundheitlicher Störungen einzuleiten. Zur Schulgesundheitspflege gehören auch vorschulische Untersuchungen, soweit diese für eine spätere schulische Entscheidung notwendig sind.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 150</p> <p style="text-align: center;">Schülerversicherung</p> <p>(1) Die Schülerinnen und Schüler sind vom Schulträger durch Abschluss einer Versicherung gegen Sachschäden, die sie im Schulbetrieb erleiden, zu versichern, soweit nicht auf andere</p> | | |

| | | |
|--|---|--|
| <p>Weise ein Versicherungsschutz oder ein versicherungähnlicher Schutz gewährt wird.</p> <p>(2) Diese Vorschrift gilt auch für Ersatzschulen.</p> <p>(3) Das Kultusministerium bestimmt die Haftungsgrenzen für den Versicherungsschutz nach Abs. 1 und erlässt Richtlinien für die Unfallverhütung und Schülerfürsorge.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">ZWÖLFTER TEIL</p> <p style="text-align: center;">Personal- und Sachaufwand</p> <p style="text-align: center;">Erster Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Kosten der inneren Schulverwaltung</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 151</p> <p>Personalkosten für Unterricht und Erziehung</p> <p>(1) Das Land trägt die Personalkosten der öffentlichen Schulen.</p> <p>(2) Für die Erteilung von Unterricht an Schülerinnen und Schüler, die aus zwingenden Gründen, die sie nicht zu vertreten haben, zum Schulbesuch nicht fähig sind, gilt Abs. 1 entsprechend.</p> <p>(3) Abweichend von Abs. 1 sind die Personalkosten der Musikakademien von den Schulträgern zu tragen.</p> <p>(4) Personalkosten im Sinne dieses Gesetzes sind</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Dienstbezüge der im Beamtenverhältnis und die Entgelte der im Arbeitsverhältnis beschäftigten Lehrerinnen und | <p style="text-align: center;">§ 151</p> <p>Personalkosten für Unterricht und Erziehung</p> | |

| | | |
|---|--|---|
| <p>Lehrer einschließlich der Vergütungen und Entgelte für lehrplanmäßig zu erteilenden nebenamtlichen und nebenberuflichen Unterricht sowie die Mehrkosten für notwendige Vertretungen und den Einsatz von Personaldienstleistungen nach § 15b,</p> <ol style="list-style-type: none"> 2. die Versorgungsbezüge der Lehrerinnen und Lehrer und ihrer Hinterbliebenen sowie die an deren Stelle zu gewährenden Abfindungen oder Nachversicherungsbeiträge, 3. die Umzugskosten, die Trennungsschädigungen und ähnliche Nebenvergütungen der Lehrerinnen und Lehrer, 4. die Reisekosten der Lehrerinnen und Lehrer bei staatlichem Reiseauftrag, 5. die Beihilfen und Unterstützungen für Lehrerinnen und Lehrer und ihre Hinterbliebenen, 6. die Beiträge zu den Sozialversicherungen der Lehrerinnen und Lehrer im Arbeitsverhältnis einschließlich der nebenberuflich beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Beiträge und Umlagen zur zusätzlichen Altersversorgung, 7. die Kosten für die gesundheitliche Überwachung der Lehrerinnen und Lehrer, | | <p>Die Aufwandsentschädigungen, die Lehrkräften und Hilfskräften bei Schulwanderungen und Schulfahrten für die ihnen entstehenden Kosten geleistet werden, richten sich nach der bisherigen</p> |
|---|--|---|

| | | |
|--|--|--|
| <p>8. die Aufwandsentschädigungen an Lehrerinnen und Lehrer sowie Hilfskräfte zur Durchführung von Schulwanderungen und Lehrausflügen sowie zum Aufenthalt in Landheimen und Lagern (§ 15 des Hessischen Reisekostengesetzes vom 9. Oktober 2009 (GVBl. I S. 397)),</p> <p>9. die Fahrkosten, die zur Wahrung des Unterrichts in dezentralisierten Schulsystemen entstehen.</p> <p>(5) Abs. 4 gilt auch für die an öffentlichen Schulen tätigen sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Schulpsychologinnen und Schulpsychologen.</p> | <p>8. die Aufwandsentschädigungen an Lehrerinnen und Lehrer sowie Hilfskräfte zur Durchführung von Schulwanderungen und Lehrausflügen sowie zum Aufenthalt in Landheimen und Lagern (§ 15 des Hessischen Reisekostengesetzes vom 9. Oktober 2009 (GVBl. I S. 397)), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2015 (GVBl. S. 594), in der jeweils geltenden Fassung),</p> <p>9. die Fahrkosten, die zur Wahrung des Unterrichts in dezentralisierten Schulsystemen entstehen.</p> <p>Kosten für die individuelle Betreuung und Begleitung einer Schülerin oder eines Schülers, durch die ihr oder ihm die Teilnahme am Unterricht oder an den sonstigen schulischen Veranstaltungen erst ermöglicht wird, gehören nicht zu den Personalkosten im Sinne dieser Vorschrift.</p> | <p>Gesetzesfassung unveränderlich nach den Sätzen, die das Hessische Reisekostengesetz (HRK) in seiner Fassung vom 9.10.2009 vorsah. Spätere Änderungen der Entschädigungssatzung werden nicht nachvollzogen Dies ist im Sinne einer Gleichstellung der Begleitpersonen bei Schulwanderungen und Schulfahrten mit Landesbediensteten, die Dienstreisen durchführen, nicht tragbar. Die Verweisung auf das HRK wird daher von einer statischen in eine dynamische Verweisung umgewandelt; künftige Gesetzesänderungen schlagen sich damit automatisch in einer Veränderung der Aufwandsentschädigung für die Begleitperson nieder.</p> <p>Die Ergänzung dient der Abgrenzung der Personalkosten der öffentlichen Schulen von den Kosten für die individuelle Begleitung und Betreuung einzelner SchülerInnen mit Behinderungen. Diese Begleitung und Betreuung zählt als Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung zu den Leistungen der Eingliederungshilfe nach § 35a Abs. 3 des Achten Buchs Sozialgesetzbuch (SGB VIII) und § 54 Abs. 1 Nr. 1 des SGB XII.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 152 Schulstellen</p> <p>(1) Die nach dem Haushalt verfügbaren Schulstellen und Mittel für die Unterrichtsversorgung der Schulen werden der Schulaufsichtsbehörde unter Berücksichtigung</p> <p>1. des Grundbedarfs, der sich insbesondere aus den Stundentafeln für die einzelnen Schulformen und Schulstufen sowie der beruflichen Differenzierung, den Richtlinien für die Klassen-, Gruppen- und Kursgrößen und aus der Umsetzung</p> | | |

| | | |
|---|--|--|
| <p>der Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer auf die Tätigkeit an der Schule ergibt,</p> <p>2. des zusätzlichen Bedarfs, der sich aus dem Zusatzunterricht für besondere Schülergruppen und in Ganztageinrichtungen, aus dem Unterricht für die Schülerinnen und Schüler mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung in der allgemeinen Schule und für Vertretungen ergibt, und</p> <p>3. des Bedarfs, der sich aus der Wahrnehmung außerunterrichtlicher Funktionen im Schulbereich, aus Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Schulwesens und aus Ermäßigungen der Arbeitszeit ergibt,</p> <p>zugewiesen.</p> <p>(2) Die Stellen- und Mittelzuweisung wird durch Rechtsverordnung näher ausgestaltet. Dabei können schulform- und schulstufenbezogene Schülerfaktoren berücksichtigt werden.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 153 Lernmittelfreiheit</p> <p>(1) Die an der Schule eingeführten Lernmittel (Schulbücher, digitale Lehrwerke und Lernmaterial) werden den Schülerinnen und Schülern der öffentlichen Schulen vom Land unentgeltlich zum Gebrauch überlassen. Ausgenommen sind Gegenstände, die auch der Berufsausübung dienen. Hierzu gehören auch berufliche Fachbücher, die nach Art und Umfang nicht nur für den Unterrichtsgebrauch bestimmt sind. Das Kultusministerium entscheidet, welche Gegenstände als Lernmittel eingeführt werden.</p> | <p style="text-align: center;">§ 153 Lernmittelfreiheit</p> | |

| | | |
|--|--|---|
| <p>(2) Schulbücher und digitale Lehrwerke bleiben Eigentum des Landes. Sie werden den Schülerinnen und Schülern für bestimmte Zeit überlassen oder zum gemeinsamen Gebrauch bereitgestellt. Sie sind pfleglich zu behandeln. Aufwendungen für sie werden nicht erstattet. Spätestens bei Verlassen der Schule sind die Schulbücher und digitalen Lehrwerke zurückzugeben, soweit nicht das Kultusministerium etwas anderes bestimmt. Ein Zurückbehaltungsrecht besteht nicht. Die Schadensersatzpflicht bei Verlust oder Beschädigung bestimmt sich nach den gesetzlichen Vorschriften.</p> <p>(3) Lernmaterial kann unentgeltlich unter Bestimmung der Verwendungsdauer zu Eigentum überlassen werden. Bei vorzeitigem Verbrauch, unsachgemäßer Behandlung oder Verlust haben die Schülerinnen und Schüler oder ihre Eltern auf eigene Kosten Ersatz zu beschaffen. Abs. 2 Satz 7 gilt entsprechend.</p> <p>(4) Gegenstände geringeren Wertes und solche, die auch außerhalb des Unterrichts gebräuchlich sind, wie Schreib- und Zeichenmaterial, Schreib- und Zeichengeräte, Musikinstrumente und Taschenrechner, sowie Kochgut und Material, das die Schülerinnen und Schüler für eigene Zwecke verarbeiten, sowie zusätzliche Materialien für Vorbereitung und Durchführung von anwendungsbezogenen Projektarbeiten an zweijährigen Fachschulen, gelten nicht als Lernmaterial. Das Kultusministerium kann Gegenstände der genannten Art für einzelne Schulformen als Lernmaterial anerkennen.</p> | <p>(2) Schulbücher und digitale Lehrwerke bleiben Eigentum des Landes. Sie werden den Schülerinnen und Schülern für bestimmte Zeit überlassen oder zum gemeinsamen Gebrauch bereitgestellt. Sie sind pfleglich zu behandeln. Aufwendungen für sie werden nicht erstattet. Spätestens bei Verlassen der Schule sind die Schulbücher und digitalen Lehrwerke zurückzugeben, soweit nicht das Kultusministerium etwas anderes bestimmt. Ein Zurückbehaltungsrecht besteht nicht. Die Schadensersatzpflicht bei Verlust oder Beschädigung bestimmt sich nach den Grundsätzen der öffentlich-rechtlichen Leihe; das Land kann das Bestehen und die Höhe des Ersatzanspruchs durch Verwaltungsakt festsetzen.</p> | <p>Nach § 153 Abs. 2 Satz 7 und Abs. 3 Satz 3 des Gesetzes in der bisherigen Fassung bestimmt sich die Schadensersatzpflicht bei Verlust oder Beschädigung von Lernmitteln, die den Schülerinnen und Schülern aufgrund der Lernmittelfreiheit zur Verfügung gestellt sind, nach den „gesetzlichen Vorschriften“. Diese Formulierung hat Unsicherheiten darüber ausgelöst, ob die Schadensersatzforderung dem Zivilrecht oder dem öffentlichen Recht angehört, welcher Sorgfaltsmaßstab anzulegen ist und auf welchem Weg die Ersatzforderung geltend zu machen ist, falls sie öffentlich-rechtlicher Natur ist. Diese Punkte werden durch die Neuregelung klargestellt. Sie bezieht sich ihrem Wortlaut nach zunächst auf Schulbücher und digitale Lehrwerke, gilt infolge der unverändert gebliebenen Verweisung in Abs. 3 Satz 3 aber auch für Lernmaterial und damit für den Gesamtbereich der Lernmittel nach Abs. 1.</p> |
|--|--|---|

| | | |
|--|--|--|
| (5) Die nähere Ausgestaltung der Lernmittelfreiheit erfolgt durch Rechtsverordnung. | | |
| <p style="text-align: center;">§ 154</p> <p style="text-align: center;">Landeselternbeirat, Landesschülerrat und Landesstudierendenräte</p> <p>Der Landeselternbeirat, der Landesschülerrat und die Landesstudierendenräte erhalten zur Durchführung ihrer Aufgaben, der Landeselternbeirat auch für die Aufgaben der Wahlprüfungskommission, angemessene Mittel nach Maßgabe des Haushalts.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">Zweiter Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Kosten der äußeren Schulverwaltung</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 155</p> <p style="text-align: center;">Sachkosten</p> <p>(1) Die Sachkosten der öffentlichen Schulen werden von den Schulträgern aufgebracht.</p> <p>(2) Sachkosten im Sinne dieses Gesetzes sind alle Kosten, die nicht vom Land nach §§ 151 bis 154 zu tragende Kosten sind.</p> <p>(3) Zu den Sachkosten gehören insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Verwaltungskosten der Schulleitung, 2. die Kosten für Verwaltung und Unterhaltung der Schulgebäude, Schulanlagen und Schuleinrichtungen, 3. die Kosten für Aufbewahrung der den Schulen vom Land zur Verfügung gestellten Lernmittel. | | |
| § 156 | | |

| | | |
|---|--|--|
| <p style="text-align: center;">Personalkosten der äußeren Schulverwaltung</p> <p>Die Schulträger tragen ferner</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Personalkosten der Beamtinnen und Beamten und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nicht Lehrerinnen oder Lehrer, sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind (Verwaltungspersonal, Schulassistentinnen und -assistenten, Schulhausmeisterinnen und -hausmeister, Reinigungspersonal usw.), und ihrer Hinterbliebenen, 2. die Reisekosten der Lehrerinnen und Lehrer sowie der sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Reisen im Auftrage oder mit Zustimmung des Schulträgers, 3. die Aufwendungen für die Durchführung der gesundheitlichen Betreuung und Überwachung der Schülerinnen und Schüler und der gesundheitlichen Überwachung der in Nr. 1 genannten Bediensteten, 4. die Beiträge für die Schülerversicherung nach § 150. | | |
| <p style="text-align: center;">§ 157 Mischfinanzierung</p> <p>(1) Abweichend von den §§ 151, 155 und 156 kann für Personal- und Sachkosten eine Mischfinanzierung aus Landesmitteln und Mitteln des Schulträgers oder Dritter vereinbart werden. Das Land kann den Schulträgern für Betreuungsan-</p> | <p style="text-align: center;">§ 157 Abweichende Finanzierung</p> <p>(1) Das Land und die Schulträger können vereinbaren, Kosten der inneren und äußeren Schulverwaltung nach Maßgabe ihrer jeweiligen Haushalte abweichend von den §§ 151 bis 156 zu verteilen. Das Land kann den Schulträgern im Rahmen der Durchführung von Landesprogrammen</p> | <p>In § 157 Abs. 1 Satz 1 und in der Paragrafenübersicht ist bisher nur eine „Mischfinanzierung“ vorgesehen. Dies wurde in der Praxis zum Teil so verstanden, dass von den §§ 151, 155 und 156 abweichende Vereinbarungen nur dann zulässig sind, wenn beide Seiten und ggf. auch beteiligte Dritte jeweils einen Kostenteil übernehmen.</p> |

| | | |
|--|---|---|
| <p>gebote an Grundschulen (§ 15 Abs. 2) Zuschüsse nach Maßgabe des Haushalts gewähren.</p> <p>(2) Ein Eigenbeitrag der Eltern unter Berücksichtigung sozialer Kriterien</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. muss für die Bereitstellung eines Mittagstisches und 2. kann für bestimmte Angebote im Rahmen von Projekten zur Öffnung der Schule (§ 16), die über die Studentafeln hinausgehen, <p>erhoben werden.</p> | <p>und nach Maßgabe des Haushalts Zuschüsse zu den Kosten gewähren, die sie nach diesem Gesetz zu tragen haben.</p> | <p>Demgegenüber sollen das Land und die Schulträger durch die Neuregelung die Befugnis erhalten, auch zu vereinbaren, dass ein einziger Vertragspartner die Kosten vollständig übernimmt. Damit wird die Möglichkeit eröffnet, dass das Land und die Schulträger die schulische Verwaltungsarbeit auf vertraglicher Grundlage vereinfachen. Zudem wird die Befugnis des Landes erweitert, den Schulträgern auch durch einseitige Regelung Kosten abzunehmen, wenn dafür eine Grundlage im Landeshaushalt und in einem Programm der Landesregierung besteht. Bisher war diese Möglichkeit auf dem Verwendungszweck „Betreuungsangebote an Grundschulen“ begrenzt. Kosten, die die Schulträger „nach diesem Gesetz zu tragen haben“, sind sowohl die ausdrücklich ihnen auferlegten Kosten (§§ 155, 156 und 162 Abs. 3 Satz 1 und 3) als auch die Kosten, die den Schulträgern aus Sachleistungspflichten erwachsen, insbesondere nach § 158.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 158 Sachleistungen der Schulträger</p> <p>(1) Die Schulträger haben die erforderlichen Schulgebäude und Schulanlagen zu errichten, mit den notwendigen Lehrmitteln, Büchereien, Einrichtungen, Fachräumen und technischen Hilfsmitteln einschließlich der audiovisuellen Hilfsmittel, soweit diese Bestandteil der Schuleinrichtung sind, auszustatten und ordnungsgemäß zu unterhalten, zu verwalten und zu bewirtschaften. Sie haben, soweit es die Kerncurricula, Bildungsstandards und Lehrpläne erfordern, Sport- und Spielanlagen sowie Schulgärten bereitzustellen; sie sollen auch Gelegenheit für den Schwimmunterricht schaffen.</p> <p>(2) Neubauten, Umbauten und Erweiterungsbauten von Schulen müssen den Anforderungen der</p> | <p style="text-align: center;">§ 158 Sachleistungen der Schulträger</p> | |

| | | |
|--|---|---|
| <p>Stundentafeln und den jeweiligen Richtlinien über Klassen-, Gruppen- und Kursgrößen entsprechen.</p> <p>(3) Verfügungen des Schulträgers über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte, die Schulzwecken unmittelbar dienen, sowie über Lehrerdienstwohnungen (Abs. 5) bedürfen der Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde. Das Gleiche gilt für Zweckentfremdungen.</p> <p>(4) Die Schulträger sollen bei Bedarf und ihren Möglichkeiten entsprechend Schülerheime einrichten und unterhalten.</p> <p>(5) Stellen die Schulträger Lehrerdienstwohnungen zur Verfügung, so sind auf diese die für Landesbedienstete maßgebenden Dienstwohnungsvorschriften mit der Maßgabe anzuwenden, dass an die Stelle des Landes Hessen der jeweilige Schulträger tritt.</p> <p>(6) Die Schulträger tragen die Sachkosten der Schulleitungsbeiräte und der Schülerräte, der Kreis- und Städtelternbeiräte und der Kreis- und Stadtschülerräte sowie die nach § 104 Abs. 1 und § 123 Abs. 4 zu erstattenden Fahrkosten.</p> | <p>(6) Die Schulträger tragen die Sachkosten der Schulleitungsbeiräte und der Schülerräte, der Kreis- und Städtelternbeiräte und der Kreis- und Stadtschülerräte sowie die nach § 104 Abs. 1 Satz 2 und § 123 Abs. 4 zu erstattenden Fahrkosten.</p> | <p>Mit der Einfügung der Angabe „Satz 2“ wird die bisher undifferenzierte Verweisung des § 158 Abs. 6 auf § 104 Abs. 1 ohne inhaltliche Änderung präzisiert. Die Schulträger haben nach § 158 Abs. 6 nur die Fahrtkosten der SEB und der Schülerräte, der Kreis- und Städtelternbeiräte sowie der Kreis- und Stadtschülerräte zu tragen, nicht aber diejenigen der Mitglieder des Landeselternbeirats und der von ihm gebildeten Ausschüsse. Diese Fahrtkosten fallen vielmehr nach § 154 dem Land zur Last. Da in § 104 Abs. 1 Satz 3 jedoch auch Fahrtkosten der Mitglieder des LEB und der von ihm gebildeten Ausschüsse erwähnt werden, war die Verweisung bislang zu weit gefasst.</p> |
| <p>§ 159 (aufgehoben)</p> | | |

| | | |
|---|---|--|
| <p style="text-align: center;">§ 160 (aufgehoben)</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 161 Schülerbeförderung</p> <p>(1) Träger der Schülerbeförderung sind die Gemeinden, die Schulträger sind, die kreisfreien Städte und die Landkreise für die in ihrem Gebiet wohnenden Schülerinnen und Schüler der allgemein bildenden Schulen der Grundstufe (Primarstufe) und der Mittelstufe (Sekundarstufe I) und für die Schülerinnen und Schüler, die die Grundstufe der Berufsschule, das erste Jahr der Bildungsgänge nach § 39 Abs. 6 an der Berufsschule oder einer Berufsfachschule besuchen, durch deren Besuch die Vollzeitschulpflicht erfüllt werden kann. Abweichend von Satz 1 ist der Landeswohlfahrtsverband Hessen Träger der Schülerbeförderung für die Schülerinnen und Schüler, deren Beschulung nach § 139 Abs. 1 und 3, die Fachschulen für Sozialpädagogik ausgenommen, seine Aufgabe ist.</p> <p>(2) Eine Beförderung ist notwendig, wenn die kürzeste Wegstrecke zwischen Wohnung und Schule sowie zwischen Wohnung oder Schule und einem sonstigen Ort, an dem regelmäßig lehrplanmäßiger Unterricht erteilt wird, für Schülerinnen und Schüler der Grundschule mehr als zwei Kilometer und für Schülerinnen und Schüler ab der fünften Jahrgangsstufe mehr als drei Kilometer beträgt. Unabhängig von der Entfernung kann die Beförderung als notwendig anerkannt werden, wenn der Schulweg eine besondere Gefahr für die Sicherheit und die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler bedeutet oder eine Schülerin oder ein Schüler ihn aufgrund einer Behinderung nicht ohne Benutzung öffentlicher oder privater Verkehrsmittel zurücklegen kann. Für</p> | <p style="text-align: center;">§ 161 Schülerbeförderung</p> | |

| | | |
|--|--|--|
| <p>Schülerinnen und Schüler, die eine Förderschule besuchen, gilt Satz 1 und 2 entsprechend; es sind ferner Art und Grad der Behinderung zu berücksichtigen.</p> <p>(3) Schulweg im Sinne des Abs. 2 ist auch der Weg zwischen der Wohnung der Schülerin oder des Schülers und dem Ort der auswärtigen Unterbringung, wenn der Anspruch auf sonderpädagogische Förderung einer Schülerin oder eines Schülers den Besuch einer heim- oder anstaltsgebundenen Förderschule erforderlich macht.</p> <p>(4) Die Träger der Schülerbeförderung entscheiden unter Berücksichtigung zumutbarer Bedingungen, der Interessen des Gesamtverkehrs und des Grundsatzes der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit über die Beförderungsart. Vorrangig haben die Schülerinnen und Schüler öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Ist deren Benutzung nicht möglich oder nicht zumutbar, können die Schulträger Schulbusse einsetzen oder die Kosten für die Benutzung privater Kraftfahrzeuge in Höhe der Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung nach dem Hessischen Reisekostengesetz erstatten, wenn der Einsatz eines Schulbusses wirtschaftlich nicht vertretbar ist.</p> <p>(5) Notwendig sind die Beförderungskosten für den Besuch</p> <ol style="list-style-type: none">1. der nach dem siebten Abschnitt des dritten Teils und dem vierten Teil dieses Gesetzes zuständigen Schule,2. der Schule, der eine Schülerin oder ein Schüler zugewiesen worden ist (§ 143 Abs. 1). Ist der Besuch einer anderen als der zuständigen Schule gestattet worden | | |
|--|--|--|

| | | |
|---|--|--|
| <p>(§ 66), sind die Fahrkosten zu erstatten, die beim Besuch der zuständigen Schule entstanden wären, höchstens jedoch die Aufwendungen für den tatsächlichen Schulweg. Wird für die Beförderung ein Schulbus eingesetzt, sind der Berechnung der erstattungsfähigen Kosten die Schülertarife eines öffentlichen Verkehrsmittels zugrunde zu legen,</p> <p>3. der nächstgelegenen, aufnahmefähigen Schule, deren Unterrichtsangebot es der Schülerin oder dem Schüler ermöglicht, den gewünschten Abschluss am Ende der Mittelstufe (Sekundarstufe I) ohne Schulwechsel zu erreichen; der Entscheidung der Eltern entsprechend gilt dabei als nächstgelegen entweder die Schule, in der der gewählte Bildungsgang der Mittelstufe schulformbezogen, oder diejenige Schule, in der er schulformübergreifend angeboten wird (§ 12 Abs. 3). Nr. 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.</p> <p>(6) Zu den notwendigen Beförderungskosten gehören auch die Fahrkosten für eine Begleitperson, wenn eine Schülerin oder ein Schüler aufgrund einer Behinderung nicht in der Lage ist, den Schulweg allein zurückzulegen.</p> <p>(7) In außergewöhnlichen Härtefällen können Eltern oder Schülerinnen und Schülern auch Zuschüsse zu durch den Schulweg bedingten Beförderungskosten geleistet werden, die der Schulträger nicht als nach Abs. 1 bis 6 notwendig zu tragen hat.</p> | | |
|---|--|--|

| | | |
|--|--|--|
| <p>(8) Die für ein Schuljahr entstandenen Beförderungskosten werden den Eltern oder den Schülerinnen und Schülern nur erstattet, wenn die Erstattung spätestens bis zum 31. Dezember des Jahres beantragt wird, in dem das Schuljahr endet.</p> <p>(9) Der Träger der Schülerbeförderung kann natürlichen oder juristischen Personen des privaten Rechts mit deren Einverständnis die Befugnis verleihen, die ihm nach diesem Paragrafen obliegenden Verwaltungsaufgaben und die Durchführung von Widerspruchsverfahren im eigenen Namen und in den Handlungsformen des öffentlichen Rechts wahrzunehmen, wenn sie die Gewähr für eine sachgerechte Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben bieten. Der oder die Beliehene unterliegt der Aufsicht des Trägers der Schülerbeförderung.</p> <p>(10) Abs. 1 bis 9 gelten auch für Ersatzschulen.</p> | <p>(9) Der Träger der Schülerbeförderung kann natürlichen oder juristischen Personen des privaten Rechts mit deren Einverständnis die Befugnis verleihen, die ihm nach diesem Paragrafen obliegenden Verwaltungsaufgaben und die Durchführung von Widerspruchsverfahren im eigenen Namen und in den Handlungsformen des öffentlichen Rechts wahrzunehmen, wenn sie die Gewähr für eine sachgerechte Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben bieten. Der Träger der Schülerbeförderung hat den Beleihungsakt dem Kultusministerium anzuzeigen und öffentlich bekanntzumachen. Die Beleihung wird an dem auf die öffentliche Bekanntmachung folgenden Tag wirksam, wenn kein späterer Zeitpunkt im Beleihungsakt bestimmt ist. Der oder die Beliehene unterliegt der Aufsicht des Trägers der Schülerbeförderung.</p> | <p>Öffentlich-rechtliche Vereinbarungen zwischen Schulträgern sind genehmigungs- und bekanntmachungspflichtig, wenn durch sie Aufgaben übertragen werden (§ 140 Abs. 3 Satz 1 i. V. mit § 26 Abs. 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit – KGG), und immerhin anzeigepflichtig, sofern mit ihnen lediglich die Ausführung von Aufgaben übertragen wird (§ 140 Abs. 3 Satz 1 i. V. mit § 26 Abs. 2 KGG). Demgegenüber sind öffentlich-rechtliche Verträge und Verwaltungsakte, durch die ein Schulträger Privatpersonen mit der Schülerbeförderung beleiht, bislang weder veröffentlichungsbedürftig noch dem Kultusministerium auch nur anzuzeigen. Mit der Beleihung überträgt indes ein Hoheitsträger Aufgaben und Befugnisse ebenso wie bei einer delegierenden Vereinbarung, und zwar nicht nur auf eine andere juristische Person des öffentlichen Rechts, sondern auf eine Privatperson. Die Bedürfnisse nach staatlicher Kontrolle und Schutz der drittbetroffenen Adressaten potentieller Hoheitsakte des Beliehenen durch Publizität sind dabei tendenziell größer als im Fall der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung. Um diesen Bedürfnissen gerecht zu werden, wird die Beleihung deshalb nunmehr anzeigepflichtig gestellt und ihre Wirksamkeit zugleich von der Bekanntmachung abhängig gemacht. Die Regelung kombiniert damit die für öffentlich-rechtliche Vereinbarungen in § 26 Abs. 1 Satz 2 KGG in Verbindung mit § 11 KGG geregelte Publikationspflicht mit der in § 26 Abs. 2 Satz 1 KGG vorgesehenen Anzeigepflicht. Die Form der Bekanntmachung richtet sich nach § 7 Hessische Gemeindeordnung und § 6 Hessische Landkreisordnung.</p> |
| <p>§ 162 Medienzentren</p> | | |

| | | |
|---|--|--|
| <p>(1) Aufgabe der Medienzentren ist die Bereitstellung von audiovisuellen, informations- und kommunikationstechnischen Medien und Hilfsmitteln für den Unterricht oder von deren Nutzungsrechten, die den Schulen vorübergehend überlassen werden, sowie die Förderung der Entwicklung der Mediennutzung in der Schule.</p> <p>(2) Die in § 138 Abs. 1 und 2 genannten Schulträger sind zur Errichtung und Fortführung der Medienzentren verpflichtet. Zur Leiterin oder zum Leiter des Medienzentrums soll von dessen Träger im Einvernehmen mit der Schulaufsichtsbehörde eine Lehrkraft bestellt werden, deren Personalkosten das Land trägt.</p> <p>(3) Die Träger der Medienzentren tragen deren Verwaltungskosten. Die Aufwendungen zur Beschaffung der in Abs. 1 aufgeführten Medien und Hilfsmittel, die den Schulen vorübergehend überlassen werden, trägt das Land. Die Schulträger leisten hierzu Beiträge. Das Kultusministerium setzt im Einvernehmen mit dem für das Kommunalwesen zuständigen Ministerium einen Pauschalbetrag je Schülerin oder Schüler fest.</p> <p>(4) Das Land und die Träger der Medienzentren wirken bei der Medienentwicklung und ihrer Einführung in den Unterricht zusammen. Sie können zu diesem Zweck öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, insbesondere über die Grundsätze der Organisation, Wahrnehmung der Aufgaben sowie über den Erwerb und die anteilige Finanzierung von technischem Gerät, Medien oder Nutzungsrechten an Medien abschließen. Die Hessische Lehrkräfteakademie führt die Fachaufsicht über die Medienzentren.</p> | | |
|---|--|--|

| | | |
|---|--|--|
| (5) Die Träger von Schulen in freier Trägerschaft, die Leistungen der Medienzentren in Anspruch nehmen wollen, haben den nach Abs. 3 festgelegten Pauschalbetrag zu entrichten. | | |
| <p style="text-align: center;">Dritter Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Gastschulbeiträge</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 163 Gastschulbeiträge</p> <p>Die Schulträger, mit Ausnahme des Landes Hessen und des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, können für auswärtige Schülerinnen und Schüler Gastschulbeiträge von den Schulträgern verlangen, in deren Gebiet die Schülerinnen und Schüler ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben. Bei Berufsschulen sind Gastschulbeiträge von den Schulträgern zu entrichten, in deren Gebiet die Schülerinnen und Schüler in einem Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis stehen oder, sofern es sich um Jugendliche oder Heranwachsende ohne Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis handelt, ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 164 Erstattung der Beschulungskosten</p> <p>Das Land erstattet den Schulträgern für Schülerinnen und Schüler aus einem anderen Bundesland, die eine Schule in Hessen besuchen, die Beschulungskosten in Höhe der Gastschulbeiträge.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 165 Festsetzung der Gastschulbeiträge</p> <p>Das Kultusministerium setzt die Höhe der Gastschulbeiträge in Fortschreibung der durch Ver-</p> | | |

| | | |
|--|--|--|
| <p>ordnung vom 4. April 1995 (ABl. S. 262) festgesetzten Beträge unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Aufwendungen der Schulträger nach Maßgabe der Gemeindefinanzstatistik des Hessischen Statistischen Landesamtes jährlich für die Gruppen der allgemein bildenden Schulen, der beruflichen Schulen in Teilzeit- und Vollzeitform und der Förderschulen jeweils für ein Haushaltsjahr fest. Der Berechnung der Leistungen sind die Zahlen auswärtiger Schülerinnen und Schüler nach dem Stichtag der letzten landeseinheitlichen Jahresehebung zu Grunde zu legen.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">DREIZEHNTER TEIL</p> <p style="text-align: center;">Schulen in freier Trägerschaft</p> <p style="text-align: center;">Erster Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Allgemeine Bestimmungen</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 166</p> <p style="text-align: center;">Schulen in freier Trägerschaft</p> <p>(1) Schulen in freier Trägerschaft bereichern als Ersatz- oder Ergänzungsschulen das Schulwesen des Landes. Sie erweitern das Angebot freier Schulwahl und können das Schulwesen durch besondere Inhalte und Formen der Erziehung und des Unterrichts fördern.</p> <p>(2) Schulen in freier Trägerschaft können von natürlichen Personen und juristischen Personen des privaten oder des öffentlichen Rechts, jedoch nicht vom Land und von den Gemeinden oder Gemeindeverbänden errichtet und betrieben werden.</p> | | |

| | | |
|---|--|--|
| (3) § 2 Abs. 1 Satz 1 gilt auch für Schulen in freier Trägerschaft. | | |
| <p style="text-align: center;">§ 167 Schulgestaltung und Aufsicht</p> <p>(1) Soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, obliegt den Trägern dieser Schulen die Schulgestaltung, insbesondere die Entscheidung über eine besondere pädagogische, religiöse oder weltanschauliche Prägung, die Festlegung der Lehr- und Unterrichtsmethoden und der Lehrinhalte und die Organisation des Unterrichts auch abweichend von den Vorschriften für die öffentlichen Schulen.</p> <p>(2) Die Schulen in freier Trägerschaft unterliegen der staatlichen Schulaufsicht.</p> <p>(3) Die Aufsicht beschränkt sich auf die Einhaltung der Genehmigungs- und Anerkennungs Voraussetzungen (§§ 171, 173, 174 und 176) sowie die Einhaltung der in diesem Gesetz für anwendbar erklärten Vorschriften (§ 179) und die Aufsicht über Ergänzungsschulen nach § 175 Abs. 2 und 3.</p> <p>(4) Die Schulaufsichtsbehörden können sich jederzeit über die Angelegenheiten der Schule unterrichten und Unterrichtsbesuche in den Schulen in freier Trägerschaft durchführen.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 168 Bezeichnung</p> <p>Schulen in freier Trägerschaft müssen eine Bezeichnung führen, die eine Verwechslung mit öffentlichen Schulen ausschließt. Die Gattung der Schule muss unter Beachtung der für öffentliche Schulen geltenden Regeln zumindest in einem Untertitel genannt sein. Ein Zusatz, der auf die</p> | | |

| | | |
|--|---|---|
| staatliche Genehmigung oder Anerkennung hinweist, ist zulässig. | | |
| <p style="text-align: center;">§ 169 Geltung sonstiger Vorschriften</p> <p>(1) Weitergehende gewerbliche Vorschriften über die Zulassung von Schulen in freier Trägerschaft oder die Erteilung von Privatunterricht bleiben unberührt.</p> <p>(2) Soweit durch andere gesetzliche Bestimmungen eine besondere Genehmigung für Schulen in freier Trägerschaft vorgeschrieben wird, ist eine Genehmigung nach diesem Gesetz nicht erforderlich.</p> | | |
| Zweiter Abschnitt | | |
| Ersatzschulen | | |
| <p style="text-align: center;">§ 170 Ersatzschulen</p> <p>(1) Schulen in freier Trägerschaft sind Ersatzschulen, wenn sie in ihren Lehr- und Erziehungszielen Bildungsgängen entsprechen, die nach diesem Gesetz oder aufgrund dieses Gesetzes vorhanden oder grundsätzlich vorgesehen sind. Abweichungen in der Lehr- und Erziehungsmethode und in den Lehrstoffen sind möglich.</p> <p>(2) Die Gewährung von Beihilfen an Ersatzschulen wird durch besonderes Gesetz geregelt.</p> <p>(3) Die Rechtsaufsicht über die Ersatzschulen wird von der Schulaufsichtsbehörde ausgeübt.</p> | <p style="text-align: center;">§ 170 Ersatzschulen</p> <p>(2) Die Gewährung von Beihilfen Zuschüsse an Ersatzschulen wird durch besonderes Gesetz geregelt.</p> | <p>In Anpassung an die Terminologie des Gesetzes über die Finanzierung von Ersatzschulen vom 27.6.2013 (GVBl. S. 454), geändert durch Gesetz vom 24.3.2015 (GVBl. S. 118), wird die staatliche Finanzierung von Ersatzschulen in „Zuschüsse“ umbenannt.</p> |
| § 171 Genehmigung von Ersatzschulen | § 171 Genehmigung von Ersatzschulen | |

| | | |
|--|---|--|
| <p>(1) Ersatzschulen dürfen nur mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde errichtet und betrieben werden. Die zuständige Schulaufsichtsbehörde wird durch Rechtsverordnung bestimmt. Die Genehmigung ist vor Errichtung der Schule zu erwirken.</p> <p>(2) Mit der Genehmigung erhält die Schule das Recht, schulpflichtige Schülerinnen und Schüler aufzunehmen.</p> <p>(3) Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die Schule in freier Trägerschaft in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurücksteht, die für die Führung einer Schule erforderliche Zuverlässigkeit des Trägers und die Eignung der Schulleitung gegeben sind und wenn eine Sonderung der Schülerinnen und Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird.</p> <p>(4) Die Schule muss Formen der Mitwirkung von Eltern und Schülerinnen und Schülern nach dem achten und neunten Teil dieses Gesetzes dem Wesen der Schule in freier Trägerschaft entsprechend gewährleisten.</p> | <p>(3) Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die Schule in freier Trägerschaft in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurücksteht, die für die Führung einer Schule erforderliche Zuverlässigkeit des Trägers und die Eignung der Schulleitung gegeben sind und wenn eine Sonderung der Schülerinnen und Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird.</p> <p>(4) Die Schule muss Formen der Mitwirkung von Eltern und Schülerinnen und Schülern nach dem achten und neunten Teil dieses Gesetzes dem Wesen der Schule in freier Trägerschaft entsprechend gewährleisten. Die Zuverlässigkeit des Trägers und die Eignung der Schulleitung nach Satz 1 setzen insbesondere voraus, dass der Träger und die Schulleitung die Gewähr dafür bieten, dass sie die allgemeinen Gesetze beachten.</p> | <p>Abs. 3 benennt die Voraussetzungen, die für eine Genehmigung von Ersatzschulen zu erfüllen sind. Ergänzend wird nun die Erfüllung der allgemeinen Gesetze als Genehmigungsvoraussetzung normiert, ein Kriterium, das vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsimmanente Schranke ausdrücklich anerkannt ist. Auf diesem Weg werden die Genehmigungskriterien, die in Art. 7 Abs. 4 des Grundgesetzes (entsprechend Art. 61 der Verfassung des Landes Hessen) begründet sind, weiter konkretisiert.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 172</p> <p>Versagung und Widerruf der Genehmigung</p> <p>(1) Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die Voraussetzungen nach § 171 Abs. 3 und 4 nicht erfüllt sind oder wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.</p> | | |

| | | |
|---|--|--|
| <p>(2) Die Genehmigung ist zu widerrufen, wenn die Voraussetzungen nach § 171 und nach Abs. 1 nicht gegeben waren oder später weggefallen sind.</p> <p>(3) Die Genehmigung erlischt, wenn die Schule nicht binnen eines Jahres eröffnet, wenn sie geschlossen oder ohne Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde ein Jahr lang nicht betrieben wird.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 173 Anerkannte Ersatzschulen</p> <p>(1) Einer Ersatzschule, die die Gewähr dafür bietet, dass sie dauernd die Genehmigungsvoraussetzungen (§ 171) erfüllt, kann die Eigenschaft einer anerkannten Ersatzschule verliehen werden. Die Entscheidung trifft das Kultusministerium, bei Berufsfach- und Fachschulen für musikalische Berufsausbildung das Ministerium für Wissenschaft und Kunst.</p> <p>(2) Mit der Anerkennung erhält die Ersatzschule das Recht, nach den für öffentliche Schulen geltenden Vorschriften Prüfungen abzuhalten und Zeugnisse zu erteilen. Sie hat bei der Aufnahme von Schülerinnen und Schülern die für öffentliche Schulen gegebenen Anordnungen zu beachten.</p> <p>(3) Die Anerkennung ist zu widerrufen, wenn die Voraussetzungen nicht mehr vorliegen oder die Aufnahmevorschriften nicht beachtet werden.</p> | <p style="text-align: center;">§ 173 Anerkannte Ersatzschulen</p> <p>(2) Mit der Anerkennung erhält die Ersatzschule das Recht, nach den für öffentliche Schulen geltenden Vorschriften Prüfungen abzuhalten und Zeugnisse zu erteilen sowie Prüfungsakten und Zeitschriften von Abgangs- und Abschlusszeugnissen nach den für öffentliche Schulen geltende Vorschriften aufzubewahren. Sie hat bei der Aufnahme von Schülerinnen und Schülern die für öffentliche Schulen gegebenen Anordnungen zu beachten.</p> | <p>Abs. 2 regelt, inwieweit Ersatzschulen mit der Anerkennung Rechte und Pflichten entsprechend denen öffentlicher Schulen haben. Hierbei hat sich in der Praxis als Regelungslücke gezeigt, dass für Ersatzschulen nicht die Vorschriften für die Aufbewahrung von Prüfungskaten und Zeugniszeitschriften gelten. Diese Regelungslücke wird vorliegend geschlossen.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 174 Lehrkräfte an Ersatzschulen</p> <p>(1) Die Anforderungen an die wissenschaftliche Ausbildung der Lehrkräfte sind nur erfüllt, wenn</p> | | |

| | | |
|---|--|--|
| <p>eine fachliche und pädagogische Ausbildung sowie Prüfungen nachgewiesen werden, die der Ausbildung und den Prüfungen der Lehrkräfte an den entsprechenden öffentlichen Schulen im Werte gleichkommen. Auf diesen Nachweis kann in Ausnahmefällen verzichtet werden, wenn die wissenschaftliche und pädagogische Eignung der Lehrerin oder des Lehrers durch gleichwertige Leistungen nachgewiesen wird.</p> <p>(2) Die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte an einer Ersatzschule ist nur genügend gesichert, wenn</p> <ol style="list-style-type: none">1. über das Anstellungsverhältnis ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen ist,2. der Anspruch auf Urlaub festgelegt und die regelmäßige und Höchstpflichtstundenzahl geregelt ist,3. die Gehälter und Entgelte bei entsprechenden Anforderungen hinter den Gehältern der Lehrkräfte an gleichartigen öffentlichen Schulen nicht wesentlich zurückbleiben und in regelmäßigen Zeitabständen gezahlt werden,4. für die Lehrkräfte eine Anwartschaft auf Versorgung erworben wird, die wenigstens den Bestimmungen der Angestelltenversicherung entspricht. <p>(3) Lehrerinnen und Lehrer des Landes können unter Fortfall der Bezüge für eine bestimmte Zeit zur Unterrichtserteilung an Ersatzschulen beurlaubt werden.</p> | | |
|---|--|--|

| | | |
|---|--|--|
| <p>(4) Auf Antrag des Trägers einer anerkannten Ersatzschule kann die Schulaufsichtsbehörde einer hauptamtlich an dieser Schule beschäftigten Lehrkraft, die die beamtenrechtlichen Voraussetzungen für die Einstellung in den öffentlichen Schuldienst erfüllt, für die Dauer ihrer Tätigkeit an der Schule gestatten, eine den Amtsbezeichnungen vergleichbarer Lehrerinnen und Lehrer an öffentlichen Schulen entsprechende Bezeichnung mit dem Zusatz „im Privatschuldienst“ zu führen. Die Gestattung darf frühestens zu dem Zeitpunkt ausgesprochen werden, in dem die Lehrerin oder der Lehrer im öffentlichen Schuldienst zur Beamtin oder zum Beamten auf Lebenszeit ernannt werden könnte oder zur Beförderung anstehen würde. Ein Anspruch auf eine entsprechende Verwendung bei einer Übernahme in den öffentlichen Schuldienst wird dadurch nicht begründet. Das Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Amtsbezeichnungen zu verleihen, bleibt unberührt.</p> <p>(5) Abs. 4 gilt für eine an eine Ersatzschule beurlaubte Lehrkraft des Landes sinngemäß, wenn sie dort Aufgaben wahrnimmt, die einem höherwertigen Amt entsprechen.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">Dritter Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Ergänzungsschulen</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 175</p> <p style="text-align: center;">Ergänzungsschulen</p> <p>(1) Andere als die nach § 170 genehmigungspflichtigen Ersatzschulen sind Ergänzungsschulen.</p> | | |

| | | |
|---|--|--|
| <p>(2) Der Betrieb einer Ergänzungsschule ist der Schulaufsichtsbehörde vor Aufnahme des Unterrichts anzuzeigen.</p> <p>(3) Die Schulaufsichtsbehörde kann die Fortführung einer Ergänzungsschule untersagen, um Schäden oder Gefahren abzuwenden, die durch Mängel im Charakter oder in den Fähigkeiten des Unterhaltsträgers, der Schulleiterin oder des Schulleiters, der Lehrkräfte oder durch Mängel in den Einrichtungen der Schule den Schülerinnen und Schülern oder der Allgemeinheit drohen.</p> <p>(4) Die Landesregierung kann durch Rechtsverordnung auch für Ergänzungsschulen die Genehmigungspflicht einführen, wenn der Besuch dieser Schulen für die Ausübung eines Gewerbes oder eines Berufes vorausgesetzt wird.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 176 Anerkannte Ergänzungsschulen</p> <p>(1) Das Kultusministerium kann einer Ergänzungsschule, die eine Ausbildung vermittelt, an der ein öffentliches Interesse besteht, die Eigenschaft einer anerkannten Ergänzungsschule verleihen, wenn der Unterricht nach seinen Zielen, den Einrichtungen der Schule und der wirtschaftlichen Seriosität des Trägers sowie der fachlichen Vorbildung und Fähigkeit der Lehrkräfte und Schulleitung geeignet ist, das von der Schule angestrebte Ausbildungsziel zu erreichen.</p> <p>(2) Eine Ergänzungsschule, die eine berufliche Ausbildung vermittelt, erhält mit der Anerkennung das Recht, selbst unter dem Vorsitz einer Vertreterin oder eines Vertreters der staatlichen Schulaufsicht Prüfungen abzunehmen. Der Unterricht ist auf der Grundlage eines vom Kultusministerium erforderlichenfalls im Benehmen mit dem</p> | | |

| | | |
|--|--|--|
| <p>zuständigen Fachministerium genehmigten Lehrplans zu erteilen.</p> <p>(3) Bei Ergänzungsschulen, die überwiegend oder ausschließlich eine musikalische oder künstlerische Ausbildung vermitteln, tritt bei den Entscheidungen nach Abs. 1 und 2 an die Stelle des Kultusministeriums das Ministerium für Wissenschaft und Kunst.</p> <p>(4) Die nähere Ausgestaltung der Prüfungen erfolgt nach Maßgabe des § 79 durch Rechtsverordnung.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">Vierter Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Privatunterricht</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 177 Privatunterricht</p> <p>(1) Die Schulaufsichtsbehörde kann die erwerbsmäßige Erteilung von Privatunterricht untersagen, um Schäden oder Gefahren abzuwenden, die durch Mängel im Charakter oder in den Fähigkeiten der oder des Unterrichtenden den Schülerinnen und Schülern oder der Allgemeinheit drohen.</p> <p>(2) Die Landesregierung kann durch Rechtsverordnung für einzelne Arten von erwerbsmäßigem Privatunterricht bestimmen, dass die Aufnahme des Unterrichts dem Staatlichen Schulamt anzuzeigen ist. Sie kann des Weiteren bestimmen, dass für den Unterricht Minderjähriger eine ausreichende fachliche Vorbildung nachzuweisen ist. In der Rechtsverordnung ist festzulegen, was als ausreichende fachliche Vorbildung der oder des Unterrichtenden gilt.</p> | | |

| | | |
|--|--|--|
| <p style="text-align: center;">VIERZEHNTER TEIL</p> <p style="text-align: center;">Gemeinsame Bestimmungen</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 178</p> <p style="text-align: center;">Geltung für Schulen in öffentlicher Trägerschaft</p> <p>(1) Dieses Gesetz gilt mit Ausnahme des dreizehnten Teils für die Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Lande Hessen.</p> <p>(2) Öffentliche Schulen im Sinne dieses Gesetzes sind Schulen, deren Träger das Land, eine Gemeinde, ein Gemeindeverband, ein Schulverband oder der Landeswohlfahrtsverband Hessen ist.</p> <p>(3) Auf die Hessenkollegs und landwirtschaftlichen Fachschulen findet das Gesetz Anwendung, soweit sich aus der Sache nichts anderes ergibt.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 179</p> <p style="text-align: center;">Geltung für Schulen in freier Trägerschaft</p> <p>(1) Auf Schulen in freier Trägerschaft (§ 166) finden über den dreizehnten Teil hinaus die Bestimmungen dieses Gesetzes Anwendung, wenn und soweit dies ausdrücklich bestimmt ist.</p> <p>(2) Die Regelungen zur Schulpflicht (vierter Teil), die Pflichten von Eltern sowie von Schülerinnen und Schülern betreffen, bleiben unberührt.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 180</p> <p style="text-align: center;">Geltungsausschluss</p> <p>(1) Dieses Gesetz findet keine Anwendung auf</p> | <p style="text-align: center;">§ 180</p> <p style="text-align: center;">Geltungsausschluss</p> | |

| | | |
|--|--|--|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. Ausbildungsstätten für nichtärztliches Fachpersonal im Gesundheitswesen, 2. Verwaltungsschulen, 3. Ausbildungsstätten, die weder öffentliche noch Schulen in freier Trägerschaft sind, 4. Einrichtungen der Erwachsenenbildung, 5. Hochschulen. <p>(2) Unterrichtsgeld- und Lernmittelfreiheit (§ 3 Abs. 11 und § 153) besteht auch an den Ausbildungsstätten für nichtärztliches Fachpersonal im Gesundheitswesen und für landwirtschaftlich-technische sowie für milchwirtschaftlich-technische Assistentinnen und Assistenten, sofern deren Träger das Land, eine Gemeinde, ein Gemeindeverband oder der Landeswohlfahrtsverband Hessen ist.</p> | <p>(2) Unterrichtsgeld- und Lernmittelfreiheit (§ 3 Abs. 11 und § 153) besteht auch an den Ausbildungsstätten für nichtärztliches Fachpersonal im Gesundheitswesen und für landwirtschaftlich-technische sowie für milchwirtschaftlich-technische Assistentinnen und Assistenten, sofern deren Träger das Land, eine Gemeinde, ein Gemeindeverband oder der Landeswohlfahrtsverband Hessen ist.</p> | <p>Die landwirtschaftlich-technische Assistentenausbildung war befristete und wurde zum Ende des Schuljahres 2012/2013 eingestellt. Daher kann der entsprechende Verweis in § 180 Abs. 2 entfallen. Alternativ wurde der duale Ausbildungsberuf „Pflanzentechnologie“ nach dem Berufsbildungsgesetz zum 1.8.2013 eingeführt. Die Beschulung erfolgt als Bundesfachklasse in Einbeck (Niedersachsen).</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 181 Ordnungswidrigkeiten</p> <p>(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. als Schulpflichtige oder Schulpflichtiger nach Vollendung des 14. Lebensjahres die Pflichten nach §§ 60, 61 Abs. 1, § 63 Abs. 1 bis 3 oder § 64 Abs. 1 verletzt, 2. die Pflicht, die Schulpflichtigen zur regelmäßigen Teilnahme am Unterricht und an Unterrichtsveranstaltungen anzuhalten und sie bei der zuständigen Schule | | |

| | | |
|--|--|--|
| <p>an- und abzumelden oder zur Schulanmeldung vorzustellen (§ 67 Abs. 1), verletzt,</p> <p>3. die Pflichten nach § 67 Abs. 3 verletzt.</p> <p>(2) Ordnungswidrig handelt auch, wer vorsätzlich Schulpflichtige oder die in § 67 Abs. 1 und 3 genannten Personen durch Missbrauch des Ansehens, Überredung oder andere Mittel dazu bestimmt, die Vorschriften über die Schulpflicht zu verletzen.</p> <p>(3) Ordnungswidrig handelt ferner, wer</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ohne eine nach § 171 Abs. 1 erforderliche Genehmigung eine Ersatzschule oder entgegen einem Verbot der Fortführung nach § 175 Abs. 3 eine Ergänzungsschule betreibt oder leitet, 2. vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Anzeigepflicht nach § 175 Abs. 2 verstößt, 3. entgegen einem Verbot nach § 177 Abs. 1 Privatunterricht erteilt. <p>(4) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden. Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 603), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2353), ist die untere Schulaufsichtsbehörde.</p> | | |
| <p>§ 182 Straftaten</p> | | |

| | | |
|--|--|---|
| <p>(1) Wer einen anderen der Schulpflicht dauernd oder hartnäckig wiederholt entzieht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu einhundertachtzig Tagessätzen bestraft.</p> <p>(2) Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Antragsberechtigt ist die untere Schulaufsichtsbehörde. Der Antrag kann zurückgenommen werden.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 183 Einschränkung von Grundrechten</p> <p>Das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG) wird nach Maßgabe des § 71 Abs. 1 und 4 (Verpflichtung zu besonderen Untersuchungen, Schulgesundheitspflege), das Grundrecht der Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2 Satz 2 GG) wird nach Maßgabe der §§ 60, 61 Abs. 1, § 63 Abs. 1 bis 3, § 64 Abs. 1 und § 69 Abs. 4 eingeschränkt.</p> | <p style="text-align: center;">§ 183 Einschränkung von Grundrechten</p> <p>Das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG) wird nach Maßgabe des § 71 Abs. 1 und 4 (Verpflichtung zu besonderen Untersuchungen, Schulgesundheitspflege), das Grundrecht der Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2 Satz 2 GG) wird nach Maßgabe der §§ 60, 61 Abs. 1, § 63 Abs. 1 bis 3, § 64 Abs. 1 und § 69 Abs. 4, das Grundrecht der Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 Satz 1 GG) wird nach Maßgabe des § 82b Abs. 1 bis 3 eingeschränkt.</p> | <p>Art. 19 Abs. 1 Satz 2 des GG bestimmt für den Fall, dass ein Grundrecht durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes eingeschränkt wird, dass dieses Grundrecht konkret in dem betreffenden Gesetz zu benennen ist. Dieser Verfassungsvorgabe folgt das Schulgesetz mit § 183. Dieser muss nun wegen des neuen § 82b um die Nennung des Art. 12 Abs. 1 Satz 1 (Grundrecht der Berufsfreiheit) ergänzt werden.</p> |
| <p style="text-align: center;">§ 184 Verträge des Landes</p> <p>Verträge des Landes Hessen mit den Kirchen sowie Staatsverträge bleiben unberührt.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 184a Ausschluss der elektronischen Form</p> <p>Die elektronische Form ist ausgeschlossen, soweit nach diesem Gesetz oder nach den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften die Schriftform erforderlich ist.</p> | <p style="text-align: center;">§ 184a Ausschluss der elektronischen Form</p> <p>Die elektronische Form ist ausgeschlossen, soweit nach diesem Gesetz oder nach den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften die Schriftform erforderlich ist. Ausgeschlossen ist auch die Fertigung und Beglaubigung elektronischer Dokumente und Abschriften nach § 33 Abs. 7 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes.</p> | <p>Mit § 33 Abs. 7 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes(HVwVfG), der durch Art. 1 Nr. 6 des Gesetzes zur Änderung des HVwVfG und anderer Vorschriften vom 26.6.2015 (GVBl. S. 254) eingefügt wurde, ist es jeder Behörde zur Regelverpflichtung gemacht worden, von den von ihr selbst ausgestellten Urkunden auf Verlangen ein elektronisches Dokument zu fertigen und zu beglaubigen. Solche Dokumente wären etwa</p> |

| | | |
|--|---|--|
| | | pdf-Kopien von Zeugnisweitschriften. Die Beglaubigung eines elektronischen Dokuments zur Abbildung eines Schriftstücks kann nach § 33 Abs. 4 Nr. 4 in Verbindung mit Abs. 5 Nr. 2 HVwVfG nur mit Hilfe einer qualifizierten elektronischen Signatur bewirkt werden. Der technische Aufwand für die Beglaubigung solcher Dokumente ist erheblich und steht jedenfalls im Bereich der Schulen außer Verhältnis zu dem damit erreichbaren Nutzen. Daher war für die Schulen eine Ausnahme vom Anwendungsbereich des § 33 Abs. 7 HVwVfG zu machen. |
| FÜNFZEHNTER TEIL | | |
| Zuständigkeit zum Erlass von Rechtsverordnungen und Anordnungen | | |
| <p>§ 185 Zuständigkeit</p> <p>(1) Die Kultusministerin oder der Kultusminister erlässt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen, soweit in Abs. 2 bis 4 nichts Abweichendes bestimmt ist.</p> <p>(2) Die Ministerin oder der Minister für Wissenschaft und Kunst ist für den Geschäftsbereich dieses Ministeriums zum Erlass der Rechtsverordnungen nach den in Abs. 1 aufgeführten Vorschriften zuständig.</p> <p>(3) Die für das Gesundheitswesen zuständige Ministerin oder der dafür zuständige Minister ist für den Erlass der Rechtsverordnungen zur Schulgesundheitspflege nach § 71 Abs. 5 sowie nach § 153 Abs. 5 für die Ausbildungsstätten für nicht-ärztliches Fachpersonal im Gesundheitswesen zuständig.</p> | <p>§ 185 Zuständigkeit</p> <p>(2) Die Ministerin oder der Minister für Wissenschaft und Kunst ist erlässt für ihren oder seinen Geschäftsbereich die Rechtsverordnungen nach Abs.1.</p> | <p>Redaktionelle Überarbeitung ohne Änderung der Rechtslage.</p> |

| | | |
|---|---|---|
| <p>(4) Die für die Landwirtschaft zuständige Ministerin oder der dafür zuständige Minister ist zum Erlass der Rechtsverordnungen nach den §§ 44 und 153 Abs. 5 für die Ausbildungsstätten für landwirtschaftlich-technische und für milchwirtschaftlich-technische Assistentinnen und Assistenten im Einvernehmen mit der Kultusministerin oder dem Kultusminister zuständig.</p> <p>(5) Der Erlass der Rechtsverordnungen nach § 9 Abs. 5, § 91 Abs. 2, § 99c und § 144a Abs. 5 bedarf des Einvernehmens der für die Finanzen zuständigen Ministerin oder des dafür zuständigen Ministers.</p> | <p>(4) Die für die Landwirtschaft zuständige Ministerin oder der dafür zuständige Minister ist zum Erlass der Rechtsverordnungen nach den §§ 44 und 153 Abs. 5 für die Ausbildungsstätten für landwirtschaftlich-technische und für milchwirtschaftlich-technische Assistentinnen und Assistenten im Einvernehmen mit der Kultusministerin oder dem Kultusminister zuständig.</p> <p>(5) Der Erlass der Rechtsverordnungen nach § 9 Abs. 5, § 91 Abs. 2, § 99c § 91 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und § 144a Abs. 5 bedarf des Einvernehmens der für die Finanzen zuständigen Ministerin oder des dafür zuständigen Ministers.</p> | <p>Redaktionelle Folgeänderung zu Änderung des § 180 Abs. 2</p> <p>Der Querverweis wird nachträglich an die Änderungen des Schulgesetzes durch Gesetz vom 10.6.2011 (GVBl. I. S. 267) und 27.9.2012 (GVBl. S. 299) angepasst.</p> |
| <p style="text-align: center;">SECHZEHNTER TEIL</p> <p style="text-align: center;">Übergangs- und Schlussbestimmungen</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 186 Weitergeltende Vorschriften</p> <p>Vorschriften, die zur Ausführung der in § 189 genannten Gesetze erlassen wurden und die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes noch Gültigkeit haben, gelten weiter, bis Rechtsverordnungen auf der Grundlage dieses Gesetzes erlassen worden sind, soweit sie den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht widersprechen.</p> | | |
| <p style="text-align: center;">§ 187 Übergangsvorschrift</p> <p>(1) Soweit nach diesem Gesetz vorgesehen ist, dass Beschlüsse der Schulkonferenz vorliegen müssen, um über Organisationsformen oder Verfahrensweisen zu entscheiden, bedarf es einer</p> | <p style="text-align: center;">§ 187 Übergangsvorschrift</p> <p>(1) Soweit nach diesem Gesetz vorgesehen ist, dass Beschlüsse der Schulkonferenz vorliegen müssen, um über Organisationsformen oder Verfahrensweisen zu entscheiden, bedarf es einer</p> | <p>Der bisherige Abs. 1 regelt als Übergangsbestimmung, dass einzelne Beschlüsse an Schulen aus der Zeit vor dem erstmaligen Inkrafttreten des Schulgesetzes (1.8.1993), die jetzt in die Zustän-</p> |

| | | |
|---|--|--|
| <p>solchen Entscheidung nur, wenn Organisationsformen oder Verfahrensweisen geändert werden sollen, die an der betreffenden Schule zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes bestanden. Einer erneuten Entscheidung bedarf es, wenn Organisationsformen oder Verfahrensweisen, die nach diesem Gesetz von der Schulkonferenz beschlossen werden können, zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes an der Schule im Rahmen eines Schulversuches eingeführt worden waren.</p> <p>(2) Schulen mit einer von den Bestimmungen dieses Gesetzes abweichenden Schulorganisation können nach dessen Inkrafttreten fortgeführt werden. Die Entscheidung über die Fortführung trifft der Schulträger nach Anhörung der Schulkonferenz bis zum 31. Dezember 1993.</p> <p>(3) Vor Inkrafttreten dieses Gesetzes nach § 17 Abs. 3 des Schulverwaltungsgesetzes in der Fassung vom 4. April 1978 (GVBl. I S. 232), aufgehoben durch Gesetz vom 17. Juni 1992 (GVBl. I S. 233), erteilte Genehmigungen zur Übernahme der Schulträgerschaft bleiben unberührt.</p> <p>(4) Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bestehende Eingangsstufen (§ 18) können fortgeführt werden.</p> <p>(5) Für Schülerinnen und Schüler, die vor dem 1. August 2011 bereits sonderpädagogische Förderung erhalten oder über deren Anspruch auf sonderpädagogische Förderung bereits entschieden wurde, gelten die Bestimmungen über die sonderpädagogische Förderung des Schulgesetzes in der am 31. Juli 2011 geltenden Fassung fort, soweit nicht die Eltern eine neue Entscheidung</p> | <p>solchen Entscheidung nur, wenn Organisationsformen oder Verfahrensweisen geändert werden sollen, die an der betreffenden Schule zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes bestanden. Einer erneuten Entscheidung bedarf es, wenn Organisationsformen oder Verfahrensweisen, die nach diesem Gesetz von der Schulkonferenz beschlossen werden können, zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes an der Schule im Rahmen eines Schulversuches eingeführt worden waren.</p> <p>(21) Schulen mit einer von den Bestimmungen dieses Gesetzes abweichenden Schulorganisation können nach dessen Inkrafttreten fortgeführt werden. Die Entscheidung über die Fortführung trifft der Schulträger nach Anhörung der Schulkonferenz bis zum 31. Dezember 1993.</p> <p>(32) Vor Inkrafttreten dieses Gesetzes nach § 17 Abs. 3 des Schulverwaltungsgesetzes in der Fassung vom 4. April 1978 (GVBl. I S. 232), aufgehoben durch Gesetz vom 17. Juni 1992 (GVBl. I S. 233), erteilte Genehmigungen zur Übernahme der Schulträgerschaft bleiben unberührt.</p> <p>(4 3) Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bestehende Eingangsstufen (§ 18) können fortgeführt werden.</p> <p>(5 4) Für Schülerinnen und Schüler, die vor dem 1. August 2011 bereits sonderpädagogische Förderung erhalten oder über deren Anspruch auf sonderpädagogische Förderung bereits entschieden wurde, gelten die Bestimmungen über die sonderpädagogische Förderung des Schulgesetzes in der am 31. Juli 2011 geltenden Fassung fort, soweit nicht die Eltern eine neue Ent-</p> | <p>digkeit der Schulkonferenz fallen, unter bestimmten Voraussetzungen weitergelten. Da diese Bestimmungen mehr als zwei Jahrzehnte später keine Relevanz mehr entfalten, ist der Abs. 1 aufzuheben.</p> <p>Folgeänderung.</p> <p>Folgeänderung.</p> <p>Folgeänderung.</p> |
|---|--|--|

| | | |
|---|--|---|
| <p>nach § 54 über die inklusive Beschulung beantragen; ein solcher Antrag ist an die gewünschte allgemeine Schule zu richten.</p> <p>(6) Ein Beschluss, den die Schulkonferenz eines Gymnasiums in Vorgriff auf § 24 Abs. 3 Satz 5 bis 9 oder einer schulformbezogenen Gesamtschule in Vorgriff auf § 26 Abs. 3 Satz 5 mit Zustimmung des Schulelternbeirats und des Schülerrats nach dem 13. März 2014 bis zum Ablauf des 4. Juni 2014 gefasst hat, steht einem Beschluss nach § 24 Abs. 3 Satz 5 bis 9 und § 26 Abs. 3 Satz 5 gleich. Gleiches gilt für die Einvernehmenserklärung des Schulträgers, die anonymisierte Befragung der Eltern sowie die anschließenden Anmeldungen von Schülerinnen und Schülern.</p> <p>(7) An den Gymnasien und schulformbezogenen Gesamtschulen, die zu Beginn des Schuljahres 2013/2014 den Wechsel in eine 6-jährige Organisation der Mittelstufe (Sekundarstufe 1) vollzogen haben, kann die Schulkonferenz für den bestehenden Jahrgang 6 oder die bestehenden</p> | <p>scheidung nach § 54 über die inklusive Beschulung beantragen; ein solcher Antrag ist an die gewünschte allgemeine Schule zu richten.</p> <p>(5) Bestehende einjährige Berufsfachschulen nach § 41 Abs. 3 dieses Gesetzes in der bis zum 31. Juli 2017 geltenden Fassung können längstens bis zum Ende des Schuljahres 2020/2021 fortgeführt werden.</p> <p>(6) Die inklusiven Schulbündnisse nach § 52 Abs. 1 und 2 sind bis zum Beginn des Schuljahres 2019/2020 zu bilden. Soweit ein inklusives Schulbündnis noch nicht besteht, erfolgt die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung in die allgemeine Schule im Rahmen der personellen, räumlichen und sächlichen Möglichkeiten der Schule.</p> <p>(7) Die Mitglieder des Landesschulbeirats nach § 99a in der ab dem 1. August 2017 geltenden Fassung werden erst ab Beginn der 20. Legislaturperiode des Hessischen Landtags berufen. Die bisherigen Mitglieder des Landesschulbeirats</p> | <p>Als Folgeänderung zu § 41 wird eine Übergangsbestimmung geschaffen, die den bestehenden einjährigen Berufsfachschulen die Möglichkeit eröffnet, längstens vier weitere Schuljahre zu bestehen. Damit ist ein ausreichender Zeitraum eingeräumt, um die neue Schulstruktur umzusetzen.</p> <p>Mit Gesetz vom 22.5.2014 (GVBl. S. 143) wurden mit den Abs. 6 und 7 (bisherige Fassung) Übergangsbestimmungen für das Verfahren zum Wechsel von einer 5-jährigen in eine 6-jährige Organisation der Mittelstufe an den Gymnasien getroffen. Aufgrund des Zeitablaufs – die Entscheidungsverfahren sind inzwischen abgeschlossen – bedarf es dieser Bestimmung nicht mehr, sodass diese Absätze aufzuheben sind.</p> <p>Als Folgeänderung zum neugestalteten § 52 wird eine Frist für die Bildung der iSB gesetzt. Zugleich wird mit Satz 2 eine Regelung für die Aufnahme von SchülerInnen mit Anspruch auf so. päd. Förderung für die Übergangszeit getroffen.</p> <p>Die Neugestaltung der Amtszeit der Mitglieder des Landesschulbeirats nach § 99a erfordert im Rahmen des Vertrauensschutzes eine Übergangsregelung für die Mitglieder des Landesschulbeirats, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits berufen sind und deren</p> |
|---|--|---|

| | | |
|--|--|---|
| <p>Jahrgänge 6 und 7, denen noch die 5-jährige Organisation der Mittelstufe zugrunde liegt, die Umwandlung in eine 6-jährige Organisation beschließen. Für das Verfahren gelten Abs. 6 sowie § 24 Abs. 3 und § 26 Abs. 3 entsprechend.</p> | <p>führen ihr Amt bis zum Ende des jeweiligen Berufungszeitraums fort. Endet der Berufungszeitraum vor Beginn der 20. Legislaturperiode, erfolgen jeweils Nachberufungen, deren Berufungszeitraum bis zum Ende der 19. Legislaturperiode begrenzt ist.</p> | <p>Amtszeit erst nach Beginn der 20. Legislaturperiode endet. Kein Vertrauensschutz besteht dagegen für Beiratsmitglieder, die nach Inkrafttreten des Gesetzes, aber vor Ende der 19. Legislaturperiode des Landtags berufen werden. Deren Amtszeit wird regulär nach den Vorschriften des § 99a n der dann geltenden Fassung begrenzt.</p> |
| <p>§ 188 (aufgehoben)</p> | | |
| <p>§ 189 (aufgehoben)</p> | | |
| <p>§ 190 Inkrafttreten</p> <p>Dieses Gesetz tritt am 1. August 1993, § 185, die in § 185 Abs. 1 aufgeführten Vorschriften sowie § 118 Abs. 2 und 3 und § 187 Abs. 8 und 9 treten am Tage nach der Verkündung in Kraft.¹</p> | <p>Dieses Gesetz tritt am 1. August 2017 in Kraft.</p> | |
| <p>§ 191 (aufgehoben)</p> | | |

¹ Diese Bestimmung betrifft das In-Kraft-Treten des Gesetzes in der ursprünglichen Fassung.

Statement des Fachverbandes für integrative Lerntherapie e.V. Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Schulgesetzes

In der Begründung wird als Ziel genannt:

„Die Qualitätssicherung und -entwicklung von Schule und Unterricht mit dem Ziel, die bestmögliche individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler zu erreichen, sind ein zentraler Punkt des Entwurfs. Sie basiert nicht zuletzt auf der Solidarität mit den Schülerinnen und Schülern, die einer besonderen Förderung bedürfen; dies betrifft sowohl die Leistungsschwächeren als auch die Leistungstärkeren. Die Novelle des Schulgesetzes soll verstärkt dazu beitragen, dass sich als Ergebnis pädagogischer und organisatorischer Angebote im Schulbereich die optimale Bildung für jedes Kind und jeden Jugendlichen ergibt.“

Dieser Zielsetzung können wir uns uneingeschränkt anschließen. Jedoch findet sich im Entwurf zur tatsächlichen Gestaltung der individuellen Förderung aller Schülerinnen und Schüler kaum etwas Konkretes wieder. Im § 72 wird zwar aufgenommen, dass die Eltern über „den Bedarf und die Möglichkeiten der individuellen Förderung“ informiert und beraten werden sollen, jedoch gibt es keine Ausführungen wie, von bzw. mit wem, wie oft und wie lange diese erfolgen soll. Damit fehlen Eltern und Lehrer/innen auch verbindliche Grundlagen für den Abgleich von evtl. unterschiedlichen Erwartungen.

Im Interesse der Schülerinnen und Schüler, der Eltern und der Lehrerschaft wären konkrete Formulierungen zur Gestaltung der individuellen Förderung sehr zu empfehlen, auch um keine Kinder mit besonderen Schwierigkeiten auszuschließen oder zu übersehen. Dies ist leider noch viel zu oft bei Kindern mit Lese-Rechtschreib- und/oder Rechenstörungen der Fall, mit teils schwerwiegenden Folgen für den Schul- und Berufsabschluss, der Bildungsbiografie und die psychische Gesundheit der Kinder, um nur eine Gruppe von Schülern zu nennen.

Der Fachverband für integrative Lerntherapie e.V. bietet sehr gern seine fachliche Expertise an, wie durch eine verbindliche multiprofessionelle Zusammenarbeit die individuelle Förderung für alle Schülerinnen und Schüler gestaltet werden könnte, welche Orientierung und Sicherheit sowie gleichzeitig Entlastung für die Lehrkräfte gibt.

Wir empfehlen der Ausgestaltung der individuellen Förderung bei der Novellierung des Hessischen Schulgesetzes einen gesetzlichen Rahmen zu geben.

Marlies Lipka, Geschäftsführerin des FiL i.A. des Vorstandes

Stellungnahme zur Novellierung des Hessischen Schulgesetzes aus der Sicht von JUVEMUS e.V.

Die Vorlage der Landesregierung berücksichtigt in unzureichendem Maß die Festschreibung des Förderbegriffs als Grundprinzip schulischer Erziehung und Bildung.

Wenn erfolgreiches Lernen funktionieren soll, muss Förderung für jedes Kind verbindlich im Schulgesetz festgeschrieben werden. Gerade Schüler mit Beeinträchtigungen durch Autismus-Spektrum-Störungen, Teilleistungsstörungen und AD(H)S bringen eine gute bis sehr gute Intelligenz mit, kommen aber in großen Klassen mit konventionellen Lehrmethoden schlecht zurecht.

Was brauchen diese Kinder für einen Unterricht bzw. was für eine Schule, um in einer guten Lernatmosphäre erfolgreich sein zu können?

- Lehrerteams, die nach einem individuellen Konzept vorgehen um ihre Schüler zu fördern.
- Pädagogen, die Zeit für Zuwendung und Ermutigung haben.
- Pädagogen, die permanent in Sachen Förderung weitergebildet werden.
- Räumlichkeiten, in den Kinder ruhig und individuell lernen können. Kein großer Klassenraum, sondern von den Lehrern einsehbare abgeteilte Lernnischen.
- In Schulen angesiedelte Fachleute wie Lern- und Ergotherapeuten, Schulpsychologen, Sozialarbeiter.
- Deutlich verstärkte pädagogische Zusammenarbeit aller am Lernprozess Beteiligten.
- Lehrer müssen Zeit für diese Teamarbeit als festen Bestandteil ihrer Unterrichtsverpflichtung bekommen, die genauso angerechnet wird wie der Fachunterricht. Das sind mindestens 2 Std. pro Woche.

So ist es nicht nötig, die Förderung hochbegabter Kinder im Schulgesetz besonders zu betonen. Denn Förderung gilt dann ja prinzipiell für jedes Kind, dessen Stärken genauso in einem individuellen Konzept berücksichtigt werden wie seine Schwächen.

04.01.2017

gez. Karin Detzer-Schuh | 2. Vorsitzende | Vorstand2@juvemus.de
c/o Geschäftsstelle | Brückenstraße 25 | 56220 Urmitz | GF@juvemus.de